Heft 1 Januar 2001 8,– DM

C 12611 E

konkret

Konkret: Politik & Kultur

A öS 68 · CH sfr. 8,– · L lfr 193 · I lir 10.000 · E ptas 900 ·
NL hfl 10,– · GR 1.600 Dr

Deutsche Leitkultur: ein Generationenvertrag

4 391202 708006 01

in konkret Januar 2001

hier konkret von Wolfgang Gehrcke
Im Konflikt um den Kosovo mahnte die PDS die Bundesregierung zur Zurückhaltung, in Israel fordert sie sie zur Einmischung auf. Wolfgang Gehrcke, stellvertretender Vorsitzender und außenpolitischer Sprecher der PDS-Bundestagsfraktion, empfindet das nicht als Widerspruch

von konkret

an konkret

Lacht Sisyphos? von Hermann L. Gremliza, Hermann Peter Piwitt

herrschaftszeiten

Bunter Abend mit Rudi von Joachim Rohloff
»Wolgastrand« statt »Waldesrand«: Wie die Deutschen mit der Leitkultur-Debatte ihre Vergangenheit bewältigen

Das Auburn-Hill-Massaker von Winfried Wolf
Hat Daimler-Benz sich an der Übernahme des US-Konzerns Chrysler überfressen?

Gänse auf dem Kapitol von Rafael Seligmann
Rafael Seligmann über die Leitkultur der CDU, nekrophile Judenfreunde wie Rudolf Scharping und die Niederlage von Ignatz BubisKONKRET-Gespräch

Verrückte Kühe von Jürgen Elsässer
Rette sich, wer kann: Der BSE-Wahn greift um sich, die Killer-Prionen sind überall

»Projekt Deutschland« von Horst Pankow, Justus Wertmüller
Zonen-Gabis Weg ins Glück führt über die Rhön oder Eine Partei probiert sich aus

»Stellt euch vor ...« von Andreas Thamm

Natürliche Ordnung von Eike Stedefeldt
Was taugt das geplante Gesetz zur sog. Homo-Ehe? Notizen aus der Leichenhalle sozialer Bewegungen

Dimension, Dynamik, Dependenz von Otto Köhler
Was wird aus der nun in Revision geschickten »Wehrmachtsausstellung«?

Blick zurück von Peter Kratz
Der antifaschistische Informationsdienst »Blick nach rechts« gerät ins Zwielicht

Freie Fahrt für freie Kameraden? von Alfred Schobert
Anmerkungen zu Burkhard Schröders Anti-Antifa-Diskurs in KONKRET 12/00 (»Konsens der Demokraten«)

Schlauch auch von Georg Fülberth
Kurzer Lehrgang für angewandte Realpolitik, 2. Folge: Parteienversicherung

zu Protokoll
Wurde der zwölfjährige Mohammed al Dura, dessen Tod die »Al-Aksa-Intifada« in besonderer Weise anheizte, tatsächlich das Opfer eines »kaltblütigen Mordes« (»Süddeutsche Zeitung«) israelischer Soldaten? Eine Untersuchungskommission legte jetzt Indizien vor, die in die andere Richtung weisen. KONKRET dokumentiert

– ungekürzt – einen Artikel aus der »Jerusalem Post« vom 28. November 2000

Kleindiensts Rache von Erwin Riess
Die »Spitzelaffäre« des Jörg Haider – eine österreichische Politposse

Klinkenputzen bei Saddam von Thomas Uwer, Thomas von der Osten-Sacken
Pünktlich zum zehnten Jahrestag des Embargos gegen den Irak machen die europäischen Staaten Druck, um eine Lockerung der Sanktionen zu erreichen. Es lockt das Öl und die Chance, sich gegen die USA in Position zu bringen

»Gefahr eines großen Krieges« von Jürgen Elsässer
Mehrere hundert albanische Terroristen sind vom Kosovo aus in Südserbien eingedrungen. Belgrad macht die Nato verantwortlich. Eine Medien-RundschauDokumentation

In diesem Sinne - »Gebt mir zwei Jahre« von Karl-Heinz Hansen

In diesem Sinne - Ein Satz für Sebnitz von Gert Ockert

In diesem Sinne - Offene Frage von Ralf Schröder

Böser Onkel aus Amerika von Oliver Tolmein
Kulturkolumne

kunst & gewerbe von Gerhard Henschel

Kunst & Gewerbe von Klaus-Dieter Gleitze
Gemeines Kraut

Kunst & Gewerbe von Jürgen Roth
Stadt, Land, Goetz

Der Staat auf dem Mond von Gerhard Scheit
Von den Schwierigkeiten, Hannah Arendt zu lesen. Ein Beitrag aus Anlaß der Neuausgabe ihrer frühen politischen Texte

Wiedergänger im Doppelpack von Ulrich Holbein
Plädoyer für eine Liaison zwischen Walter Moers und Achim Greser

What about Oelze? von Armin Schreiber
Aus Anlaß seines 100. Geburtstags würdigt eine Ausstellung der Bremer Kunsthalle das Lebenswerk des romantischen Surrealisten Richard Oelze

Schatz gehoben von Waltraud Brodersen
Eine Ausstellung im Kunsthaus Hamburg bringt Licht in den Mythos des Künstlers Wols

Der Löwenentwerter bei der Adlerkritik von Jürgen Roth
Über die Tier-, Pflanzen- und Menschenbiotope des Zeichners und Dichters F. W.Bernstein

Buch & deckel von Werner Jung
Alexander Osang: Die Nachrichten. S. Fischer, Frankfurt a. M. 2000, 446 Seiten, 39,90 Mark

Buch & deckel von Michael Rudolf
Stephan Maus: Alles Mafia. Eine Gangsta Rhapsodie. Rowohlt Berlin, Berlin 2000, 144 Seiten, 29,90 MarkMarko Martin: Der Prinz von Berlin. Quadriga-Verlag, Berlin 2000, 560 Seiten, 39,90 Mark

buch & deckel von Oliver Maria Schmitt
Marcel Beyer: Spione. DuMont, Köln 2000, 306 Seiten, 39,80 Mark

Buch & Deckel von Renate Göllner
Roswitha Scholz: Das Geschlecht des Kapitalismus. Feministische Theorien und die postmoderne Metamorphose des Patriarchats. Horlemann, edition krisis, 2000, 190 Seiten, 24 Mark

Buch & Deckel von Samuel Salzborn
Ulrike Winkler (Hg.): Stiften gehen. NS-Zwangsarbeit und Entschädigungsdebatte. PapyRossa Verlag, Köln 2000, 272 Seiten, 29,80 Mark

Motive bei A.S. II von Rayk Wieland
Wie sie sich vom Auftrag befreite und warum sie den Nobelpreis nicht erhielt und wo die Partei blieb. Zum 100. Geburtstag von Anna Seghers.Zweiter Teil

Tod als Chance von Rayk Wieland

Buch des Monats von Marit Hofmann
Brigitte Kronauer: Teufelsbrück. Klett-Cotta, Stuttgart 2000, 505 Seiten, 44 Mark

FilmTheater von Jens Hoffmann
Kindertransport – In eine fremde Welt.

FilmTheater von Jürgen Kiontke
Ernst Karpf/Doron Kiesel/Karsten Visarius (Hg.): Nicht kleinzukriegen? Die Rückkehr des Sozialen im Film. Arnoldshainer Filmgespräche Bd. 16. Schüren Verlag. Marburg 2000, 169 Seiten, 29 Mark

FilmTheater von Dietrich Kuhlbrodt
Ratcatcher

Tomayers ehrliches Tagebuch von Horst Tomayer

Gremlizas Express von Hermann L. Gremliza

Konkret 01/01, S. 3

Wolfgang Gehrcke

hier konkret

Im Konflikt um den Kosovo mahnte die PDS die Bundesregierung zur Zurückhaltung, in Israel fordert sie sie zur Einmischung auf. Wolfgang Gehrcke, stellvertretender Vorsitzender und außenpolitischer Sprecher der PDS-Bundestagsfraktion, empfindet das nicht als Widerspruch

konkret: Sie haben die »Entsendung einer internationalen Beobachtermission« der Uno nach Israel gefordert. Was soll das bringen?

Gehrcke: Ursprünglich war dies eine Forderung der PLO, der sich viele Staaten angeschlossen haben. In der Uno selbst ist das ja von Israel und den USA blockiert worden. Ich glaube, daß durch die Entsendung einer internationalen Uno-Beobachtermission möglicherweise, bei aller Unsicherheit, eine Deeskalation der Auseinandersetzung eintreten könnte.

konkret: Das Ergebnis des Uno-Einsatzes im Südlibanon war gleich null – Israel hat sich vereinbarungsgemäß zurückgezogen, die Hizbollah aber führt weiter Krieg. In Hebron hat Israel ausnahmsweise internationale Uno-Beobachter erlaubt – mehr als der Austausch von Höflichkeiten ist dabei nicht herausgekommen.

Gehrcke: Man kann die Uno in dieser Situation überhaupt nicht glorifizieren. In anderen Situationen übrigens auch nicht. Aber es kann sein, daß bei den jetzigen, weitgehend von Israel zu verantwortenden Auseinandersetzungen, bei der außerordentlich aggressiven Art und Weise, wie die israelische Armee vorgeht, doch durch die Anwesenheit von internationalen Beobachtern eine gewisse Hemmschwelle einsetzt. Und es wird unter Umständen auch die internationale Debatte über die Situation in den von Israel besetzten Gebieten etwas beschleunigen. Das kann einen Sinn machen.

konkret: Die Palästinensische Autonomiebehörde fordert eine bewaffnete internationale Uno-Schutztruppe von 2.000 Mann. Ebnen Sie diesem Kampfeinsatz gegen Israel nicht den Weg?

Gehrcke: Nein, ich habe ja von einer internationalen Beobachtergruppe gesprochen, die selbstverständlich nicht bewaffnet sein würde.

konkret: Eine Dynamik in Richtung Uno-Kampfeinsätze erkennen Sie nicht?

Gehrcke: Nein, sehe ich nicht. Da liegen qualitativ große Schritte zwischen.

konkret: Wie steht es eigentlich mit der Beschlußlage der PDS hierzu? Der Parteitag von Münster hat Gysi, Bisky, den Parteivorstand abgestraft und selbst eine Einzelfallprüfung von Uno-Kampfeinsätzen abgelehnt.

Gehrcke: Da ging es um bewaffnete Einsätze nach Kapitel 7 der Uno-Charta, sogenannte Kampfeinsätze der Vereinten Nationen. Das hat der Parteitag vom Grundanliegen her abgelehnt, und daran wird sich selbstverständlich auch die Bundestagsfraktion der PDS halten. Wir haben auf dem Parteitag nicht erörtert und beschlossen, wie wir andere Formen von Uno-Missionen beurteilen, seien es Beobachter, seien es Hilfskontingente, seien es Aktionen nach Kapitel 6 der Uno-Charta. Und im übrigen habe ich in meiner Stellungnahme auch nicht von einer deutschen Beteiligung an einer Beobachtermission gesprochen. Das wäre ein anderes Thema

konkret: Aber schon im Oktober forderten Sie, die Bundesregierung müsse sich »in den Konflikt einschalten«, um einen »offenen Kriegsausbruch« zu verhindern. Meinen Sie, die Deutschen sollten die Juden Frieden lehren?

Gehrcke: Die Deutschen sollten ihre Möglichkeiten vor allen Dingen in der Europäischen Union einbringen, damit diese eine aktive und positive Vermittlungsrolle im Nahen Osten spielt – nach beiden Seiten hin. Ich habe immer betont, das Existenzrecht des Staates Israel darf nicht aufs Spiel gesetzt werden, und gleichzeitig gesagt, es wird Frieden für Israel nur geben, wenn es Frieden mit den Palästinensern gibt. Die Amerikaner werden von immer mehr arabischen Staaten zu Recht als Vermittler abgelehnt, und ich glaube, daß Europa dort eine Rolle spielen kann. Ohne deutsches Engagement wird aber diese europäische Vermittlerrolle nicht herzustellen sein.

konkret: Das Szenario für ein deutsches Engagement hat jüngst die »Frankfurter Allgemeine« geliefert. Sie forderte die Bundeswehr als »Interventionsarmee«, »notfalls« auch ohne Uno-Mandat. »Gestern geschah das in Bosnien, heute auch im Kosovo, morgen womöglich auf den Golan-Höhen.«

Gehrcke: Das sind die Fieberwahnträume von Scharping und Fischer. Damit hab ich natürlich überhaupt nichts am Hut. Ich lehne diese neue Bundeswehrkonzeption ab. Wir haben sie als Fraktion ja abgelehnt. Es ist eine internationale Interventionskonzeption, übrigens auch die neue Nato-Strategie, insofern paßt das zusammen. Das ist völlig inakzeptabel. Die Fraktion hat dazu Abrüstungsinitiativen vorgeschlagen.

konkret: Treibt nicht die Journaille wie zuvor schon im Bosnien- und im Kosovo-Krieg die deutsche Politik vor sich her, um eine internationale Intervention zu erreichen? Diesmal gegen Israel, aber mit dem Unterschied, daß die PDS sich nunmehr im Lager der Kriegspartei wiederfinden könnte?

Gehrcke: Das ist eine absurde Konstruktion, übrigens auch was die deutsche Journaille angeht. Deren Tenor ist wie der Tenor der Regierungsparteien und der rechten Opposition genau umgekehrt. Man versucht die berechtigten Forderungen der Palästinenser immer wieder von der Tagesordnung zu streichen, und man ist nicht zu einer konsequenten Durchsetzung der Uno-Beschlüsse bereit.

konkret: Die Journaille treibt nicht zur Intervention? »Bild«: »Israel liegt in unserem Vorhof, nicht in dem der USA.«

Gehrcke: Die Vorhofdiskussion entspricht der Bundeswehrkonzeption mit weltweiten Einsätzen. Solche weltweiten Einsatzgelüste gibt es, sowohl was den kaspischen Raum angeht als auch was den Nahen Osten betrifft, immer wenn Öl und Wirtschaftsinteressen im Spiel sind.

Konkret 01/01, S. 4

von konkret

Drei Blüten aus dem Strauß, den die Medien zu Hermann L. Gremlizas 60. Geburtstag flochten:

»FAZ«: *Wie oft hat man die Renegaten der Linken getadelt, die sich dem Kapitalismus und der Demokratie angepaßt haben und ihren Idealen von einst untreu wurden. Aber wie steht es mit den anderen, mit jenen, die weiterhin die schärfste Opposition predigen und sich nicht vereinnahmen lassen? ... Wo nach dem Zusammenbruch der DDR und der Sowjetunion alle anderen Rechtfertigungen linker Politik zerbrachen, blieb für KONKRET eine einzige Legitimation, die Gremlizas letztes Buch ausspricht: Es trägt den Titel »Gegen Deutschland«. Gremliza hat den Vorzug, deutlich und oft genug brutal auszusprechen, was andere verklausulieren. Wohl deshalb ist es ihm gelungen, die Zeitschrift bis heute zu erhalten. Es kann, nach dem Ende des »realen Sozialismus«, nicht einfach gewesen sein.*

»Tages-Anzeiger« (Zürich): *Gremliza hat in seinem Blatt eine Sonderstellung nicht nur, weil es ihm gehört. Sondern weil er eine der wenigen politischen Figuren Deutschlands ist, die ihr Credo – manche sagen: Dogma – in höchst lesenswerte Sätze zu packen vermögen. Darüber hinaus verfügt er über ein sicheres Gespür für die Sprache ... Mal ist es ein schnoddriger Autor der »Tageszeitung«, den Gremliza am Schlafittchen packt, mal ein gestandener »Welt«-Redaktor. Und immer wieder Lutz Rathenow, ein Schriftsteller, dessen Sache die deutsche Grammatik nicht ist.*

Gremliza ist schon deshalb eine Ausnahmeerscheinung der deutschsprachigen Publizistik, weil er ganz offenkundig Spaß an der schriftlich geführten Auseinandersetzung hat. Er ist ein ausgesprochen lustvoller Polemiker, geschult durch wiederholte und fortgesetzte Lektüre der Werke von Karl Kraus, Kurt Tucholsky und Theodor W. Adorno. Obwohl Gremliza in der Debatte das Florett zu benutzen pflegt, ist das Ergebnis häufig so, als hätte er den Zweihänder gebraucht. Er sagt es so: »Man soll sich beim Lesen meiner Texte immer wieder fragen müssen: Ist der jetzt verrückt geworden? Was ist hier eigentlich los?« Die Irritation gelingt Monat für Monat. Wolf Biermann könnte ein Lied davon singen (tut der ziemlich sprachlos gewordene Barde aber nicht). Günter Wallraff auch, Alice Schwarzer sowieso.

»Junge Welt«: *Wer ... auf den Felsengrund des proletarischen Klassenbewußtseins verzichten muß und doch Boden unter den Füßen haben will, gerät manchmal statt dessen in Sumpf und Sand. Gremliza hat etwas Besseres gefunden: die Sprachkritik.*

Die »Neue Zürcher Zeitung« über Gremlizas Buch *Gegen Deutschland*: *... liest man diese Sammlung aus zehn Jahren, so fällt nicht bloß die Sprache dieses großen Polemikers auf, der sich wie sein Wiener Vorbild den Gegner nach dem eigenen Pfeil zurecht schnitzt, um ihn kenntlich zu machen und dadurch zu erledigen. Mit geradezu liebevoller Hingabe widmet sich Gremli-za den Zeugnissen von Opportunismus, Denkfaulheit und jenen sprachlichen Katastrophen, die im hastigen Kultur-, Politik- und Medienbetrieb kaum noch auffallen ... Unterhaltsam ist das fast immer, schon weil Gremliza seine ›Opfer‹ so gekonnt dem Hohngelächter ausliefert.*

Jürgen Elsässers Buch *Kriegsverbrechen. Die tödlichen Lügen der Bundesregierung und ihre Opfer im Kosovokonflikt* (**konkret texte** 27) war nach sechs Wochen ausverkauft. Die **2. Auflage** erscheint am 15. Dezember, dem Erscheinungstag dieses Heftes. Elsässers Lesetournee geht weiter: am 22. Januar in Mannheim (19.30 Uhr, Bürgerhaus Neckarstadt, Lutherstraße 15-17), am 23. Januar in Würzburg (20 Uhr, Buchladen Neuer Weg), am 24. Januar in Köln (20.30 Uhr, Buchladen Buntbuch, Ehrenstraße 86 – zusammen mit dem Rom e.V.), am 25. Januar in Mühlheim/Ruhr (19.30 Uhr, Karl-Ziegler-Gymnasium, Schulstraße), am 26. Januar in Wien (19 Uhr, Kulturzentrum 7*-Stern, Siebensterngasse 31, 1070 Wien) und am 27. Januar in Linz (Ort kurz vorher unter www.juergen-elsaesser.de). Zur Israel-Berichterstattung in deutschen Medien referiert Elsässer unter dem Titel »Der Mörder ist immer der Jude« am 18. Januar in Leipzig (19 Uhr, Universität, Hörsaalgeäude Augustusplatz, Hörsaal 12).

Peter Nowak, der für KONKRET und andere linke Zeitungen schreibt, wurde am 31. Oktober vom Staatsschutz heimgesucht. Bei der Razzia wurden zahlreiche Arbeitsmaterialien, darunter Nowaks Computer, beschlagnahmt. Dem Journalisten wird unterstützende Tätigkeit für die verbotene türkisch-kommunistische Organisation DHKPC vorgeworfen. Spendenkonto und Informationen zum Fortgang des Verfahrens unter www.notrix.de/peter.nowak.

Veranstaltungshinweise: Am 20. Dezember referieren die KONKRET-Autoren Horst Pankow und Justus Wertmüller über deutschen und palästinensischen Antisemitismus: Berlin, Kaufhaus Kato im U-Bahnhof Schlesisches Tor, 19 Uhr.

Rolf Gössner ist mit seinem Buch *»Big Brother« & Co. Der moderne Überwachungsstaat in der Informationsgesellschaft* auf Lesereise: am 24. Januar in Schorndorf (20 Uhr, Manufaktur, Hammerschlag 8), am 25. Januar in Schwäbisch Hall (20 Uhr, Club Alpha, Stuttgarter Straße 7).

Richtigstellung: Ein Gericht hat Bommi Baumann, anders als die Autoren der »Millionärsfragen« in KONKRET 12/2000 annahmen, vom Vorwurf, einen Brandanschlag auf ein jüdisches Gemeindezentrum verübt zu haben, entlastet. Es liegen

lediglich Beweise für eine Tatbeteiligung der Gruppe »Umherschweifende Haschrebellen« vor, zu der Baumann damals gehörte.

Konkret 01/01, S. 6

an konkret

Von Juden bezahlt?

KONKRET 12/2000: Titelthema »Wir sind alle Palästinenser«

Aus Ihren Beiträgen kann man den Eindruck bekommen, daß nur die Leute aus Ihrer Redaktion die wahren Linken sind. Alle anderen werden von Ihnen aufs äußerste beschimpft, in erster Linie als Antisemiten. Nach der Lektüre des Dezemberheftes habe ich nun vollends den Eindruck gewonnen, daß Sie sich zum jüdisch/semitisch/zionistischen Kampforgan aufgeschwungen haben. Man könnte meinen, daß Sie, nachdem die Unterstützung aus dem Osten aus bekannten Gründen weggefallen ist, nunmehr von jüdischer Seite unterstützt werden. Andererseits ist mir nicht bekannt, daß sich offizielle Juden mit Linken einlassen.

Wenn der ungebändigte Turbokapitalismus für die neue Verfolgung der Juden und des Staates Israel verantwortlich ist, so sind auch die Juden an den von den USA beherrschten Schaltstellen des internationalen Finanzkapitals, die über das Wohl und Wehe der finanzabhängigen Länder und der sogenannten Dritten Welt entscheiden, mitverantwortlich.

Paul Strang

Wesseling

Als einzige deutsche Zeitschrift legt KONKRET offen, wie sich in der gegenwärtigen publizistischen Kritik an dem israelischen Vorgehen gegen die Palästinenser hinter »Humanitätsargumenten« Antisemitismus versteckt. Zustimmung!

Aber: Das Eintreten für die Existenz des Staates Israel muß doch nicht den Verzicht auf die kritische Analyse der gegenwärtigen staatlichen Politik in Israel bedeuten. Und wer aufdeckt, wie sich hinter »Antizionismus« nur zu oft Antisemitismus versteckt, muß deshalb nicht auf Kritik an bestimmten Ausformungen zionistischer Politik verzichten. »Positionierung« in einem solchen Konflikt muß nicht heißen, sich (virtuell) auf eine Seite der »Front« zu stellen – beide Seiten derselben sind durch machtstaatlich-militaristische Clan- und Klassenstrukturen geprägt. Jugoslawien zum Vergleich: Wer die Nato-Aggression ablehnte, mußte deshalb nicht das Milosevic-System für akzeptabel halten. Weshalb haben (Rest-)Linke hierzulande immer noch das Bedürfnis, sich mit irgendeiner staatlichen Macht in der Ferne zu identifizieren? (Nachdem Ex-Linke, offenbar demselben Motiv folgend, sich im eigenen Staat dem angeschlossen haben, was sie für Macht halten.) Ist Opposition so anstrengend, daß irgendwo dann doch die staatsbejahende Position gesucht wird, sozusagen leihweise? Politischer Aufklärung werden damit Selbstbeschränkungen auferlegt. Dazu keine Zustimmung. *Arno Klönne*

Paderborn

Ich bin schockiert! Machen wir es kurz: Sie treten in meinen Augen ungeschminkt als fünfte Kolonne Israels auf. Sie schämen sich nicht, die menschenverachtende Politik des Staates Israel in Schutz zu nehmen und alle zu diffamieren, die Kritik üben. Warum werfen Sie den Staat Israel und »die Juden« in einen Topf? Ihr sonst so genialer spielerischer Intellekt sollte doch zu einer Trennung von Dingen, die verschieden sind, in der Lage sein.

Gerade wir Deutschen dürfen nichts zulassen, was den Holocaust am jüdischen Volk relativiert, auch nicht die Untaten Israels. Wir haben die Pflicht, auf Menschenrechtsverletzungen unerschrocken hinzuweisen, egal, wer sie verübt. Alles andere ist unanständig!

Dr. Wolfgang Hintze

per E-Mail

Danke für die überaus treffende Beschreibung der Situation in Israel und auf dem Balkan. Übrigens war der Besuch Sharons auf dem Tempelberg vorher mit den palästinensischen Behörden abgesprochen, und solange er nicht die Al Aqsa Moschee betreten würde, gäbe es keine Probleme. Er betrat die Moschee nicht. So viel zu dieser für Moslems so unerträglichen Provokation. Tatsache ist, daß sich bei der Palästinenserfrage alle einig sind, von ganz links bis ganz rechts, vom grünen Umweltfuzzi (welchem v. a. die schadstoffarme Asylbewerberabschiebung am Herzen liegt) bis zum new-economy-junkie; sie haben alle Verständnis für den islamischen Mob. Jedes Mittel ist recht, um gegen Israel vorzugehen, Vergleiche zwischen den Juden und den Nazis werden bedenkenlos in den Mund genommen. Das Sicherheitsbedürfnis

eines Landes hat dabei keine Relevanz; ein Land, welches von Staaten umgeben ist, die irgendwo im tiefsten Mittelalter stehengeblieben sind. Staaten, in welchen eine Frau nicht alleine ins Ausland fahren darf, wie z.B. in Ägypten; wo bei kleinsten Vergehen Gliedmaßen abgehackt werden, wie in Saudi-Arabien; wo Andersgläubige versklavt werden, wie im Sudan; wo an Tausenden von Schulen die einzige Bildung darin besteht, den Koran auswendig zu lernen ... Es gibt kaum ein islamisches Land, welches auch nur annähernd die elementarsten Menschenrechte achtet. Aber dafür geht niemand auf die Straße, die wirtschaftlichen Beziehungen zu diesen Ländern sind bestens, und immerhin ist es ein Markt von einer Milliarde Menschen, welcher erschlossen werden will. Wen interessiert schon, ob der Coca-Cola-Konsumentin die Klitoris weggeschnitten wurde; außerdem reicht eine Hand, um die Dose zu halten.

Carlos Capdevila

per E-Mail

Die unverhüllte Verachtung des palästinensischen Volkes ist für mein Gefühl unerträglich und schamlos, läßt mich an der materiellen Unabhängigkeit dieses Blattes zweifeln und befürchten, daß Antisemiten sich dadurch bestätigt fühlen. *Hans Suerbier*

Norden

Auf der offiziellen Website der Philipps-Universität Martburg (www.uni-marburg.de) findet sich in einer Aufstellung der Kontakte der Uni auch der Verweis auf »Palästina« neben Staaten wie Finnland und Frankreich (Israel fehlt dafür). Bei so einer schnellen Anerkennung eines Staates, der noch nicht einmal proklamiert ist, müssen selbst Genscher und Kinkel blaß vor Neid werden.

Sven Quenter

Marburg

Unbelesen

KONKRET 12/2000: »Die Namen der Linken« von Peter Hacks

Als Beispiel für eine trotzkistische Partei nennt Hacks ausgerechnet die vor der Erfindung des Terminus durch Stalin existierende KAPD (1921-29), mit derem Anarchosyndikalismus sich Trotzki ähnlich auseinandersetzte wie Lenin in seinem »Linken Radikalismus«. Prompt zählt Hacks generell Anarchisten (die Trotzki haßten, der oft genial gegen sie polemisierte) zur trotzkistischen »4. Internationale« – und »Marcuses Neue Linke« von 1968 ebenso! Hacks, der vermutlich nie ein Buch von Trotzki gelesen hat, verhält sich hier wie jene muslimischen Analphabeten, die gegen Rushdies *Satanische Verse* protestierten, ohne sie gelesen, geschweige denn verstanden zu haben. Daß jeder, der nicht 150prozentig für Stalin ist, Trotzkist ist, hat Hacks wohl zwischen 1927 und 1971 auswendig gelernt, dann blieb seine Uhr stehen: Die erwähnte KPD/ML oder DFU gibt es nämlich längst nicht mehr.

Günter Meisinger

Frankfurt a. M.

Die Klassifizierung der Kommunisten war verdienstvoll, wenn nicht sogar einleuchtend. Doch möchte ich einwenden: Warum kann, darf, soll der Hirsch die Ziege nicht ficken? Wenn sie sich doch lieben. Was im übrigen meinen Haupteinwand gegen den Kommunismus als solchen darstellt.

Hauke Reddmann

per E-Mail

Unbelehrbar

KONKRET 10/2000: »Georg Nostradamus« von Peter Hacks; KONKRET 11/2000: »Ästhetischer Kommunismus« von Georg Fülberth

Schön, daß es mit Peter Hacks noch einen Kommunisten gibt, der weiß, der Imperialismus könnte locker 500 Jahre so fortexistieren, wenn er nicht gestürzt wird. Wo aber wäre mit dem Stürzen zu beginnen? Genau, das schwächste Glied der Kette imperialistischer Staaten gilt es zu sprengen. Auf der Aurora aber sollten sich die Revolutionäre deshalb nicht einfinden, gibt es doch zur Zeit keine bolschewistische Partei, mit der Revolution zu machen wäre. Daher hier ein anderer

Vorschlag. Wer noch irgendeine Handvoll wirklicher Revolutionäre in Rußland kennt, bitte keine Antisemitenkommunisten, der möge sie an die Waldrepubliken der frühen vierziger Jahre erinnern und ihnen den dringenden Rat geben, von dort aus eine neue VERY BIG RAUSHOLE in die Gänge zu bringen, um dann dem Fritz endgültig das Maul zu stopfen und final doch noch die Welt aus den Angeln zu heben.

Karl Selent

Düsseldorf

Konkret 01/01, S. 9

Hermann L. Gremliza, Hermann Peter Piwitt

Lacht Sisyphos?

Piwitt: James Joyce wird der Satz zugeschrieben: »Die Geschichte ist ein Alptraum, aus dem wir hin und wieder zu erwachen versuchen.« Wo alles nun wieder alpträumt, und die Fabrikanten und Nutznießer der Alpträume reiben sich die Hände: Wie fühlt man sich da nach zig Jahren des Wachseins?

Gremliza: Den Umständen nicht entsprechend.

Das heißt?

Für die Menschheit ist die Lage, in die man sie geführt hat, beschissen. Für den Polemiker, der die Führer und Verführer vorführt, ist sie glänzend.

Schaut man historisch zurück, so hat sich menschliches Leben fast durchgehend in Wahnsystemen abgespielt. Und nun die kapitalistisch verfaßte Demokratie als angebliches Nonplusultra. Das »Regime«, wie Sennett es nennt. Hast du noch Hoffnungen, oder gilt es nur noch, das Schlimmste zu verhüten?

Was die älteren Ordnungen angeht, die du Wahnsysteme nennst: Ihre Zeit mußte irgendwann ablaufen, jeder intelligentere Zeitgenosse wußte das. Das gilt für die heute herrschende Ordnung nicht mehr. Weil die Herrschenden erstens über eine Industrie des Bewußtseins und der Empfindungen verfügen, die Menschen so zurichten kann, daß sie auf sich selbst und ihre wahren Interessen losgehen wie Kampfhunde. Und zweitens haben die Damen und Herren Bourgeois mehr zu verlieren als ein paar zentralbeheizte Kackstühle in Wandlitz, sie werden also nicht wie die Kommunisten vor ein paar Leuten kapitulieren, die einmal die Woche mit Kerzen um eine Kirche herumlaufen. Wer ihre Konten stürmt, wird ein Inferno ernten.

Gegen wen und was Du angeschrieben hast, ist den Besten vertraut. Was Du aber politisch für menschenmöglich hältst, davon las man selten. Ist es mehr als das Voltairesche »seinen Garten besorgen«?

Kann es mehr sein? Freilich läßt die Gegenwart sich nicht kritisieren ohne wenigstens eine vage Vorstellung einer möglichen besseren Zukunft. Marx' Kommunismus setzt materiellen Reichtum, ja Überfluß voraus. Solange die Mittel kärglich sind, bleiben die Menschen roh. Der Kapitalismus, dachte Marx, werde die Produktionsmittel so weit entwickeln, daß dieser Reichtum in greifbare Nähe komme. Nach der Revolution könne die neue Gesellschaft aus dem Überfluß schöpfen. Lenin hat dann gesehen, daß der Reichtum nur in ein paar Regionen anfällt und mit der Armut im Rest der Welt bezahlt wird. Heute weiß das jeder, und noch der Arbeiter bei Opel ahnt, daß eine weltweit gerechte Verteilung der Güter nicht nur die Aktionäre ärmer machen würde, sondern auch ihn. Was jenseits des Kapitalismus allein denkbar erscheint, ist eine Art aufgeklärte Erziehungsdiktatur. Wen der Gedanke daran schüttelt, wird sich mit den herrschenden Verhältnissen abfinden müssen. Die »dritten Wege«, auf denen die Intellektuellen sich so gern tummeln, sind bloß die begrünten Rabatten, die den Mainstream säumen.

Blickt man zurück, hast Du mit Deinen politischen Urteilen und Voraussagen oft auf verblüffende Weise recht behalten. Ich denke an Deine frühe Einschätzung der Grünen. Oder an die des J. Fischer, dem KONKRET schon im Januar 1985 eine seherische Titelgeschichte gewidmet hatte. Die Frage Brechts, »Wie kommt die Dummheit in die Intellektuellen?«: Hast Du inzwischen eine Antwort darauf?

Dumm werden Intellektuelle, wenn sie schlau sein wollen, das heißt, wenn sie, anstatt ihre Gedanken rücksichtslos zu Ende zu denken, anfangen zu taktieren, in den Grenzen und unter den Bedingungen der sogenannten Realpolitik – Beispiel Grass. Oder wenn sie zum Sturm aufs kalte Buffet anstehen bzw. zur Verleihung des Bundesverdienstkreuzes. Der Verlust von Scham führt zur Verblödung, sagt Freud. Er hatte recht – lies die letzten Sachen von Enzensberger.

Bisher hat das internationale Finanz- und Investivkapital sich geradezu planmäßig an die Voraussagen des »Kommunistischen Manifests« gehalten. Inzwischen regt sich neuer Widerstand: Bourdieu/Forrester in Frankreich, die Proteste gegen Globalisierung bei den WTO-Konferenzen: Wie schätzt Du das ein? Und wenn es keiner Hoffnung wert ist: Was läßt Dich weitermachen? Von Flaubert stammt der Satz: »Es gibt Momente, in denen auch der friedfertigste Mensch so weit von den anderen entfernt ist, daß er getrost zusehen kann, wie die Menschheit untergeht ...«.

Bis 1989 hat die Existenz des Realsozialismus einen – um ein anders gemeintes Wort der »Wirtschaftswoche« zu gebrauchen – »Sozialkapitalismus« erzwungen, der die Voraussagen des Manifests zu dementieren hatte. Jetzt ist das nicht mehr nötig, der Kapitalismus hat freie Bahn, Marx und Engels kriegen recht. Aber eben nur, was den Kapitalismus, nicht was seine Aufhebung durch das Proletariat angeht. Was mich weitermachen läßt? Es muß gesagt werden, daß Bourdieu kein Ersatz für Marx ist.

Nicht, daß KONKRET recht behielt, sondern wie *ist oft kritisiert worden. Da war das linke Seminar-Chinesisch, das offenbar nicht auszutreiben ist. Und dann die »institutionalisierte Polemik«: ein Gestus des selbstverliebten Besserwissens, wo doch zu wissen schon genügte. Hättest Du nicht manchmal besser verhindert, daß man Dich unzureichend nachahmte? Schließlich die erbitterten Fehden zwischen Gleichgesinnten (zum Beispiel Ebermann/Trampert gegen Kurz), bei denen man vor allem spürte, wie einsam jeder für sich ist. Was ist mit der Solidarität unter den Blauwalen?*

Bloch hatte einen Schüler namens Zehm, der heute für ein Naziblatt schreibt. Da habe ich es mit den Leuten, die von mir gelernt haben, besser getroffen, auch wenn zwei oder drei von ihnen ein wenig mißraten sind. Und die Fehden der Gleichgesinnten? Der Vorwurf, der auch Sektierertum heißt, begleitet mich durchs Leben. Fast immer hat sich am Ende herausgestellt, daß die Gleichgesinnten gar nicht gleichgesinnt waren. Die grüne Pazifistin Claudia Roth wollte seinerzeit den Bosniern die Menschenrechte von deutscher Polizei bescheren lassen. Ich habe mit ihr Streit angefangen, weil ich wußte, daß sie bei nächster Gelegenheit ihren Frieden auch mit einem Angriffskrieg gegen Jugoslawien machen würde. Gegenbeispiele sind rar. Ich ärgere mich mehr über Schläge, die ich nicht oder nicht früh genug ausgeteilt habe.

Die Wirtschaft rechnet den Menschen als Kostenfaktor. So werden mal mehr, mal weniger Überflüssige produziert. Der Ausschuß unter ihnen tritt erfahrungsgemäß nach unten. Ist also traditionsgemäß Reservearmee der Bourgeoisie. Neuerdings aber auch wieder eine Gefahr für das Ansehen des »Standorts Deutschland«. Vertreter der Wirtschaft sind beunruhigt. Gegen Rechtsradikale wart ihr immer reell und deutlich. Hast Du je damit gerechnet, daß der Staat, daß Polizei und Gerichte den nationalen Totschlägern noch einmal – wieder einmal – so viel Nachsicht entgegenbringen würden?

Der nationale Sozialdemokrat Schröder brächte noch viel mehr Nachsicht auf, wenn die Wirtschaft ihn nicht zwänge, das Ansehen des Standorts zu schützen. Es wäre schöner, ein Mord unterbliebe aus Menschenliebe. Aber wenn ein Schwarzer in Deutschland nur deshalb überlebt, weil sonst Daimler in den USA ein Auto weniger verkauft, ist es doch besser, als wenn er totgeschlagen wird. Wer in diesem Land auf den Retter wartet, den ein gutes Motiv treibt, kann warten, bis die Schwarzen tot sind.

Wer als in Dienst genommener Geist notorisch falsch schreibt, weil er von Berufs wegen falsch denkt, hat bei Dir seit zig Jahren nichts zu lachen. Um so mehr bringst Du zum Lachen; und das in inzwischen fünf, sechs Büchern. Daß die Zeiten für Polemiker so beschissen gut sind, stimmt Dich das nicht auch manchmal traurig? Gremliza oder das Gelächter des Sisyphos?

Ich lasse einmal im Monat, allein oder an der Seite meines Freundes Tomayer, ein- oder zweihundert Leute über die Heroen des deutschen Geisteslebens, über Walser, Reich-Ranicki, Schwarzer, Wickert und tutti quanti Tränen lachen. Wenn dann das Publikum nach zwei Stunden um Zugaben bettelt – das tröstet.

Du wirst 60. Wie geht es weiter?

Küchenlateinisch: in dubio contra.

Gekürzte Fassung eines Interviews, das Hermann Peter Piwitt für die Wochenzeitung »Freitag« führte

Konkret 01/01, S. 10

herrschaftszeiten

Aus unserem Hinterhof (1)

9. November, AFP

Vier Ashkali-Roma wurden erschossen, nachdem sie am Tag zuvor in ihr Dorf im Kosovo zurückgekehrt waren ... »Wer immer diese Männer ermordete, weniger als 48 Stunden, nachdem sie nach Hause zurückgekehrt waren, versuchte all den Fortschritt zu zerstören, den Kosovo im letzten Jahr und insbesondere in den letzten paar Wochen gemacht hat«, sagte (der Leiter der UN-Mission) Kouchner ... Ungefähr 210.000 Nicht-Albaner – die meisten davon Serben – sind nach Angaben des UN-Flüchtlingswerks seit Kriegsende aus der Provinz geflüchtet.

Semibinimebö

SMS – Die große »Bild«-Aktion gegen lange Sätze

Aufstand der Anständigen

10. November, »Tagesspiegel«

Wenig Toleranz zeigte die Polizei für ein großes Transparent auf dem Pariser Platz. Auf schwarzem Tuch stand: »Nazis morden, der Staat schieb ab.« Laut Polizei setzten einige Demonstranten Trillerpfeifen ein. Die Beamten nahmen vier Personen fest und beschlagnahmten das Transparent.

Eine weit unangenehmere Provokation konnten Beamte der Polizei-Spezialeinheit PMS (Politisch Motivierte Straßengewalt) vereiteln. Sie entdeckten in der Friedrichstraße ein halbes Dutzend Neonazis, darunter einen Gewalttäter, der zur Terrorgruppe »National-Revolutionäre Zellen« gehört. Der Mann hatte Kleidung dabei, die ähnlich aussah, wie die von KZ-Häftlingen ... Die Männer der PMS nahmen dem Rechten nichts ab, blieben aber so hartnäckig in seiner Nähe, daß er schließlich in einen Wagen stieg und wegfuhr. Die anderen Nazis fielen dann auch nicht mehr auf.

Auszeichnung für Anständige (1)

14. November, »Die Tageszeitung«, Ausgabe Hamburg

Die CDU in Apensen weiß, was sie an Heinz Eckhoff hat ... und hat ihn für das Bundesverdienstkreuz vorgeschlagen. Das wurde ihm gestern »in Anerkennung der um Volk und Staat besonders erworbenen Verdienste« .... verliehen. Besondere Verdienste – Eckhoff ist 1943 in die Waffen-SS eingetreten und zog 1968 für die NPD in den Stader Kreistag ein. Für Union und Landkreis kein Grund, die Verleihung zurückzuziehen.

Wahlen in Nato-Land (1)

16. November, »Die Zeit«

»Ich hätte nie gedacht, daß die Ereignisse der serbischen Wahlen sich in Amerika wiederholen würden.« – Vojislav Kostunica, serbischer Präsident

»Wenn wir das in Simbabwe machen würden, würde man uns mit Sanktionen drohen«. – Jonathan Moyo, Sprecher der Regierung in Simbabwe

Wahlen in Nato-Land (2)

17. November, »Das Parlament«

Aserbeidschans Aufnahme in den Europarat beschlossen, aber vorerst verschoben / ... Normalerweise werden die Ergebnisse von Parlamentswahlen mit Spannung erwartet. Zumal wenn, wie in Aserbeidschan, erstmals faire und demokratische Wahlen unter internationaler Aufsicht der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) und des Europarats stattfinden sollten. Doch als in der Wahlnacht Beobachter mit unglaublichen Berichten in die Einsatzzentrale zurückkehrten, gewann allein die Frage an Bedeutung, ob die Wahl für regulär erklärt wird oder nicht ... Den größten Fund systematischer Wahlfälschung machte Andreas Gross, der Delegationsleiter der Europarats-Wahlbeobachter. Noch vor Öffnung eines von ihm aufgesuchten Wahllokals hatte er im Safe mit den Wahlunterlagen unter

Zuckertüten versteckt 150 bereits mit Kreuzen für die Yeni-Partei versehene Wahlzettel gefunden. Noch mehr als diese Tatsache selbst erstaunte es die Beobachter, daß die Aufdeckung der versuchten Wahlmanipulation weder bei den Vertretern der Opposition im Wahlvorstand, noch bei deren Vertretern zur Wahlüberwachung einen Aufschrei der Empörung, sondern lediglich betretenes Schweigen hervorrief. Das deutete auf Absprachen genereller Art oder auf Bestechung einzelner Oppositionsvertreter oder deren Einschüchterung hin.

Aus unserem Hinterhof (2)

19. November, »Bild am Sonntag«

In der jugoslawischen Teilrepublik Montenegro gilt seit Montag nur noch deutsches Geld ... Diese Unabhängigkeit muß teuer erkauft werden. Das deutsche Geld ist knapp, und die Preise für Einfuhren aus Westeuropa sind hoch. Ein 400-Gramm-Glas Nutella-Brotaufstrich, das es in Deutschland schon für 2,80 Mark gibt, kostet in Montenegro 4,80 Mark. Eine Dose Nivea-Creme (150 ml) zu 4,10 Mark und ein Deostift der gleichen Marke zu 4,81 Mark liegen jeweils mehr als eine Mark über deutschen Niedrigpreisen. Bei einem monatlichen Durchschnittslohn von 200 Mark und einer Arbeitslosenquote von 80 Prozent sind die 620.000 Bewohner des gebirgigen Kleinstaats Montenegro noch lange nicht aus der Krise raus. Doch gerade die jungen Menschen bejubeln den Aufbruch: »Durch die D-Mark ist das Angebot in den Geschäften viel größer geworden«, sagt Tamare Miliskovic (15). »Jeans von Levi's, Sportschuhe von Adidas« – das sind ihre zur Zeit noch kaum bezahlbaren Wünsche.

EU-Reform (1)

21. November, »Frankfurter Rundschau«

Im Gerangel um wichtige Posten in der neuen militärischen Struktur der EU ist es zu einem Zerwürfnis zwischen Frankreich und Deutschland gekommen. Gegen die Franzosen setzte Berlin den deutschen Generalleutnant Rainer Schuwirth als neuen Chef des EU-Militärstabs durch.

Frieden oder Scharon

»Hamburger Morgenpost«, Leitartikel-Überschrift am 30. November 2000

Auszeichnung für Anständige (2)

27. November, Burda Medien – Presseerklärung

Bambi 2000 geht an Zoran Djindjic. Hinter den Kulissen hat Djindjic den gewaltlosen Machtwechsel in Serbien von langer Hand vorbereitet. / Daß die demokratischen Kräfte Serbiens im Oktober 2000 den Diktator Slobodan Milosevic in die Knie zwingen konnten, ist vor allem der Verdienst von Zoran Djindjic. Er ist der Kopf hinter dem unblutigen Umsturz in Belgrad. In Würdigung seiner Rolle als Manager des gewaltlosen Machtwechsels in Serbien wird Zoran Djindjic mit dem »Bambi 2000« für Politik geehrt.

Zoran Djindjic hat die friedliche Revolution in Serbien von langer Hand vorbereitet und durch sein politisches Geschick möglich gemacht. Schon 1989, zwei Jahre nach Milosevics Machtergreifung, gründete er mit einer Gruppe von serbischen Intellektuellen die Demokratische Partei. Zu den jüngsten Wahlen gelang es ihm, die zersplitterten Oppositionskräfte des Landes in einem 18-Parteien-Bündnis zu vereinen. Ihm hätte die Führungsrolle in diesem Bündnis zugestanden. Um der Sache willen verzichtete er auf die Macht und ließ Vojislav Kostunica den Vortritt ... Zu den »Bambi 2000«-Preisträgern in 15 Kategorien gehören unter anderem die Schauspielerin und Sängerin Jennifer Lopez und der Sänger Tom Jones.

PDS for President

29. November, »Berliner Zeitung«

PDS-Bundesgeschäftsführer Dietmar Bartsch konnte diesmal nicht die gesamte Nacht durchtanzen, weil er schon um sieben Uhr früh nach dem Ball zum Parteitag in Mecklenburg-Vorpommern abfahren wollte. Am Abend des Presseballs blickte er übrigens schon mal in die Zukunft: »Ich freue mich schon auf den Presseball in vielen Jahren, den ich als Bundespräsident tanzend eröff-ne.«

Aus unserem Hinterhof (3)

29. November, »Frankfurter Allgemeine Zeitung«

Rumänien stehen schwere Zeiten bevor. Die Wirtschaft kommt nicht in Schwung. Es fehlt an Investitionen und auch an Initiative, weil die endemische Korruption vieles lähmt. Inflation und Arbeitslosigkeit sind viel zu hoch. Die Armut hat das Land fest im Griff. In der Hauptstadt Bukarest und in anderen Großstädten beantragen immer mehr Familien, die Versorgung ihrer Wohnungen mit Fernwärme und Warmwasser einzustellen, weil sie die Rechnungen nicht mehr bezahlen können ... Die Parteien der konservativ-liberalen Koalition ..., die mit dem ... Präsidenten Emil Constantinescu vor vier Jahren so triumphal an die Macht gekommen waren, haben sich durch Streit und Inkonsequenz pulverisiert. Die Christlich-Demokratische Bauernpartei, seit mehr als einem Jahrzehnt die führende Kraft der Bürgerlichen, wird nicht einmal mehr im Parlament vertreten sein.

EU-Reform (2)

1. Dezember, »Frankfurter Allgemeine Zeitung«

Frankreich zunehmend isoliert / Wenige Tage vor dem Gipfeltreffen in Nizza erscheint die französische EU-Ratspräsidentschaft mit ihrer Weigerung, bei der geplanten stärkeren Berücksichtigung der Bevölkerungsverhältnisse Deutschland die meisten Stimmen einzuräumen, zunehmend isoliert. Nach dem italienischen Regierungschef Amato zeigt jetzt auch der spanische Ministerpräsident Aznar anläßlich des Besuchs von Staatspräsident Chirac in Madrid Verständnis für den deutschen Wunsch.

Wahlen in Nato-Land (3)

4. Dezember, »Frankfurter Allgemeine Zeitung«

Eine Untersuchung der Zeitung »Miami Herald« ergab unterdessen, daß allein in den Wahlkreisen Palm Beach und Duval illegal mehrere hundert Simmen von verurteilten Verbrechern abgegeben worden seien. Ihre Namen seien versehentlich, zusammen mit Verstorbenen, nicht aus den Wählerlisten gestrichen worden.

EU-Reform (3)

4. Dezember, »Frankfurter Allgemeine Zeitung«

Eigentlich hatten Bundeskanzler Schröder und der spanische Ministerpräsident Aznar ... den großen römischen Aquädukt besichtigen wollen ... Dabei, so erzählen deutsche und spanische Beamte hinter vorgehaltener Hand, habe Schröder auf ein mögliches gemeinsames Rüstungsgeschäft hingewiesen: auf einen Lizenzbau von 1.000 für die Türkei bestimmten Leopard-II-Panzern bei dem staatlichen spanischen Unternehmen Santa Barbara – vorausgesetzt, besagtes Unternehmen werde nicht an den amerikanischen Konzern General Dynamics veräußert. Die beiden Regierungschefs hätten sich bei ihren Überlegungen unter anderem von der Erwartung leiten lassen, daß ein solches Vorhaben den beteiligten Firmen der beiden Länder bis zu 14 Milliarden Mark einbringen und 10.000 Arbeitsplätze für ein Jahrzehnt sichern könne ... Jedenfalls hat die Regierung in Madrid den Verkauf von Santa Barbara an General Dynamics zunächst einmal »bis auf weiteres« verschoben ... Im spanischen Verteidigungsministerium spricht man schon offen über einen zukünftigen deutsch-spanischen oder europäischen Rüstungskonzern, in den dann auch andere spanische Staatsfirmen, wie die Bazan-Werft für Kriegsschiffe, eingegliedert werden könnten.

Billigfleisch aus Ländern mit notorischen Fleischpanschern wie Belgien oder andere, ... wie unter anderem die Griechen, sollte vom Speiseplan gestrichen werden.

»Die Tageszeitung«, 28. November 2000

EU-Reform (4)

4. Dezember, »Bild«

Deutschland und Frankreich streiten offen um Einfluß und Stimmkraft in Europa. Berlin ist dabei im Recht. Es ist urdemokratisches Prinzip, Mehrheiten zu gewichten. Mehr Stimmen für mehr Einwohner. Das hat nichts mit Größenwahn oder neuem Nationalismus zu tun ... Wenn es ums Bezahlen geht, sind wir in Europa schließlich auch die Größten.

Aus unserem Hinterhof (4)

4. Dezember, »Junge Welt«

Ein Mann, der es wissen muß, sagte am Freitag vergangener Woche vor einem kroatischen Gericht u. a. folgendes aus: In Gospic, Kroatien, wurden 1991 bis zu 180 Serbinnen und Serben entführt und bestialisch ermordet. Das Massaker ... sei

geplant durchgeführt worden: Zu diesem Zweck habe es 1991 ein »Todestreffen« gegeben, um die Liquidierung aller Serben in diesem Ort zu vereinbaren. Die Aktion sei in Zusammenarbeit mit »Nazikräften«, die in »Verbindung mit ausländischen Geheimdiensten« standen und die in der damaligen kroatischen Führung unter Franjo Tudjman vertreten gewesen seien ... Diese Aussagen im Zeugenstand des Kriegsverbrecherprozesses in Rijeka, Kroatien, machte Josip Manolic. Manolic war nach 1990 kurze Zeit kroatischer Regierungschef, dann bis März 1993 der Geheimdienstchef des Landes ... Er unterhielt .... (in den achtziger Jahren, Anm. KONKRET) Kontakte zum Bundesnachrichtendienst (BND) unter Klaus Kinkel, wie der Publizist Erich Schmidt-Eenboom in seinem Buch »Der Schattenkrieger« belegte.

Gründlich zivilisiert

4. Dezember, »Spiegel«

Der Vorsitzende des jüdischen Sportclubs »TuS Makkabi« in Frankfurt, Dieter Graumann, erhebt schwere Vorwürfe gegen Spitzenverbände des deutschen Fußballs. Seit drei Monaten werden Fußballmannschaften des rund 500 Mitglieder zählenden Vereins, insbesondere die acht Jugendteams, nach Graumanns Angaben »antisemitisch verfolgt und beschimpft«. So hätten Anhänger gegnerischer Mannschaften die Makkabi-Spieler mit Steinen beworfen, mit Flaschen bedroht und Nazi-Parolen gebrüllt (»Scheißjuden«, »Wir wollen euch brennen sehen«). In mehreren Briefen an die Führung des Deutschen Fußballbundes (DFB) und des Hessischen Fußball-Verbandes hatte Graumann, der auch dem Direktorium des Zentralrats der Juden in Deutschland angehört, die Vorfälle geschildert und »eine klare Reaktion« erbeten. In »hinhaltenden Briefen«, sagt der Makkabi-Vorsitzende, sei er jedoch »nur vertröstet« worden:»Diese totale Verweigerung ist ein Skandal«.«

Konkret 01/01, S. 12

Joachim Rohloff

Bunter Abend mit Rudi

»Wolgastrand« statt »Waldesrand«: Wie die Deutschen mit der Leitkultur-Debatte ihre Vergangenheit bewältigen

Nun ist also auch die Debatte um die Leitkultur schon wieder verweht, und ihre Anstifter beteuern, sie hätten es ja niemals so gemeint: Deutsche Leitkultur sei doch nichts anderes als das Bekenntnis zu den Werten des Westens; sie hat also weder mit Deutschland zu tun noch mit der Kultur. Darauf aber, daß die Deutschen, um zweihundert Jahre verspätet und nach doppelter eindringlicher Mahnung, immerhin die niedrigste Stufe westlicher Zivilisation erklommen haben, möchten sie nun noch besonders stolz sein.

Die Debatte verlief ohne jede Überraschung, und an ihrem Ende gab es auch keine Meinungsverschiedenheiten mehr. Daß sich der Rassismus notfalls auch mit der Zivilgesellschaft würde begründen lassen, wußte man vorher; ebenso, daß Rudolf Augstein im Interesse seines Verlages entmündigt gehört. Zwar glaubte Alois Glück, der Vorsitzende der CSU-Fraktion im bayerischen Landtag, sich anfangs noch von Feinden umstellt: »Die Aufregung um den Begriff ›Leitkultur‹ hat ihren tieferen Grund in dem ungeklärten Verhältnis der Deutschen, jedenfalls der Mehrheit der Meinungsbildner, zur eigenen Geschichte und Kultur, zur Identität der Nation. Ich glaube fast: Der Mehrheit der Aufgeregten geht es nicht um eine besondere Fürsorge für die Ausländer, die nicht ausgegrenzt werden dürfen. Ihre Aufregung wurzelt in einem gebrochenen Verhältnis zu allem, was als deutsche Identität verstanden werden könnte.« Das sollte nun ein Vorwurf sein, er traf allerdings niemanden mehr. Wen denn in Deutschland und in der Welt könnte Glück noch gemeint haben? Die paar Pappkameraden, die beispielsweise in KONKRET ramentern, sind dem menschlichen Ohr nicht vernehmlich. Und die ehemalige Linke hat sich im Kosovo-Krieg das historische Verdienst erworben, die deutsche Identität nach, trotz und wegen Auschwitz wiederherzustellen.

Deshalb fühlt sich inzwischen auch Cem Özdemir vollkommen identisch. Während der Walser-Debatte litt er noch sichtlich unterm Schulddefizit seiner Väter, an der Walserschen Schande und an den Beklemmungen eines Klaus von Dohnanyi durfte er nicht teilhaben, die Volksgemeinschaft schloß ihn noch immer aus, allenfalls ein Stückchen Verantwortung für die Zukunft mochte sie ihm überlassen. Als aber nach der Leitkultur gefragt wurde, war endlich auch der türkische Schwabe ein ganzer Deutscher und stolz darauf: »Der Nationalismus ist in Deutschland nicht schlimmer als in anderen Ländern.« Denn in Deutschland mordet nicht der Nationalismus, sondern die Gewaltbereitschaft. »Aber ich will mal was anderes sagen, weil Sie Herrn Westerwelle gefragt haben, worauf wir stolz sein können. Meine Vorfahren kommen aus einem anderen Land. Ich bin hier geboren, hier aufgewachsen und bin seit meinem achtzehnten Lebensjahr deutscher Staatsbürger. Mein Lehrer in der Realschule hat mich nach Dachau gebracht. Mit der ganzen Schulklasse, nicht nur mich alleine. Wir haben da mit Überlebenden gesprochen. Was mich sehr beeindruckt hat, ist die Art der Vergangenheitsbewältigung und der Beschäftigung mit der eigenen Vergangenheit auch in einer kritischen Weise. Also genauso, wie man die positiven Teile der Geschichte behandelt hat, auch dieses dunkle Kapitel der Geschichte. Das ist, bei allen Versäumnissen, die wir da haben – Entschädigung – , nicht selbstverständlich in der Welt. Und das finde ich was, wo man sagen muß, das ist eine Art, wo man sich mit der eigenen Geschichte beschäftigt hat, die manchen auch durchaus zum Vorbild gereichen könnte.«

Wie viele Menschen auch immer die Deutschen in den dreißiger und vierziger Jahren nach Dachau gebracht haben – daß sie einige Zeit später den kleinen Özdemir nach Dachau brachten, spricht sie vor der Geschichte frei. Und daß fünfzig Jahre nach Kriegsende wirklich kein ehemaliges Mitglied der NSDAP mehr im Bundestag sitzt, davon können sich alle anderen Völker eine dicke Scheibe abschneiden. Im einzigen Einzelfall Özdemirs allerdings möchte man der CDU zustimmen, die jeden Bewerber gründlich prüfen will, bevor er den Personalausweis bekommt: Dieser hier hätte wegen Anbiederung und flagranter Schleimscheißerei ausgewiesen werden müssen.

Zwar beteuerte Roland Koch: »Wir sind keine Gesellschaft von verschiedenen Kulturen, sondern wir haben eine Kultur. Und die werden wir auch am Ende behalten wollen und um unseres inneren Friedens willen behalten müssen.« Zwar versuchte Angela Merkel sich an einer Definition: »Das Bewußtsein der eigenen Identität, das meint die Nation, das Vaterland, die Heimat, in der wir sind, und daß die Beachtung dieser Werte als Leitkultur bezeichnet werden kann. Als Leitkultur in Deutschland, um noch einmal deutlich zu machen, wo wir leben. Wir entscheiden jetzt aus nationalem Interesse, wen wir als Zuwanderer haben wollen. Wir hatten eine außerordentlich schwierige Geschichte und haben uns erst einmal auf die humanitären Gründe konzentriert. Jetzt gehen wir einen neuen Schritt.« Der Inhalt der Leitkultur blieb jedoch unbestimmt, er läßt sich am Ende wohl auf die Drohung reduzieren: Wir sind wir, und wer die anderen sind, das beschließen wir nach Bedarf. Wolf Biermann machte einen Vorschlag: »Es sind die Moslems, es sind die Türken, es sind die Araber, es sind die Leute, die im Grunde keine westliche demokratische Kultur kennen.«

Weil die Leitkultur in der größten Erklärungsnot nichts anderes mehr bedeuten sollte als der seit langem vertraute Verfassungspatriotismus, also auch keinen »möglichen ersten Schritt einer Rückkehr zur deutschen Kultur«, den Hermann Kant und Peter Hacks sich noch von der Wiedereinführung der alten Rechtschreibung versprochen hatten, durfte im Verlauf der Debatte manch einer endlich aussprechen, was ihm schon immer auf der Seele lag. »Mir selbst wurde und wird gelegentlich Antisemitismus vorgeworfen«, wunderte Rudolf Augstein sich in seinem »Spiegel«. Daß er ein Antisemit nicht ist und nie gewesen ist oder doch zumindest, wie sein Vater, das antisemitische Ressentiment während der Dauer des »Dritten Reiches« unterdrückte, bewies nun ein Kapitel aus seinen hoffentlich ungeschriebenen Memoiren. »Widerstand am Wolgastrand« könnte es heißen. »Meine ›Leitkultur‹ war jüdisch. Warum? Als Soldat an der Ostfront wurde ich dazu ausersehen, als Truppenbetreuer die sogenannten bunten Abende unter meine Fittiche zu nehmen.«

Und wie gestaltete der kommende Journalist des Jahrhunderts die Abende unter seinen Fittichen? Er führte jüdische Lieder auf. Das heißt: nicht gerade jüdische Lieder, aber doch Lieder von jüdischen Komponisten. »Ich hatte einen kräftigen Bariton, ein Begleitinstrument fand sich immer. Eines der Lieblingslieder war damals ›Es steht ein Soldat am Wolgastrand‹ (Schluß des Wolgaliedes: ›Du hast im Himmel viel Engel bei dir! Schick doch einen davon zu mir‹). Die deutschen Wehrmachtstruppen standen dort, am Wolgastrand, auf Befehl des unseligen Führers Adolf Hitler. Auf Anweisung mußten wir statt ›Wolgastrand‹ ›Waldesrand‹ singen, was ich aber mißachtete. Das schwülstige Lied ist 1927 uraufgeführt worden, und zwar in der Operette ›Der Zarewitsch‹ von Franz Lehár. Der Saal raste, wenn der jüdische Sänger Richard Tauber (Geburtsname: Richard Denemy) das Macho-Lied sang: ›Gern hab ich die Frau'n geküßt, hab nie gefragt, ob es gestattet ist. Dachte mir, nimm sie dir, küß sie nur, dazu sind sie ja hier.‹ Mindestens fünfmal mußte er das Lied als Zugabe singen. Diesen Text hatte ein jüdischer Librettist geschrieben. Wer wußte damals schon, daß ›Ich hab mein Herz in Heidelberg verloren‹ ebenfalls von einem Juden stammte, von Fritz Löhner-Beda.«

Gute Frage. Daß sie Juden waren, wußten womöglich die jüdischen Komponisten und Librettisten selbst nicht, bis die Nazis es ihnen klarmachten. Ganz gewiß aber wußten es die Antisemiten, die hinter allem, woran auch nur der Enkel eines Juden beteiligt war, den jüdischen Einfluß und die jüdische Kultur entlarvten. Hitler übrigens, auch das mußte bei dieser Gelegenheit einmal festgestellt werden, zählte in seinen frühen Jahren nicht zu ihnen: »Der Wiener Gauleiter und Reichsstatthalter Baldur von Schirach war einer jener willigen Vollstrecker, der in vorauseilendem Gehorsam ›dem Führer entgegenarbeiten‹ (Hitler-Biograph Ian Kershaw) und Wien ›judenfrei‹ machen wollte. Bis zum Ersten Weltkrieg hatte der unbekannte Kunstmaler Hitler gegen Juden nichts, die in seiner Wiener Zeit fast sein einziger Umgang gewesen waren. Sein Hauptfeind waren damals die Tschechen, die aus Wien eine zweisprachige Stadt zu machen bestrebt waren. Und auch in einer Anweisung an seinen neuen Gauleiter erwähnte er dessen selbstgestellte Aufgabe mit keinem Wort. Vielmehr sollte Schirach weiterhin ›für die Deutsche Jugendbewegung‹ zuständig bleiben.«

Daß die Wiener Juden also von Hitler nichts zu befürchten brauchten, ließe sich aber noch überzeugender beweisen, wenn er die Absicht, Wien judenfrei zu machen, in keiner Anweisung an seinen Gauleiter mit einem Wort erwähnt hätte. Die Archive werden den Beweis nicht hergeben, und das Rätsel des vergangenen Jahrhunderts wird auch den »Rudi« (H. M. Broder) überleben: »Und immer wieder stellt man sich die Frage, wie es zu all dem kommen konnte. Wahr ist, die westliche Völkergemeinschaft hat die Juden schmählich im Stich gelassen. Allen voran die großen christlichen Kirchen, aber auch die damals ja wirtschaftlich schon sehr starken Amerikaner.« Während die deutsche Volksgemeinschaft an der Ostfront immerhin die jüdische Kultur pflegte und bewahrte.

Im Unterschied zu einem hergelaufenen Özdemir hat Rudolf Augstein es nicht nötig, sich der Bagage anzubiedern: »Die in der Nazi-Zeit geschundenen Überlebenden rasch und großzügig zu entschädigen, die Zwangsarbeiter beispielsweise, war den früheren Bundeskanzlern von Konrad Adenauer bis Helmut Schmidt kein Gedanke wert.« Er meint: keinen Gedanken. »Eine ziemliche Blamage leistet sich damals wie heute die deutsche Wirtschaft in der Behandlung ehemaliger Zwangsarbeiter. Nur einer bemüht sich, das Verspätete halbwegs wiedergutzumachen: Otto Graf Lambsdorff unter Einsatz seiner Gesundheit.« Wem aber fielen, wenn er vom edlen Grafen liest, nicht dessen Kontrahenten ein: die »Haifische im Anwaltsgewand«?

Einer muß es schon seit langem gewußt haben, daß zwar nicht eben Augsteins Denken und Schreiben, wohl aber sein Singen und mancher seiner bunten Abende von der jüdischen Kultur geleitet wurden. Wie sonst hätte Frank Schirrmacher ausgerechnet jenen Rudolf Augstein, den wir anderen für unseren prominentesten Antisemiten hielten, mit dem Börne-Preis behängen können? Die Verleihungszeremonie sollte am 5. November, als die Debatte um die Leitkultur ihren Höhepunkt erreichte, in der Frankfurter Paulskirche stattfinden. Sie fiel aus, weil der Preisträger angeblich erkrankt war, und es setzte viele hämische Kommentare. Zu einem veritablen Skandal mochte sich der Vorgang aber nicht entwickeln. Wer dennoch einen zweiten Gedanken an ihn verschwendete, dem fiel vielleicht ein, daß vor Jahren im »Spiegel« zu lesen stand, Schirrmacher habe seinen Doktortitel nicht etwa, wie man es von einem herausragenden Repräsentanten der Geistesrepublik wohl vermuten durfte, in Oxford erworben, sondern an der Gesamthochschule Siegen, und obendrein mit »anrüchigen« Mitteln. Daß er zum Nachfolger des großen Fest emporschnellte, verdanke er weniger seinen Fähigkeiten als einer perfiden Schleim- und Schmiegetechnik. Er könne wohl nicht ganz dicht sein, behaupte er doch manchmal, seine

Kindheit unter äthiopischen Menschenräubern verbracht zu haben. Und zu Beginn dieses Jahres fand sich in »Spiegel-Reporter« die Insinuation, Schirrmachers größte Lust sei es, untergebene Redakteure zu demütigen.

Ausgerechnet dem Mann, der alle diese Gemeinheiten verantwortete, bescheinigte Schirrmacher im Juni nun, er habe es, nach dem letzten Weltkrieg etc., der Bundesrepublik ermöglicht, »wieder in ein Gespräch mit sich selbst und der Umwelt einzutreten. Er hat dem Land damit innere Freiheit wiedergegeben.« Er stehe »wie kaum ein anderer Publizist in der aufklärerischen und freiheitlichen Tradition, die Ludwig Börne in der deutschen Geistesgeschichte begründete«. Augsteins »argumentative Kraft, sein ebenso polemisches wie politisches Temperament, sein publizistischer Rang und Einfluß machen ihn zu einem Preisträger, dem Börne nicht seinen Respekt und vermutlich auch nicht seine Freundschaft versagt hätte«. Das klang verblüffend klar und unmißverständlich. Aber gerade die Abwesenheit des gewohnten Schirrmacher-Sounds ließ vermuten, daß er es so, wie er es sagte, nicht gemeint haben konnte. Es mußte in diesem Lob eine geheime Botschaft stecken, ein satirischer Subtext. Augstein durch den Vergleich mit Börne lächerlich zu machen war nicht Schirrmachers besondere Absicht, sondern bloß das Prinzip aller Kulturpreise. Die Gemeinheit mußte sich in der Unterstellung verbergen, ein heutiger Börne wäre Augsteins Freund. Börne erwartete von einer deutschen Revolution vor allem einen weiteren Judenpogrom, er schrieb den schönen Satz: »Wenn ich sagte schändlich, das wäre zu matt; ich sage: Es ist deutsch.« Gegen die Zumutung des Antisemiten und deutschen Nationalisten Augstein, so mochte Schirrmacher spekulieren, würden sich die jüdischen Stifter des Preises zur Wehr setzen.

Salomon Korn indes, der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde Frankfurts, erklärte dem »Tagesspiegel« im November, daß die Zumutung keine Zumutung sei, sondern Augstein ein würdiger Preisträger; und seine antisemitischen Äußerungen blieben »im Rahmen dessen, was man aushalten muß in einer Demokratie«. Die Preisverleihung werde nachgeholt. Der Skandal blieb also aus, und inzwischen wurde offenbar, warum Schirrmacher ihn auch gar nicht wollte. Er hat nämlich längst mit Augstein seinen Frieden gemacht. Um der eigenen Karriere willen, die ihn noch werweißwohin führen wird, und weil er längst wußte, was wir erst neulich erfahren haben: Augsteins Leitkultur ist jüdisch.

Joachim Rohloff schrieb in KONKRET 11/2000 über Henryk M. Broder

Konkret 01/01, S. 15

Winfried Wolf

Das Auburn-Hill-Massaker

Hat Daimler-Benz sich an der Übernahme des US-Konzerns Chrysler überfressen?

Der Vorgang ist, betrachtet man Fakten und Zahlen, höchst ungewöhnlich. Da wurde Anfang 1998 der Zusammenschluß von Daimler-Benz und Chrysler als »merger of equals«, als »Fusion unter Gleichen« verkauft. Man sicherte sich die erforderliche 80prozentige Zustimmung der deutschen Aktionäre mit dem Hinweis auf die besondere Profitabilität von Chrysler. Tatsächlich realisierte Chrysler in den ersten zwei Jahren nach dem Zusammenschluß mit addierten 9,2 Milliarden Euro deutlich größere Profite als Mercedes-Benz samt smart (4,6 Mrd. Euro). Auch brachten die ersten zwei Quartale des Jahres 2000 bei Chrysler noch Gewinne; selbst auf das Jahr hochgerechnet wird es, so Schrempp am 3. Dezember im »Spiegel«, noch Chrysler-Profite von knapp zwei Mrd. Euro geben. Lediglich im dritten Quartal des Jahres 2000 fuhr Chrysler Verluste ein.

Seit diese Quartalsverluste bekannt wurden, tobte in der Stuttgarter Konzernzentrale das Top-Management – und mit diesem die deutsche Wirtschaftspresse. Der noch vor kurzem gefeierte Chrysler-Boß Holden wurde (mit einem zweistelligen Millionen-Dollar-Betrag als »goldenem Handschlag«) gefeuert, so daß inzwischen binnen zweier Jahre das komplette Chrysler-Management abheuerte. Jetzt geht es Schlag auf Schlag: Schrempp läßt eine allgemeine Chrysler-Krise ausrufen. Der Kleinanleger-Aktionärsvertreter Wenger nennt Chrysler einen »Schrottladen«. Debattiert wird, ob Chrysler zerschlagen oder wieder verkauft werden müsse. Schrempp setzt noch eins drauf und poltert in der britischen »Financial Times«: »Als Schachspieler rede ich normalerweise nicht über meinen zweiten und dritten Zug.« Um dann doch zu verraten: »Die Struktur, die wir jetzt bei Chrysler haben« – also ein rein deutsches Management im Chrysler-Hauptsitz Auburn bei Detroit – , »ist die Struktur, die ich immer wollte.«

Womit logischerweise die Poltergeister auf der anderen Seite des großen Teichs geweckt wurden. In der »Detroit Free Press« hieß es: »Das Auburn-Hill-Massaker, mit grausamer Präzision von Jürgen Schrempp und seinen Leuten durchgeführt, wird einen Gestank hinterlassen, den man nicht so schnell vergessen wird. Amerikanische Beschäftigte ertragen den Anblick einer Exekution ihrer Führer durch Ausländer nur schwer, schon gar nicht durch Deutsche.« Der Großaktionär Kirk Kerkorian kündigte eine Schadenersatzklage in Höhe von acht Milliarden Dollar an, weil er »getäuscht« und im Glauben gelassen worden sei, es handle sich beim Daimler-Chrysler-Deal um eine »Fusion unter Gleichen«.

Vor diesem Hintergrund stellen sich drei Fragen. Zunächst die naheliegende: War der Daimler-Chrysler-Deal wirklich ein Betrugsmanöver? Als zweites steht der grundsätzliche Charakter der aktuellen »Merger & Acquisition-Geschäfte« zur Debatte. Schließlich dürfte zumindest der DaimlerChrysler-Großaktionär, die Deutsche Bank, die Frage prüfen: Wer ist »schuld« an einer möglicherweise kommenden Krise von DaimlerChrysler?

Nimmt man die deutsche Seite beim Wort, dann wurde beim Daimler-Chrysler-Deal 1998 ganz offensichtlich betrogen. Nicht nur die Medien schrieben, es handle sich um einen »merger of equals«. Im offiziellen 1998er Prospekt der Daimler-Benz Aktiengesellschaft ist im Vorwort die Rede von einem »Zusammenschluß« von »starken, gleichberechtigten Partnern« und einige Seiten später von einem »Zusammenschluß von gleichen Partnern (merger of equals)«. Als geradezu arglistige Täuschung könnte bezeichnet werden, was das »Handelsblatt« am 8. Mai 1998 enthüllte: »Matthias Graf von Krockow, Sprecher des Bankhauses Sal. Oppenheim, wird übergangsweise Aufsichtsratsvorsitzender. Beide Unternehmen (also Daimler und Chrysler, W. W.) werden zunächst auf die neugebildete Oppenheim AG verschmolzen ... Der Name Oppenheim soll Ressentiments jüdischer Großanleger gegen die Fusion verhindern.« Die Bezeichnung »vorm. Oppenheim AG« taucht dann auch im offiziellen Antrag an die 15. a.o. Hauptversammlung der Daimler-Benz AG für eben diesen Konzern auf (u.a. abgedruckt im »Handelsblatt« vom 10.8. 98).

Allerdings wußten alle Beteiligten – Kirk Kerkorian an privilegierter Stelle – , daß die Etikettierung des Zusammenschlusses als »merger of equals« von Anfang an Show und für das gemeine Volk bestimmt war. Das »Wall Street Journal« schrieb sofort, es handle sich um einen »take-over« durch Daimler, um eine Übernahme. Und so waren auch die Aktienmehrheiten im neuen Konzern DaimlerChrysler sortiert: 54-Prozent-Mehrheit für die Daimler-Aktionäre. Im Grunde ist es für die Großaktionäre Kerkorian oder die Kuwaitis auch sekundär, wer den Konzern mehrheitlich kontrolliert. Sie reagierten erst, als sich im Verlauf der letzten 12 Monate der Aktienkurs fast halbierte. Die Share-holder-value-Gesellschaft fordert jetzt ihren Tribut – und möglicherweise bald den Kopf Schrempps.

Damit gibt der Fall DaimlerChrysler eine exemplarische Antwort auf die zweite Frage: Diese Übernahme entspricht dem Grundcharakter von 98 Prozent aller aktuellen Prozesse der Unternehmenstransaktionen. Diese sind so gut wie ausschließlich »national« geprägt, auch wenn die neuen Unternehmen wirtschaftlich international tätig sind. In diesen Prozessen drückt sich die Dialektik von Internationalisierung des Weltmarkts und Stärkung der Nationalstaaten und Blöcke aus. Konkret: Die ständig größer werdenden Konzerne sind das Gegenteil einer »Globalisierung«; in ihnen drückt sich

keineswegs die Herausbildung eines anonymen, neutralen Weltkapitals aus. Sie sind aufgrund ihres verstärkten nationalen oder Block-Charakters vielmehr die materielle Basis für ein Anwachsen von Nationalismus, Rüstung und Kriegsgefahr.

Und was schließlich die »Schuldfrage« betrifft: Letzten Endes ist an der Chrysler-Krise, die bald zur Krise des Konzerns DaimlerChrysler werden könnte, der Zyklus der kapitalistischen Produktion »schuld«. Nach acht Jahren Boom geht der KFZ-Absatz – zunächst in Asien und den USA – zurück. Wie 1974/75, 1980-82 und 1990-92 dürfte eine neue Krise der Fahrzeugbranche bevorstehen. Doch der spezifische Beitrag Schrempps, der den Konzern besonders nachhaltig in diese Krise steuert, ist unübersehbar. Interessanterweise machte Schrempp exakt die gleiche Unternehmenspolitik – und damit dieselben »Fehler« – wie sein von ihm eiskalt abservierter Vorgänger Edzard Reuter. Beider Ziel war zwar explizit »Profit, Profit, Profit«. Real lief dies jedoch auf »kaufen, kaufen, kaufen« hinaus. Unter Reuter waren dies die Übernahmen von AEG, MTU, MBB, Dornier. Bei Schrempp waren und sind dies Übernahmen wie ADtranz und Chrysler sowie Einstiege zwecks Übernahme wie bei Mitsubishi und Hyundai. Eine solche Freßgier gipfelt im realen Leben wie auch im real existierenden Kapitalismus darin, daß auf- und abgestoßen wird. Am Ende der Ära Reuter mußte die AEG aufgelöst werden. Am Beginn der Ära Schrempp wurde Fokker, kurz zuvor noch von Dasa-Chef Schrempp als »my love baby« tituliert, ab- und in den Konkurs gekippt. Am absehbaren Ende der Schrempp-Ära dürfte das – trotz wie wegen dieser abenteuerlichen Aufkaufpolitik ständig wachsende – Daimler-Imperium eine andere große Neuerwerbung ins Nichts stoßen. Ob dies dann Mitsubishi, Hyundai oder Chrysler trifft, ist dann eher zufällig. Das »System Schrempp«, so schrieb der »Spiegel« 1996, sei das einer »schöpferischen Zerstörung«.

Vor kurzem feierte Schrempps Bruder in einem Schwarzwald-Gasthof seinen Geburtstag. Jürgen Schrempp kommentierte, an den Bruder gerichtet, den – eher durchschnittlichen – Preis für das Menü mit der Frage, ob er diesen nicht noch hätte »drücken können«. Das System Schrempp wirkt eben auf Glottertal-Niveau nochmals transparenter.

Winfried Wolf veröffentlichte soeben sein neues Buch »Fusionsfieber. Das große Fressen« (PapyRossa Verlag, 284 S., 28 Mark)

Konkret 01/01, S. 16

Rafael Seligmann

Gänse auf dem Kapitol

Rafael Seligmann über die Leitkultur der CDU, nekrophile Judenfreunde wie Rudolf Scharping und die Niederlage von Ignatz Bubis
KONKRET-Gespräch

In Ihrem letzten Roman Der Milchmann *schildern Sie eine Woche im Leben eines Münchner Juden im Jahre 1995. An einer Stelle sagt der Protagonist: »Sechzigtausend Jidn in Deutschland stellen sich jeden Tag die gleiche Frage: Wie kann ich in Hitlerland leben? Keiner weiß die Antwort.« Weiß sie Rafael Seligmann?*

Ich kann nicht für alle Juden in Deutschland sprechen, mittlerweile sind es ja fast 100.000. Nur für mich. Ich lebe in der deutsch-jüdischen Kultur, ich schreibe in der deutschen Sprache. Das ist meine Heimat. Sonst nirgends. Das gibt den Ausschlag. Gersholm Sholem hat den sogenannten deutsch-jüdischen Dialog einmal enttäuscht als »jüdisches Selbstgespräch« bezeichnet. Das ist Vergangenheit. Heute ist es andersrum: Der Dialog ist ein gojisches Selbstgespräch, über die Gräber der Juden hinweg. Und dann gibt es ein paar Musterjuden, die mitreden dürfen, maximal zwei Dutzend. Dazu gehören Brumlik, Biller, Broder, auch ich .... In meinem Roman *Der Musterjude* habe ich geschrieben, diese »Idioten können schmieren, was sie wollen, die Deutschen sind begierig, diesen Tinnef zu hören«.

Im gojischen Selbstgespräch übernehmen interessierte Deutsche nur zu oft den Part der Juden. Ihr »Milchmann« urteilt nicht gerade gnädig über sie: »Die deutschen Judenfreunde glichen Schmetterlingssammlern. Weinberg ging weiter, er zieh die Judenfreunde von eigenen Gnaden der Nekrophilie. Sonderbare Propheten wie Lea Rosh, die die Deutschen zu Büßern bekehren wollten, reizten Weinberg mehr als Antisemiten – da wußte er zumindest, woran er war.« Sind Sie deswegen von München nach Berlin umgezogen, raus aus dem philosemitischen Föhn der Bayernmetropole, rein in die schneidend klare Berliner Luft?

Das stimmt in mehrerlei Hinsicht nicht. In München ist der Antisemitismus selbstverständlicher als in Berlin. Die Bayern sind wahrscheinlich von allen deutschen Stämmen am meisten bei sich – da gehört der Antisemitismus für manche dazu. Dort durften sich ja Juden erst 1886 niederlassen – in Berlin gehörten sie zu der Zeit längst zur Gesellschaft. Aber ich bin nicht wegen der Juden oder der langen jüdischen Tradition nach Berlin gekommen, sondern weil die Stadt offener, geistig lebendiger, in sich gebrochener ist. München ist eine geschlossene Gesellschaft, man muß katholisch sein, sonst wird man nichts. Das macht es selbst für Gauweiler schwer – der ist Protestant.

Sie waren wohl auch mit den Honoratioren der Jüdischen Gemeinde zu München nicht ganz glücklich. Die Vorsitzende Charlotte Knobloch, die vor kurzem der rechtsradikalen »Jungen Freiheit« ein Interview gegeben hat, soll sich in den achtziger Jahren vehement für ein Aufführungsverbot von Fassbinders »Der Müll, die Stadt und der Tod« eingesetzt haben. Seltsamerweise kreiden Sie ihr unter anderem das an.

Nein. Das Stück war in München kein Thema. Ich habe mich für die Aufführung eingesetzt. Es wurde nicht aufgeführt, weil die politisch Verantwortlichen und Theaterleute es in vorauseilendem Gehorsam den Juden recht machen wollten. Nach meinem Verständnis ist das Stück gar nicht antisemitisch. Im Gegenteil! Ich halte es für den Versuch aufzuklären, aufzurütteln.

Wie Frau Knobloch hat sich seinerzeit auch Ignatz Bubis verhalten und in Frankfurt gegen das Fassbinder-Drama protestiert.

Frau Knobloch hatte damit nichts zu tun. Und Ignatz Bubis war zu nahe dran. Man hat ihm gesagt, mit Fassbinders Immobilienspekulant sei er gemeint. Das war aber nicht so. Fassbinders Stück hätte Anlaß für eine breite deutsch-jüdische Debatte sein können. Statt dessen haben sich Bubis und die sogenannten Philosemiten damals brachial durchgesetzt. Dafür ist er 1998 bei der Debatte mit Walser untergegangen. Wenn Bubis 1985 diskutiert hätte, hätte er sich den Knockout durch Walser möglicherweise ersparen können.

Ist Bubis Niederlage gegen Walser nicht viel eher der dramatischen Verschlechterung des politischen Klimas seit der Wiedervereinigung geschuldet?

Ja, es gab und gibt diese Verschlechterung. Aber die Juden sind zu schwach, um in der deutschen Gesellschaft etwas zu bewegen oder zu verhindern. Wir sind nur die Gänse auf Deutschlands Kapitol, die bei Gefahr schnattern.

Aber genau deswegen war es doch richtig, daß Bubis schon 1985 Alarm geschlagen hat, selbst wenn das Fassbinder-Stück nicht der beste Anlaß gewesen sein sollte.

Sein Aufschrei war richtig, aber nicht der Ruf nach einem Verbot des Stücks. Man hätte diskutieren müssen, von mir aus, da Fassbinder schon tot war, mit Zwerenz, dessen Roman Fassbinder zu dem Stück inspiriert hatte. Eine solche Debatte hätte das Klima geöffnet.

Öffnung des Klimas, Brechen von Tabus – das führt in Deutschland doch immer dazu, daß der Antisemitismus hochkommt.

Der Versuch, alles zu unterdrücken, ist kontraproduktiv. Auf Dauer kann man nichts unter dem Deckel halten. Deswegen wäre die Diskussion von Fassbinders Stück so wichtig gewesen: Sein Stück zeigt, wie Antisemiten denken. Das ist aufklärerisch.

Sie führten das letzte Interview mit Ignatz Bubis vor seinem Tod. Er äußerte sich sehr pessimistisch über den Zustand der deutschen Gesellschaft, über das, was er selbst bewirken konnte. Hatte er recht?

Angesichts des Todes ist er wieder Realist geworden. Vor seiner Wahl zum Vorsitzenden des Zentralrates hatte ich auch ein Interview mit ihm gemacht, damals hatte er gesagt: »Nach allem, was von deutscher Seite geschehen ist, will ich mich nicht als Deutscher bezeichnen.« Aber als Zentralratsvorsitzender wurde er so sehr umarmt, daß er abgehoben hat. Er war teilweise in einer Euphorie, er hat nicht mehr sehen wollen, daß er von großen Teilen der Deutschen nicht als ihresgleichen gesehen wurde. An diesem Punkt hat Walser wertvolle Dienste geleistet, Bubis wieder auf den Boden der Realität zurückzubringen – Walser und die, die ihn beklatscht haben. Da hat Bubis begriffen: Ich werde nicht angenommen. Daraufhin hat er eine nüchterne Bilanz gezogen, was er bewirkt und nicht bewirkt hat.

Was hat denn der Rafael Seligmann bewirkt? Bringt es etwas, wenn Sie ab und zu in »Bild« Kolumnen schreiben?

Ich wirke vor allem über meine Romane. Wenn ich Leser finde, die meine Gefühle nachempfinden – das macht mich zufrieden. In »Bild« schreibe ich bewußt, weil ich dort ein Publikum von elf bis zwölf Millionen Lesern habe, es ist die größte Zeitung Europas.

Aber es ist auch eine Zeitung, die vielleicht nicht in punkto Israel, wohl aber beim Asylrecht zu den Scharfmachern gehört. Stört Sie das nicht?

Das ist mir zu pauschal. Wir brauchen eine rationale Einwanderungsdebatte. Wichtig ist doch, daß man dort auch meine Stimme hört. In bezug auf die Juden hat das Haus Springer eine gute Tradition. Im übrigen habe ich ein positives Verhältnis zu den Redakteuren. Das ist nicht selbstverständlich: Bei der »Taz«, für die ich auch eine Zeitlang geschrieben habe, war der menschliche Umgang mit der Redaktion, gelinde gesagt, sehr schwierig. Manchmal dachte ich: »Alles für die Taz.«

Jedenfalls schreiben Sie nicht für die »FAZ«.

Die »FAZ« habe ich jetzt, nach dreißig Jahren, abbestellt. Ausschlaggebend war die Israel-Berichterstattung des Blattes. Was »FAZ«-Korrespondent Jörg Bremer betreibt, halte ich für eine Manipulation der Lesermeinung, etwa als er vor kurzem schrieb: »Die öffentliche Meinung in Israel, die kein Mitgefühl für das Los der arabischen Nachbarn und keine Kenntnis von Israels demütigender Besatzung und Abriegelung hat ...« Bremer liest hebräisch. Er kennt doch die israelischen Zeitungen. Geht er nie ins Theater oder ins Kino? Ihm ist bekannt, was Shimon Peres und israelische Künstler, aber auch die Menschen auf der Straße und von »Frieden jetzt« denken. Bremer lebt doch in Israel. Er ignoriert das alles, nur um seine Propaganda zu betreiben. Und wenn er dann – salopp? bedauernd? – schreibt, daß »nicht einmal zehn Israelis« bei den Unruhen der letzten Wochen starben – dann ist das nach meinem Verständnis Volksverhetzung. Schlimmer, das ist unmoralisch. Jeder Tote ist zuviel, egal, ob Araber oder Jude.

Im übrigen hat sich die »FAZ« auch im Historikerstreit sehr einseitig engagiert. Marcel Reich-Ranicki hat damals darauf gedrungen, daß das Blatt auch eine Gegenposition druckt, und Joachim Fest hat es ihm sogar zugesagt – aber es wurde nie etwas draus. Seither hat Reich-Ranicki den Dialog mit Fest abgebrochen.

Aber er publiziert weiter in der »FAZ«.

Er ist der Musterjude der »FAZ«.

Israelfeindlichkeit tritt oft zusammen mit philosemitischer Nostalgie – besser: Nekrologie – auf. Einen Fall aus dem Jahr 1995 schildern Sie in Der Milchmann: *»Nur einen Tag nachdem Scharping ... Yad Vashem besucht und dort tote jüdische Kinder beweint hatte, schäkerte er in Gaza mit Yassir Arafat, der jüdische Kinder hatte ermorden lassen ... Der deutsche Judenbetrauerer aber poussierte sogleich mit dem palästinensischen Exterroristen. Währenddessen verübten unweit von Arafats Residenz im Gaza-Streifen dessen Landsleute einen Sprengstoffanschlag nach dem anderen gegen Juden. Am gleichen Tag waren elf Israelis verletzt worden. Warum beweinte Scharping nicht sie? Erstreckte sich sein Mitleid nur auf tote Juden?« Genauso ist es doch. Scharping und seinesgleichen brauchen die Berufung auf den Holocaust und die toten Juden, um ihre Politik mit höheren Weihen auszustatten. Zum Beispiel beim Krieg gegen Jugoslawien.*

Dazu paßt eine kleine Geschichte, die sich während des Kosovo-Krieges zugetragen hat. Damals rief ein großer Fernsehsender bei mir an und wollte mich für eine Talkshow gewinnen. Sinngemäß sagte man mir: Sie sind doch bestimmt, wie Michel Friedman auch, für den Krieg, weil das die einzige Möglichkeit ist, einen Völkermord zu verhindern. Ich antwortete, daß ich gegen die Gewalt im Kosovo sei, aber die Bombardierung für das falsche Mittel hielte, sie zu stoppen. Da wurde ich wieder ausgeladen.

Lebende Juden fallen in Ungnade, wenn sie nicht für Scharping und Co. die Kronzeugen geben wollen. Der Satz »There's no business like Shoa business« trifft auf die Deutschen am meisten zu – sie benutzen die Toten für ihre Zwecke.

Lebende Juden sind unbequem. Deswegen dieser neue deutsche Kult um die Shoa. Für das Judentum ist es gefährlich, wenn es auf die Shoa reduziert wird – noch schlimmer, wenn die Juden dies freiwillig von sich aus tun. Die Quelle des Judentums ist die Bibel. Wenn die Juden das vergessen, gibt es kein Judentum mehr. Wenn man statt dessen das Judentum nur über Negatives definiert, nämlich über die Shoa, setzt man Hitler an die Stelle von Gott. Das ist die geistige Endlösung. Das vergessen unsere Philosemiten und auch viele Holocaust-fixierte Juden. Was weiß Spielberg schon über das Judentum außerhalb der Shoa? Auch das Hochjubeln von Viktor Klemperer zum Juden, bezeichnenderweise unter anderem auch durch Walser, ist mir zutiefst suspekt. Klemperer wollte nie Jude sein. Wer ihn postum zum Juden erklärt, übernimmt die antisemitische Definition: einmal Jude, immer Jude.

Wollen Sie damit sagen, in Deutschland beschäftigt man sich zuviel mit der Shoa?

Auf keinen Fall bin ich ein Vertreter der Schlußstrich-Position. Natürlich muß man sich mit der Vergangenheit beschäftigen. Aber es darf nicht zum Ritual gerinnen. Ich finde gut, wie Paul Spiegel in der Diskussion um die deutsche Leitkultur eingegriffen hat, als er sagte: »Ist es etwa deutsche Leitkultur, Fremde zu jagen, Synagogen anzuzünden, Obdachlose zu töten? Geht es um Kultur oder um die Wertvorstellungen der westlich-demokratischen Zivilisation, die wir in unserem Grundgesetz verankert haben?«

Andererseits scheint mir Paul Spiegel, ähnlich wie Bubis zu Beginn seiner Amtszeit, immer wieder zu schwanken. Ab und an ist er sehr kuschelig mit Schröder, und mit der CDU-Spitze hatte er sich ja auch zwischenzeitlich über die Leitkultur verständigt.

Da wurde er veräppelt. Die CDU hat ihm versprochen, den Begriff »deutsche Leitkultur« aus dem Verkehr zu ziehen – aber zwei Tage später hat sie ihn wieder präsentiert. Man sollte den Politikern die Konsequenz ihrer Begriffe deutlich machen. Nehmen wir etwa die Worte, die das Kürzel CDU bilden: Ist das Christentum deutscher Herkunft, also Teil deutscher Leitkultur? Ist Demokratie eine deutsche Erfindung? Das Fremdwort Union? Ich unterstelle nicht, daß Herr Merz Schaden anrichten will mit diesem Begriff – aber man muß ihm deutlich machen, daß das eine fast unvermeidliche Konsequenz ist.

Mit Rafael Seligmann sprach Jürgen Elsässer

Konkret 01/01, S. 18

Jürgen Elsässer

Verrückte Kühe

Rette sich, wer kann: Der BSE-Wahn greift um sich, die Killer-Prionen sind überall

» ...es geht jetzt nicht um die Versachlichung des Themas, wie immer wieder gefordert wird. Es geht um Emotion: Wut, Angst und grenzenloser Ekel sind die einzig adäquate Reaktion auf die Rinderseuche und ihr gewaltiges Bedrohungspotential.«

(Manfred Kriener, Leitartikel in der »Taz«, 25./26. November)

Deutschland in Angst: Kampfhunde zerfleischen unsere Kinder, Nazis zerstören das Ansehen unserer Nation in der Welt. Und nun greifen die Prionen an, lösen unsere Gehirne in wäßrige Schwämme auf.

Die Bundesregierung hat den Ernst der Lage erkannt und innerhalb weniger Tage ein Gesetz zum Schutz des Volkes durch den Bundestag gepeitscht. »So eilig hatte es seit dem Kontaktsperregesetz von 1977 keine Regierung mehr«, kommentierte die »Frankfurter Rundschau« anerkennend. Damals, als die RAF Buback, Ponto und Schleyer ermordet hatte, erließ der Staat eine Kontaktsperre für die inhaftierten Gewalttäter. Doch was tun gegen eine terroristische Vereinigung, die auf jedem Dorf, in beinahe jedem Stall einen Unterschlupf hat? Da hilft nur noch die Todesstrafe. Was der Krisenstab 1977 bloß diskutiert hatte: die Exekution der Wahnsinnigen, wurde jetzt exekutiert – ab auf die Schlachtbank.

Die Volksgemeinschaft, die sich seit einiger Zeit Zivilgesellschaft nennt, steht hinter ihrer Regierung: Der Absatz der Fleischbranche sackte um 30 bis 50 Prozent ab, Großküchen und Firmenkantinen strichen Rind und Kalb von den Speiseplänen. Kriegsberichterstatter liegen an der unsichtbaren Front, die quer durch unsere Kühlschränke und über unsere Eßtische verläuft. Die »Tageszeitung« hilft täglich mit BSE-freien Rezepten und warnt, daß »Braten, Kochen und Einfrieren« keinen Schutz bieten. Der »Berliner Kurier« hat herausgefunden, daß BSE »auch in Gemüse« vorkommen könnte. »Bild« demonstriert wissenschaftliche Kompetenz: »Die Prionen stellen die Ärzte vor ganz neue, bisher unüberwindliche Hürden. Denn Prionen sind möglicherweise die einfachste bisher bekannte Lebensform! ... Es veranlaßt andere Eiweißbausteine, sich ebenfalls zu Prionen umzuformen – eine verhängnisvolle Kettenreaktion.« Doch alle Vorbeugemaßnahmen sind vergebens, denn Millionen von Prionen arbeiten längst auch außerhalb der Nahrungskette, wie »Bild« weiß: »Werden Prionen möglicherweise auch durch ärztliche Instrumente übertragen? Wahrscheinlich ja ... Droht auch beim Zahnarzt oder HNO-Arzt Gefahr? Englische Ärzte warnen ...«

Menschen, die seit Jahren nachweislich kein Fleisch mehr essen, können infiziert sein. Jeder Auftritt von »Hillu« Schröder, Bärbel Höhn und Andrea Fischer erhärtete den Verdacht der Gehirnerweichung. Ja, es scheint, als sei ganz Deutschland verrückt geworden. Denn in Wirklichkeit ist kein Schwein durch BSE bedroht, auch kein metaphorisches.

Die Fakten: In England gibt es bis heute 170.000 nachgewiesene und 750.000 weitere vermutete BSE-Fälle, hierzulande sind genau sechs Fälle bekannt, von denen vier schon vor einigen Jahren auftraten. Der Zusammenhang zwischen der Tierseuche BSE und der beim Menschen vorkommenden Creutzfeldt-Jakob-Krankheit ist in der Fachwissenschaft umstritten. Aber selbst wenn es einen geben sollte, ist er minimal: In England wurde die Tierseuche bereits 1985/86 festgestellt. In den seither vergangenen 15 Jahren wurden gerade 60 Creutzfeldt-Jakob-Erkrankungen registriert – und das, wie gesagt, angesichts mehrerer hunderttausend erkrankter Tiere, die bis Anfang der neunziger Jahre auch ungehindert verspeist wurden.

Warum also Massenhysterie, die ja selten aus den Massen kommt, sondern über sie gebracht wird? Der unverbesserliche Marxist tippt auf Interessen der Bourgeoisie: Vielleicht will das deutsche Kapital den EU-Agrarmarkt zerstören, der Mittel von den reichen Industriestaaten auf die ärmeren Agrarerzeuger (Italien, Spanien usw.) umverteilt. Oder Deutschland und Frankreich wollen die teure Osterweiterung der EU torpedieren (und damit en passant ihren Knatsch um die Reform der EU-Institutionen entschärfen). Die polnische Landwirtschaft etwa wird nie in der Lage sein, die rinderwahnsinnig verschärften Standards der Fleischproduktion einzuhalten. Bliebe Polen aber außerhalb der EU, könnten die deutschen Lebensmittelketten von dort die Fleischprodukte zu Spottpreisen importieren, die hierzulande nicht mehr hergestellt werden dürfen. Das klappt ja schon beim Atomstrom ganz gut.

Näher als ein imperialistischer Master-Plan liegen aber die bornierten Kasteninteressen der an die Fleischtöpfe bzw. Sushi-Theken gelangten Achtundsechziger. Eine typische Vertreterin dieser Lumpen-Intelligenz (KONKRET 6/99) ist die grüne Gesundheitsministerin Andrea Fischer. Sie will die Bevölkerung zwingen, »ihre Eßgewohnheiten zu ändern«, wobei eine strenge Diät zuvörderst ihr selbst ganz gut täte. Weiterhin will sie erklärtermaßen das relativ zuverlässige Gesundheitssystem zerschlagen, womit sie aber bei Ärzten und Patienten auf so viel Widerstand stieß, daß ihr Kabinettsposten samt Dienstwagen in Gefahr geriet – eine Lage, aus der sie sich jetzt mit moralischem Overkill retten will, nach dem Vorbild ihres Kollegen Scharping im Kosovo-Krieg. Auch diesmal hofft die Koalition, von der Hysterie zu

profitieren, denn der damals durch die humanitäre Mission gewonnene Bombenvorsprung vor der Opposition ist durch die rotgrüne Renten- und Steuerpolitik auf null geschrumpft.

Das hätte weder damals noch dieses Mal geklappt, gäbe es nicht jene Lumpen-Intelligenz, die bei der Lügenproduktion mithilft, abgebrochene Studenten, gescheiterte Akademiker, frühvergreiste Straßenkämpfer, die mit den beiden Fischers das eine gemeinsam haben: außer was werden wollen nix gelernt – bis auf die Fähigkeit, Weltuntergänge und Holocausts aller Arten vorherzusehen, seien es atomare, biologische oder serbische. Ihr Überleben hängt an der Symbiose mit den grünen Staatsapparatschiks: als parlamentarische Mitarbeiter, als sogenannte Sachverständige, als Festangestellte bei regierungsnahen Nicht-Regierungsorganisationen, als Kostgänger der rotgrünen Bildungsarbeit, als Hofschreiber (»Journalisten«) mit bevorzugtem Zugang zu Ministerien. Hinzu kommen im aktuellen Fall noch die Bio-Bauern, die von der Liquidierung der industrialisierten Landwirtschaft profitieren und uns künftig das Fleisch zum dreifachen Preis verkaufen werden.

Im Vergleich zu diesen sympathischen Menschenkindern zeichnen sich Bevölkerungsgruppen, die in der Linken lange Zeit als dumm, reaktionär und jedenfalls »typisch deutsch« galten, wenigstens durch Realitätsbezug aus. Von deutschen Polizisten erfährt man heute mehr über den Terror der Albaner im Kosovo als von Reportern der »Taz«. Ausgerechnet deutsche Ärzte sind es, die an der Seite der Gewerkschaften die Gesundheitsversorgung gegen Rotgrün verteidigen. Mit Hilfe deutscher Bauern und dank deren zuverlässiger und preisgünstiger Nahrungsmittelproduktion ist die durchschnittliche Lebenserwartung in den letzten Jahrzehnten auch hierzulande immer weiter gestiegen.

Vielleicht ist es ja wie in Cronenbergs Film »ExistenZ«: Auf der einen Seite die Materiellen, die irgendwie zum Stoffwechsel von Mensch und Natur, zur Produktion von Reichtum und zum Austausch von Körperflüssigkeiten beitragen; auf der anderen Seite die Virtuellen, die das Leben für ein Konstrukt halten, auf ihren Laptops Kriege simulieren und beim Chatroom-Sex ganz schwerelos Identität und Gender wechseln. Die Virtuellen hassen alles, was den Kapitalismus erträglich macht – Vögeln ist Vergewaltigung, Rauchen ist Körperverletzung, Fleisch ist Gift – , und träumen, gerade weil in ihrem Dasein nichts los ist, von dessen unendlicher Verlängerung: joggende Körnerfresser im Alter von Leni Riefenstahl.

Sind also Arbeiter und Bauern, Polizisten und Ärzte die neue Zielgruppe für die »Partei der Aufklärung«? Ziehen wir wieder vor die Fabriktore und hinaus zur Landagitation, unterwandern wir wieder die Bundeswehr? Vor theoretischen Schnellschüssen steht ein kulinarisches Experiment. Laden Sie Bekannte aus ganz unterschiedlichen Schichten ein und setzen Sie ihnen ein Hammelhirn-Odscha auf tunesische Art (mit Paprika, Tomaten, Knoblauch – genaueres unter http://home.t-online.de/home/k_

schmidt/3/67/35676.htm) vor. Zur künftigen Zielgruppe gehört, wer ordentlich zulangt. Guten Appetit!

Jürgen Elsässer schrieb in KONKRET 12/2000 über den fundamentalistischen »Sturm auf Massada«

Konkret 01/01, S. 20

Horst Pankow, Justus Wertmüller

»Projekt Deutschland«

Zonen-Gabis Weg ins Glück führt über die Rhön oder Eine Partei probiert sich aus

Berlin, 9. November 2000, *Aufstand der Anständigen*: Auf mehr als 300.000 werden in den Medien die zwischen der alten Synagoge und dem Brandenburger Tor hin und her trottenden Menschen geschätzt. Viele – vor allem die Angestellten des öffentlichen Dienstes – hatten eigens zum Zweck ihrer Teilnahme an dem staatsbürgerlichen Event freibekommen. Schließlich sollten auch die Mitarbeiter der Ausländerbehörde Gelegenheit erhalten, ein Zeichen gegen »Haß, Gewalt, Rassismus und Ausländerfeindlichkeit« zu setzen. Doch nicht alle Teilnehmer der Staatsdemo mußten von ihrer Präsenzpflicht am Arbeitsplatz entbunden werden. Wer arbeitslos ist – und das sind im Ostteil der Hauptstadt viele – , für den ist solch ein Spektakel vielleicht eine willkommene Abwechslung im grauen Novemberallerlei zwischen Spielhalle, Imbißbude und Pro 7. Möglicherweise waren solche Gedanken auch dem SFB-Reporter durch den Kopf gegangen, der für die TV-Liveübertragung hin und wieder einzelnen *Anständigen* das Mikrofon vor die Nase hielt und sie mit der suggestiven Frage »Warum sind sie heute hierhergekommen?« konfrontierte.

»Um mit Brecht zu sprechen«, antwortete auf einmal überraschend ein Mann mittleren Alters – mit seiner gefütterten Windjacke und der Schirmmütze unschwer als Bewohner des Berliner Ostens zu erkennen – , »Anmut sparet nicht noch Mühe / Leidenschaft nicht noch Verstand. / Daß ein gutes Deutschland blühe / wie ein andres schönes Land.« Und fügte der Rezitation hinzu, er sei auf den Beinen, um dafür einzutreten, daß alle Bewohner dieses Landes in Frieden leben könnten. Die Betonung lag auf »alle«, und das sollte wohl ausdrücklich die hier lebenden Ausländer einschließen. Warum er dieses Anliegen ausgerechnet auf einer Veranstaltung des Staates vertreten wollte, der durch seine Einteilung der Menschen in In- und Ausländer erst die Bedingung dafür schafft, daß letztere hierzulande von Unfrieden zumindest bedroht sind, blieb zunächst ebenso sein Geheimnis wie die Attributierung Deutschlands als »schönes Land«, denn in Brechts *Kinderhymne* lautet die letzte Zeile der vorgetragenen Strophe »Wie ein andres gutes Land«. Kein Hehl hatte der gute Mann hingegen aus seiner parteipolitischen Präferenz gemacht, sich vielmehr als Anhänger der Partei des demokratischen Sozialismus geoutet.

Diese hatte drei Wochen vor dem *Aufstand der Anständigen* ihren Cottbusser Parteitag auf Initiative der designierten Vorsitzenden Gabi Zimmer unter das Motto »... daß ein gutes Deutschland blühe« gestellt. Zimmers Vorgänger Lothar Bisky versprach den Delegierten in seiner Abschiedsrede: »Gabi und der neue Bundesvorstand werden uns mit neuer Kraft (und neuer Technik) dem nächsten Etappenziel näher bringen: einer ebenso ideenreichen wie etwas bewegenden sozialistischen Politik in diesem Lande!« Zimmer wird dieses Vorhaben später in ihrer Antrittsrede als »unser Projekt Deutschland« bezeichnen. Und in ihrem Schlußwort gelang es der Zonen-Gabi gar, die ersten beiden Strophen von Brechts *lyrical crash* auswendig aufzusagen. Überhaupt war auf dem Parteitag viel von Deutschland bzw. seinen Synonymen »dieses Land«, »unser Land« etc. die Rede. Es bleibt allerdings unverständlich, warum dies in deutschen Medien eine irritierte Aufregung hervorrief. »Deutschtümelei in der PDS?« fragte verstört die »Taz«, und eine Kommentatorin der »Berliner Zeitung« stellte Zimmer unter den »Verdacht, nicht nur das ›gute Deutschland‹, sondern auch den ›guten Deutschen‹ zu meinen. Und das wäre dann mehr, als Friedrich Merz je sagen würde.« Schlußfolgerung der Hauptstadt-Zeitung: »Es gibt Themen in Deutschland, die können nicht aus der Perspektive des Thüringer Waldes behandelt werden.« Aber vielleicht aus der Perspektive der Zugspitze? Zimmer bevorzugt in solch delikaten Angelegenheiten die Rhön; dazu später mehr.

Es war bemerkenswert, daß niemand mehr an Heinrich Graf von Einsiedel dachte, den Bismarck-Urenkel und bekennenden Deutschnationalen, der 1994 auf dem PDS-Ticket in den Bundestag gelangte und sich der Wählerschaft mit dem zwanghaften Bedürfnis empfahl, jedesmal wenn er die »ehemalige Zonengrenze« überquere, lauthals die deutsche Nationalhymne (die echte, nicht die Brechtsche) anzustimmen. Oder an Johann Scheringer, in den frühen Neunzigern Chef der mecklenburg-vorpommerischen PDS-Landtagsfraktion, Sohn des von den Nazis zur KPD gewechselten Reichswehrputschisten Richard Scheringer; Scheringer jun. hatte in der »Jungen Freiheit« dazu aufgefordert, »das Bemühen der Linken um die deutsche Einheit auf die Tagesordnung zu bringen«. Oder an die sächsische Abgeordnete und begnadete Tabubrecherin Christine Ostrowski, die regelmäßig mit Dresdner Neonazifürsten konferierte und zu dem Resümee gelangte: »Unsere sozialen Forderungen stimmen im Grunde überein, bis hin zum Wortlaut.« Das kostete sie schließlich den Posten der stellvertretenden PDS-Bundesvorsitzenden, nicht jedoch ihren Einfluß in der Partei. In einem Interview mit dem »Neuen Deutschland« (1993) hielt sie die »öffentliche Auseinandersetzung in der Diskussion auch mit den ›Führern‹ der Rechten für dringend erforderlich«. Denn: »So neu ist dieser Gedanke nicht. Gregor Gysi hat sich mit Schönhuber in einer SAT.1-Talkshow konsequent auseinandergesetzt.« Im selben Interview stellte sie fest: »›Nazis raus‹ ist Unsinn. Wo sollen sie hin? Also bleibt nur ›Nazis aus den Köpfen raus‹.«

Das muß eingeleuchtet haben. Auf dem Cottbusser Parteitag beschwor der Genosse Roland Claus, Vorsitzender der PDS-Bundestagsfraktion, »unsere Politik gegen Nazis in den Köpfen«. Während sein erigierter Zeigefinger vergeblich

versuchte, in der amorphen Delegiertenmasse ein penetrables Zentrum zu finden, sprach es aus ihm: »Wut im Bauch ist in der Politik eine schlechte Beraterin. Wir brauchen einen gewinnenden und keinen ausgrenzenden Antifaschismus! ... Ich will mit dieser Bundesregierung den Rechtsextremismus bekämpfen – und nicht mittels des Themas Rechtsextremismus diese Bundesregierung. Das muß uns klar werden.« Beim *Aufstand der Anständigen* durfte Gabi Zimmer dann auf der Rednerbühne vor dem Brandenburger Tor neben dem Bundespräsidenten stehen.

Niemand scheint sich auch an die seit 1990 im »ND« mit Inbrunst und Leidenschaft geführte Debatte über »Die Linke und die Nation« zu erinnern. Eine Debatte, die, obgleich die Kombattanten inzwischen alles Pulver verschossen zu haben scheinen, derzeit mit dem letzten Aufgebot fortgeführt wird. Zu diesem gehört zweifellos der »Prof. Dr. Ernst Engelberg, Jg. 1909, ehemals Akademie der Wissenschaften der DDR«, der in der Ausgabe vom 25./26. November eine »anrührende Episode« zum besten gab, aus der sich »erhellen mag, wie stark sich auch bei dem Emigranten Friedrich Engels das Gefühl für seine Heimat mit dem Schmerz über deren sozialen Zustand verband. Im Sommer 1893 war es, daß er sein Land besuchte und, von Jugenderinnerungen bewegt, angesichts der Türme des Kölner Doms mit den Tränen kämpfend ausrief: ›Welch schönes Land, wenn man darin nur leben könnte!‹«

Sentimentaler, kitschiger Nationalismus ist es denn auch, worin sich Zimmer und die ihrigen auf dem Parteitag suhlten (»Taz«: »Sie haben sich als Ostdeutsche empfunden?« Zimmer: »Nein, als Suhlerin.«). Da war nicht mehr die Rede von der Nation als »notwendiger historischer Etappe«, einer »Dialektik von nationaler und sozialer Frage« und ähnlichem Plunder aus der ML-Mottenkiste, der noch die »ND«-Debattenbeiträge weitgehend geprägt hatte. Zimmer wandte sich vielmehr direkt an die deutsche Seele der Delegierten: »Liebe Genossinnen und Genossen! Deutschland könnte schön sein. Ich liebe es und hasse zugleich die Dinge, die es arrogant, laut und häßlich erscheinen lassen. Ich bekämpfe nicht Deutschland, sondern, weil ich es liebe, weil ich möchte, daß es ein menschliches, kulturvolles, gebildetes Land auch in den Augen anderer wird, bekämpfe ich das, was Deutschland nicht als gutes Deutschland blühen läßt.«

Dann muß es ganz still geworden sein im Cottbusser Parteitagssaal. Die von Zimmer in diese Stille geworfenen Worte müssen dort eine Zeitlang so erratisch geruht haben wie sonst nur sorbische Ostereier auf einem Spreewälder Anger: »Kann man als Linke in Deutschland so etwas sagen? Öffentlich? Auf einem Parteitag? Georges Marchais, der langjährige Vorsitzende der französischen KP, schloß jede Parteitagsrede mit dem Satz: Vive la France! Vive la France! würde ich mich hier auch noch trauen.« Dann brach frenetischer Beifall aus, und nicht nur die anwesenden Walserianer wußten, sie waren soeben gleichermaßen Zeugen eines Zurückschreckens vor der »Auschwitzkeule« und eines mutigen, listigen Aufbegehrens gegen diese deutschenfeindliche Zumutung geworden. Denn schließlich war allen klar, daß auch die sächsische Übersetzung von »Vive la France« stets nur »Deutschland über alles« heißen kann.

Viele der sich irritiert gebenden Beobachter glauben bis heute, Zimmers nationaler Enthusiasmus erschöpfe sich ausschließlich in Kitsch und Sentimentalität. Sie selbst hat Anlaß dazu gegeben. Auf die Frage des »Taz«-Interviewers »Was genau lieben Sie an Deutschland?« antwortete sie: »Wissen Sie, wie schön es ist, mit dem Segelflugzeug über die hessische Rhön zu fliegen, dort, wo mein Onkel wohnt – herrlich!« Hier werden viele Leser wohl an die »Rhönsegler«-Lebensmittelprodukte der nicht nur im deutschen Osten so beliebten Aldi-Supermärkte gedacht haben. Zimmer fährt fort: »Ich liebe überhaupt bestimmte Landschaften, den Thüringer Wald, Hiddensee. Ich liebe alte deutsche Städte wie Erfurt oder Marburg. Ich liebe neben russischen, polnischen und französischen auch viele deutsche Dichter wie Günter Grass und Stefan Heym.« Das erklärt, warum der windjacken- und schirmmützentragende Brecht-Rezitator beim *Aufstand der Anständigen* entgegen dem Brechtschen Urtext aus Deutschland ein »schönes Land« machte. Mehr aber nicht. Sorgt vielleicht sogar für Verwirrung, selbst bei der Anhängerschaft. In der »Jungen Welt« merkte ein Leserbriefschreiber an, er liebe die korsische Landschaft mehr als gewisse deutsche, deswegen sei er aber »noch längst kein Franzose«.

Nun fällt es leicht, Brecht vor dem PDS-Zugriff zu verteidigen. Wenn er ein besseres Deutschland erblühen sehen wollte, dann sollte es eines sein, in dem die Kriegsverbrecher im Gefängnis oder am Galgen enden würden, die großen Eigentümer enteignet, das Militär restlos zerschlagen und die traditionellen Herrschaftsklassen entmachtet wären. Die Bevölkerungsmehrheit, hoffte Brecht, würde in einem Lernprozeß unter der Führung einer Partei, die als einzige mit den Nazis nicht paktiert und nach ihren Möglichkeiten sogar bekämpft hatte, langsam wieder gesellschaftsfähig werden, so daß eines Tages »die Völker nicht erbleichen wie vor einer Räuberin«. Doch Brecht hatte der eigenen Botschaft stets mißtraut und war vielmehr von Alpträumen geplagt, gegen die Menschen wie Gabi Zimmer resistent sind: »Heut nacht im Traum sah ich Finger, auf mich deutend / Wie auf einen Aussätzigen. Sie waren zerarbeitet und / Sie waren gebrochen. / Unwissende! Schrie ich / Schuldbewußt« (»Böser Morgen«; aus den *Buckower Elegien*, 1953). Schuldbewußt wegen der Maßlosigkeit und Vergeblichkeit seines Anspruchs an die Deutschen; schuldbewußt vielleicht auch, weil Brecht wider besseres Wissenkönnen nach Deutschland zurückgekommen war und sich zum Optimismus gezwungen hatte.

Brechts Selbstzweifel, sein vom Klassenkampf geprägter Partikularismus sind der PDS so fremd wie die Rückseite des Mondes. In ihrer Abwehr jedes die kapitalistische und nationale Gesellschaftskonstitution negierenden Interesses, das notwendigerweise sich als partikulares gegen das schlechte Allgemeine artikulieren muß, gewinnt der kitschige und sentimentale Nationalismus seine Funktion. Gabi Zimmer: »In der PDS sind – wie in anderen Parteien auch – Menschen

aus allen Kreisen und Schichten, mit unterschiedlichen Sichten und Charakteren, mit unterschiedlichen Vorstellungen von Leben und Zukunft.« Das ist sprachlich so furchtbar wie die logische Konsequenz daraus: Die PDS ist eine »sozialistische Volkspartei«. Den Delegierten erteilt Zimmer den Parteiauftrag, »gemeinsam mit uns keine Angst vor dem Volk zu haben. Es kann nicht sein, daß in dieser PDS Menschen oder Teile dieser PDS sagen: Es graut uns davor. Wir bekommen eine Gänsehaut, wenn wir ›Volk‹ hören ... Im Osten sind wir eine Volkspartei. Im Westen haben wir dazu allenfalls die Tür etwas aufgestoßen. Und es kommt jetzt darauf an, sie ganz weit zu öffnen. Wenn wir Veränderungen in der Bundesrepublik Deutschland wollen, dann bitte schön nicht als Klientelpartei, sondern als eine Partei, die sich breit in die Gesellschaft hineinbewegt.«

Daß solches gelingen könnte, ist in der Tat eine bedrohliche Vorstellung. In der Zone hat die PDS schon bisher mehr für die »innere Einheit« geleistet als sämtliche Kohls und Konsorten zusammen. Denn die PDS kann die Erfahrungen aus der DDR für ihr »Projekt Deutschland« nutzbar machen. Nicht etwa durch nostalgisches Beharren auf Wohlfahrtsstaat und Kollektivismus; von solchen stalinistischen Sünden hat man sich längst abgewandt. Bekanntlich hat das Sympathische an der DDR – z.B. daß das Kleinbauerntum ebenso unterging wie der Großgrundbesitz oder die Enteignung privater Kapitalisten, mithin die Voraussetzungen der Möglichkeit, Boden und Produktionsmittel endlich zu Mitteln menschlicher Bedürfnisbefriedigung zu machen, ebenfalls der immerhin löbliche Versuch, dem verfluchten Handwerk seinen goldenen Boden zu entziehen – nicht überlebt. Überlebt hat zwar nicht die Ernteschlacht, aber die 1997 ausgefochtene Schlacht um das Oderbruch hätte in dieser Vehemenz wohl nur in der Zone stattfinden können. Überlebt hat nur, was unangenehm und bedrohlich an der DDR und ihren Bürgern war: das Ehrenamt zum Beispiel (freiwillige Helfer der Volkspolizei zwischen 8 und 88 Jahren), die gegenseitige Überwachung, abstoßende Vorlieben für Begriffe wie »sauber« und »ordentlich« – Gabi Zimmer würde dies wohl »kulturvoll« nennen – und letztlich der Rassismus.

Wenn den Wessis noch abgewöhnt werden muß, stets auf die institutionalisierte Absicherung ihrer Ansprüche zu pochen, wissen die Zonis bereits zwischen richtigem und falschem Anspruchsdenken zu unterscheiden. Immerhin standen sie schon mal als Zukurzgekommene in mißtrauischer Distanz zum Staatssozialismus, den sie durch ein undurchsichtiges Netz aus kollektivem Diebstahl von Volkseigentum für den Datschenbau, informelle Tauschringe und die Etablierung eines Schrebergartenheimatgefühls von innen so sehr zersetzten, daß sie von ihm nur noch zu nehmen brauchten, was sie mit dem Führungspersonal verband: den autoritären Charakter und das verbürgte Wissen, das »bessere«, »kulturvolle« Deutschland zu sein. Es ist diese Mischung aus autoritärer Selbstverpflichtung fürs Volksganze und der besonderen Wendigkeit im Organisieren, die eine Gemeinschaft zusammenzuschweißen half, die heute im Vergleich zum Westen mit einem Minimum an wohlfahrtstaatlichen Institutionen, einer erheblich »schlankeren« Verwaltung und einer ungleich schlagkräftigeren Ausprägung kommunitärer Bürgertugenden aufwarten kann.

Als Kurt Biedenkopf Ende November – gemünzt auf die sächsische Horrorgemeinde Sebnitz – vor einer pauschalen Verunglimpfung des deutschen Ostens warnte, sprach er ein Problem an, das auch Lothar Bisky ein Herzensanliegen ist: »In unseliger Weise ist die deutsche Einheit zum Vehikel des politischen Schlagabtausches der Bonner Alt-Parteien geworden. Zum Vehikel ihrer politischen Eitelkeiten.« Das grenzt an Hochverrat, denn: »So viel Kompetenz hierzulande wartet darauf, sich auszuprobieren. So viel blockiertes Potential kann und muß – zum Nutzen von Ost und West – zur Geltung gebracht werden.«

Die PDS ist heute unter den im Bundestag vertretenen Parteien diejenige mit dem größten Anteil rassistischer Mitglieder und Wähler/innen. Bei aller Skepsis gegenüber dem durchsichtigen Unfug, der hierzulande mit demoskopischen Befragungen getrieben wird, können doch die Ergebnisse einiger Umfragen recht aufschlußreich sein. Die »Berliner Zeitung« veröffentlichte jüngst die Ergebnisse einer Forsa-Umfrage aus dem Sommer dieses Jahres. Auf die Frage »Leben schon jetzt zu viele Ausländer in Deutschland?« antworteten 59 Prozent der PDS-Befragten mit »ja« (zum Vergleich: SPD 44, CDU 58, Grüne 8, FDP 45 Prozent). Die Frage »Soll es ein Einwanderungsgesetz mit Quoten geben?« bejahten sogar 94 Prozent der befragten PDS-Anhänger (SPD 77, CDU 76, Grüne 55, FDP 76). Ende November veröffentlichte selbst das »Neue Deutschland« Umfrageergebnisse, denen zufolge sich 55 Prozent der PDS-Anhänger für eine nominelle Abschaffung des de facto schon weitgehend beseitigten individuellen Grundrechts auf Asyl aussprechen. Das ergab abermals den relativ höchsten Anteil an Rassisten – bei den Grünen waren es 5 Prozent, bei der SPD 19, bei der CDU 39 und bei der FDP 37. Laut »Süddeutscher Zeitung« können sich einer Emnid-Umfrage vom Anfang dieses Jahres zufolge »19 Prozent der PDS-Anhänger vorstellen, ›unter bestimmten Umständen‹ eine rechtsextreme Partei zu wählen«. Solche »Umstände« können nach Auffassung des sächsischen PDS-Chefs Peter Porsch eintreten, »wenn die PDS in der öffentlichen Debatte einer freien Zuwanderung allzu laut das Wort redet«.

Eine »sozialistische Volkspartei« schaut dem Volk aufs Maul und zieht aus dem Gehörten ihre Konsequenzen. »Liebe Delegierte«, hatte Roland Claus auf dem Parteitag diesen mit auf den Weg gegeben, »ich werbe dafür, daß wir die Sorgen und Ängste, die uns von den Menschen ... entgegengebracht werden, nicht mit linkem Hochmut ignorieren, sondern daß wir diese Sorgen ernst nehmen und annehmen.« Gesagt – getan. Knapp vier Wochen nach dem Parteitag legte die brandenburgische PDS-Chefin und stellvertretende Fraktionsvorsitzende der PDS im Bundestag, Petra Pau, ein Thesenpapier zur »Einwanderungspolitik« vor. Als »sozialistische Bürgerrechtspartei« habe man eine »Verantwortung

gerade auch für dieses Thema«. In dem Papier heißt es u.a.: »Einwanderungsrecht muß daher definiert und für alle nachvollziehbar sein. Dazu sollten der Familiennachzug, eine Arbeitsaufnahme (sofern eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu ortsüblichen oder Tariflöhnen nachgewiesen werden kann), eine Beschäftigungssuche für die Dauer von sechs Monaten (sofern der Lebensunterhalt gesichert ist), eine Unternehmensgründung sowie Ausbildung oder ein Studium zählen.« Sollten diese Kriterien nicht erfüllt sein, legt Pau nahe, wird abgeschoben.

Kämen solche Vorschläge von einer westdeutschen Politikerin, könnte man sie getrost als an der kapitalistischen Verwertung orientiertes Nützlichkeitsdenken oder auch als Ausdruck eines »strukturellen Rassismus« abbuchen. Da sie aber von einer politischen Interessenvertreterin der Zone stammen, einem Gebiet also, in dem ein großer Bevölkerungsteil zwangsweise keiner sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nachgeht, aber dennoch 1990 aufgrund seines Deutschland-Tickets vollständig eingebürgert wurde, können sie nur als deutsch-völkischer Rassismus gewertet werden. Diese Haltung ist ebenso zu fürchten wie ihre wahrscheinliche Umsetzung und die Partei, die diese vermutlich (mit-)betreiben würde. Mit deutscher Gründlichkeit. Denn wie sagte doch Gabi Zimmer auf dem Parteitag: »Wir sind weder mit Silberlingen noch mit Ministerämtern zu kaufen.«

Horst Pankow schrieb in KONKRET 12/2000 über die deutsche Nahost-Berichterstattung; Justus Wertmüller in KONKRET 7/2000 über die islamistische Barbarei

Konkret 01/01, S. 23

Andreas Thamm

»Stellt euch vor ...«

Seit ihrem letzten Parteitag beherrscht die PDS die Kunst des Kanons in höchster Perfektion. Während der Gesangsverein des demokratischen Sozialismus unisono das Lied vom Klassenkampf in den Saal schmettert, rappen die Einzelinterpreten der Formation »Neue Mitte« freestyle den Sozialliberalismus. Diese fetzige Mischung ist demnächst als Doppel-CD auf dem Label »Schrödermusic« erhältlich, bequem per Wahlzettel zu bestellen und klingt auszugsweise so:

Wacht auf, Verdammte dieser Erde ...

»Die Menschen haben ein Recht darauf zu erfahren, was demokratischer Sozialismus in konkreter Gestalt für sie bedeutet.« (RC)

»Es ist müßig, die Frage zu diskutieren, ob der Verfasser des *Kommunistischen Manifestes* es in der PDS nur als Mitglied unserer Kommunistischen Plattform aushalten würde. Es ist auch müßig, darüber zu streiten, ob er sich im Marxistischen Forum wohl fühlen würde.« (GZ)

»Die Stärke unserer Partei besteht in ihrer pluralen Vielfalt. Dazu gehören Genossinnen und Genossen mit kommunistischen wie mit sozialdemokratischen Positionen.« (GZ)

Die stets man noch zum Hunger zwingt ...

»Mein Essen mit dem Bundeskanzler und SPD-Vorsitzenden Gerhard Schröder ist eine in zivilisierten Ländern ganz normale Angelegenheit.« (LB)

»In der PDS sind – wie in anderen Parteien auch – Menschen aus allen Kreisen und Schichten. Weil das so ist, deshalb sind wir mitten in der Gesellschaft und nicht etwa an deren Rande.« (GZ)

»Wenn wir von Mehrheiten in der Gesellschaft reden, müssen wir auch über die Zusammenarbeit mit anderen Parteien reden, über Koalitionen. Das sind Schritte in die Normalität.« (GZ)

Das Recht wie Glut im Kraterherde ...

»Natürlich gibt es die Befürchtung, die PDS könne den Weg der Grünen, den Weg der Verabschiedung von der eigenen Identität gehen oder sei bereits dabei.« (GZ)

»Aber wenn wir nur in den alten Büchern blättern, die alten Feindbilder pflegen und die bekannten Gebetsmühlen drehen, werden wir keine Antworten auf die heutigen Fragen finden.« (GZ)

»Wir müssen nicht nur den Pulsschlag der Gesellschaft fühlen, sondern auch beizeiten erkennen, wohin die Reise geht.« (GZ)

Nun mit Macht zum Durchbruch dringt ...

»Wir sind Friedenspartei.« (GG)

»Tun Sie *alles*, Herr Fischer, die Gewalt in Nahost sofort zu beenden!« (GZ)

»Wer will, daß die PDS bleibt, kann nicht wollen, daß sie so bleibt, wie sie ist.« (GZ)

Reinen Tisch macht mit dem Bedränger ...

»Wir haben aber einen viel zu geringen Zugang zu den neuen Eliten in dieser Gesellschaft. Wer diesen Zugang nicht hat, hat auch kein Herrschaftswissen.« (GG)

»Ihr dürft nie vergessen, ein größerer Teil unserer Wähler sind sogenannte Leistungsträger, sind Besserverdienende, sind Selbständige, sind Unternehmer, sind Beamte mit sicherem sozialen Status.« (GG)

»Wir müssen als PDS ein Image, ökonomisch ausgedrückt, einen Marktwert bekommen.« (GG)

Heer der Sklaven, wache auf! ...

»Die theoretisch erkannten Standortvorteile des Ostens müssen endlich – auch durch mutiges politisches Handeln – zur Geltung kommen. Durch hochmotivierte und gut ausgebildete Arbeitskräfte, durch Nachbarschaft zu den Wachstumsmärkten Mittel- und Osteuropas.« (LB)

»Sozialdemokratisierung heißt, die Politik am Mainstream ausrichten, heißt heute, sie den Mächten auf den Weltmärkten anzupassen und den Konsens mit dem Big Business zu suchen.« (GZ)

Ein Nichts zu sein, tragt es nicht länger ...

»Deutschland ist schön. Ich bekämpfe nicht Deutschland, sondern ich liebe es. Kann man als Linke in Deutschland so etwas sagen? Öffentlich? Auf einem Parteitag?« (GZ)

»Toleranz heißt nur zu akzeptieren, daß andere eine andere Sozialisation haben, was sie dazu bringt, anders zu denken.« (GG)

»Stellt euch vor, wie dieses Land aussehen könnte, wenn wir uns mit unserem Projekt Deutschland durchsetzen könnten.« (GZ)

Alles zu werden, strömt zuhauf!

»Ich bin sicher: Die meisten Menschen hier und heute würden gern in einem solchen Land leben.« (GZ)

»Weil der Markt auf dem Wege zu sozialer Bändigung ist.« (GZ)

»Darauf, liebe Genossinnen und Genossen, können wir mit Fug und Recht stolz sein.« (RC)

»... daß ein gutes Deutschland blühe.« (Alle zusammen)

Völker, hört die Signale ...

Featuring: Gabi Zimmer (GZ); Gregor Gysi (GG); Lothar Bisky (LB); Roland Claus (RC): Livemitschnitt vom PDS-Parteitag in Cottbus, 14./15.10. 2000

Andreas Thamm studiert Politikwissenschaft an der FU-Berlin

Konkret 01/01, S. 24

Eike Stedefeldt

Natürliche Ordnung

Was taugt das geplante Gesetz zur sog. Homo-Ehe? Notizen aus der Leichenhalle sozialer Bewegungen

»Unsere Vielfalt zieht an« lautete das Motto des kommerziellen Berliner Christopher Street Day 2000. Eine gelungene optische Täuschung: Angezogen von diesem vielversprechenden Slogan, fand man sich dort wieder inmitten einer überaus abstoßenden politischen Einfalt. Was äußerlich schön bunt über den Kurfürstendamm stampfte (und weniger stöckelte), war politisch erschreckend inhaltsleer.

Man sollte sich nicht irritieren lassen. Diese »unsere Vielfalt« ist auch abseits sexual-kultureller Facetten sehr wohl vorhanden, nur ist der von der kämpferischen Demo zur kulturellen Parade verkümmerte Christopher Street Day nicht das *Event*, bei dem sie sich noch widerspiegeln darf. Er ist das Event zur Selbstdarstellung nicht einer neuen sozialen Bewegung, sondern einer neuen schwulen (auch lesbischen) Mitte, die der gaffenden Allgemeinheit zeigt: Wir akzeptieren eure Regeln, wir sind lustig und friedlich, wir bevölkern eure billigsten Talkshows und eure teuersten Frisiersalons, wir kriechen euch in den Hintern, wo immer und so weit wir können und ihr uns laßt, also tut uns bitte, bitte nichts. Notfalls lassen wir uns sogar künstlich befruchten, denn uns ist genau wie euch das eigene Fleisch und Blut näher als das der anderen. Zugegeben, wir sind das etwas »andere Deutschland«, aber eben vor allem *Deutschland*, und darum helfen wir mit, daß unser stolzes Volk nicht ausstirbt und die Renten sicher sind.

Die Berliner Senatsverwaltung für Jugend, Familie und Sport leistet sich seit einer Dekade einen »Fachbereich für gleichgeschlechtliche Lebensweisen«. In der links-autonomen Lesben-, Schwulen- und Transgenderszene spricht man inzwischen durchweg vom »Fachbereich für *gleichgeschaltete* Lebensweisen«. Das ist mehr als ein guter Witz und kennzeichnet wunderbar die realen Verhältnisse. Längst nämlich gibt es hierzulande allerorten staatliche und halbstaatliche Strukturen, von denen aus »lesbisch-schwule Interessen« definiert und ihre Organisierung gesteuert werden. Besagter Fachbereich beispielsweise, besetzt mit Homosexuellen, verwaltet staatliche Finanzen und verteilt sie an Projekte und Vereine. Sind diese genehm, also nicht allzu aufmüpfig, werkeln sie gemütlich und unauffällig vor sich hin, leisten sie ehrenamtliche Sozialarbeit, die der Staat sonst teurer bezahlen müßte, dann dürfen sie mit weiterer Förderung und Unterstützung rechnen. Wenn nicht, dann wird auf die angespannte Haushaltslage verwiesen: sorry. Es geht, wie allerorten, um ein bestimmtes Interesse. Und niemand weiß heutzutage besser als der Staat, was dem Staat gefällt.

Die heterosexuelle Mehrheitsgesellschaft und ihre Exponenten (allen voran die rotgrüne Bundesregierung) akzeptieren »ihre« Perversen, von der bunten Königin-für-einen-Tag-Farce namens Christopher Street Day abgesehen, nur noch als graue, einheitliche Masse mit einem einzigen, klar umrissenen Bedürfnis: endlich so sein zu dürfen wie alle Nichtperversen – *natürlich* heterosexuell, wenn auch mit dieser spezifischen, nun mal leider unheilbaren Triebrichtung – und dafür den amtlichen Segen zu bekommen. In einer Gesellschaft, der das emanzipierte, souverän seine Beziehungen gestaltende und diese zwangsläufig gegen den Staat verteidigende Individuum grundsätzlich suspekt ist, wird den Perversen die Individualität erst recht abgesprochen. Sie haben sich als Quasi-Ethnie zu konstituieren, so verschieden sie in ihren politischen, sozialen, kulturellen und sexuellen Entäußerungen und Bedürfnissen auch sein mögen. So hat ihnen die pseudoliberale Dominanzgesellschaft bestimmte Merkmale (wahlweise oder in Kombination: Opfertum, Larmoyanz, Sensibilität, weicher Gang, schrille Stimme, berufliche Prädispositionen, Kultur und Bildung, Aids und HIV, Stil, Friedfertigkeit, Trendsetting etc.) und Ziele (heiraten, bloß heiraten) zugestanden, über die sie sich als Gruppe identifizieren lassen (müssen) und an die sie sich bitte schön auch als einzelne zu halten haben. Wer von dieser verordneten, volkswirtschaftlich nützlichen und staatlich geförderten »homosexuellen Identität« abweicht, wer über sie hinausdenkt, sich verweigert und anders lebt und für diese abweichenden Lebensmodelle auch noch einen Platz im Rechtssystem verlangt, wer womöglich sogar den stramm heterosexuellen Wertekanon, das heterosexuelle Normensystem gänzlich in Frage stellt, wird von den Medien denunziert und von der Politik ignoriert. So ergeht es derzeit auch jenen, die sich aus guten Gründen dem Gesetz über die »Eingetragene Lebenspartnerschaft« der rotgrünen Koalition verweigern.

Das Grundinteresse des Staates, über das all das wohlfeile Gleichstellungsgesäusel kaum hinwegtäuscht, zielt nämlich auf Normierung und Zwang – und zwar im Sinne von sozialer Kontrolle und politischer Disziplinierung. In einem Gemeinwesen mit der Neigung, sich als Fraktal auszubilden, das also nicht nur sämtliche gesellschaftlichen Verhältnisse, sondern auch die sie tragenden Individuen stets nach seinem Bilde zu formen, zu ordnen und zu beherrschen trachtet und auf jeder Strukturebene stets sich selbst im Kleinformat wiedererkennen will, muß das, was die Vortänzer des Lesben- und Schwulenverbandes in Deutschland (LSVD) als *die* »lesbisch-schwulen Interessen« verkaufen, dem Wesen nach durchweg heterosexuell sein. Der heterosexuelle Charakter solch kurioser, weil in keinerlei Hinsicht gleichstellenden Gleichstellungsforderungen wie der Homo-Ehe oder der »Gleichbehandlung« in der Bundeswehr dokumentiert sich insbesondere an ihrer Kompatibilität zu den tradierten konstituierenden Elementen von Volk und Staat. Demzufolge sind

sie allenfalls dazu geeignet, die Basis einer im Wesen völkischen, sozusagen als naturgegeben akzeptierten Schicksalsgemeinschaft zu verbreitern:

1. Ehe und Familie werden als »Keimzelle der Gesellschaft« affirmiert, deren Superiorität nicht antasten zu wollen man öffentlich immer wieder bekundet; Sexualität wird wieder in erster Linie dem Bereich einer monogamen, »auf Dauer angelegten Lebenspartnerschaft« zweier Menschen zugeordnet – nur dort ist sie wirklich legitim, selbst wenn sie nicht der Zeugung dient.

2. Militärische Strukturen werden nicht nur nicht in Frage gestellt, sondern die Einbindung der Perversen wird als Männlichkeitsbeweis, als Beleg für Vitalität und »Härte«, als Ehre und Auszeichnung gewertet, da sie das zivile Streben nach »gleichen Rechten« flankiert und in den Augen des homosexuellen Untertanen ein Recht auf Anerkennung durch den Staat untermauert. Auch hier ist das Motiv der getreuen Pflichterfüllung an Volk, Staat und Heimat maßgebend.

3. Das bipolare Geschlechterverständnis wird grundsätzlich übernommen, die Existenz einer Rangordnung von »Mann« und »Frau« gar als weitgehend überwunden in Abrede gestellt, indem strukturelle und private Ebene in propagandistischer Absicht (oder aus Dummheit) miteinander vermischt werden. (Das schönste Beispiel lieferte LSVD-Primus Volker Beck am 17. Oktober 1996: Im Bundestag kritisierte die Abgeordnete Christina Schenk einen von Bündnis 90/Die Grünen eingebrachten Gesetzentwurf zur Öffnung der Ehe für Personen gleichen Geschlechts. Es werde »einfach übergangen, daß in der Bundesrepublik Deutschland die an die Ehe gekoppelten Rechte die Existenzform eines geschlechtshierarchischen Herrschaftsmodells zwar nicht erzwingen, aber fördern, nämlich die Hausfrauenehe«. – Zwischenruf Beck: »Das kann bei homosexuellen Paaren schlechterdings nicht der Fall sein!«)

4. Der rassistische Grundkonsens wird nicht durchbrochen. Wenn der LSVD und seine angeschlossenen Anstalten* von »binationalen Partnerschaften« schwadronieren, deren Existenz durch Homo-Ehe respektive »Eingetragene Lebenspartnerschaft« ermöglicht werden solle (natürlich unter der Ägide des akzeptierten restriktiven Asyl- und Ausländerrechts), dann ist keineswegs auch das kurdisch-kolumbianische Lesbenpaar gemeint, das in der BRD leben möchte. Jenes »Liebe verdient Respekt« gilt beim LSVD nur für Paare, von denen mindestens ein Teil einen deutschen Paß besitzt.

In diesem Prozeß hat der bereits beschriebene, inzwischen zwanghafte Identitätsgedanke das kritische politische Denken weitgehend abgelöst. Man hat nicht mehr nur eine bestimmte sexuelle Präferenz oder Orientierung, sondern verfügt neuerdings über eine »sexuelle Identität«. Der Blödsinn geht mittlerweile so weit, daß von einer »lesbisch-schwulen Identität« geschwafelt wird.

Den Vogel abgeschossen und damit ihre ganze Scheinheiligkeit offenbart haben allerdings die Regierungsfraktionen. Als sie am 7. Juli 2000 ihren »Entwurf eines Gesetzes zur Beendigung der Diskriminierung gleichgeschlechtlicher Gemeinschaften: Lebenspartnerschaften (Lebenspartnerschaftsgesetz – LPartG)« in den Bundestag einbrachten, fand sich auf dem ersten Blatt eine bahnbrechende Erfindung: Die »gleichgeschlechtliche Identität«. Wer daraufhin homophile Menschen befragte, ob sie eine solche wohl ihr eigen nennen, fand in der Regel nur Zeitgenossen, die angaben, sie kennten allenfalls Personen gleichen Geschlechts oder gleichgeschlechtlicher Orientierung. Des Rätsels simple Lösung: Die Koalition mußte in ihrem Entwurf unbedingt jeden Hinweis auf (Homo-)Sexualität vermeiden, um zu kaschieren, daß es sich hier um ein Sondergesetz ausschließlich für Homosexuelle handelt und die rechtliche Anerkennung ihrer sozialen Beziehungen eigentlich der Ordnung ihrer Sexualität gilt. Als Synonym für »homosexuell« wurde so durchweg »gleichgeschlechtlich« verwendet. So wurden »homosexuelle Paare« zu »gleichgeschlechtlichen Paaren«, was freilich ein himmelweiter Unterschied ist.

Ein herausragendes Beispiel dafür, wohin es führt, wenn der homosexuelle Konservatismus das angestammte randständige Biotop verläßt, sind die Reden von Abgeordneten der Regierungsfraktionen anläßlich der ersten Lesung des erwähnten »LPartG«. Sie machen klar, wie wenig »Antidiskriminierung« oder »gleich viel Recht für gleich viel Liebe« – so ein weiterer dummer LSVD-Slogan – Ziel dieses Vorhabens sind. Angesagt ist eine neue Durchhierarchisierung der Lebensweisen unter Beibehaltung der repressiven Grundstruktur. Und zwar jenseits der Sexualitäten, auch wenn der Gesetzgeber unmittelbar erst einmal die Homosexuellen in den Griff zu bekommen versucht.

Dies zu verschleiern, wird gelogen und geheuchelt, was das Zeug hält. Dazu das bündnisgrüne MdB mit dem Homo-Ticket: »Heute, wo der Verfolgungsdruck weg ist, lebt die Mehrheit der Lesben und Schwulen in festen Beziehungen.« Eines Beweises bedarf es nicht, Volker Beck genügt der fromme Wunsch. Oder: »Die Lebenspartnerschaft nimmt niemandem etwas weg; sie schafft Rechtssicherheit.« Ein Satz, zwei Lügen: Rechtssicherheit gibt’s nur für jene, die sich der Zwangsbeglückung unterwerfen können, müssen oder wollen, weggenommen werden ihnen dafür ein Stück persönliche Freiheit, Intimsphäre und ggf. staatliche Sozialleistungen; den Unverheirateten hingegen zieht der Fiskus die Steuergeschenke für die Verheirateten ab. Das kümmert aber keinen, der sich für so was wie den Bundesminister des Rückwärtigen hält und als solcher erlaubt, alle anderen Perversen zu naiven Trotteln zu stempeln: »Die Schwulen und

Lesben in diesem Lande erwarten auch von der Volkspartei CDU/CSU nicht warme Worte und Sonntagsreden auf Parteitagen, sondern konkrete Taten und Respekt durch das Gesetz.«

Die grüne Dummdreistigkeit paart sich aufs Trefflichste mit sozialdemokratischer Heuchelei. »Auf die unselige Kultur- und Rechtstradition gerade im Umgang mit Schwulen und Lesben ist schon hingewiesen worden«, sagt Bundesjustizministerin Herta Däubler-Gmelin, die, derselben Tradition folgend, ehekritische Lesben und Schwule wie den Lesbenring als größte Organisation lesbischer Frauen in der Bundesrepublik, die Deutsche Aids-Hilfe oder das wissenschaftlich-humanitäre komitee (whk) von ihren Vorverhandlungen ausschloß. »Warum sind wir denn der Auffassung, man sollte dieses familienrechtliche Institut schaffen?« fragt sie und antwortet, es gehe »um Bindungen und Partnerschaften in einem spezifischen Sinn, die sich von denen von Mönchen, Witwen oder Menschen, die andere pflegen – diese haben alle unsere Hochachtung – , unterscheiden, weil hier die besondere sexuelle Identität einbezogen wird«.

Das Wort *besondere* zeigt, daß es etwas »nicht Normales« per *Sondergesetz* zu ordnen gilt, während der abermalige Verweis auf die ominöse »sexuelle Identität« die Ideologie dahinter entlarvt: Sexualität ist der übergeordnete Gegenstand des Interesses, in diesem Falle die unerwünschte. Es geht nicht um Leute in Beziehungen ohne Sex wie (diesen seligen Kinderglauben mag man Herta Däubler-Gmelin als Repräsentantin der EKD gern lassen) Mönche oder zusammenlebende Witwen. »Das ist der Grund dafür, warum wir sagen: die ja und andere nicht.« Und wer darf Vorbild für »die« sein? Richtig: »Patrick Lindner in Bayern«, ein netter, sauberer Mensch, der nicht wild in der Gegend rumfickt und somit würdig ist, gemeinsam mit seinem Freund ein russisches Waisenkind zu erwerben: »Wir alle wollen, daß es Partnerschaften und Ehen nicht gleichzeitig geben kann. Das schließt sich vom Wesen her aus.« Warum eigentlich? Weil man sich bitte schön zu entscheiden hat, damit a) »in dieser schönen Stadt das Laster keine Chance hat« (Spider Murphy Gang) und man b) für die, die ordnen wollen/dürfen/müssen, klar identifizierbar bleibt: »Mensch sein oder Schwein« (Die SPD-Politikerin hätte es selbstverständlich nie so offen formuliert wie die RAF). Entweder oben oder unten und vor allem nicht dazwischen meint auch Alfred Hartenbach, rechtspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion: »Ich gestehe, daß mir die Ehe natürlich näher liegt als die Partnerschaft« – »natürlich«, denn er ist ja nicht so wie »die«, das muß gesagt sein. »Entscheidend ist dabei der Inhalt, der in dieser Ehe gelebt wird. Das sind zum Beispiel Verläßlichkeit, Verantwortung, Treue.«

Ihr gesundes Volksempfinden zu verbergen mißlingt indes am besten Margot von Renesse (SPD). Etwa wenn sie poltert, »daß es keineswegs Pflicht ist, nunmehr eine Lebenspartnerschaft einzugehen und homosexuell zu werden«. Damit »Bettgeschichten kein Thema mehr sind«, will die Familienrichterin eine »Gleichstellung«, die keine sein darf, »denn Ehe und Familie sind eine lebensdienliche Sache, und der Grundgesetzgeber hat gut daran getan, das im Grundgesetz zu regeln und damit für jedermann zur Vorschrift zu machen«.

Ehe, Familie, Pflicht, Treue, Vorschrift, natürlich, lebensdienlich – das also ist das Vokabular einer, so Volker Beck in derselben Debatte, »modernen und offenen Gesellschaftspolitik«, der auch sein Lesben- und Schwulenverband in Deutschland e.V. so sehr anhängt. Der propagiert à la Renesse als »Leitbild« das »eines verantwortlichen Umgangs mit einem Partner, für den man lebenslang Verantwortung übernimmt, selbst dann, wenn man ihn nicht mehr liebt; was ganz entscheidend ist. Dies ist unheimlich wichtig in einer Zeit, in der der Individualismus zunimmt.« Weg mit dem Individualismus! Kampf der freien Persönlichkeitsentfaltung! Her mit der »lebenslangen Verantwortung« – sie ist in der Volksgemeinschaft das Synonym für Subsidiarität, Pflichterfüllung, unentgeltlichem Frondienst und Zwangsbindung sogar über die Beziehung hinaus. »Der Entwurf wählt den Weg eines eigenen Rechtsinstituts und schafft vor allem (!) gegenseitige Unterhaltspflichten – auch nach Aufhebung der Lebenspartnerschaft«, steht bereits auf dessen Deckblatt. Da steht auch »Alternativen: Keine.« Eine weitere Lüge.

Finger weg also von der »natürlichen Ordnung«! Was pervers ist, muß pervers, was unmoralisch ist, unmoralisch bleiben: »Das Leitbild als Respekt der Unverheirateten vor Ehe und Familie wird durch das, was wir vorhaben, nicht beschädigt. Im Gegenteil ... steigern wir die Bedeutung des von der Ehe und Familie ausgehenden Magnetismus, der Aura der Begeisterung für wechselseitige Verantwortung.« Eine letzte Attacke der Margot von Renesse gegen die Freiheit: »Ich wiederhole, was ich oft gesagt habe: So nahe sind sie (die Homosexuellen, E.St.) meinem Herzen nicht, daß ich irgendeinen Grund dafür sehe, sie besser als Heterosexuelle zu behandeln. Eine Gleichbehandlung bzw. Normalisierung ist angesagt. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.«

Jeder homosexuelle Mensch mit einem Mindestmaß an Selbstachtung hätte solche Reden als Affront empfunden, als Zumutung, als Angriff auf seine Würde, und den Saal verlassen. Der rechtspolitische Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Bundessprecher des Lesben- und Schwulenverbandes in Deutschland hob die Hände über den Kopf und applaudierte euphorisch. Das konnte allerdings kaum mehr überraschen. Schon am 27. August 1998 hatte er auf einer Wahlkampfveranstaltung seiner Partei in Regensburg nicht nur behauptet: »Die Ehe ist als Menschenrecht aus der Verfassung nicht rauszurechnen, weil sie sakrosankt ist«, sondern das Publikum auch ermahnt: »Wir dürfen nicht die sittenbildende Kraft von Gesetzen unterschätzen.« Was Sitte ist, bestimmt demnächst das »LPartG«.

Eike Stedefeldt lebt als Publizist in Berlin. Seit 15 Jahren schwulenpolitisch aktiv, ist er derzeit verantwortlicher Redakteur von »Gigi – Zeitschrift für sexuelle Emanzipation«

Konkret 01/01, S. 27

Otto Köhler

Dimension, Dynamik, Dependenz

Was wird aus der nun in Revision geschickten »Wehrmachtsausstellung«?

»Der Mann schwebte. Mit gelockerter Krawatte, ohne Jackett und Bodyguards. Durch den Speisewagen des ICE ›Thunersee‹ von Frankfurt/M nach Hamburg, auf das rollende Bistro zu. Auch in der Schlange vor dem Tresen berührte er den Boden kaum. Wartete geduldig auf sein Bier. Und ließ sich dann von einer Woge des Wohlgefühls zurück in die 1. Klasse tragen. Für Jan Philipp Reemtsma (47) war der Mittwoch vergangener Woche ein guter Tag gewesen.«

Dieses flockige Stück Rinderwahn, das Manfred Bissinger als Neuen Deutschen Journalismus in seine »Woche« hob, muß das mittlerweile widerlegte Gerücht befördert haben, Dieter Holtzbrinck habe den Reiter des fliehenden Gauls dazu ausersehen, als Nachfolger von Roger de Weck die Ausweitung der von Druckerschwärze freien Zonen der »Zeit« noch energischer zu betreiben. Egal, hier geht es nicht um bunte Blätter, sondern um Ernsthaftes, um die Wehrmachtsausstellung, die der vom Bierreporter verfolgte Reemtsma vor einem Jahr ins Moratorium versetzte.

Das Jahr ist um. Eine Woche nach der Bekanntgabe der im wesentlichen positiven Evaluation der Wehrmachtsausstellung durch eine Kommission von acht Historikern gibt Jan Philipp Reemtsma eine Pressekonferenz über die Zukunft der Ausstellung »Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-44«. Die regierungsberatenden Umtriebe maßgebender Mitglieder seines Hamburger Instituts für Sozialforschung lassen nichts Gutes ahnen. Die alte Wehrmachtsausstellung, die nach einem halben Jahrhundert das herrschende Bild von der sauberen Wehrmacht zerstörte, hatte sich bereits im März 1999 selbst aufgegeben. Ausstellungsleiter Hannes Heer nahm es damals, wenige Tage nach Kriegsbeginn, hin, daß sie bei der Eröffnung in Köln von der dortigen SPD-Bürgermeisterin zum Propagandaforum für den Kriegseinsatz der Bundeswehr gegen Jugoslawien gemacht wurde. Im November 1999 erklärte er dazu auf der Moratoriumspressekonferenz: »Ich bin ein Befürworter der Intervention gewesen. Ich habe das auch geäußert im Rahmen der Öffnung der Ausstellung, und ich bin als Privatmann zufällig derselben Meinung wie die Bürgermeisterin.« Und Reemtsma, der sich inzwischen von Heer aus anderem Grund getrennt hat, hatte gegen diese Instrumentalisierung der Ausstellung für militärpropagandistische Zwecke nichts einzuwenden.

So war freilich die Ausstellung von Anfang an angelegt: Von der Bundeswehr, die ja schließlich von den Generalen und Offizieren der Wehrmacht aufgebaut worden war, sollte in ihr nicht die Rede sein, kritisch jedenfalls nicht. Das gehörte zu den Standards der Wehrmachtsausstellung, davon wird Reemtsma auch künftig nicht abgehen.

Aber da ist noch eine größere Gefahr, daß die Wehrmachtsausstellung in jenem Dunkel versinken könnte, in dem alle Katzen ununterscheidbar grau sind. Im September 2000 bekannte Reemtsma in einem »Welt«-Gespräch mit dem Ausstellungskritiker Bogdan Musial, er wolle mit Differenzierungen aus dem heraus, was er »Geschichtspolitik« nennt, und hinein in die »historische Anthropologie«, in eine allgemeine Menschenkunde also, in der es, wie er bereits im Sommer ausgeführt hatte, ganz allgemein um die Frage gehen solle, »unter welchen Bedingungen Menschen ihresgleichen umbringen« (»Spiegel« 46/2000). Zwei Tage nach der Veröffentlichung seines Gesprächs mit Reemtsma erklärte mir Musial, daß er mit dem Ausgang dieses »Dialoges« sehr zufrieden sei. Er lobte Reemtsmas »Aufgeschlossenheit«. Wie der sich über die Zukunft der Ausstellung geäußert habe, das entspreche, so Musial, »meinen Vorstellungen«.

Da war gerade bei Propyläen Musials Buch *Konterrevolutionäre Elemente sind zu erschießen* erschienen (s. KONKRET 10/00), in dem der Historiker gegen die Wehrmachtsausstellung einwendet, die Morde an den Juden »resultierten aus dem Verhalten, das nicht wenige Juden gegenüber Nichtjuden an den Tag legten«.

Wie war es zu diesem Buch gekommen? Wer heute einen Aufsatz nachliest, den Musials Förderer Horst Möller in seiner Eigenschaft als Direktor des Instituts für Zeitgeschichte in der ersten Ausgabe des Jahres 2000 in der »Zeitung für Deutschland« veröffentlicht hat, dem wird manches klar. Die Ausstellung, so Möller, unterscheide »nicht hinreichend zwischen dem prinzipiellen Auftrag der Wehrmacht, ihrem militärischen Auftrag, und jenen speziell zur Massenvernichtung eingesetzten Organisationen der SS, den Einsatzgruppen und Polizeieinheiten, die nun einmal nicht zur Wehrmacht gehörten«.

Was war der prinzipielle Auftrag der Wehrmacht? Ein Vernichtungskrieg galt bisher nicht als »rein militärisch«. Aber auf den Vernichtungskrieg hatten sich die Generale schon drei Monate vor dem Überfall auf die Sowjetunion geeinigt. Im übrigen, verkündete Möller, hätte die Öffentlichkeit schon genug Aufklärung über den Krieg im Osten gehabt; ja, im Kampf gegen die »im Kern verfehlte Ausstellung« griff der Zeitgeschichtschef sogar zum Trivialroman: »Wer wollte, konnte sich schon immer informieren – übrigens sogar aus sehr publikumsorientierten Medien, beispielsweise in dem 1955 veröffentlichten Erfolgsroman des Journalisten Hans Scholz *Am grünen Strand der Spree*, der bis 1978 zehn Auflagen mit 125.000 Exemplaren erlebte und auch verfilmt und im Fernsehen gezeigt worden ist: Er schildert unter anderem die

Erfahrungen eines Soldaten, der zufällig Zeuge von Massenerschießungen wurde. Wem also kann der ewige Vorwurf der ›Verdrängung‹ gelten?«

So weit Möller in der ersten »FAZ«-Ausgabe des neuen Jahrtausends. Weiß der Mann nicht, daß in der Zeit, da Massenerschießungen zu einem Romanereignis unter anderen wurden, der ehemalige NS-Propagandachef des Auswärtigen Amtes Paul Karl Schmidt als »Paul Carrell« in Springerblättern und in dem von Springer neoarisierten Ullstein/Propyläen Verlag in Millionenauflagen seine Legende von der anständig gebliebenen Wehrmacht verbreitete? Carell wurde zum Geschichtslehrer der deutschen Studienräte, weil sich die Historiker lange nicht an das Thema herantrauten. Insofern leistete die Wehrmachtsausstellung auch in den neunziger Jahren noch wirksame Aufklärungsarbeit, da die verspätete Geschichtsschreibung der Fachhistoriker von großen Teilen der Öffentlichkeit gar nicht erst zur Kenntnis genommen wurde.

So wie der Musial-Förderer Möller im Herbst 1999 eiligst seine »Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte« von längst vorgeplanten Beiträgen freiräumte, um Musials Attacke auf die Wehrmachtsausstellung schnell noch hineinzuheben, so mußte Musial für Propyläen eiligst sein Buch herunterschreiben, das sich mit seinen antisemitischen Insinuationen für eine Rechtfertigung der Pogrome nutzen ließ. Im Jahr zuvor war gerade noch seine Dissertation über die *Judenverfolgung im Generalgouvernement* erschienen, die von den Kritikern, die sein neues Buch erschreckend fanden, hoch gelobt wurde. Ich fragte Musial, wie das zu erklären sei. Seine Antwort war verblüffend: Das erste Buch sei eben »politisch korrekt« gewesen.

Im »Parlament«, dem Organ der Bundeszentrale für »politische Bildung«, wo immer noch Geschichtsrevisionisten den Ton angeben, lobte Enrico Syring, Führungsmitglied der Historikerkameradschaft Zitelmann, Musials Verdienste beim Kampf gegen die Wehrmachtsausstellung (»So weit, so gut«), wobei er sich allerdings über Musials wissenschaftliches Niveau keine Illusionen machte. Er sagt es frei und offen: »Es ist dem Rezensenten unerfindlich, was den Propyläen Verlag, dessen Lektorat er (Syring selbst, O. K.) als überaus fachkompetent erlebt hat, bewogen haben mag, ein solch ganz offensichtlich unausgereiftes und mit sprachlichen Mängeln behaftetes Manuskript so schnell auf den Markt zu werfen. Offenbar hat das Bestreben, die derzeitige Popularität Musials in hohe Verkaufszahlen umzusetzen, alle inhaltlichen und formalen Bedenken in den Hintergrund gedrängt. Nicht auszudenken, wenn dies noch unter dem Cheflektorat Rainer Zitelmann geschehen wäre.« – Beißwut unter ansonsten gleichgesinnten Konkurrenten.

Die »Frankfurter Rundschau«, die mit tatkräftiger Hilfe ihres gerade erst zu diesem Zweck angestellten Feuilleton-Redakteurs Thomas Medicus vielversprechende Anstrengungen unternimmt, sich von ihrer linksliberalen Leserschaft zu trennen, sah keine Möglichkeit mehr, die Ausstellung zu retten. Die »Hamburger Unternehmung« habe innerhalb eines Jahres zwei ihrer theoretischen Prämissen verloren: »Ihre noch vom Vaterprotest der 68er zehrende, manichäische Geschichtspolitik« – Manichäer sind die üblen Leute, die, anders als Musial, keine mildernden Umstände für den deutschen Vernichtungskrieg im Osten finden – »ist ebenso obsolet wie die diese Perspektive tragende Ideologie der Antifaschismus.« Daß Antifaschismus zumindest hierzulande obsolet sei, ist keine ganz frische Erkenntnis – die sich seit der deutschen Vereinigung ausdehnenden national befreiten Zonen hat uns schließlich nicht der Klapperstorch gebracht. »FR«-Medicus erfreut: »Musials Forschungen« hätten »die Einäugigkeit des linken Antifaschismus endgültig beseitigt«.

Dementsprechend verlangt Medicus von Reemtsma »eine neue, den nach 1989 eingetretenen geopolitischen Veränderungen Rechnung tragende Historiographie«. Eine Geschichtsschreibung, die von der deutschen Vorherrschaft über Europa ausgeht, nachdem die Übernahme der DDR 1990 Deutschland – geopolitisch – wieder zum Zentrum Europas gemacht hat? Jedenfalls empfiehlt er Reemtsma, was dieser, so war zu fürchten, sich nicht zweimal würde sagen lassen, nämlich: Sein Institut möge »angesichts der mit der Wehrmachtsausstellung gemachten Erfahrungen« sich auf – wie famos Medicus das zu formulieren vermag – »seine ursprünglichen mikrogeschichtlichen Forschungsansätze jenseits geschichtspolitischer Ideologisierungen« besinnen.

Die schönsten Ratschläge für Reemtsma aber kommen von Götz Aly, der sich vom kritischen Historiker zum milden Seelendoktor der »Berliner Zeitung« fortentwickelt hat. Nachdem Alfred Dregger seinen Rückzug aus der Politik angetreten und damit die »Generation Kübelwagen« ihre Satisfaktionsfähigkeit verloren habe, solle man doch bitte »im einzelnen Täter« – also auch in dem, der da jüdische Frauen und Kinder liquidierte? – »den sehr normalen Menschen, den widersprüchlichen, leidenden und verzweifelten Menschen erkennen«. Mehr Menschlichkeit im Umgang miteinander – dann brauchen wir keine Wehrmachtsausstellung, denn: »Der Tonfall hat sich überlebt. Deshalb gehört die Ausstellung endgültig ins Magazin.« War ja doch nur Schikane. Aly: »Wir sind also, vereinfacht gesagt, infolge der deutschen Massenverbrechen noch immer am freien und unvoreingenommenen Blick gehindert. Erst recht das Hamburger Institut, es ist in seiner heutigen Verfaßtheit nicht entfernt in der Lage, den Krieg und die Verbrechen der Deutschen unter den übergreifenden Fragen des 20. Jahrhunderts zu interpretieren.«

Wehrmachtsführung, Heeresführung und die Befehlshaber der Verbände im Osten waren schon Monate vor dem Angriff auf die Sowjetunion damit einverstanden, daß in dem geplanten Krieg jegliche völkerrechtlichen Beschränkungen beiseite

geschoben wurden«, erklärte die Gutachterkommission in Frankfurt, und das war vor allem gegen Musial gerichtet, der den Eindruck erweckt, als wäre die deutsche Vernichtungskriegführung erst durch NKWD-Massaker zu Kriegsbeginn provoziert worden. Auch Reemtsma vermerkte eine Woche später zu den Ergebnissen der Kommission: »Sie hat vor allem festgestellt, daß die Grundthese der Ausstellung vom intentionalen Vernichtungskrieg dem Forschungsstand entspricht.« Das »Hamburger Abendblatt« allerdings legte – »Mit der Heimat im Herzen die Welt umspannen« – Reemtsma statt des »intentionalen«, des zielgerichteten Vernichtungskrieges einen »internationalen Vernichtungskrieg« in den Mund – womit die Deutschen fein raus sind, denn wenn alle Welt einen Vernichtungskrieg führt, dann kann man sie doch nicht zum Sündenbock machen.

Bis wenige Wochen vor seiner Pressekonfernez hatte Reemtsma sich mutwillig – wie es scheint – dem Verdacht ausgesetzt, er wolle die Wehrmachtsausstellung im antitotalitären Diskurs untergehen und als allgemeinen Aufruf gegen menschliche Gewalt wiederauferstehen lassen. Doch auf der Pressekonferenz am 23. November gab es bei aller Ankündigung von »Differenzierungen« eine Reemtsma-Formulierung, die aufhorchen läßt: »Je genauer man hinguckt, desto schlimmer sieht die Sache aus. Die Hoffnung der Kritiker, eine differenzierte Darstellung des Geschehens ergäbe eine für die Wehrmacht schönere Darstellung des Geschehens, ist auch eine Illusion.«

Daneben gibt es allerdings wolkige Redewendungen, mit deren Hilfe aus einer Ausstellung der Verbrechen der Wehrmacht eine Ausstellung zu ihrer Entschuldigung werden kann – aber nicht muß. Wenn Reemtsma wiederholt davon spricht, daß zwecks einer »nötigen Differenzierung« die »Interdependenz von Intentionalität und situativer Dynamik« zu berücksichtigen sei, dann steht da am Ende derartiger Differenzierungen ein Musial und sagt, richtig, genau das meine ich, die deutschen Generäle haben möglicherweise schon vor Kriegsbeginn mal ganz allgemein von Vernichtungskrieg geredet, aber ausgebrochen ist er erst, als der grundanständige deutsche Soldat, vom schrecklichen Anblick der NKWD-Mordtaten bis ins Innerste erschüttert, selbst der Unmenschlichkeit anheimfiel. Und da die Juden sich bei der Bevölkerung – die den Einmarsch der Wehrmacht begrüßte – zuvor unbeliebt gemacht hatten, mußte man eben – schuld ist die situative Dynamik – zu Erschießungen schreiten. Die Wehrmacht war da, wegen der seelischen Qual beim Absperren und Schießen, mehr Opfer als Täter.

Nichts dagegen, daß die kommende Ausstellung auch, wo es zur Klärung des Tatgeschehens – wie etwa in Lemberg – gehört, Verbrechen des NKWD darstellt. Allerdings, das hat Reemtsma betont, und darin unterscheidet er sich von Musial, »ohne vergessen zu machen, daß der Vernichtungskrieg nicht Ergebnis solcher vorhergehender Ereignisse gewesen ist«.

Allerdings muß die Ausstellung dann auch zeigen – und darauf hat bisher keiner der an der Diskussion Beteiligten Wert gelegt – , was den »vorhergehenden Ereignissen« vorherging, wie es also bspw. zu den hastigen Mordaktionen des vor den Deutschen fliehenden NKWD gegen ukrainische Gefangene gekommen ist: Deutsche Wehrmachtsdienststellen hatten schon lange vor Kriegsbeginn von Berlin ausgerüstete ukrainische Untergrundeinheiten ins Land geschleust; deren Auftrag war Mord und Sabotage. Auch NKWD-»Massaker« haben, wenn man denn unbedingt so will, ihre situative Dynamik.

Reemtsma will künftig anstelle von Großschauplätzen – einer war Jugoslawien – »die Dimensionen der unterschiedlichen Verbrechen« zeigen und den »einzelnen Verbrechenstypen« eigene Räume widmen, er nannte: »Völkermord, Hungerpolitik, Partisanenkrieg, Kriegsgefangene, Repressalien, Deportationen«. Der Institutsleiter: »Die Neufassung der Ausstellung muß darlegen, wie die zeitgenössischen Gesetze und Gewohnheiten waren und sie mit den Befehlen und Verordnungen konfrontieren, die diese außer Kraft setzten und so Befehlssituationen und Handlungsspielräume eröffneten, in denen jene Destruktivität freigesetzt wurde, die für den Vernichtungskrieg kennzeichnend war.«

Völkerrecht und Partisanenkrieg – das lädt zu Deutungen ein. Horst Möller gab schon mal eine in seinem »FAZ«-Artikel, als er den Machern der ersten Ausstellung vorwarf: »Sie unterscheiden nicht zwischen völkerrechtlich anerkannten Formen der Bekämpfung von Partisanen, die nach dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion von Stalin massenhaft völkerrechtswidrig, systematisch und unter Anwendung zum Teil barbarischer Kampfmethoden organisiert wurden, und der massenhaften und willkürlichen Erschießung von Zivilisten.« Diejenigen, die sich dagegen wehren, von den Deutschen erschossen zu werden, darf man umbringen? Mit Genehmigung des Instituts für Zeitgeschichte? Und nur diejenigen, die dazu nicht die Kraft haben, nicht? Ein Partisanenkampf gegen den Vernichtungskrieg der Deutschen ist völkerrechtswidrig? Und Geiselerschießungen – in Italien gab es solche Fälle – werden erst dann verbrecherisch, wenn eine Person zuviel umgebracht wird, wenn also irgendwo 301 statt der »erlaubten« 300 Geiseln erschossen werden?

Das alles sind Untiefen des neuen Ausstellungskonzepts. Doch man sollte abwarten, ob sich Reemtsmas Intentionalität (»Je genauer man hinguckt, desto schlimmer sieht die Sache aus«) am Ende nicht doch jener situativen Dynamik seiner publizistischen Ratgeber und Feinde beugt, die ihn veranlassen wollen, die Welt mit den Augen der Täter zu sehen. Die deutsche Stahlhelmfraktion, das müßte er wissen, hat sich nicht zur Ruhe gesetzt, sie hat nur den Kübelwagen ausgemustert, heißt nicht mehr Dregger, sondern Scharping und fährt mit dem Nato-Jeep durch jenen Großschauplatz Jugoslawien, den er in der kommenden Ausstellung gegen die Präsentation der »Dimensionen der unterschiedlichen Verbrechen« austauschen will.

»Die Wehrmachtsausstellung ist tot«, schrieb Musial am Tag der Reemtsmaschen Pressekonferenz in der »Welt«. Es lebe die neue Wehrmachtsausstellung? Wir werden sehen. »Wenn die neue Konzeption verwirklicht wird, dann haben die erbitterten Kritiker einen klassischen Pyrrhussieg errungen«, hoffte auch der Beobachter vom Feuilleton der »Süddeutschen Zeitung«. Am nächsten Tag sorgte die Wochenendbeilage für das burleske Nachspiel. Thomas Urban, der kürzlich selbst ein Buch bei Propyläen herausbrachte, durfte dem Verlagskollegen beispringen. Musial weinte sich an seiner Brust aus: »Ich geriet als Pole in die Mühlen der deutschen Vergangenheitsbewältigung.« Das ist die lautere Unwahrheit. Musial ist Deutscher, er besitzt seit Jahren den edelsten Körperteil, den die Deutschen vorzuweisen haben: ihren Paß. Und es geht ihm gut unter seinen neuen Landsleuten. Verlagskamerad Urban rühmt, Musials Buch sei jetzt »von ausgewiesenen Experten auf die Empfehlungsliste der ›SZ‹ und die des NDR gesetzt« worden.

Beinahe zu spät. Ein noch ausgewiesenerer Experte, der DVU-Führer Gerhard Frey, hat das »dramatische Werk des polnischen Historikers« längst schon in das Buchangebot seiner »Nationalzeitung« genommen. Und im hauseigenen – »Geschenk-Ideen, Spitzentitel« – Bücherprospekt steht »der Mann, der die Reemtsma-Ausstellung kippte«, ganz groß neben einem »Tabu-Brecher, der es in sich hat«, nämlich dem Band: *Jüdische Kriegserklärungen an Deutschland*.

Otto Köhler schrieb in KONKRET 12/2000 über Gesprächspartnerschaften

Konkret 01/01, S. 30

Peter Kratz

Blick zurück

Der antifaschistische Informationsdienst »Blick nach rechts« gerät ins Zwielicht

Realitätsverleugnung ist eine Übung des Volks der Täter schon seit dem 8. Mai 1945. Ausnahmsweise und falsch angewandt führt sie in den Abgrund (Barschel, Kohl, Daum), doch meistens und aufs rechte Objekt bezogen nach oben, wie der Journalist der »Frankfurter Rundschau« und Herausgeber des heute SPD-nahen Info-Dienstes »Blick nach rechts«, Helmut Lölhöffel, weiß. Nachdem er den »Blick nach rechts« (den der frühere KZ-Häftling und Kommunist Kurt Hirsch unter dem Namen »Pressedienst Demokratische Initiative« als Antwort auf die NPD-Gründung schuf und den die SPD 1983 unter ihre Fittiche nahm) in den neunziger Jahren vorsichtig in die Blickrichtung gedreht hatte, wurde Lölhöffel soeben Vizesenatssprecher der Berliner CDU/SPD-Koalition unter einem Regierenden Bürgermeister, der bekanntlich das Mahnmal für die ermordeten Juden Europas am Brandenburger Tor nicht will und inmitten der Hauptstadt eine »Gedenkmeile« für Verdrängtes befürchtet.

Als Lölhöffel 1991 unter seinem Zeitungspseudonym bei Gericht Klage einreichte, um Berichte über seine eigenen Neonazi-Aktivitäten verbieten zu lassen, wurde er schon einmal von der vergessen geglaubten Wirklichkeit eingeholt. Die Richter schrieben ihm nicht nur seinen richtigen Namen ins ablehnende Urteil – Hans Bruno Helmut Lölhöffel von Löwensprung, 1944 geborener Sproß eines ostpreußisch-baltischen Junkergeschlechts, das für Kaiser und Führer an der Ostfront gekämpft und sich nach der Flucht aus seinem 150-Seelen-Privatdorf Gut Tharau bei Königsberg (das die Sowjets zur Sowchose Vladimirow bei Kaliningrad umgewälzt hatten) in München im rechtsextremen Neuheidentum engagiert hatte, muß sich laut Gerichtsurteil nachsagen lassen, selbst »neofaschistisch aktiv gewesen« zu sein.

Er war in den sechziger Jahren leitender Funktionär des Bundes deutsch-unitarischer Jugendlicher (BDUJ) der Deutschen Unitarier Religionsgemeinschaft (DUR) und wurde quasi angelernt von prominenten Nazischreibern, darunter Herbert Böhme, der in Goebbels' Reichsschrifttumskammer für die Nazilyrik zuständig war, dann zu einer Zentralfigur des deutschen Neofaschismus und als Chef der Münchner DUR-Gemeinde ein Freund der Junker-Familie wurde. Die Lölhöffel von Löwensprungs betätigten sich nach 1945 über Jahrzehnte für die DUR, Mutter, Tochter und Sohn an herausragenden Stellen. Helmut verkehrte mit führenden (Neo-)Nazis. 1967 durfte er beim »Unitariertag« neben Eberhard Achterberg auf dem Podium sitzen, einem Hauptideologen der DUR, der »Hauptschriftleiter« der von Alfred Rosenberg herausgegebenen Intellektuellenzeitschrift »Nationalsozialistische Monatshefte« gewesen war, noch 1982 zum theologischen Chef der Sekte gewählt wurde und immer noch die alte Ideologie vom selbstgöttlichen deutschen Herrenmenschen vertrat. Ihre Herkunft pflegte die DUR sorgfältig, z. B. als ein »Landesgemeindeleiter« der Sekte (vergleichbar einem christlichen Bischof) für die NPD kandidierte oder ein weiterer »Hauptschriftleiter« – nunmehr der DUR-Zeitschrift »Glaube und Tat« – die »Kieler Liste für Ausländerbegrenzung« mitgründete.

Die Unitarier-Jugendgruppen hatten in den sechziger Jahren, als Lölhöffel – bereits erwachsen – ihre Aktivitäten in der »Bundesleitung« zu koordinieren half, Namen wie »Condor«, »Beowulf« oder »Wikinger«, man fuhr zum »Führerthing«, wo die »Jungenführer« und »Mädelführerinnen« beim »Fackelzug zum Thingfeuer« stolz im »braunen Fahrtenhemd« aufmarschierten (so stand es in ihren Schriften). Dies geschah öffentlich, und die Presse bezeichnete den BDUJ als »rechtsradikal«.

Ebenfalls angeleitet wurden die Jugendlichen von zwei weiteren Münchnern, die vor dem Stichtag des Realitätsverlustes NS-Jugendorganisationen geleitet hatten: einem ehemaligen Hitlerjugend-Gauführer, nunmehr »Referent für Jugendfragen der DUR«, und seiner Frau, einer ehemaligen Gauführerin des Bundes deutscher Mädel (BdM). Noch in den neunziger Jahren pflegte Lölhöffel die Freundschaft mit dieser alten Nazidame, die sich auf »Unitariertagen« immer noch für den DUR-Nachwuchs engagierte. Geändert hatte sich inzwischen die Farbe des Fahrtenhemds, weniger die zündelnde Freizeitbeschäftigung: Der BDUJ-Führer Henning Hraban Ramm, wie Lölhöffel in DUR-Familientradition tätig, aber eine Generation jünger, forderte nun via Internet dazu auf, Antifaschisten Briefbomben zu schicken. Die Staatsanwaltschaft stellte das Ermittlungsverfahren gegen ihn ein: Es seien ja »nur« Internet-Mailbomben gemeint gewesen.

Lölhöffel sammelte erste journalistische Erfahrungen in der DUR-Zeitschrift »Glaube und Tat«, deren Name faschistischer Leitspruch und Programm war, und war verantwortlich für deren Jugendseiten. Als »Otto (Helmut v. Lölhöffel)« lockte er mit Fahrten- und Lagerfeuerromantik, um dann politisch nachzuheizen. Während die Altersgenossen Bob Dylan hörten, dozierte »Otto« aus deutschem Liedgut: »›Die Fahne ist mehr als der Tod‹ hat einmal der Wahlspruch eines bedeutenden Mannes gelautet. Doch darin sind wir uns wohl einig, daß uns ein Menschenleben mehr bedeutet als ein Stück Tuch – auch wenn dieses ein Symbol darstellt. Aber ist unser Wimpel nicht doch mehr als ein Stück Tuch? ... Auf der einen Seite des Wimpels sind die beiden sich überdeckenden Runen aufgenäht, das Symbol unseres Bundes ... Und darum wird unser Wimpel zum sichtbaren Ausdruck unseres gemeinsamen Strebens. Überall, wo sich Mädel und Jungen zu unserer Sache

bekennen, wird der Wimpel mit unserer Rune auf seiner einen Seite wehen ... Darum ist er uns mehr als ein Stück Tuch ... Er wird immer Sinnbild unserer Gesinnung sein – ein Symbol unseres Strebens zur Gemeinschaft!«

»Unsere Sache« ist schnell aufgeklärt, denn »Die Fahne ist mehr als der Tod« war der letzte Satz des Refrains des Hitlerjugend-Marsches, der »bedeutende Mann« war demnach der »Reichsjugendführer« und Kriegsverbrecher Baldur von Schirach, der das Lied eigens für den NS-Propagandafilm »Hitlerjunge Quex« gedichtet hatte. Noch 1992, als ihm dieses und andere Zitate vorgehalten wurden, bestand Lölhöffel darauf: »Ein faschistischer Inhalt der früheren Veröffentlichungen läßt sich nicht feststellen.«

In den achtziger und neunziger Jahren, als sich die traditionellen Differenzen zwischen den alten Fraktionen des Faschismus verwischt hatten, war »unsere Sache« dem nun links einsortierten Lölhöffel immer noch eine große Affäre wert. Chefideologe fast des gesamten Neofaschismus und als solcher selbst ein Symbol des »Strebens zur Gemeinschaft« war nun Henning Eichberg, der seine nationalrevolutionären Thesen von völkischer Reinheit im »Ethnopluralismus« und vom »Befreiungsnationalismus« gegen den »Wodka-Cola-Kolonialismus« auch als Stargast auf dem »Unitariertag« der DUR oder bei der »Unitarischen Akademie« vortrug. Die völkisch-spirituellen Sekten des Neuheidentums, die sich schon in den zwanziger Jahren sowohl aus Hitler-konformen als auch aus gegnerischen Fraktionen des Faschismus gespeist hatten, waren nun, in den Achtzigern und Neunzigern, auch wichtige Multiplikatoren für die Nationalrevolutionäre. Eichbergs Konzept sei »zum vorherrschenden Nationalismuskonzept des gesamten rechten Lagers geworden« und habe »die Modernisierung des Rechtsextremismus beflügelt«, befand der Hamburger Verfassungsschutz (als einziger aller Bundesländer) angesichts der Entwicklung einer »Neuen Rechten«, die sich anschickte, das national-konservative mit dem nationalrevolutionären Lager des Faschismus zu vereinen. Diese Gemeinschaft hatten die Neuheiden schon 1933 angestrebt. Doch die DUR-Führer schätzten die Lage anders ein als der Verfassungsschutz und wollten gerichtlich verbieten lassen, daß ihre Sekte als »völkisch-rassistisch« bezeichnet wird. Als die DUR ihren Prozeß 1990 in erster Instanz verlor, kam Lölhöffel den alten Freunden zu Hilfe. Der Rechtsanwalt der DUR, Ralf Bernd Abel, langjähriger Funktionär der Sekte und wie Lölhöffel schon in den sechziger Jahren bei »Glaube und Tat« aktiv, hatte ihn darum gebeten. Für das Berufungsverfahren verfaßte Lölhöffel eine negative Expertise über die DUR-Kritiker. Trotzdem verlor die Sekte auch das Berufungsverfahren. (1998 hatte Abel wieder Pech: Eine Klage gegen KONKRET wegen meines Beitrags »Wege zum Glücklichsein« in Heft 8/98 zog er auf nachdrücklichen Rat des Gerichts zurück.)

Lölhöffel legte später noch einmal nach, nun gemeinsam mit Personen aus dem direkten Umfeld Henning Eichbergs: mit Peter Brandt, der Eichberg als Linken zu verkaufen versuchte und Eichbergs Ideen zu popularisieren half; mit Erich Schmidt-Eenboom, der gemeinsam mit Alfred Mechtersheimer in Eichbergs Hausblatt »Wir selbst« publiziert hatte; mit dem SPD-Politiker Dieter Schinzel, der Präsident des von Mechtersheimer und Eichberg gegründeten »Deutsch-Arabischen Friedenswerks« (DAF) war; und mit Tilman Fichter, der immer wieder versuchte, Eichbergs Ideen in der SPD zu verankern, und der für nationalrevolutionäre Jugendliche in der Partei den Paten gab. »Psychopath«, »unqualifiziert«, »manisch«, »nicht mehr erträgliche Kampagnen« lauteten einige der Qualifizierungen, mit denen sich diese fünf Personen 1994 in einer gemeinsamen Erklärung gegen Versuche wandten, den neuheidnisch-nationalrevolutionären Nebel ein wenig zu durchleuchten.

Kurz darauf wurde Lölhöffel Herausgeber des Infodienstes »Blick nach rechts«, den viele immer noch als ein sauber antifaschistisches Blatt ansehen, und schreibt heute eifrig gegen Teile der Rechtsextremisten an. Die ersten Artikel über die DUR aus den achtziger Jahren, die eine breite antifaschistische Recherche zu Herkunft und Gegenwart der neuheidnischen Sekten auslösten und im »Blick nach rechts« erschienen waren, sind heute im Online-Archiv des Dienstes freilich nicht abrufbar. Aber mit Armin Pfahl-Traughber schreibt dort nun ein weiterer langjähriger Autor von Zeitschriften des rechten Neuheidentums.

Pfahl-Traughber, der auf dem SPD-Ticket als Mitarbeiter des Bundesamtes für Verfassungsschutz Karriere machte und die Zeitschrift »Mut« des früheren NPD-Kandidaten Bernhard C. Wintzek vom Vorwurf des Rechtsextremismus freisprach, schloß sich dem Trio Uwe Backes, Eckhard Jesse und Rainer Zitelmann an, das seinerseits nationalrevolutionären und national-konservativen Ansätzen keineswegs fernsteht. In Backes' und Jesses *Jahrbuch Extremismus und Demokratie* (zur Zeit im Nomos Verlag), das sich immer wieder gegen den Antifaschismus und insbesondere gegen dessen Kritik an der nationalrevolutionären »Neuen Rechten« wandte, schrieb er gemeinsam mit Ernst Nolte und dem Bonner Anti-Antifa-Ideologen Hans-Helmuth Knütter, der – wie Zitelmann – auch im »wissenschaftlichen Beirat« des Jahrbuchs saß. (Das Jahrbuch erschien ab 1989 im »arisierten« Bouvier-Verlag in Bonn, der bis zum Boykott durch die Nazistudenten Bonner Universitätsverlag Friedrich Cohen hieß und bis heute im Besitz der Familie Grundmann ist, die den durch die Nazis ökonomisch ruinierten Verlag billig erwarb, nachdem die »halbjüdischen« Kinder Cohens, die den Verlag erben sollten, in die USA geflohen waren.)

Pfahl-Traughber hält trotz seines Jobs beim Verfassungsschutz die vermeintlich wertfreie Wissenschaft hoch. Im Anschluß an Stefan Breuer möchte er den Begriff der »Konservativen Revolution« aus der Diskussion streichen, weil er »undifferenziert« verschiedene politische Strömungen zusammenfasse und deshalb »wissenschaftlich« unhaltbar sei. Doch

allzu durchsichtig ist die politische Interessiertheit der von Breuer entfachten und von Pfahl-Traughber beförderten Debatte, nachdem die SPD in ihrer deregulierenden Sozial- und Wirtschaftspolitik und in ihrem Ost- und Südosteuropa-Engagement Politikelemente der »Konservativen Revolution« und der Nationalrevolutionäre recycelt hat. Differenzieren, bis der Zusammenhang nicht mehr kenntlich ist, so scheint Pfahl-Traughbers Devise zu lauten: Rainer Zitelmann z. B. gehöre keineswegs zur »Neuen Rechten«, sondern zur »demokratischen Rechten«; und selbst Wolfgang Gessenharters These von der Scharnierfunktion der »Neuen Rechten« zwischen Konservatismus und Rechtsextremismus ist ihm noch nicht differenziert genug, wohl, weil sie die Beziehung nicht genügend vernebelt. Daß Pfahl-Traughber – diesmal in der »FAZ« – auch mein Buch *Rechte Genossen – Neokonservatismus in der SPD*, das u. a. die Geschichte der Nationalrevolutionäre in der SPD von den zwanziger Jahren bis zu Eichberg und Fichter behandelt, gänzlich undifferenziert fand, möchte ich hier nicht verschweigen.

Eine weitere Episode des »Blick nach rechts«, die so gar nicht zum neuen antifaschistischen Eifer Lölhöffels paßt, hat im November 2000 mit den Ermittlungen des Landeskriminalamtes Berlin gegen den Journalisten Burkhard Schröder begonnen. Schröder hat auf seiner Internet-Website eine große Anzahl meist unkommentierter Links zu Nazi-Websites eingerichtet. Von Kreisverbänden der NPD bis zu strafrechtlich einschlägigen skandinavischen oder amerikanischen Nazigruppen, von Websites der Neuheiden über die Auschwitz-Leugner bis hin zu verschiedenen Ausgaben von Hitlers *Mein Kampf* kann sich jeder Neonazi mit Schröders Hilfe unzensiert, ohne lästige Ermahnungen, ohne Rechtfertigungszwang gegenüber einer Bibliotheksaufsicht und ohne Portokosten einklicken in die weltweite Nazipropaganda. Schröder weist stolz auf den konkurrenzlosen Umfang seiner Liste hin, und auch darauf, daß Nazis sie bereits gequotet haben und dankbar für ihre eigenen Zwecke verwenden. Auf der Website des »Blick nach rechts« ist ein unkommenierter Link auf Schröders Liste gesetzt, der schon einmal kurzzeitig abgeschaltet war, nachdem die »Süddeutsche Zeitung« über die Nazi-Links des »Blick nach rechts« berichtet hatte. Inzwischen aber hat sich Lölhöffels Blatt mit Schröder solidarisiert und den Link wieder erneuert. Nazis können also, wenn sie die Originalpropaganda aus ihrer geistigen Heimat suchen, den »Blick nach rechts« anwählen und werden nach nur einem Zwischenschritt über Schröders Liste sofort fündig. Gegen Schröder wird nun wegen der Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen durch Links mit strafrechtlich relevantem Inhalt ermittelt. Ihm wird zur Last gelegt, daß er sich die Inhalte der Nazi-Websites durch die unkommentierten Links zu eigen mache, ein Vorwurf, der im Einklang mit der bisherigen Rechtsprechung zum Internet steht. Gegen den »Blick nach rechts«, der an der Verbreitung der Nazipropaganda ebenso beteiligt ist wie Schröder, wird offenbar noch nicht ermittelt. Interessant könnte es werden, wenn Vizesenatssprecher Lölhöffel Ermittlungen des Landeskriminalamtes gegen das von ihm herausgegebene Blatt und den mit ihm eng verbundenen Schröder öffentlich vertreten müßte.

Scheinbar naiv verteidigt Schröder seinen Infopool mit dem Hinweis auf das Recht auf freie Meinungsäußerung, das auch Nazis zustehe. Wer ihn kennt, kennt jedoch seine Masche: In Internet-Chatrooms fordert er immer wieder freie Äußerungsmöglichkeiten für Nazis und greift gleichzeitig Antifaschisten, die z. B. Antisemiten von den Debatten in linken Chatrooms ausschließen wollen, scharf an; so geschah es im Oktober 2000 wieder einem Aktivisten der VVN, gegen den Schröder die »Meinungsfreiheit« für Antisemiten ins Feld führte. Auch sein Artikel in KONKRET 12/2000 gegen die »strenggläubige Naziaufmarschverhinderungsantifa« entsprach dem Stil, in dem Schröder immer wieder die Antifa attackiert und dann z. B. Freiheit für die NPD-Aufmärsche in Berlin fordert, weil diese »kein Faschismus« seien. Dagegen hatte er schon 1992 die Schuld am neuen Naziterror bei den Kommunisten geortet: »Eine Sozialisation männlicher Jugendlicher, die sich um (Wehr-)Sport, Kampf, ›Gelobt sei, was hart macht‹ und um die klassischen Pfadfindertugenden rankt, korreliert einerseits mit den Werten, die im Arbeitermilieu der Ex-DDR noch viel mehr verwurzelt waren als in dem des Westens, und knüpft andererseits nahtlos an Grundwerte ›sozialistischer‹ Ethik an.« Schröders Welt ist einfach: »Der eine trabt mit der DDR-Fahne am Spielfeldrand entlang, der andere mit der ›Reichskriegsflagge‹.« So erklärt sich, daß er die Nazi- und die Antifa-Links seiner Website auf einer gemeinsamen Seite präsentiert.

Über Schröders Herkunft gibt wiederum der »Blick nach rechts« Auskunft, der mit Schröders Homepage auch dessen Lebenslauf präsentiert. Früher hatte er zu den nationalrevolutionären Maoisten (wie auch z. B. Zitelmann und etliche aus dem Eichberg-Kreis) gehört und mit der Charta 77, an die sich auch deutsche Nationalrevolutionäre herangemacht hatten, »befreiungsnationalistisch« die CSSR zwecks »Balkanisierung« (Eichberg) bekämpft. So wurde er Beobachtungsobjekt des MfS der DDR (wie übrigens auch der verhinderte ostpreußische Junker Lölhöffel, dieser unter dem beziehungsreichen Spitznamen »Baron«), wandte sich dann dem germanischen Kulturerbe zu und hat heute ein passendes Hobby gefunden: Unter dem Pseudonym »TeutonBlizzard« (Teutonensturm) spielt er – rein virtuell, versteht sich – im Internet bei Welteroberungsspielen mit, die die Teilnehmer mit dem Schlachtruf »Heil den mächtigen Eroberern!« zum »Endsieg« rufen; »treten Sie gegen mich online an!«, fordert Schröder via »Blick nach rechts« die Netzjunkies auf.

Ganz anders als bei seinen unkommentierten Links zu den härtesten Nazi-Websites überschlug sich Lölhöffel Ende September 2000, als er enthüllte, daß der Staatsminister im Auswärtigen Amt Christoph Zöpel der »Jungen Freiheit« ein Interview gegeben hatte, in der Tat ein schwerer politischer Fehler Zöpels. Doch Zweifel an der Motivation der von Lölhöffel zur Schau getragenen Empörung über Zöpel und seiner Anklage der »Jungen Freiheit« sind auch unabhängig von

den Nazi-Links (übrigens auch zur »Jungen Freiheit«) angebracht. Zöpel, der in der SPD als Linker gilt, hatte nur drei Tage vor Lölhöffels Aufschrei in einem KONKRET-Interview (10/2000) die Annäherung zwischen der EU und Libyen in Frage gestellt für den Fall, daß Libyens Führer Gaddafi weiterhin rechtsextreme Organisationen in Europa finanziere, wie er es seit den siebziger Jahren tut. Über Henning Eichbergs Vorliebe für Gaddafis völkisch-spirituelle Revolution konnte man in »Wir selbst« vieles lesen; der »Wir selbst«- und Eichberg-Verleger Siegfried Bublies besitzt seit langem die deutschen Rechte an Gaddafis islamisch-nationalrevolutionärem *Grünen Buch*, die Nationalrevolutionäre um Eichberg besuchten sogar Libyen auf Einladung des Regimes. Beste Verbindungen zu Gaddafi hatte auch Mechtersheimer, der laut »Süddeutscher Zeitung« am Gründungsversuch einer politischen Stiftung beteiligt war, die von Gaddafi mit zehn Millionen US-Dollar ausgestattet wurde und seinen Namen tragen sollte; über Geld und Stiftung schwatzte Mechtersheimers damals engster Mitarbeiter Schmidt-Eenboom 1989 bereitwillig, so die »SZ«. Statt der Gaddafi-Stiftung gründete Mechtersheimer dann mit Eichberg und Schinzel das DAF – ob mit demselben Geld, war nie zu klären.

Peter Kratz plädierte in KONKRET 8/2000 gegen ein Denkmal für Magnus Hirschfeld

Konkret 01/01, S. 33

Alfred Schobert

Freie Fahrt für freie Kameraden?

Anmerkungen zu Burkhard Schröders Anti-Antifa-Diskurs in KONKRET 12/00 (»Konsens der Demokraten«)

In seinem *Braunbuch DVU* konnte Jürgen Elsässer kaum genug kriegen von staatlicher Repression; nun wettert Burkhard Schröder gegen ein vermeintliches Bündnis »von konservativen Hardlinern bis zur antifaschistischen Kuschelgruppe«. Vielleicht ist das ja eine Form der Beliebigkeit, die in KONKRET ansonsten als »postmodern« gilt. Als Ausdruck der gebotenen Kritik an Fehlern und Versäumnissen der Antifa im kürzlich ausgerufenen antinazistischen WiderStandort Deutschland kann Schröders pauschalisierende Schwafelei nicht durchgehen.

Sieht man von den schwer(fällig)en rhetorischen Geschützen wie »strenggläubige Naziaufmarschverhinderungsantifa« und dem pseudoradikalen Wortschwall ab, wird eine Apologie der organisierten Nazis und insbesondere der NPD sichtbar. Schröder hat ja recht, wenn er Wolfgang Schäubles Bekenntnisse zum deutschen Volk zitiert und darauf verweist, daß die »ethnische Definition deutscher Kultur und Nation« die »wichtigste Ursache« für Rassismus in Deutschland ist. Warum er allerdings glaubt, dies gegen die Antifa, der die Kritik Schäubles als »völkischem Idealisten« (Helmut Kellershohn) vertraut ist, ausspielen zu können, bleibt Schröders Geheimnis. Fakten sind halt nicht gefragt; es ist daher müßig, darauf hinzuweisen, daß die gut belegte These vom Rassismus »aus der Mitte der Gesellschaft« ein gängiger Broschüren- und Veranstaltungstitel seit (mindestens) Anfang der neunziger Jahre ist.

Ginge es nur um sein dummes Antifa-Bashing, könnte man Schröders KONKRET-Text auf sich beruhen lassen. Doch dieser läuft unter pseudoradikalem Getöse auf eine Entlastung von NPD und Kameraden hinaus. Es ist wahrlich originell, in ironischer Überspitzung die Inhaftierung Schäubles, Stoibers u. a. zu fordern. Nur: Warum geht dieser in einer linken Zeitschrift enorme Mut zum Tabubruch auf Kosten der Kenntnisse über den terroristischen Charakter der NPD und ihres organisatorischen Umfelds? Schröder meint allen Ernstes, »Rassismus und NPD« hätten »nicht so viel miteinander zu tun, wie uns die Fans des harten Durchgreifens weismachen wollen«.

Man wird also zum »Fan des harten Durchgreifens«, ja zur Freude Kaiser Wilhelms zum Freund des deutschen Obrigkeitsstaats, wenn man auf den neuen Charakter der NPD hinweist. Sei's drum! Es war der NPD-nahe Nationaldemokratische Hochschulbund, der Anfang der neunziger Jahre in der »Vordersten Front« unter der Parole »Intifada weltweit« das Konzept der »national befreiten Zonen« propagierte. Dies wird nun im Zentralorgan »Deutsche Stimme« ausgiebig weiterverbreitet. Die NPD ist nicht mehr ein behäbiger Trupp alter Herren, sondern wurde unter Führung Udo Voigts das Sammelbecken vieler Militanter und liefert den Freien Kameradschaften das organisatorische Dach für ihren »Kampf um die Straße«. Der wird gedeckt, gebilligt, ja befürwortet von hochrangigen Parteifunktionären. So ruft der Vorsitzende des Landesverbandes Sachsen, Winfried Petzold, zum »Endkampf« auf, für den er aus den Kameradschaften zum letzten Opfer bereite »politische Soldaten« rekrutieren will. Horst Mahler als prominenter NPD-Neuzugang liefert auf seinen Homepages dem Mob härteste antisemitische Propaganda.

Schröder, der sich in den Medien gerne als Internet-Experte herumreichen läßt, tut gerade so, als kennte er die Nazi-Homepages nicht – nicht einmal die, zu denen er von seiner Homepage aus Links legt. Anders läßt sich kaum erklären, daß ihm zur antifaschistischen Netzkritik nur die Parole »Gegen den Haß im Internet!« einfällt. Darüber kann er leicht herfallen. Der Slogan gilt ihm als Beleg für die »religiösen, ja hysterischen Züge«, die »der deutsche Antifa-Diskurs« angenommen habe. Dümmer läßt sich der stramme Antisemitismus und Rassismus im Netz nicht bagatellisieren bzw. leugnen. Demnach war es also deutsch, religiös und hysterisch, daß Stefan Jacoby in mehreren Publikationen seit Sommer 1999 darauf aufmerksam machte, welche Ausmaße dank MP3 die Verbreitung härtester Nazimusik im Netz angenommen hatte – darunter auch im Song »Am Tag, als Ignatz Bubis starb«, ein zu holprigen Reimen gegrölter Mordaufruf gegen den damals noch lebenden Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland.

Netzaktivisten weisen – gewiß nicht zu Unrecht – darauf hin, daß die Nazipräsenz im Netz staatlicherseits gern als Legitimationsgrundlage für den generellen Zugriff auf den Freiraum Internet genutzt wird. Diese Kritik würde indes überzeugender, wenn die Kritiker zugleich ernsthaft zur Kenntnis nähmen, was die Nazis so alles im Netz treiben. Dann ließe sich auch staatsfern und unabhängig im Netz dagegen angehen. Schröder sähe darin sicherlich eine skurrile Aktivität der strenggläubigen Nazipropagandaverhinderungsnetzantifa. Er steht für die absolute Freiheit des Wortes. In der »Jungle World« brach er ausgerechnet in der Woche vor der Demonstration anläßlich eines Naziaufmarsches in Düsseldorf und nach dem Brandanschlag auf die Düsseldorfer Synagoge eine Lanze für die Demonstrationsfreiheit der Nazis. Schmackhaft gemacht mit einer Geschichte aus den USA: Dort hätten sich, nachdem alle ihre Gegner sich für das Demonstrationsrecht der Nazis stark gemacht hätten, die Nazis schließlich nicht getraut zu demonstrieren. Wie es genau zu dieser wundersamen Wendung kam, läßt Schröders Erzählung leider offen.

Da Schröder sowohl gegen ein NPD-Verbot ist als auch gegen die gängigen Aktionen der Antifa, müssen bei ihm »die Migranten« ran. Die befreien sich nun von der kolonialen Unterdrückung durch die »strenggläubige Antifa« und zeigen, wo's langgeht. Schröders Rekurs auf dieses neue Kollektivsubjekt scheint ihm die treffsichere Geheimwaffe gegen die »an ihrer Affinität zu ethnischer Folklore« krankende Antifa. Wer dagegen stänkert, darf sicher sein, von Schröder als »Rassist« gescholten zu werden. Was sonst meint er, wenn er schreibt, die Aussagen des zitierten Walid Nakschbandi hätten »nicht nur den Rechten jedweder Couleur den rassistischen Schaum vor den Mund treten lassen«?

Mal abgesehen von der Frage, ob sich die von Walid Nakschbandi als »Wir Ausländer« Umarmten vielleicht doch eher identitätspolitisch umklammert fühlen, kann sich ein »Gaffer« und »lästiger Zaungast« eine Bemerkung nicht verkneifen: Die Veränderung der deutschen Gesellschaft durch dieses schöne neue »Wir« wäre nicht zwangsläufig eine anti-antisemitische. Zum »Diskurs, der von den Migranten vorgegeben wird«, gehört auch der – ebenfalls innerhalb der deutschen Linken verbreitete – stramme Antizionismus/Antisemitismus einzelner Migrantengruppen; das liegt in der Logik der bestenfalls zu eiligen Formulierung.

Spätestens nach den Angriffen auf die Alte Synagoge in Essen und die Synagoge in Münster während pro-palästinensischer Demonstrationen sollte dieses Problem nicht länger als quantité négligeable aus der notwendigen Diskussion um einen erneuerten Antirassismus ausgeklammert werden. Im Unterschied zu Schröder ist dies vielen politisch aktiven Migranten längst klar.

Alfred Schobert, Mitarbeiter beim Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (DISS); publizierte kürzlich als Herausgeber gemeinsam mit Siegfried Jäger »Weiter auf unsicherem Grund. Faschismus – Rechtsextremismus – Rassismus. Kontinuitäten und Brüche«. Duisburg: DISS 2000

Konkret 01/01, S. 34

Georg Fülberth

Schlauch auch

Kurzer Lehrgang für angewandte Realpolitik, 2. Folge: Parteienversicherung

Eine Menschengruppe, vor der Sie sich hüten sollten, sind die Untergangspropheten. Als im Frühjahr 1999 die Grünen den Krieg gegen Jugoslawien unterstützten, meinten viele, jetzt sei es um diese Partei geschehen. Wer sollte noch für sie stimmen? Die Wahlergebnisse schienen diese Prognose zu bestätigen. Sie war aber falsch. Daß die Wahlresultate nichts mit dem Krieg zu tun hatten, zeigte sich daran, daß sie auch vorher schon mies waren, durch die Bombardements zwar nicht besser wurden, sich aber nicht verschlechterten. Der Waffengang gegen Jugoslawien war das Stahlgewitter, welches die Grünen zwecks Austreibung des inneren Schweinehundes benötigten. Praktisch handelte es sich um die zweite Gründung der Partei, ähnlich wie die SPD sich am 4. August 1914 neu erschaffen hat – keineswegs zu ihrem Nachteil. Die mageren Wahlergebnisse seit 1998 hatten gezeigt, daß der Links-Rechts-Zwiespalt der Grünen inzwischen seinen Charme verloren hatte. Die Anhänger(innen) der Sprüchesammlung »Basisdemokratisch – Ökologisch – Sozial – Gewaltfrei« stellten ein Hindernis für ihre drei Bundesminister dar. Als sie sich auf dem Himmelfahrtsparteitag 1999 noch einmal zu äußern suchten, erwiesen sie ihrer Partei einen letzten Dienst: durch ihre öffentlich zelebrierte Entsorgung.

Vielleicht erinnern Sie sich noch an die Fernsehbilder: Nachdem bekanntgegeben worden war, daß die Mehrheit der Delegierten sich für den Krieg entschieden hatte, sanken die Damen und Herren am Präsidiumstisch einander erleichtert und erfreut in die Arme. Sie sahen sich nicht mehr als eine Versammlungsleitung, die auch die Geschäfte der Minderheit zu führen hatte. Zur gleichen Zeit zirkulierte ein Papier jüngerer Funktionäre, die darauf drängten, einen Teil der Mitgliedschaft auszutauschen.

Jetzt zurück zur Frage: Wer wird diese Partei nach alledem noch wählen? Antwort: Alle, die ein marktliberales Korrektiv für die SPD wollen, für die FDP aber so lange nicht stimmen können, wie diese noch nicht auf eine Koalition mit der SPD festgelegt ist.

Apropos Freie Demokratische Partei. Als sie 1969 mit der SPD koalierte, ging sie daran fast kaputt. Sie mußte mehrere Jahre lang durch sozialdemokratische Leihstimmen gestützt werden. Auch half ihr zunächst, daß sie den Außenminister stellte, der im Interesse der Ostverträge nicht desavouiert werden durfte. Nachdem dieser Programmpunkt abgehakt war, profilierte sich die FDP als das kapitalistische Gewissen der Regierung. Sie trieb die SPD bis an den Rand der Selbstaufgabe und wechselte dann die Koalition.

Im Vergleich dazu haben die Grünen allerdings weniger Spielraum. Wird die FDP wieder Partnerin der SPD, haben sie verloren, können sich aber in der Opposition regenerieren. Dann kommen vielleicht die aufstrebenden Migrant(inn)en-Kinder zum Zug, die tatsächlich eine Begabungsreserve der Partei darstellen. Zunächst allerdings versucht sich diese in der Regierung zu halten. In der Rentenpolitik hat sie gerade den Minister Riester vorgeführt, weil er mit der Einführung der kapitalgedeckten Zusatzvorsorge nicht fix genug voranmachte.

Die Grünen haben dabei mächtige Bundesgenossen: Versicherungsbranche und Finanzdienstleister. Durch die Geldmassen, welche diese von ihrer Kundschaft einsammeln, die sie investieren und mit denen sie spekulieren, gehören sie natürlich zu den Global Players der ersten Reihe. Für die Parteien und Regierungen – sie gelten als überfordert – stellen sie teure »Beratungskapazität« zur Verfügung. Diese hat sich ihrerseits schon wieder als ein eigener Wirtschaftszweig, der Aufträge entgegennimmt, verselbständigt. Suchen Sie im Internet doch einmal die »Hunzinger Information AG« auf, die sich dort selbst als »Kommunikationsdienstleister in den Bereichen Wirtschaft und Politik« vorstellt. Danach ahnen Sie, ein welch altmodischer Biedermann der Kanzler Kohl gewesen ist. Bimbes, schwarze Kassen, Geldkoffer: das sind wirklich Methoden von gestern; sie verhalten sich zur professionellen Interessenvermittlung wie – nach Brecht – der Einbruch in eine Bank zur Gründung einer Bank. Kein Wunder, daß Kohl 1998 über Schröders »Pee-Err« (Public Relations) maulte. Wahrscheinlich sah er in seiner schlichten Denkungsart hier Scientology am Werk.

In den sozial- und geisteswissenschaftlichen Fakultäten der Hochschulen ist die jahrelange Depression der Euphorie gewichen. Man muß nicht mehr so viel Angst vor Arbeitslosigkeit haben: Nach relativ kurzer Umschulung wird recht leicht der Zugang zu den expandierenden Kommunikations- und Beratungsfirmen geöffnet. Im Wintersemester 1997/98 fanden noch Studierenden-Streiks statt, bei denen der Universität vorgeworfen wurde, sie bilde am Arbeitsmarkt vorbei aus. Inzwischen weiß man, daß das nicht stimmt: Nicht Spezialisierung oder gar Gelehrsamkeit ist nützlich, sondern Verhaltenssicherheit. Diese wird zuweilen schon in freiwilligen Lerneinheiten vor dem ersten Semester erworben. Dort wetteifern zum Beispiel Teams im Legen von »Kleiderketten«. Es kommt, wie beim Pfänderspiel, darauf an, sich einzelner Textilien zu entledigen und sie in eine Reihe zu bringen. Gewonnen hat, wer die längste Kette schafft. Auf diese Weise ist zu lernen, wie man Ziele erreicht, indem man Grenzen überschreitet, ohne sich etwas zu vergeben.

Das in solchem Training herangebildete breite Humankapital wird, engagiert für Beratung und Kommunikation, auch in der Politik fruchtbar. Wird derlei Kompetenz – zum Beispiel – auf die Behauptung verwandt, der Wandel in Altersaufbau und Erwerbsstruktur lasse paritätisch beitragsfinanzierte Altersvorsorge im Umlageverfahren nicht länger zu, dann ist dagegen kein Kraut gewachsen.

Für sich genommen mag diese These nicht so recht einleuchten, weil ja die gegenwärtigen Probleme der Rentenversicherung ohne Systemwechsel zu lösen wären, wenn die Beitragsbemessungsgrenze geändert würde und wenn alle dort einzahlen müßten, die bislang draußen geblieben sind, zum Beispiel Beamte oder Selbständige. Aber das ist ja nur ein Argument, kein Arrangement und keine Kampagne. Es taugt nichts, weil dann den Versicherungsunternehmen ein neuer Markt, auf den sie scharf sind, verschlossen bliebe. Dieses Interesse ist zur Zeit mindestens ebenso politikfähig wie der ältere und gleichgerichtete Wunsch des verarbeitenden Gewerbes nach Senkung der Lohnnebenkosten. Verlierer gibt es natürlich auch, zum Beispiel vorläufig die Immobilienbranche, deren Produkte zur Zeit nicht als steuerbegünstigte und zuschußfähige Vorsorgeleistungen gelten.

Auch die These, eine Reform der sozialen Sicherung beende die Ausbeutung der Jungen durch die Alten, wird erst durch das Setting wahr. Nach den Plänen von CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen wird die Rente im Jahr 2030 auf den geplanten Tiefststand gesunken sein. Das gilt dann für diejenigen, die 1965 und später geboren wurden, also die »Jungen«. Doch wenn sich alle Akteure einig sind, ist solche Rechnerei überflüssig.

Eine Partei, die bei diesem – ja, doch: totalitären – Konsens mitmacht, gehört zu den Siegern der Geschichte. Schröder wird in den nächsten zwei Jahren den traditionellen sozialdemokratischen Anhang pferchen und den Grünen deshalb Platz lassen, um sich als »Reformer« zu profilieren. Rezzo Schlauchs Vorstoß für Löhne unter Tarif war klug kalkuliert.

Um diese Partei brauchen Sie sich also keine Sorgen zu machen. Dafür sind andere zuständig. Bei der Landtagswahl in Baden-Württemberg wird das – scheinbar neue – Produkt auf einem hart umkämpften Marktsegment getestet werden.

Georg Fülberth schrieb in KONKRET 12/2000 über den Bundesminister für Wirtschaft

Konkret 01/01, S. 35

□ u Protokoll

Wurde der □ □ □ lfj□ hrige Mohammed al Dura, dessen Tod die □ Al-Aksa-Intifada□ in besonderer Weise anhei□ te, tats□ chli Opfer eines □ kaltbl□ tigen Mordes□ (□ S□ ddeutsche Zeitung□) israelischer Soldaten? Eine Untersuchungskommission legt Indi□ ien vor, die in die andere Richtung □ eisen. KONKRET dokumentiert □ ungek□ r□ t □ einen Artikel aus der □ Jerusalem vom 28. November 2000

Israelische Armee: Junge aus Gaza wurde von palästinensischen Kugeln getötet

Mohammed al Dura, 12, wurde höchstwahrscheinlich von einem palästinensischen Polizisten getötet und nicht durch das Feuer der IDF (Israelian Defence Forces = israelische Streitkräfte, Anm. KONKRET), so die Ergebnisse einer IDF-Untersuchung, die der Oberbefehlshaber Süd, Generalmajor Yomtov Samia, gestern Reportern in Tel Aviv vorstellte.

»Eine umfassende Untersuchung, die in den letzten Wochen durchgeführt wurde, wirft ernsthafte Zweifel auf, ob der Junge von IDF-Feuer getroffen wurde. Es ist ziemlich plausibel, daß der Junge während des Schußwechsels, der in dieser Gegend stattfand, von palästinensischen Kugeln getroffen wurde«, sagte Samia.

Die Ergebnisse der Untersuchung sind nicht endgültig, aber »daß sie (Vater und Sohn al Dura) von Palästinensern getroffen wurden, ist wahrscheinlicher, als daß sie von Israelis getroffen wurden«, erklärte Samia.

Samia sagte, die Schlußfolgerungen basierten auf einer eingehenden Analyse aller Informationen, welche die IDF über den Zusammenstoß sammeln konnte, der am 30. September an der Nezarim-Kreuzung stattgefunden hatte. Er fügte jedoch hinzu, daß eine Anzahl von Fragen über den Zwischenfall offen blieben, einschließlich der, warum (Mohammed) al Dura und sein Vater Jamal, 37, vom El-Bureij-Flüchtlingslager in Gaza zu der Kreuzung gekommen waren, als dort schon seit Stunden geschossen wurde und warum sie nicht wie viele andere flohen. Samia zeigte Filmmaterial von unbewaffneten Leuten, die von einer Position in der Nähe der al Duras flohen, während der Schußwechsel andauerte.

Samia kritisierte auch die palästinensischen Behörden und die französische Fernsehstation France-2, weil sie bei der Untersuchung nicht kooperiert hatten. Die Palästinensische Autonomiebehörde hatte eine Anfrage nach einer gemeinsamen Untersuchung abschlägig beschieden und France-2 der IDF keinen Zugang zum Filmmaterial vom Tatort gewährt.

Der Nahost-Korrespondent von France-2, Charles Enderlin, bestritt dies. Er sagte, sie hätten nur eine informelle Anfrage nach dem Filmmaterial bekommen, niemals eine offizielle Anfrage. Er sagte auch, daß der Kameramann des Senders berichtet habe, daß sowohl er als auch die al Duras unter IDF-Feuer gelegen hätten.

Samia erklärte, das Untersuchungsteam habe herausgefunden, daß die Soldaten nur vom Magen-3-Gebäude aus geschossen hätten und daß die »Wahrscheinlichkeit gering« sei, daß sie die al Duras, die hinter einer Mauer auf der schräg gegenüberliegenden Seite der Kreuzung Deckung gesucht hatten, hätten treffen können.

Eine Analyse der Einschlaglöcher in der Mauer hinter den beiden habe ergeben, daß die Schüsse von der Position gekommen seien, aus der die Palästinenser feuerten, sagte er. Er erklärte, daß diese Analyse auf der Grundlage von Fotografien der Mauer während des Gefechts gemacht worden sei, indem man diese mit den Einschußlöchern verglich, die Kugeln aus verschiedenen Schußwinkeln in einer Mauer verursacht hatten, die auf einem Schießstand im Beersheba-Gebiet nachgebaut worden war.

Außerdem zeige eine Filmaufnahme des Zwischenfalls, daß die al Duras von einer (Maschinengewehr-)Salve getroffen worden seien. Die IDF-Soldaten hätten jedoch nur einzelne Schüsse abgegeben und nicht von automatischem Schnellfeuer Gebrauch gemacht.

In einem Interview mit Reportern, geführt an seinem Krankenhausbett direkt nach dem Zwischenfall, habe Jamal al Dura gesagt, daß sein Sohn in den Rücken getroffen worden sei. Das würde bedeuten, daß er von Palästinensern erschossen wurde, die auf der Ostseite der Mauer waren, sagte Samia. Dann zeigte er einen kurzen Filmclip mit einem Mann in Jeans, den er als palästinensischen Polizisten identifizierte. Dieser schoß in die Richtung, in der die al Duras Schutz gesucht hatten.

Abschließend hob Samia hervor, daß die IDF niemals die Verantwortung für den Tod von (Mohammed) al Dura übernommen habe. Die IDF habe ihr Bedauern über den Tod des Kindes während der Schießerei ausgedrückt, und die Medien und die Palästinensische Autonomiebehörde hätten dies als Schuldeingeständnis interpretiert, sagte er.

Samia bestritt, daß die Untersuchung eine Inszenierung für die Medien sei. Er habe eine Expertenkommission beauftragt, weil er daran interessiert sei, die Wahrheit zu finden.

»Der Hauptgrund, warum wir eine solch ernsthafte Untersuchung durchführten, bestand darin, unseren Soldaten zu zeigen, wie hoch wir das Leben von Kindern schätzen ... daß wir keine Armee sind, die einfach Kinder tötet«, sagte er. Er fügte

hinzu, daß man, falls IDF-Soldaten für schuldig befunden worden wären, Klage gegen sie erhoben hätte.

Er sagte weiter, daß er keinen Zusammenhang zwischen dem Zwischenfall und der folgenden Gewalteskalation sehe, daß diese (Presse-)Konferenz aber ungeeignet zur Erörterung dieser Frage sei.

Samia wartete auch mit Hintergrundinformationen über die Familie al Dura auf. Vor einigen Jahren sei Jamal al Dura mehrfach angegriffen worden, weil er des Drogenhandels und der Kollaboration mit Israel verdächtigt worden sei. Er sei bei den Angriffen verletzt worden und habe sechs Monate im Rollstuhl sitzen müssen.

Die Wohnung der Familie an der Hauptstraße in El-Bureij sei vor etwa zehn Jahren im Laufe einer (israelischen) Operation zerstört worden, die auf den Lynchmord an dem Soldaten Amnon Pomerantz gefolgt sei.

Nachtrag der KONKRET-Redaktion: Der Untersuchungsbericht war nur zwei deutschsprachigen Tageszeitungen einen Artikel wert, nämlich den Schweizer Blättern »Der Landbote« und »Aargauer Zeitung«. Die »Taz« lehnte ein entsprechendes Artikelangebot ihrer Israel-Korrespondentin Susanne Knaul, so deren Angaben gegenüber KONKRET, ab.

Konkret 01/01, S. 36

Erwin Riess

Kleindiensts Rache

Die »Spitzelaffäre« des Jörg Haider – eine österreichische Politposse

Als Claus Peymann Wien verließ, trauerten einige in Wien ansässige Deutsche. Als Paula Wessely verstarb, trauerte das bürgerliche Wien. Als die Löwingerbühne Ende der achtziger Jahre ihre Pforten schloß, weil Paul Löwinger in den Theaterhimmel aufgefahren war, trauerte das ganze Land. Ohne Löwingerbühne, das war allen klar, war Österreich den Einflüssen der Neuzeit schutzlos preisgegeben.

In ihrer Angst scharten die Österreicher sich um jene Gruppe, die den Löwingers noch am ähnlichsten war – die FPÖ. Sie war provinziell, heimatverbunden und weist einen Bühnenheros auf, dem sie blind folgen. In den Possen der Löwingerbühne kam das Böse immer von außen – vom Ausland, von der Stadt, vom Nachbarhof. Die FPÖ übernahm dieses Muster, und sie war damit so erfolgreich, daß sie selbst immer mehr Züge der Löwingerbühne annahm. Auch bei der FPÖ versammelt sich die Riege der Nebendarsteller um den launischen Doyen. Den Part des feschen, aber goscherten Madls gibt Susanne Riess-Passer, die Vizekanzlerin. Die Rolle des polternden und leicht beschränkten Knechts wird von Klubobmann Westenthaler überzeugend ausgefüllt. Manchmal tritt auch der Chor der Knechte auf, dann gesellen sich der Wiener FPÖ-Chef Kabas und der Rechtskatholik Stadler zu Westenthaler. Der jugendliche Liebhaber wird immer noch vom Chef selbst gegeben. Von Fall zu Fall wird das Ensemble um knorrige Statisten ergänzt. Dazu zählen Kultursprecher Mölzer, der cholerische Industrielle Prinzhorn und der bubenhafte Finanzminister. Mehr Darsteller braucht es nicht, denn die Bühne ist klein und die Auffassungsgabe des Publikums begrenzt.

Besonders erfolgreich läuft die aktuelle Produktion »Die Spitzelaffäre oder Herrn Kleindiensts Rache«. Der Inhalt der Posse ist schnell erzählt. Als Wiener Polizisten vor Jahren die Freiheitliche Gewerkschaft gründen, ist unter ihnen ein Nachwuchstalent mit Namen Josef Kleindienst. Jedermann, der die Unverfrorenheit besitze, sich über einen Polizisten zu beschweren, werde verklagt, schmettert er ins Publikum und erhält dafür freundlichen Applaus. Wie in Provinzpossen üblich, überschätzt das junge Talent seine Fähigkeiten und fällt seiner Eitelkeit zum Opfer. Der dramatische Höhepunkt: Kleindienst wendet sich gegen seine Gönner und beschuldigt sie, für die Weitergabe geheimer Personendaten aus den Polizeicomputern zu bezahlen. In allen Polizeizentralen des Landes seien Kontaktbeamte der FPÖ tätig, die unablässig Daten zur politischen Weiterverwendung herbeischaffen; Jörg Haider habe nicht gelogen, als er erklärte, es gebe keinen Akt der Staatspolizei, auf den er nicht zugreifen könne. Er selber habe monatlich 15.000 Schilling vom Wiener FPÖ-Chef Kabas erhalten, gibt Kleindienst an, und er wisse von einer Reihe freiheitlicher Polizisten, die ähnlich gehandelt hätten. Besonders unverfroren habe sich ein Salzburger Gendarm und Landtagsabgeordneter der FPÖ benommen. Der Mann habe im Landtag Sozialdaten über einzelne Bürger als Beweis für deren Sozialschmarotzertum verbreitet. Der Name des Beamten lautet Josef Naderer. Ein plumper Theatertrick, gewiß. Aber hier agiert die Löwingerbühne, nicht Luc Bondy. Warum Kleindienst sich plötzlich gegen seine ehemaligen Freunde wendet, ist nicht klar, die Posse weist dramaturgische Schwächen auf. Weil er kein Nationalratsmandat bekam, sagen seine Feinde; weil er von einer Fee mit Geld überhäuft wurde, sagt Kleindienst.

Daß die FPÖ mit gestohlenen Daten öffentlichen Rufmord an wehrlosen Staatsbürgern übt, ist seit langem bekannt und sorgt im Publikum nur für nervöses Räuspern. Neu ist allenfalls, daß nun gegen eine Reihe von FPÖ-Spitzenfunktionären, unter ihnen Jörg Haider, ermittelt wird. Eine dramaturgische Finte wendete allerdings die Bedrohung vom Hauptdarsteller ab. Justizminister Böhmdorfer, der als Parteianwalt der FPÖ eine Doppelrolle spielt, erklärte, sich in keiner Weise in das Verfahren einmischen zu wollen, fügte aber im selben Atemzug hinzu, sein lieber Freund Jörg sei über jeden Zweifel erhaben. Daraufhin erklärte die FPÖ sich flugs zum Opfer und verfiel in eine schwere Paranoia. *Freunde, man hat uns den Krieg erklärt*, ruft Jörg Haider. *Wer sich aber mit mir anlegt, der muß sich warm anziehen*, fährt er fort und erklärt die *Jagdsaison auf die Jagdgesellschaft* für eröffnet. Innenminister Strasser, ÖVP, müsse den Generaldirektor für Öffentliche Sicherheit feuern, denn der sei *ein roter Bruder*, *eine Kreatur der SPÖ*, jammert Peter Westenthaler. Und von der Hinterbühne assistiert der Salzburger FPÖ-Unterführer Schnell, die Untersuchungsmethoden der Wiener Beamten seien schlimmer als jene der Gestapo.

Es folgt eine Nebenhandlung zur Steigerung der Spannung. Ein Moderator einer Nachrichtensendung des ORF namens Adrowitzer läßt Westenthaler zehn Minuten ungehindert Schmähungen verbreiten, bevor er sich zu folgender, zwischen den Zähnen gemurmelter Aussage aufrafft: *Mein Vater ist von einem Salzburger Gestapo-Beamten ins KZ geschickt worden.* Westenthaler starrt ihn mit offenem Mund an und erhält dafür Applaus auf offener Szene. Die Nebenhandlung verselbständigt sich. In einer TV-Diskussion macht der Männerchor der FPÖ, diesmal gebildet von den Herren Stadler, Mölzer und Brauneder seine Aufwartung. Ein Gstanzl ums andere kennt nur eine Botschaft: die Lobpreisung des verfolgten Großbauern und Märtyrers Jörg und die Klage über die Schlechtigkeit der Welt. Gegen Ende der Sendung wird Peter Westenthaler eingespielt, der die Diskutanten anpöbelt. Diskussion im ORF, das heißt: FPÖ-Nebendarsteller brüllen ihre Gegner nieder, am Ende erscheint der Scharführer, beschimpft die Runde seinerseits und verteilt danach Zensuren an den

Moderator. Die SPÖ, die das Rundfunkmonopol vergöttert, kann sich nicht beschweren. Der Staatsrundfunk funktioniert – auch unter Blauschwarz.

Wenn die Regierung kein Einsehen zeigt, wird das Heer der Arbeitslosen marschieren, dann brennt die Republik! ruft der Vorsitzende der Textilarbeitergewerkschaft Rudolf Kaske, SPÖ, auch ÖGB-Vorsitzender Verzetnitsch kündigt einen heißen Herbst an. Mittlerweile steht der Winter vor der Tür, und die Bilanz des ÖGB kann sich sehen lassen. Im Sommer wurde eine Stunde gestreikt, und für Dezember ist geplant, die Besucher des Christkindlmarktes dazu aufzurufen, eine Menschenkette rund ums Parlament zu bilden. Wie groß das Chaos in der SPÖ ist, wird an den Reaktionen auf dieses Vorhaben deutlich. Sofort meldeten sich besorgte Gewerkschafter zu Wort. Der Einsatz von Adventkerzlein berge unübersehbare Gefahren, er könne von der Regierung als Provokation gewertet werden, und man sei doch weiterhin an einem guten Gesprächsklima interessiert und wolle auch den liebgewordenen Tritt zu Verhandlungsende nicht missen.

Im Programmheft kann das Publikum nachlesen, daß das Innenministerium – mit Ausnahme der Jahre der ÖVP-Alleinregierung 1966-70 – jahrzehntelang von Sozialisten dominiert wurde. Datenbeschaffung für politische Zwecke war übliche Praxis. Die Stapo-Affäre Mitte der achtziger Jahre, als erstmals Einsicht in Unterlagen gewährt wurde, zeigte, daß die Bespitzelung der Bürger allgemein war. Weil die erhobenen Daten sich aber als skurril falsch erwiesen, reagierte das Publikum mit nachsichtiger Heiterkeit.

Auch Historiker kommen im Programmheft zu Wort. Sie erklären die k.u.k. Kanzleiordnung zu einem Herzstück des Habsburger Reiches. In der Tat bewährte sich das Regelwerk im Vielvölkerstaat außerordentlich. Das flexible System von Zentralstaat und Föderalismus, prinzipieller Geheimhaltung und pragmatischer Durchlässigkeit funktionierte unter der Prämisse, daß Regelverletzungen vorkommen, ja, im Sinne eines funktionierenden Gemeinwesens sogar notwendig sind, eine bestimmte Dimension jedoch nicht überschritten werden dürfe. In seinen Grundzügen hielt das k.u.k-System bis in die 1. Republik und prägt bis heute die österreichische Verwaltung. Wie leger der Umgang mit Daten und Akten in Österreich gehandhabt wird, kann daran ermessen werden, daß der ehemalige ÖVP-Innenminister der Jahre 66-70, Franz Soronics, sich noch vor kurzem damit brüstete, anläßlich seiner Pensionierung liebgewordene Geheimakten nach Hause mitgenommen zu haben.

Fünf Jahrhunderte war die Herrschaft der Kanzleiordnung in den österreichischen Amtsstuben unbestritten. Nur in den Jahren des »Dritten Reiches« wurde sie außer Kraft gesetzt. Der Einbruch des Faschismus in die Verwaltung bedeutete die Eliminierung von Flexibilität durch jene Art von Willkür, die entsteht, wenn Gesetze vergöttert werden. Die milde Brise des Pragmatismus wurde durch den Wirbelsturm des Fanatismus ersetzt. Die FPÖ möchte dieses Prinzip gerne wiedereinführen. Drogenkonsumenten werden kriminalisiert, die ohnehin strengsten Ausländergesetze Europas werden noch strenger, Sozialleistungen, die mißbräuchlich nachgefragt werden, stehen vor ihrer Abschaffung.

Bei der großen Anti-Haider-Kundgebung am 17. Oktober zogen dreitausend Menschen durch Klagenfurt. Die Hälfte kam aus Italien – Anhänger der Rifondazione Comunista. Dazu stießen einige hundert französische Kommunisten sowie Linke aus England, Schottland, Belgien und anderen Staaten Europas. Wien stellte dreihundert Teilnehmer, davon drei Viertel KPÖ-Aktivisten, ergänzt um einige Dutzend Linksradikale aus Linz sowie um ein Häuflein Kärntner. Künstler und Intellektuelle blieben der Demonstration geschlossen fern. Die Mitglieder des Klagenfurter Stadttheaters, das sich unter Intendant Pflegerl so sehr in der antifaschistischen Pose gefällt, mieden die Kundgebung ebenso wie die Grünen, die angesichts der vielen roten Fahnen weiche Knie bekamen und den zugesagten Ordnerdienst zurückzogen. Von ÖGB und SPÖ kamen nicht einmal offizielle Absagen. So konnte die ungewöhnlichste Demonstration, die Österreich seit langem gesehen hat, in Szene gehen. In den engen Gassen der Altstadt hallten italienische, französische und englische Sprechchöre wider, und am neuen Platz wogte ein rotes Fahnenmeer. Mit einem Mal war der Kokon aus Feigheit, Larmoyanz und Duckmäusertum, der über dem Land lag, zerrissen. Selbst die Staatspolizei war beeindruckt und hielt sich mit Provokationen zurück. So macht das Demonstrieren Spaß: unter weitgehendem Ausschluß von Österreichern, mit einem als Hitler verkleideten Schauspieler (Hubert Kramar), der mit afrikanischen Immigranten im Takt der Trommeln tanzt, und feurigen Rednern aus dem Senegal und Chiapas. Vielen Klagenfurter Bürgern steht heute noch der Mund offen – wahrscheinlich auch jenem Baumeister, der mir nach der Demonstration erklärte, Leute wie ich hätten in Kärnten keine Lebensberechtigung. Als ich ihn an seiner Jacke zu mir heranzog, um ihm eine Ohrfeige zu verpassen, trat einer der wenigen anwesenden Sozialdemokraten dazwischen: Peter Kreisky.

In den letzten Monaten mußte die FPÖ drei Nebendarsteller ersetzen. Einen wegen geistiger Verwirrung – Justizminister Krüger quälte seine Beamten durch stundenlange Ansprachen, in denen er sich so sehr in Rage redete, daß er schließlich kollabierte. Einen wegen notorischer Inkompetenz – Infrastrukturminister Schmid befürwortete die Errichtung des Semmeringtunnels unter der Voraussetzung, daß keine Röhre gegraben werde. Und eine wegen sprachlicher Absenzen – Sozialministerin Sickl, die mit dem Satz berühmt wurde: *Ich habe bereits Anweisung gegeben, daß ich mich mit den Beamten meines Hauses in Verbindung setzen werde.*

Der Abgang der drei wurde leicht verkraftet, der freiheitliche Nachwuchs nützte seine Chance. Frauenminister Haupt bekannte sich zum partnerschaftlichen Staubsaugen, und Tourismusstaatssekretärin Rossmann trat nach dem Brand von

Kaprun mit der Information vor den Vorhang, daß Österreich die unfallfreiesten Seilbahnen, ungefährlichsten Tunnels und lawinensichersten Schiorte der Welt aufweise. Dennoch rufe sie zu einer Trauerminute auf. Auf die Frage eines Reporters, was die Regierung an Sofortmaßnahmen für die Angehörigen der Opfer zu tun gedenke, legte die Staatssekretärin eine weitere Trauerminute ein. Nachdem diese verstrichen war, erinnerte der Reporter an eine Aussage Frau Rossmanns vom Spätsommer: Man müsse die Jugend wieder an die Droge Schnee gewöhnen.

Dem ORF war der Wunsch der Staatssekretärin Befehl. Die Programmfolge drei Tage nach dem Brand vom Kitzsteinhorn lautete: In ORF 1 eine Übertragung des Herren-Riesentorlaufs aus Park City, Nevada; in ORF 2 ein Spielfilm mit Hansi Hinterseer: »Da wo die Berge sind«. Am nächsten Tag sah das Hauptabendprogramm wie folgt aus. ORF 1: »Stalingrad« von Josef Vilsmaier und »Herzlich, Hansi Hinterseer« in ORF 2. Die Nachrichtensendungen indes wurden vom neuen SPÖ-Vorsitzenden Gusenbauer beherrscht. Er machte den revolutionären Vorschlag, daß die Regierung das Nulldefizit doch bitte schön erst 2004 statt 2002 anstreben möge.

Die Löwingerbühne lebt.

Erwin Riess schrieb in KONKRET 11/2000 über den Niedergang Ungarns

Konkret 01/01, S. 38

Thomas Uwer, Thomas von der Osten-Sacken

Klinkenputzen bei Saddam

Pünktlich zum zehnten Jahrestag des Embargos gegen den Irak machen die europäischen Staaten Druck, um eine Lockerung der Sanktionen zu erreichen. Es lockt das Öl und die Chance, sich gegen die USA in Position zu bringen

»Der Schutz der Menschenrechte ist eine Grundfrage menschlicher Ethik. Deren Kernbestand, die universalen menschlichen Grundrechte und -freiheiten, ist unveräußerlich. Er kann deshalb nicht gegen andere außenpolitische Ziele, etwa im Wirtschaftsbereich, aufgerechnet werden.«

Joseph Fischer vor der Menschenrechtskommission in Genf, März 2000

Während die irakische Regierung die Erfüllung der UN-Auflagen nach wie vor ablehnt und sich weigert, ein UN-Inspektionsteam zur Überwachung der Abrüstung chemischer und biologischer Massenvernichtungswaffen ins Land einreisen zu lassen, haben Rußland und Frankreich bereits Tatsachen geschaffen. Mitte September flogen Maschinen von Aeroflot und Air France zum erstenmal seit Verhängung des UN-Embargos wieder den Bagdader Saddam Flughafen an. Der Run auf die irakischen Märkte ist eröffnet.

Hinter Rußland und Frankreich steht eine ganze Reihe anderer Regierungen Schlange, um am Geschäft mit Waffen und irakischen Ölförderlizenzen zu verdienen. Der Irak besitzt nicht nur die zweitgrößten Erdölreserven der Welt, sondern steht bei vielen Staaten tief in der Kreide. Bereits vor Verhängung des Embargos wurden 80 Prozent der Gebrauchsgüter importiert, die im 2. Golfkrieg zerstörte Infrastruktur des Landes hat diese Abhängigkeit noch verschärft. Die Bedingung, zu der dieser Markt jetzt verteilt wird, ist denkbar einfach: Einzige Voraussetzung des Zugangs ist der Bruch des Embargos. Neben Großbritannien sind die USA derzeit die letzte Stütze der Anti-Irak-Koalition. Einzig deren prinzipieller Weigerung, Saddam Hussein zu rehabilitieren, ist es zu verdanken, daß das irakische Regime noch immer international isoliert ist. Eine Irak-Lösung ohne US-amerikanische Beteiligung würde zugleich den größten Konkurrenten auf dem nah-östlichen Markt kaltstellen.

Formal allerdings besteht kein Grund, das Embargo aufzuheben. In dem seit Jahren anhaltenden Streit um die Inspektion irakischer Massenvernichtungswaffen hat sich die Bagdader Regierung wenig kompromißbereit gezeigt. Bevor das UN-Inspektionsteam Ende 1998 endgültig des Landes verwiesen wurde, waren seine Mitarbeiter immer wieder Drohungen und massiven Behinderungen durch Sicherheitskräfte ausgesetzt gewesen. Die wenigen gesammelten Informationen weisen darauf hin, daß die irakische Produktion von chemischen und biologischen Kampfstoffen weiter fortgeschritten ist, als zum Zeitpunkt der Verhängung des Embargos vermutet wurde.

Seit Dezember 1998 arbeitet das als staatliches Unternehmen zur Pestizidproduktion firmierende C-Waffen-Programm eifrig an der Rekonstruktion der einst von bundesdeutschen Firmen errichteten Produktionsstätte im zentralirakischen Faluja. Die dort produzierten Kampfstoffe Sarin und Vandal-X waren in den 80er Jahren gegen den Iran und die irakischen Kurden im Norden des Landes eingesetzt worden. Zusammen mit den Scud-Trägerraketen russischer Bauart waren und sind sie eine Bedrohung israelischer Städte. Derartige Erkenntnisse über frappierende Verstöße gegen die Abrüstungsauflagen und die Berichte des UN-Sonderberichterstatters für Menschenrechte im Irak, Max van der Stoel, über den systematischen Staatsterror gegen die Bevölkerung machen eine formelle Aufhebung des Embargos nahezu unmöglich.

Die offensichtliche Wirkungslosigkeit der Sanktionen ist nun, zehn Jahre nach deren Verhängung, zum stärksten Argument des irakischen Regimes selbst geworden. Über eine Million Menschen sind im Irak nach Schätzungen der UN an den Folgen der Mangelversorgung gestorben, die zivile Infrastruktur ist weitgehend zerstört. Das Regime Saddam Husseins und seine Klientel aus Militär und Mafia aber wurden durch die Sanktionen nur gestärkt, denn das Embargo traf auf einen Staat, der auch unter normalen Bedingungen wie im Ausnahmezustand funktioniert.

Reichtum wird im korporatistischen Irak von oben nach unten gemäß der Mitgliedschaft in Standes- und Parteiverbänden verteilt, die der herrschenden Baath-Ideologie zufolge eine »organische Einheit« mit der Bevölkerung und der arabischen Nation bilden. Praktisch sieht dies seit 30 Jahren so aus, daß die Schlüsselindustrien und die zentralen Produktionsmittel, die Außenwirtschaft und der Finanzmarkt von einer mafiösen Staatselite kontrolliert werden, während der Partei- und Sicherheitsapparat die Distribution organisiert und den Profit gegen jeden Aufruhr sichert.

Die enorme Auslandsverschuldung infolge des Iran-Irak-Krieges sowie eine Ende der 80er Jahre durchgeführte teilweise Privatisierung stürzten die irakische Wirtschaft und das Baath-Regime in eine tiefe Krise, die zu Massenarbeitslosigkeit und einem rapiden Preisanstieg führte. Eine sehr kleine wirtschaftliche Elite, die zumeist familiär mit dem inneren Kreis der Baath-Führung verbunden ist, übernahm die Staatsbetriebe und setzte auf rücksichtslose Gewinnabschöpfung aus dem Rohölexport und dem Zwischenhandel mit importierten Waren.

Auf die Beschäftigungskrise reagierte das Regime mit gezieltem staatlichem Terror gegen die ägyptischen Arbeiter, die während des Krieges ins Land geholt worden waren. Rund 2.000 ausländische Arbeiter fielen dem Pogrom der Baath-Schlägertrupps zum Opfer. Eine andere Reaktion bestand in der raubritterartigen Einverleibung fremden Kapitals durch die Annexion Kuwaits, während derer irakische Soldaten das Land buchstäblich bis zur letzten Schraube ausplünderten. Beide Maßnahmen etablierten einen Ausnahmezustand, der durch das 1990 einsetzende Embargo nur zementiert wurde.

Rund ein Drittel der irakischen Bevölkerung war schon vor Verhängung des Embargos direkt abhängig vom Verteilungssystem des irakischen Staates. Der Staatselite aus Baath-Führung und Kompradorenbourgeoisie wurde so ermöglicht, die Folgen der Krise auf den nicht verwertbaren Teil der Bevölkerung abzuwälzen und zugleich das Sanktionsregime als Verursacher der Krise zu brandmarken. Während die Wirtschaftssanktionen dieser kleinen Elite neue Möglichkeiten eröffneten, ihre Profite durch illegalen Warenverkehr und vollständige Marktkontrolle noch zu erhöhen, setzte das Regime das staatliche Verteilungssystem gezielt ein, um nicht verwertbare und widerständige Bevölkerungsteile auszuhungern.

Viele der »Embargo-Opfer« sind aufgrund der gezielten Unterversorgung beispielsweise im Südirak gestorben, während Lebensmittel und Medikamente, wie die UN wiederholt bemängelte, in den Lagern verfaulten oder in die Nachbarländer verkauft wurden. Die erzwungene Unproduktivität der Bevölkerung zusammen mit der vollständigen Abhängigkeit vom staatlichen Verteilungssystem entsprechen dem Idealfall baathistischer Herrschaftspolitik. Nach innen scheint das Regime nach zehn Jahren Embargo so gefestigt wie nie zuvor. Anhaltende Säuberungen und die Auflösung der Klassenstrukturen in allgemeine Armut haben das Widerstandspotential innerhalb der Bevölkerung weitgehend zerschlagen. Einer kleinen, extrem reichen Elite steht eine verarmte Masse von Bittstellern gegenüber, die ihr Überleben durch bedingungslose Loyalität zur Baath-Clique erkaufen.

Weniger die wirtschaftliche Notwendigkeit als vielmehr der Wunsch, politisch zu überleben, drängt das irakische Regime jetzt zu einer Aufhebung der Sanktionen. Da es für die Hussein-Clique keinen sicheren Fluchtort mehr gibt, besteht ihre Chance allein darin, den Konflikt als Sieger zu überleben. Deshalb reicht es nicht aus, das Embargo wie bisher einfach zu unterlaufen. Es muß auf eine Weise beseitigt werden, die das Regime rehabilitiert. Die Richtung gab der deutsche ehemalige Unicef-Leiter für den Irak, von Sponeck, vor, der Anfang des Jahres aus Protest gegen das Sanktionsregime zurücktrat. Neu daran war nicht die berechtigte Kritik an den Sanktionen, die seit Jahren von Teilen der irakischen Opposition und verschiedenen Hilfsorganisationen vorgetragen wird, sondern die anti-amerikanische Ausrichtung, die durch von Sponeck eine unverhoffte Prominenz gewann. Plötzlich war es nicht mehr das Hussein-Regime, sondern das allein von den USA aufrechterhaltene Embargo-Regime, das unschuldige Menschen tötete. Davon, wie die irakische Regierung zu schwächen oder zu stürzen sei, ist seither keine Rede mehr.

Entsprechend selten sind in letzter Zeit von europäischer Seite auch Äußerungen über die Lage innerhalb des Irak zu hören. Einzig die britische Regierung kritisierte die massiven irakischen Militärkampagnen gegen die Zivilbevölkerung im Süden des Landes. Nach Verurteilungen etwa der »Säuberungswellen« in irakischen Haftanstalten, während derer in den vergangenen zwei Jahren mindestens 2.500 Menschen ohne jedes richterliches Urteil ermordet wurden, oder den anhaltenden Vertreibungen Hunderttausender kurdischer Bewohner der Erdölstadt Kirkuk sucht man vergebens.

Im Gegenteil: Das deutsche Außenamt, das seit dem Antritt Joseph Fischers eine menschenrechtsorientierte Außenpolitik propagiert, wußte den Asylentscheidern in seinem letzten »asyl- und abschieberelevanten Lagebericht« über den Irak noch zu erläutern, daß »vorrangig die schlechten Lebensbedingungen viele irakische Asylbewerber und Flüchtlinge zum Verlassen ihres Landes« veranlassen. Die Energie, mit der bei Jugoslawien nach Indizien für »Massaker«, »Genozid« und »Vertreibung« gesucht wurde, richtet sich im Falle des Irak neuerdings ganz auf die Denunziation der Sanktionen. Dort ist man auf der Suche nach Beweisen schnell fündig geworden. Allein schon das Fehlen freier Internetzugänge aufgrund des Embargos, so von Sponeck, trage zur Isolation der Bevölkerung bei. Unerwähnt blieb, daß im September sieben Computerexperten in Bagdad hingerichtet wurden, mit der Begründung, sie hätten per E-Mail Kontakt zum feindlichen Ausland aufgenommen.

In diesem Kontext ist auch die Inszenierung des ersten französischen Fluges nach Damaskus als Menschenrechtsmission zu sehen. Während Rußland Ölexperten und eine Handelsdelegation nach Bagdad brachte, wartete Frankreich mit einem zivilgesellschaftlichen Mummenschanz auf. An Bord der Maschine waren Mitglieder des Pariser Rollerclubs, Künstler, Friedensaktivisten und Ärzte. Angekündigt haben sich außerdem die französische Bestsellerautorin Regine Deforges und der Armenpriester und Antisemit Abbé Pierre. Begrüßt wurde der Friedensflug mit einer flammenden Rede von Iraks Innenminister Hammadi gegen den amerikanischen »Genozid am irakischen Volk«. Hammadi selbst steht seit Jahren auf der Liste derjenigen, die von der irakischen Opposition vor ein internationales Tribunal gebracht werden sollen. So traten die selbsternannten »Friedensbotschafter« in Bagdad zuallererst als Botschafter europäischer Kapitalinteressen auf und bereiteten zugleich den Boden für weitere europäische Interventionen im Irak.

Denn nicht nur ökonomisch interessiert sich die EU für eine Wiederaufnahme enger Beziehungen zu Bagdad. Iraker stellen seit Jahren eine der größten Flüchtlingsgruppen in Europa, die zudem bislang nicht »rückführbar« war. Dies soll sich

zukünftig ändern: Auf dem Sondergipfel des EU-Rats in Tampere im Oktober 1999 wurde ein Aktionsplan verabschiedet, der neben der Rückschiebung kurdischer Flüchtlinge in den Nordirak bilaterale Maßnahmen zur Stabilisierung des Irak vorsieht. Da Iraker hauptsächlich als »Wirtschaftsflüchtlinge« angesehen werden, könnten die »Flüchtlingsmassen« nur eingedämmt werden, wenn sich die ökonomische Lage im Land ändere. Unter Embargobedingungen ist dies nicht möglich. Folglich sieht der europäische Rat »der künftigen Wiedereingliederung des Irak in die Völkergemeinschaft und besseren und würdigeren Lebensbedingungen für die irakische Zivilbevölkerung erwartungsvoll entgegen«.

Die andere Interessenlage der USA spiegelt sich in den jüngsten Erklärungen wider, mit denen US-Außenministerin Madeleine Albright die Aufrechterhaltung des Embargos begründet. Allein die Weigerung Saddam Husseins, mit den UN zu kooperieren, verhindere eine Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen. Die irakische Regierung, so Albright, nehme die Bevölkerung »als Geisel«.

So nachvollziehbar diese Argumente angesichts der neuen europäischen Humanität erscheinen mögen, sie können dennoch nicht das Dilemma der amerikanischen Irakpolitik verdecken: nach zehn Jahren Embargo immer noch keine tragfähige Alternative zu Husseins Führungsclique zu haben. Darüber kann auch die groß angekündigte Hilfe für die »demokratische irakische Opposition«, die 1998 verabschiedet wurde und den wohlklingenden Namen »Iraq Liberation Act« trug, nicht hinwegtäuschen. Von den seinerzeit zugesagten 97 Millionen US-Dollar wurden dem Oppositionsbündnis »Iraqi National Congress« bislang gerade vier Millionen ausgezahlt, ganze 174 Iraker wurden in Einrichtungen der US-Army in »ziviler Konfliktlösung« ausgebildet. Angesichts dieses Engagements erklärte der Vorsitzende der Kurdischen Demokratischen Partei (KDP) im Nordirak, Massud Barzani, lakonisch, wäre Saddam Hussein mit vier Millionen US-Dollar zu stürzen, dann hätte er es schon längst aus eigener Tasche bezahlt.

Gerade vor dem Hintergrund dieser amerikanischen Irakpolitik finden auch in den USA neuerdings Vorstöße in Richtung einer Kompromißlösung statt. Im September demonstrierten republikanische Kongreßabgeordnete vor dem Weißen Haus gegen das Embargo, während der reaktionäre außenpolitische Think Tank »Statfor-Institute« in Austin, Texas, bereits offen mit dem irakischen Präsidentensohn Qusay Hussein als künftigem Verbündeten liebäugelt. Sollte dieser angekündigte Kurswechsel sich mit den anstehenden Wahlen in den USA durchsetzen, haben die Kurden im Nordirak zum erstenmal in der Geschichte einen guten Grund, um die Gesundheit des angeblich schwer krebskranken Saddam Hussein zu bangen. Wenn mit ihm das Embargo fallen sollte, wären auch die Stunden ihrer Selbstverwaltung gezählt.

Thomas Uwer und Thomas von der Osten-Sacken sind Mitarbeiter der entwicklungspolitischen Organisation WADI e.V. in Frankfurt a. M.

Konkret 01/01, S. 41

Jürgen Elsässer

»Gefahr eines großen Krieges«

Mehrere hundert albanische Terroristen sind vom Kosovo aus in Südserbien eingedrungen. Belgrad macht die Nato verantwortlich. Eine Medien-Rundschau
Dokumentation

Vier serbische Polizisten wurden getötet, drei schwer und zehn leicht verletzt, als es vorgestern abend zu Zusammenstößen mit albanischen Terroristen, Mitgliedern der Befreiungsbewegung für Presevo, Bujanovac und Medvedja kam, so Zoran Djindjic ... Djindjic sagte weiter, daß ungefähr 400 schwerbewaffnete Albanier in der Pufferzone zwischen Serbien und dem Kosovo Polizeiposten bei Koculj angegriffen hätten. Seit Juni 1999 hatten die Terroristen die Polizei 90mal im Gebiet von Bujanovac und Presevo angegriffen, über 50mal mit Bomben oder unter Verwendung von Sprengstoff. Bei diesen Angriffen waren fünf Polizisten getötet und 22 verletzt worden. *»Blic« (Belgrad), 22. November*

Gründe und Ziele der Angriffe

Belgrad veröffentlichte gestern eine Warnung, daß man an der Schwelle eines »großflächigen Krieges« mit dem Kosovo sei ... Beim schlimmsten Ausbruch von Kämpfen, seit die Gemäßigten im September das Milosevic-Regime ersetzten, haben angeblich Hunderte von albanischen Separatisten die Verwaltungsgrenze vom Kosovo aus überschritten ... Stunden später wurde in Pristina ... ein Gebäude, das von dem jugoslawischen Repräsentanten genutzt wurde, von der Explosion einer riesigen Bombe zerrissen ... Ein Anstieg albanischer Angriffe war befürchtet worden, seit Kostunica bei den Präsidentschaftswahlen Milosevic abgelöst hatte ... Die Kosovo-Albaner fürchten, daß die Annäherung (zwischen Kostunica und dem Westen, Anm. KONKRET) ihre Chancen auf Unabhängigkeit in weite Ferne rückt ... Die früheren UCK-Führer erlitten einen zweiten Rückschlag, als der gemäßigte Albanerführer Ibrahim Rugova im letzten Monat die Kommunalwahlen im Kosovo gewann. *»The Times« (London), 23. Nov.*

Die Angriffe der albanischen Nationalisten auf serbische Polizisten (in Südserbien, Anm. KONKRET) stellen eine Wiederholung der früheren Strategie der UCK dar, die mit solchen Angriffen eine brutale Antwort Belgrads provozieren wollte, um auf diese Weise schließlich die Nato in die Sache mit hineinzuziehen.

»Time« (New York), 23. November

Friedensschützer oder Komplizen?

Aber der Presseoffizier der Nato-geführten Friedenstruppe im Kosovo, Sergeant Pat Mcguire, sagte, er habe keine Informationen, daß irgendwelche bewaffneten Kräfte die Verwaltungsgrenze nach Serbien überschritten hätten. *Reuters, 23. November*

Nach seinen Worten (von Polizeiminister Bozo Prelevic) würde das serbische Innenministerium, falls die Angriffe nicht aufhörten und die Kfor die Terroristen bis Montag früh 7.00 Uhr nicht entwaffnen könne, verschiedene Handlungsoptionen erwägen ... »Nach unseren Schätzungen sind ungefähr 800 bis 1.000 albanische Terroristen im Landkreis Bujanovac ... Entweder die Kfor ist unfähig, oder sie muß uns das Gegenteil beweisen ... Zwei Kfor-Hubschrauber erschienen (am 21. November) um 13.54 Uhr über den Polizei-Checkpoints. Sie erschienen auch eine Stunde später wieder. Nur 39 Minuten nachdem der Polizei-Wachturm getroffen worden war«, sagte Prelevic. Er schloß daraus, daß die amerikanischen Truppen entweder eine unzureichende Ausbildung hätten oder daß die Kfor die Angriffe durch ihr Verhalten möglich gemacht habe. *»Blic« (Belgrad), 24. November*

Bernhard Kouchner, der UN-Administrator im Kosovo, hat davor gewarnt, daß die Durchführung der serbischen Wahlen am Ende des Jahres im Kosovo den bereits brüchigen Friedensprozeß in der Provinz gefährden könnte. *BBC, 24. November*

Desinformation und Flüchtlinge

In einer Erklärung an die Presse in Wien sagte Kostunica, daß die serbische Bevölkerung im Presevo-Tal ethnischen Säuberungen von Albanern aus der Provinz ausgesetzt sei. *serbia-info.com, 27. November*

Mehrere hundert Serben blockierten den Verkehr am Samstag in der Stadtmitte von Bujanovac und forderten, daß ihnen die Staatssicherheitsorgane Waffen geben. Die Demonstranten gaben der Furcht Ausdruck, daß im Falle eines

»Totalrückzuges« der serbischen Polizei von Positionen innerhalb der demilitarisierten Zone auch die Stadt Bujanovac, eine ethnisch gemische Stadt mit albanischer Mehrheit, den Rebellen überlassen werden könnte. Am selben Tag kehrte eine Kolonne serbischer Flüchtlinge in zwei Bussen, mehreren großen Lastwagen und ungefähr vierzig Pkws mit einer Kfor-Eskorte in den Kosovo zurück (vermutlich in Gebiete um Nord-Mitrovica mit serbischer Bevölkerungsmehrheit, Anm. KONKRET).

»Danas« (Belgrad), 27. November

Bei der Flucht einer Familie aus dem Spannungsgebiet sei ein zehnjähriger albanischer Junge bei der Explosion einer Mine getötet ... worden, teilte die Polizei mit. *»Frankfurter Rundschau«, 27. Nov.*

Bei der Explosion einer Antipanzermine, die albanische Terroristen an einer Straße bei Bujanovac ... gelegt haben, starb ein zehnjähriger Junge ...

Stimme Kosovos, 27. November

Mehr als 2.000 albanisch-stämmige Zivilisten flohen aus Furcht vor einem serbischen Militärschlag aus Südserbien in den Kosovo und nach Mazedonien.

»Süddeutsche Zeitung«,28. November

Die Informationsministerin der jugoslawischen Bundesregierung Biserka Matic sagte heute, daß es keine großen Flüchtlingsbewegungen im Süden Serbiens gibt. Bis auf 200 ethnische Albaner, die sich vor den Angriffen der Terroristen aus der Ortschaft Bujanovac in umliegende Dörfer flüchteten, gebe es keine Flüchtlinge. Frau Matic sagte, daß einige westliche Medien ein Flüchtlingsdrama zu inszenieren versuchen, wie es schon mehrmals in den letzten zehn Jahren im ehemaligen Jugoslawien getan wurde.

Tanjug (Belgrad), 28. November

Eskalation, Rückzug und Spott

Zoran Djindjic warnte heute, daß die Situation in Bujanovac »höchst dramatisch« ist und daß albanische Terroristen sich auf neuerliche Angriffe vorbereiteten. Der Präsident der Demokratischen Partei sagte ..., die Polizei habe ihn informiert, daß sich ungefähr 4.000 Männer in den Schützengräben positionierten, die die serbische Polizei in den letzten paar Tagen geräumt hatte.

RadioB92 (Belgrad), 25. November

Die jugoslawische Armee schickte am Sonntag Panzer und Verstärkung an die von der Nato kontrollierte Verwaltungsgrenze zum Kosovo – einen Tag bevor das jugoslawische Ultimatum an die Nato ausläuft.

AP, 26. November

Serbien schimpft und bleibt still ... Die serbische Regierung hat gestern ihr Ultimatum an die internationale Kosovo-Friedenstruppe (Kfor) ... auf unbestimmte Zeit verlängert. *»Taz«, 28. November*

Ausblick

Am späten Montag kam Kostunica in ... Bujanovac an ... Die Kfor »hat die albanischen Terroristen in die Sicherheitszone kommen lassen« ... Er warnte, daß die »Kfor ein Drache mit tausend Köpfen ist, seine verschiedenen Aktivitäten passen nicht zusammen«.

AFP, 28. November

Die Nato schlägt sich auf die Seite der Serben gegen die albanische Bedro- hung ... *Reuters, 29. November*

Unter den Augen der Nato geht der Krieg in Südserbien weiter.

»Hamburger Abendblatt«, 1. Dezember

Zusammenstellung: Jürgen Elsässer

Konkret 01/01, S.42

Karl-Heinz Hansen

In diesem Sinne - »Gebt mir zwei Jahre«

Michael Naumann, der »breit angelegte, lebendige Kulturbegriff« (Schröder), machte brieflich noch mal Männchen vor seinem Herrn: »Seien Sie meines großen Respekts vor Ihren Leistungen als Kanzler, als Vorsitzender der SPD und Ihrer kraftvollen Art, die Regierung zu führen, versichert ...« Dann war er weg vom Kanzler und die deutsche Kultur von Gott verlassen.

Er wär ja so gern noch Bundeskultusminister geblieben. Wer oder was hat ihn bloß getrieben, zwischen Gerhard und Charybdis den Dritten Weg zu wählen, zum Dieter von Holtzbrinck, der ihm lange schon mit »Angeboten einer gewissen Dringlichkeit« zusetzte? Unzufriedenheit am Arbeitsplatz? Gewiß nicht. Erst recht nicht suchte dieses empfindsame Menschenkind feige das Weite vor der Gesellschaft Berliner Kulturbeutel. Auch ist es ungerecht, den weiland SDS-Mann der schnöden Gier nach Gold jetzt zu zeihen. Wenn's auch wahr ist, daß Herausgeber dazu neigen, aus den Schatullen sich einiges herauszunehmen. Auch nicht die Lust, alte Kollegen wieder mal zu kujonieren, ist es, die ihn zur »Zeit« getrieben hat. Hat er doch nach eignem Zeugnis in früheren Intrigen-Zeiten sich »ein kühles Gemüt im Umgang mit Menschen antrainiert«. Nicht wenige bekamen das zu spüren.

Nein. Das alles nicht. Naumann verläßt den Kulturstaatsministerposten, weil er ein Mann von Ehre und Gewissen ist. Und weil Angst ihn nächtens heimsucht, ebendieses nächstens nimmermehr zu sein. Es geschah am 27. Januar des Jahres 1999. Im WDR-Fernsehen diskutierten Staatsminister Naumann, der israelische Publizist Tom Segev und Hermann Gremliza.

Segev: Sie können stolz sein auf die Prinzipien, die Sie in ihrem Militär haben.

Gremliza: Ja, mit 35 Kasernen, die nach Hitlergenerälen benannt sind.

Naumann: Das ändern wir jetzt, ich schwör's Ihnen. In zwei Jahren finden Sie keine mehr.

Segev: Warum hat das so lange gedauert?

Naumann: Weil wir 16 Jahre nicht am Drücker waren, um es mal klar zu sagen.

Gremliza: Nein, sondern weil die Generation der Täter noch nicht im Altersheim war.

Zwei lange Jahre hat KONKRET versucht, dem Staatsminister aufs Pferd zu helfen, ihm die Lanze in die Hand zu drücken, damit er so gerüstet gegen Kasernen mit Nazinamen anreiten möge. Vergeblich. Es gibt sie alle noch, die Nazinamen an den Kasernentoren.

Die Zeit ist um, und Michael Balbulus, des Pluralis Majestatis und seines Amtes ledig, des Meineids schuldig, sitzt bei der »Zeit«.

Konkret 01/01, S. 42

Gert Ockert

In diesem Sinne - Ein Satz für Sebnitz

»Jetzt reicht's – das Gästebuch ist geschlossen«, schreit der Webmaster der Website der Kunstblumenstadt Sebnitz am Abend des 3. Dezember 2000 plötzlich auf und beendet den Fremdenverkehr nun auch im kybernetischen Raum, denn es reicht wahrhaftig, was dem Webmaster und seiner Kunstblumenstadt und außerdem seiner Website seit Mitte November zugemutet wird, nämlich ein unablässiges Verdächtigen durch Fremde, mit denen man sowieso keinen Verkehr pflegt, und zugleich ein Verherrlichen von einer Seite, zu der man nicht gezählt werden will, wiewohl man sie in den Rat der Kunstblumenstadt gewählt hat, aber, bei Gott, es reicht jetzt – seien es die Solidaritätsadressen oder die Beschimpfungen, man kann's nicht mehr hören, genug, die Bürger lassen sich nicht mehr verunglimpfen, weder als Nazis noch als Nichtsonazis, sie sind zusammengewachsen, weil es sich gehört, gegen ein Meer von falschen Freunden und echten Feinden, und diese Feinde sind alle, die den Bürgern der Kunstblumenstadt unterstellen, weggesehen zu haben, als ein Sechsjähriger von einer Horde Proto-SA-Männer zu Tode gefoltert worden sein soll in ihrem »Spaßbad«, die falschen Freunde aber, d. h. Freunde zur falschen Zeit, sind all jene, welche sich freuen, daß im »Spaßbad« – vielleicht – solch ein Verbrechen passieren konnte, und nicht mitkämpfen gegen den Rufmord an der Kunstblumenstadt, der ein größeres Verbrechen ist als der sogenannte Mord an einem Sechsjährigen, zumal für die Schreckenstat nichts spricht als der Leumund einer Fremden, für die Größe des größeren Verbrechens aber stehen die 60-Punkt-Schlagzeilen, gegen die sich die Kunstblumenstadt von nun an wehren wird, mit Anzeigen gegen Unbekannt wegen seelischer und ökonomischer Verheerung, es reicht nämlich, und darum hat recht der Rechtsverweser des Landes Sachsen, Manfred Kolbe, wenn er feststellt, die Herrin der 60-Punkt-Schlagzeilen, »Bild«, habe »eine ganze Stadt regelrecht exekutiert«, und deshalb fordern die Bürger der exekutierten Kunstblumenstadt »eine Hand für Sebnitz«, die eben nicht gereicht werden soll einer Mutter, die eins und eins zusammengezählt und sich vielleicht im Fall ihres Sohnes, aber bestimmt nicht betr. der Bürger der Kunstblumenstadt verrechnet hat, und erst am späten Abend des 3. Dezember öffnet das »Gästebuch« der Website der Kunstblumenstadt wieder, denn »Julia« teilt mit, wie sie sich den Fremdenverkehr vorstellt, seit 130 Polizisten das Haus der Fremden vor dem gerechten Zorn der Bürger der Kunstblumenstadt bewahren, und Julia bittet: »Lieber Sachse, bitte führe Dein Glied in mich ein« – mit einer Hand; für die Kunstblumenstadt.

Konkret 01/01, S. 42

Ralf Schröder

In diesem Sinne - Offene Frage

Kriege werden nicht unbedingt mit dem letzten Kanonenschuß entschieden. Nicht nur die Deutschen, auch die Amerikaner wissen, daß es sinnvoll ist, Fragen von Belang offenzuhalten. In diesem Sinne war Clintons Reise nach Vietnam vor allem eine geschichtspolitische Mission. Inszeniert war sie als eine Abfolge von Unverschämtheiten, wie sie sich nur Sieger leisten können. In Hanoi sagte Clinton, der Krieg habe eine »unvergleichlich enge Beziehung zwischen den USA und Vietnam hervorgebracht«. Im Reisfeld, während nebenan vietnamesische Arbeiter nach den Knochen eines amerikanischen Bomberpiloten buddeln mußten, bemerkte »ein sichtlich gerührter Clinton« (»Taz«) unter Tränen: »Dieses gemeinsame Unternehmen als Freunde ist beispiellos in unserer menschlichen Geschichte.« Auch mahnte der US-Präsident seine Gastgeber, die Menschenrechte mehr zu achten, die Wirtschaft zu liberalisieren und auf den freien Markt zu setzen.

Die deutschen Kommentatoren fühlten sich durch Clintons Auftritte fast ausnahmslos provoziert. Die »Welt«, einst wie alle Springer-Blätter eine glühende Verfechterin der US-Aggression, schrieb im Rückblick auf den von Vietnam gewonnenen Krieg: »Das Ergebnis: mehr als drei Millionen Tote, zwei Drittel davon Zivilisten, eine zerstörte Infrastruktur und ein verwüstetes Land. Noch immer ist die gesamte Region von Landminen verseucht und vergiftet von Chemikalien, unter deren unsichtbarer Schlagkraft noch viele künftige Generationen leiden werden. In all den Jahren haben die USA nicht einen Hauch von Scham oder Schuldgefühlen gezeigt.« Auch die »Franfurter Rundschau« wartete vergebens auf »ein Wort des Bedauerns oder gar eine Entschuldigung für einen falschen und schmutzigen Krieg«.

Aus solchen Beschwörungen spricht nicht zuletzt die Sehnsucht, die USA könnten durch ein Schuldbekenntnis in Sachen Vietnam den Deutschen ein wenig gleicher werden, die ja bekanntlich wiederholt zu – teilweise kostenpflichtigen – Geständnissen gezwungen wurden. Werden diese von den hiesigen Leuchten der jüngeren Historiographie zunehmend als teils erpreßte Voreiligkeiten gedeutet, kann niemand die Amerikaner zwingen, sich offiziell auf die Anklagebank zu begeben. Geschichte ist eine Machtfrage. Sollte im kommenden Frühjahr das geplante Handelsabkommen zwischen Washington und Hanoi unterschrieben werden, übernehmen die USA in der vietnamesischen Wirtschaft das Kommando. Vielleicht muß der Krieg danach noch einmal ganz neu erzählt werden. Dabei könnte Amerika dann wirklich von Deutschland lernen.

Konkret 01/01, S. 43

Oliver Tolmein

Böser Onkel aus Amerika

Kulturkolumne

Amerika ist wunderbar, wir wandern alle aus, let's go to Philadelphia, da sind so viele Cops da«, sang »Hansaplast« ironisch in den guten alten Zeiten, als die Deutsche Welle in den Charts noch neu und vom Punk infiziert war. Damals – die Welt war sorgsam aufgeteilt in Blöcke, und der Krieg wurde meistens kalt geführt – mochte in Deutschland (West) kaum jemand die USA. Um gute Gründe dafür mußte niemand besorgt sein: Auf den deutschen Autobahnen staute sich der Verkehr – und wer war schuld? Die US-Army. Lange Fahrzeug-Kolonnen, die mehrmals jährlich ins Manöver fuhren und manchmal auch zur US-Air-Base in Rhein-Main, um von dort sonstwohin zu starten, waren der beste Beweis für die von ziemlich links bis völlig rechts flüssig runtergebete Erkenntnis, daß »unser Land« ein besetztes sei. Die Behauptung, die Regierung verhalte sich den USA gegenüber unterwürfig und wenig souverän, blieb lange Jahre eines der stärksten Geschosse im rhetorischen Arsenal der sozialdemokratischen und grünen Opposition.

Der Verkehr auf den Autobahnen staut sich noch immer und sogar schlimmer. Aber die Rapid Deployment Force heißt heute Krisenreaktionskräfte der Bundeswehr, und von der US-Army ist in Westeuropa immer weniger zu sehen. Und da das Albright-Ministerium mittlerweile Touristen vor der Gefahr von Skinhead-Überfällen in Deutschland warnt, sind auch ansonsten weniger US-Amerikaner hierzulande unterwegs. Deutschland ist ein einig Reich und souverän. Kaum interessiert es sich nach Regelung der eigenen Angelegenheiten wieder verstärkt für die ganze Welt, sind die US-Amerikaner allerdings schon wieder schuld: An den USA liegt es schließlich, daß wir hormonverseuchtes Rindfleisch essen müssen, gentechnisch manipuliertes Soja verkauft bekommen, daß die Situation der Menschenrechte in der Türkei miserabel ist und daß das Weltklima sich verheerend entwickelt. Allerdings können heute nicht mal die grimmigsten Freunde der deutschen Leitkultur ihrer Regierung nachsagen, daß sie sich unterwürfig gegenüber der einstigen Besatzungsmacht verhalte. Bundesumweltminister Jürgen Trittin beispielsweise kommt aus einer Partei, die schon in den Achtzigern durch spektakuläre Aktionen gegen US-Repräsentanten aufgefallen ist. Beförderte ein hessischer Spitzen-Grüner und Bundeswehroffizier der Reserve damals nur ein paar lästige Blutspritzer auf eine Generalsuniform, hat der grüne Umweltminister heute in Den Haag die EU auf Linie gebracht und damit den zwischen dem britischen Vizepremier John Prescott und den USA ausgehandelten Kompromißvorschlag gekippt.

In einer anderen Angelegenheit ist die Bundesregierung sogar vor den Internationalen Gerichtshof gezogen und hat Klage wegen völkerrechtswidrigen Verhaltens der USA im Verfahren gegen die dort hingerichteten deutschen Brüder La Grande erhoben. Auch wollte sich in Sachen Hormonfleischimporte aus den USA Bundesgesundheitsministerin Fischer von keiner EU-Kollegin an Entschlossenheit übertreffen lassen. Daß die USA derzeit noch nicht wissen, wen sie eigentlich zum Präsidenten gewählt haben, und ihre Gerichte sich mit der Frage befassen, wie man welche Stimmen am besten zählt, hat die Reputation der Supermacht nicht gerade erhöht: Wer nicht mal zählen lassen kann, soll auch sonst den Mund nicht so voll nehmen.

Deutschland muckt auf. Seit einigen Jahren schon und mittlerweile immer mal ein bißchen lauter. Das ist keine gute Nachricht, auch wenn die Mucker sich voll Elan als die Guten verkaufen und sich niemand besonders bemühen muß, den USA die Rolle der Bösen zuzuweisen. Denn so lang die Liste der Missetaten der USA auf internationaler Ebene auch ist – nichts spricht dafür, daß ein Deutschland, das von der Schwächung der westlichen Hegemonialmacht profitiert, die neugewonnene Stärke zur Humanisierung der globalen Verhältnisse nutzen wird. Nicht nur die frei- und selbstverantworteten Verhältnisse im eigenen Land, die vor dem US-State Department schon amnesty international oder den UNHCR auf den Plan gerufen haben, lassen Zweifel an der zivilisierenden Gestaltungsmacht des NS-Nachfolgestaates als Understatement erscheinen. Insbesondere die Betrachtung der Entwicklung der von merry old Germany zielstrebig eskalierten Balkankrise zeigt, daß Politik aus Berlin, so naturliebend und gesundheitsschützend sie ansonsten auch daherkommen mag, schon auf mittlere Sicht den Menschen wenig nützt. Und was dem Menschen nicht hilft, schadet dann auch schnell seiner Umwelt.

Deutschland muckt auf – und es ist dabei nicht allein. Auf dem Klimagipfel hatte es, wie oft schon, wenn es gegen die andere Supermacht geht, Frankreich auf seiner Seite, ein Frankreich, dessen konservativer Präsident Chirac sich in einer vielbeachteten Rede als Musterökologe präsentierte, allerdings ohne auch nur ein Wort über die Folgen der in seinem Lande viel genutzten Atomkraft zu verlieren (und wer erinnert sich schon noch an die französische Militäroperation gegen das Greenpeace-Schiff »Rainbow Warrior«?).

Aber die EU-Koalitionen gegen den transatlantischen Partner sind wenig stabil, wie die offene Kontroverse um die Macht im europäischen Ministerrat im Vorfeld des EU-Gipfels in Nizza oder auch die Konflikte der EU-Staaten um das Vorgehen im Jugoslawien-Krieg zeigen. Schließlich mußte auch Deutschland in der EU bei seinem Streben nach Hegemonie einige Schlappen einstecken. Vor allem aber geht es Deutschland derzeit genausowenig wie Frankreich oder Großbritannien

darum, einen Sonderweg zum Glück zu finden. Die Auseinandersetzungen darum, wer an wessen Seite und dann doch ein paar Schritte vorneweg schreiten darf, stellen nicht wirklich in Frage, mit wem man seinen Weg machen möchte. Ob es um den Welthandel geht oder um das Weltklima, ob um die Sicherung von Einflußsphären durch Menschenrechtspolitik oder Militärpräsenz – die Auseinandersetzungen in der EU ebenso wie die zwischen EU und den USA bleiben punktuell begrenzt, auch wenn die Punkte bisweilen einen beachtlichen Durchmesser haben.

Die Front der internationalen Konflikte verläuft zwischen den westlichen Industrienationen und den sich entwickelnden Staaten des Südens (und manchen des Ostens). Denn wenn in der Klimapolitik, in welchem Ausmaß auch immer, der Handel mit Emissionszertifikaten sich durchsetzt, werden auch die EU-Staaten und die von hier aus wirtschaftenden transnationalen Konzerne auf diesem Markt agieren. Die Naturkatastrophen werden dagegen in weitaus schlimmerem Ausmaß als bisher vor allem die Entwicklungsländer treffen. Und seit dem Scheitern des WTO-Gipfels in Seattle sind USA und EU gemeinsam fieberhaft bemüht, die Staaten des Südens auf ihren Kurs zu zwingen und über den Zugriff auf die genetischen Ressourcen von Pflanzen, Tieren und Menschen, über ein starkes internationales Patentrecht und ein koordiniertes Wettbewerbsregime die Profite, Absatz- und Einflußmöglichkeiten auch für die kommenden Jahrzehnte zu sichern. Selbst in der Militärpolitik zeichnet sich mit dem Aufbau der schnellen Euro-Einsatztruppe, die von einem deutschen General kommandiert werden wird, dem ein britischer Kommandeur als Stellvertreter zugeordnet ist, eher eine weltpolitische Arbeitsteilung ab, die den USA mehr Handlungsmöglichkeiten im pazifischen Raum geben soll, als daß sie Ausdruck einer intensivierten Konkurrenz zwischen den Verbündeten wäre.

Beruhigen kann das allerdings wenig. Denn die sich entwickelnden Staaten des Südens mühen sich zunehmend erfolgreicher um die dringend erforderliche Organisierung ihrer Interessen, damit sie nicht dauerhaft zu Absatzmärkten und Ressourcenlieferanten degradiert werden. Und da sich das politische Klima auch sonst nicht besser entwickelt als das Wetter, droht hier eine allgemeine Erhitzung ebenso wie im Verhältnis der ihre Macht- und Einflußsphären sichernden Industriestaaten die Gefahr eines plötzlichen Umschwungs zunimmt. Mit Blick auf diese Eventualitäten ist Deutschland weitaus weniger um Stabilität und Sicherung wenigstens der gegenwärtigen Verhältnisse bemüht als die USA. Denn wenn auch sonst in Deutschland wenig einig geworden ist, die allgemeine Stimmung ist nach wie vor überwiegend beleidigt: Es geht uns nicht so gut, wie wir verdient zu haben glauben. Die »Böhsen Onkelz«, deren CDs man mittlerweile auch bei »Karstadt« kaufen kann, singen unbeholfen und deshalb für Millionen: »Gewalt ist das Mittel gegen Ausbeuterei. Wir ham' es satt, vor Euch zu kriechen. Dazu ham' wir keine Lust. Wir haben ein bess'res Leben verdient. Doch bis jetzt haben immer die Kanaken gesiegt.«

Den Bands im Land, die derzeit die Deutsche Welle in die Charts schwappen lassen, ist Ironie mindestens so fremd wie die Vereinigten Staaten. Und auswandern können sie sich bis auf weiteres wieder mal nur als Einmarsch vorstellen.

Konkret 01/01, S. 44

Gerhard Henschel

kunst & gewerbe

Bier und Gehör

Als in Karlsruhe was im Busch war, konnte man dort Gehörlosen durch Biersaufen helfen. Wie das?

Der Reihe nach. »Im Staatlichen Forst in Karlsruhe ist ein außergewöhnliches Kunstwerk entstanden«, meldete Anton Goll, Geschäftsführer der Karlsruher Majolika Keramik Manufaktur. »Die Künstlerin Patricia Blum hat aus Sturmholz des Orkans □Lothar□ auf 1.000 Quadratmeter Fläche das wohl größte Gebiß der Welt installiert. Dazwischen liegt eine Zahnbürste aus Majolika-Keramik. Darüber hinaus sind Zähne mit einer Keramikgoldfüllung von Majolika behandelt.«

Eingeweiht wurde das Objekt am Zahngesundheitstag 2000 mit größtmöglichem Brimborium: Musikalische Einstimmung. Begrüßung durch Frau Bürgermeisterin Heinke Salisch, Stadt Karlsruhe. Ansprachen: Herr Thomas Rupp, Oberforstrat, Staatliches Forstamt Karlsruhe-Hardt; Herr Dr. Rüdiger Engel, Präsident der Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg; Frau Patricia Blum, Karlsruhe. Einsetzung einer Goldkeramikfüllung der Majolika Karlsruhe in das »Karlsruher Mundwerk« durch den Geschäftsführer Herrn Anton Goll, mit fachzahnärztlicher Unterstützung von Herrn Dr. Rüdiger Engel. Anschließend Bierausschank.

In der Einladungsbroschüre hieß es: »Die Künstlerin Patricia Blum wollte etwas Bleibendes zur Erinnerung an den Jahrhundertsturm □Lothar□ und eine Verbindung zum zentralen Thema ihrer Malerei, dem □Zahn□, gestal Aus Sturmholz von historischen Eichen, die Großherzog Karl-Friedrich noch pflanzen ließ, und Kieferstämmen, Platanen, Buchen und Kastanien entstand auf einer 1.000 Quadratmeter großen Waldlichtung das größte Gebiß und die längste Zahnbürste der Welt ...«

In seiner Pressemitteilung bat Anton Goll darum zu beachten, »daß die Brauerei Höpfner den kompletten Erlös aus dem Bierverkauf der Gehörlosenhilfe Karlsruhe 1900 e.V. (Schirmherr Günther Rüssel)« zur Verfügung stellen werde. Mit anderen Worten: Je mehr Bier sich die Zahnbürstenskulpturfreunde im Karlsruher Forst am Stichtag hinter die Binde gossen, desto besser ging es hinterher den einheimischen Gehörlosen. So funktioniert Leitkultur. Da können wir Ausländer nur mit den Ohren schlackern.

Präsident und Tier

Im Vorteil sind die Gehörlosen auch, wenn Johannes Rau das Wort erhebt: »Wie wichtig ist das Miteinander von Mensch und Tier, um soziale und emotionale Kompetenzen einzuüben?« Diese Frage stellte der Bundespräsident anläßlich eines »Schülerwettbewerbs Deutsche Geschichte« in den Raum, und der alte Traum, für den wackere Sozialdemokraten unter Bismarck ins Gefängnis gewandert waren, ging in Erfüllung: Eines Tages sollte einmal ein Sozialdemokrat als Staatsoberhaupt das Miteinander von Mensch und Tier zur Sprache bringen, zwischen Austern und Hirschgulasch emotionale Kompetenzen einüben und daherreden wie einer, der im hohlen Zahn ein Radio hat: »Beim Verhältnis zwischen Mensch und Tier ging und geht es um ganz elementare Fragen unserer Kultur: Wie gehen wir mit ihnen um? Welchen Wert hat ein Tier über seine bloße Materialität hinaus? Welche Rechte gestehen wir unseren Mitgeschöpfen zu, aber wie grenzen wir uns auch von ihnen ab?«

Die elementare Frage, was der Bundespräsident über seine bloße Materialität hinaus wert sei, wird sich dessen pfötchengebender Bandwurm sicherlich auch schon gestellt haben.

Pasta und Opera

Ein ganzseitiges Inserat von Mail Order Kaiser in der »Welt« vom 2. Dezember 2000 erlaubt Rückschlüsse auf das Kundenprofil. Zu den feilgebotenen Werken gehören »Die Hohenzollern«, »Vom Kriege«, »Deutsche Dampflokomotiven«, »Kampf und Sieg vor hundert Jahren«, »Kostolanys Börsenseminar«, »Pasta & Opera« (»60 klassische italienische Rezepte, □gewürzt□ mit großen italienischen Arien!«), »Der Krieg in Vietnam« (»Kampf auf Leben und T ... nur Originalaufnahmen ... ohne Voyeurismus«) sowie »Asian Ladies« (»Der sinnliche Reiz asiatischer Frauen in neuen Aktstudien von Uwe Ommer«). Deutsche Dampfloks, asiatische Weiber, italienische Rezepte und auf Video der Krieg in Vietnam: Während sich die Grünen von ihr verabschieden, ist die Utopie von der multikulturellen Gesellschaft in deutschen Altersheimen längst bittersüße Wirklichkeit geworden.

Konkret 01/01, S. 45

Klaus-Dieter Gleitze

Kunst & Gewerbe

Gemeines Kraut

Was passiert, wenn eine Bande deutscher Eichen nachts eine japanische Zierkirsche anpöbelt? Wenn enthemmte deutsche Stiefmütterchen wehrlosen russischen Bärenklau zu Tode prügeln? Deutsche Bosköppe israelische Grapefruits vergasen? Das:

»Springe. Blütenfest gegen ›Pflanzenrassismus‹ // ›Für Artenvielfalt – gegen Pflanzenrassismus‹ heißt eine Veranstaltung mit Hobbykünstlern im Gartenbaubetrieb Bernhard Jaesch an diesem Wochenende in Springe-Bennigsen. Am Sonnabend und Sonntag von 9 bis 18 Uhr können die Besucher in der Allerfeldstraße das Evodia-Blütenfest erleben. Auf dem Gelände stehen rund 1.000 Bäume dieser Art, die auch Duftraute oder Bienenbaum genannt werden. Bernhard Jaesch wendet sich mit seiner Veranstaltung gegen die weitverbreitete Ablehnung ausländischer Gehölze, die er als ›Rassismus‹ versteht. Er wirbt für Artenvielfalt in den Gärten und Anlagen« (»Hannoversche Allgemeine Zeitung«, 5.8.2000).

Das kriegen sie mit Sicherheit auch noch hin, unsere deutschen Hobbykünstler: Lichterketten vor Bäckereien, um gegen den millionenfachen Kornmord in den Öfen zu protestieren. Gibt es eigentlich eine florale Entsprechung zum Rinderwahnsinn, so was wie Petunienbekloppheit?

Konkret 01/01, S. 45

Jürgen Roth

Kunst & Gewerbe

Stadt, Land, Goetz

Es werden der Wunder immer mehr. Am 15. November 2000 verliehen die Stadt Braunschweig und DeutschlandRadio Berlin den seit 1990 auf Eis gelegten, 1944 in strahlendbrauner Mobilmachungszeit von der berühmten Hitlergemeinde gestifteten Wilhelm-Raabe-Literaturpreis hinsichtlich und als eindrückliches Indiz einer »Neukonzeption des Wilhelm-Raabe-Literaturpreises« an ausgerechnet Rainald Goetz für ausgerechnet dessen 1999 der Menschheit aufgebürdetes Werk *Abfall für alle*. Sagenhaft. Nein, das macht ihnen, den Juroren Prof. Heinrich Detering (Uni Kiel), Andrea Köhler (»NZZ«), Eberhard Rathgeb *(*»FAZ«*)*, Hubert Winkels u. a., so schnell niemand nach. An Goetz, Rainald. Keine Sinnestäuschung. Den Wilhelm-Raabe-Literaturpreis erhielt: Rainald Goetz. Und zwar, weil er »zweifellos einer der bedeutendsten deutschsprachigen Autoren der mittleren Generation« sei und die knüppelharten Braunschweiger Kriterien erfülle: »ein in deutscher Sprache verfaßtes erzählerisches Einzelwerk« geschaffen zu haben, das, obwohl die Geschichte mit der deutschen Sprache noch mal zu überdenken wäre, »einen besonderen Stellenwert in der Entwicklung der Autorin oder des Autors markiert«; und er, Goetz, diesen generationellen Stellenmittelwert nicht nur markiere, nein: manifestiere »in seiner Vielfalt, in seinem radikalen Subjektivismus und seiner Forminnovation«.

Sollte Forminnovation die Abwesenheit von Form, Vielfalt rasende Wurschtig- und verzettelte Spinnertheit, radikaler Subjektivismus hysterisch-manisches Geplapper meinen, dann stimmt das alles schon recht einwandfrei und stimmt uns eine weitere Drehung feierlicher. »50.000 Mark überwiesen bekommt jeder gern«, nöckelte die »Taz« (15. November) gar nicht völlig falsch und hymnisierte dann wiederum sehr verkehrt, die Einfuhr jener Gelder durch Goetz, der als Literatur-DJ o.ä. jede Suhrkampmatinee und jede Lesung zur »Party« umfunktioniere und dergestalt eine neuerliche (die wievielte eigentlich?) Erweiterung des Kunst- oder meinethalben Textbegriffes betreibe, bedeute »einen überzeugenden Neuanfang« der Braunschweiger Preisvergabepraxis.

Daß einer im Namen Raabes, einem »der bedeutendsten Erzähler des poetischen Realismus« (Stadt Braunschweig) und nicht unmaßgeblichen Vertreter des bürgerlichen Romans des 19. Jahrhunderts, fünfzig Kilos einstecken darf, daß einer just wegen des Sondermülls, ach, es ist zu schön!, *Abfall für alle* besagter Ehre teilhaftig wird – überrascht bald auch nicht länger. »Wo andere Autoren sich mit dem Studium eines Lexikonartikels begnügt hätten, vertieft er sich in die Raabe-Lektüre«, log die »Taz« und vergaß gleich der gesamten Jury und Braunschweigs Kulturbrummern, einen Blick in eben das tonnenschwere Buch *Abfall für alle* zu werfen, dieses »herausragende Beispiel für die selbstbewußte Formsetzung des Autors« auf »den klassischen intellektuellen Feldern und vor allem (bei) der eigenen Bewußtseinsarbeit«. Bei schwer schuftendem Bewußtsein schrieb Goetz nämlich dort, wo er z. B. »so Klassikdrecksmusik« und »erzählerischen Firlefanz, der mich so krank macht«, bespie: »Ich HASSE die Romantik, das XIX. Jahrhundert, diesen ganzen alten Bullshit.«

Nein, sie lesen nichts, sie haben wirklich von nichts eine Ahnung, sie sind dumm wie Dosenmilch. Und wenn wir gerade die Weltwunder der Kulturwelt bewundern: »Mit dem Wilhelm-Raabe-Literaturpreis hat sich die Stadt Braunschweig in diesem Jahr im Kreis der bedeutenden Literaturpreisstifter zurückgemeldet«, frohlockte das Kulturinstitut der Stadt.

Genau. »Melde gehorsamst: Stadt Braunschweig hat sich im Kreis der bedeutenden Literaturpreisstifter zurückgemeldet!« Gratulation! Gratulation, Gratulation. Gratulation euch allen, Stadt, Land und Goetz grandissimo.

Konkret 01/01, S. 46

Gerhard Scheit

Der Staat auf dem Mond

Von den Schwierigkeiten, Hannah Arendt zu lesen. Ein Beitrag aus Anlaß der Neuausgabe ihrer frühen politischen Texte

Im Streit um ihr Buch *Eichmann in Jerusalem* hat Gershom Scholem Hannah Arendt vorgeworfen, ihr fehle die Liebe zum jüdischen Volk. Die nun in Buchform herausgegebenen Artikel, die Arendt von 1941 bis 1945 für die New Yorker Emigranten-Zeitung »Aufbau« schrieb, sind geeignet, das genaue Gegenteil nahezulegen. Sie kämpft darin gegen die »Verschwörung des Schweigens«, welche jahrelang und weltweit »die Ausrottung der Juden begleitete«, und macht Kampf und Rettung der Juden zur Achse ihres Denkens. Wenn sie dabei auch das Verhalten von Juden und zionistischen Politikern kritisiert, dann spricht sie durchweg in der ersten Person Plural: »Jüdische Politiker haben alles dazu getan, um das jüdische Volk an jüdischer Politik zu desinteressieren ... Es ist gar nicht so leicht, Menschen oder Völker apathisch zu machen, aber wir scheinen es geschafft zu haben ... Wenn wir uns in Gefahr befinden, hoffen wir auf Wunder, und wenn wir relativ sicher sind, fürchten wir uns vor unserem eigenen Schatten; politische Bewegungen wie den Antisemitismus halten wir für naturnotwendig, aber die wenn nicht natürlichen so doch menschlichen Gesetze des Kampfes halten wir für Einbildungen ... Bedenkt man, was diesmal alles auf dem Spiel steht – man könnte das Gruseln lernen.« Mit um so größerer Emphase und Empathie beschreibt die Autorin dann aber den heroischen Kampf der jüdischen Partisanen in Europa.

Was Arendt Anfang der vierziger Jahre von der Anti-Hitler-Koalition und von einer künftigen Nachkriegsordnung forderte, zeigt sie als eine der wenigen, die das Ausmaß der Bedrohung begriffen. Ihre Forderungen wurden nicht oder nur zum Teil erfüllt: Seit 1941 trat sie energisch für die Aufstellung einer autonomen Jüdischen Armee im Rahmen alliierter Kampfverbände ein, schließlich für eine jüdische Vertretung bei den Verhandlungen der Siegermächte.

Von einer Gleichsetzung des Nationalsozialismus mit dem Stalinismus unter dem Titel totale Herrschaft war die Autorin damals noch weit entfernt. Das wird insbesondere deutlich, wenn Arendt die Bedeutung der Oktoberrevolution für die Emanzipation der Juden herausstellen möchte und etwa bei der Beschreibung der Befreiung von Minsk und Wilna hervorhebt, daß es sich bei dem General der sowjetischen Armee um einen jungen Juden handelt.

Widerstand und Identität

Engagement kommt nicht ohne jene Identifizierung aus, die das Gefühl, das doch immer nur einem Individuum gelten kann, auf ein Kollektiv überträgt: die Liebe zu einem Volk. Das »Wir«, in dem Arendt spricht, die Identität, die sie beschwört, ist eine Reflexbewegung der Notwehr, die Liebe zu den Juden vom Haß auf ihre Verfolger nicht zu trennen. Wo sie den Reflex allerdings zur Theorie ausbaut, muß sie Ideologin werden und als allwissende Erzählerin die Geschichte bemühen: »Es ist den Historikern bekannt, daß die Geschichte manchmal Völker durch Jahrhunderte unverändert, mit identischen Charakteristiken behaftet, dahinleben läßt – um sie dann plötzlich, gleichsam aus der Konservenbüchse der toten Zeit in die Lebendigkeit der Gegenwart zu stellen ... Dieses ihr altes und von Historikern immer wieder bestauntes Kunststück scheint die Geschichte unserer Zeit an dem jüdischen Volk neu ausprobieren zu wollen.« Dann aber wird selbst an dieser unmittelbar aus dem Widerstand geschöpften Identität deutlich, daß Identität immer Tod bedeutet: Arendt bezeichnet es als »gute Botschaft«, »daß in dem furchtbaren Morden, das die Nazis angerichtet haben, die Überlebenden zu den Besten gehören werden. Denn die Widerstandslosen und Gefügigen erwartete der sichere Tod.«

Hier läßt sich ein Zusammenhang mit Arendts späteren Bemerkungen zu den Judenräten in *Eichmann in Jerusalem* vermuten – jenen Bemerkungen, die von vielen Verfolgten des Naziregimes als verletzend empfunden wurden. Es war nicht mangelnde Liebe zum jüdischen Volk, aber vielleicht unreflektierte, enttäuschte Liebe, die Arendt verkennen ließ, in welcher realen Situation sich die Judenräte befanden, und die zu der Behauptung führte, den Judenräten sei von den Nazis »eine enorme Macht« in die Hände gelegt worden und sie hätten, wie ihre Manifeste bezeugten, »ihre neue Macht genossen«. Was Arendt dann allerdings aus diesen Manifesten zitiert, erinnert an ihre eigene frühe Hoffnung, daß die Überlebenden zu den Besten gehören werden: wenn etwa Vertreter der Judenräte sich auf »heilige Grundsätze« berufen und als zu Rettende diejenigen bevorzugen, »die zeitlebens für den Zibur (die jüdische Gemeinschaft) gewirkt hatten«.

Immer wieder versucht Arendt in *Eichmann in Jerusalem*, die »Trennungslinie zwischen Verfolgern und Opfern«, die sie in ihren »Aufbau«-Artikeln so scharf gezogen hatte, zu verwischen: Sie verweist auf die Rolle des Kapo-Systems in den Lagern und die Funktion der jüdischen Sonderkommandos; ja, sie spricht Eichmann selbst ein »Gran von Wahrheit« zu, wenn dieser die innerhalb der SS gepflegte Teamarbeit auch als eine zwischen Tätern und Opfern darzustellen sucht, um sich zu entlasten: »Wenn es ... der Betreffende .... nicht gern macht, dann leidet ja die gesamte Arbeit darunter.« Die Frage, unter welchen Bedingungen jemand etwas »gern macht«, mit welchem Entscheidungsspielraum die Judenräte die Macht über Leben und Tod übernahmen, stellt sich Arendt in diesem Zusammenhang nicht. (Doron Rabinovici hat ebendiese Konstellation in seinem neuen Buch *Instanzen der Ohnmacht* am Beispiel Wiens zum Thema gemacht.) Wie in ihrem

Totalitarismus-Buch scheint Arendt später darum bemüht, die besondere Stellung der Juden angesichts des Nationalsozialismus, die ihre Aufsätze aus den frühen vierziger Jahren so energisch betonen, wieder zurückzunehmen. Es ist ein eigenartiger Assimilationsversuch im Theoretischen, der hier unter den Begriffen der »totalen Herrschaft« und der »Banalität des Bösen« stattfindet – möglicherweise eine Folge der Enttäuschung darüber, daß es die »Besten« nicht gab, die ihrem Identitätsdenken entsprungen waren.

Utopie im Kompromiß

Bereits in jener nationalen ersten Person Plural, mit der Hannah Arendt politisch zu sprechen begann, tritt ein signifikanter Widerspruch hervor: Auf der einen Seite begründet die Autorin das auf Arbeit beruhende Recht auf einen eigenen Staat, spricht vom »jüdischen Recht auf Palästina, erworben und gegründet auf jüdische Arbeit« – wie im direkten Gegenzug zu Hitler, der bestritt, daß die Juden jemals einen wirklichen Staat haben könnten, da ihnen von ihrer »Rasse« her die »richtige Auffassung des Begriffs Arbeit« vollkommen fehle. Auf die Anerkennung dieses Rechts durch den arabischen Nachbarn gründet Arendt ihre Hoffnung auf ein friedliches Zusammenleben von Juden und Arabern etwa innerhalb einer Föderation, ja, sie geht davon aus, daß eine Staatsgründung ohne Vertreibungen möglich wäre, möglich sein müsse. Denn vor dem Antisemitismus werde man schließlich auch nicht in einem eigenen Staat, sondern nur auf dem Monde sicher sein.

Auf der anderen Seite erkennt Arendt aber im Phänomen der Flüchtlinge und Staatenlosen im Nachkriegseuropa, daß dieses »durch Arbeit erworbene« Recht auf einen Staat kaum mehr durchzusetzen ist; ein Phänomen wie die »Staatenlosen« zeige vielmehr »deutlicher als alles andere die Krise des Nationalstaates an«. Als Lösung dieser Krise und damit auch als Möglichkeit einer Aufhebung jenes Widerspruchs sieht sie jedoch eine neue, über das Zeitalter des Imperialismus hinausweisende Ordnung der Welt, möglich geworden durch die aus dem Zweiten Weltkrieg hervorgegangene Supermacht USA: »Entscheidend ist, daß es im Interesse amerikanischer Außenpolitik zu liegen scheint, einen neuen Weg zur Lösung von Völkerkonflikten anzubahnen, welcher darauf hinauslaufen würde, kleineren Nationen mit Hilfe der eigenen Macht jenen Boden zu bereiten, von welchem aus sie weiterhin von sich aus in relativer Unabhängigkeit Politik machen können. Diese Real- und Machtpolitik unterscheidet sich von imperialistischer Machtpolitik dadurch, daß sie nicht darauf aus ist, auf Grund der bestehenden Macht unbegrenzt mehr und mehr Macht zu akkumulieren ... Die offenbar von Roosevelt angebahnte Lösung des palästinensischen Konfliktes versucht gerade, ihn aus der tragischen Hölle der Unlösbarkeit, welche die Folge auch des gemäßigtsten Imperialismus ist, heraus in die Sphäre jener Humanität zu heben, in welcher manchmal bessere und manchmal schlechtere und meistens Kompromiß-Lösungen gefunden werden.« Arendt polemisiert gegen jene zionistischen Positionen, die angesichts der sich zuspitzenden Lage in Palästina von einem »tragischen Konflikt« zwischen Juden und Arabern zu sprechen begonnen haben; sie weigert sich anzuerkennen, daß jede Staatsgründung per se Vertreibung und Ausgrenzung beeinhaltet, besteht auf einer contradictio in adjecto, einem menschlichen Staat. Ohne es zu wollen – denn es geht ihr doch um die Gründung eines wirklichen Staats – , formuliert sie eine Utopie im ursprünglichen Sinn des Wortes und denkt einen Staat ohne Ort.

Diese Hoffnung auf eine, letzt- lich durch die USA mögliche Wendung zur humanen Politik hat Hannah Arendt bis zuletzt nicht aufgegeben, wenn auch kaum mehr so offen und direkt artikuliert: In ihrer späteren Theorie über die *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft* ist sie ebenso vorhanden wie in der philosophischen Begrifflichkeit von *Vita activa*. Allerdings wächst die Skepsis im Laufe der Zeit beträchtlich: Die Totalitarismustheorie ist eine Warnung, daß totale Herrschaft sich überall durchsetzen könnte, und in *Vita activa* sieht Arendt schließlich das politische Handeln prinzipiell durch das Arbeitstier (»animal laborans«), in das sich der Mensch verwandle, gefährdet.

Natürlich behielten jene recht, die vor der Gründung des Staats Israel bereits von einem »tragischen Konflikt« zwischen Arabern und Juden gesprochen hatten. Tragik ist der moralische, allerdings parteilose Ausdruck dafür, daß die Menschen auf allen Seiten des Konflikts dem Staat zum Opfer fallen. Die frühen politischen Aufsätze Arendts aber halten das Bewußtsein wach, daß die Tragik nicht das letzte Wort behalten darf; daß von ihr nur gesprochen werden soll, um sie zu überwinden. Sie aktualisieren im Grunde die Kantsche Perspektive des »Ewigen Friedens«: die Hoffnung auf einen »allgemeinen weltbürgerlichen Zustand«, worin die Gegensätze zwischen den Staaten in einem »großen Staatskörper« sich ausgleichen und wo gelten soll, daß »niemand an einem Orte der Erde zu sein mehr Recht hat, als der andere«. Sowenig wie Kant hat sich Arendt dabei allerdings die Frage gestellt, ob ein solcher »weltbürgerlicher Zustand« und ein derartiger »großer Staatskörper« nicht die Abschaffung des Staats – und das heißt jedes Staats – zur notwendigen Voraussetzung habe.

Linke Mißverständnisse?

In den späteren großen Arbeiten Arendts verschärft sich der Widerspruch zwischen dem Wissen über die realen Bedingungen des Nationalstaats und der Hoffnung auf eine realpolitische Wendung zur Humanität. (Die Verschärfung zeigt sich bereits in ihrem 1950 erschienenen Aufsatz »Peace or Armistice in the Near East?« – ihrer letzten großen Stellungnahme zum Konflikt um Israel.) So nähert sich Arendt dem Verständnis des »tragischen Konfikts«: Einerseits legt sie immer klarer die Voraussetzungen des Nationalstaats offen und analysiert dessen Krise als Ursprung totaler Herrschaft,

andererseits besteht sie weiterhin auf der Möglichkeit politischer Handlung und deren Erneuerung im Rahmen des Nationalstaats und zwischen den Nationalstaaten.

Die Rezeption Arendts in linken Kreisen, die seit 1989 geradezu boomt, läuft darauf hinaus, diesen Widerspruch nicht zur Kenntnis zu nehmen. Man schlägt sich fallweise auf eine seiner Seiten. *Warum Hannah Arendt?* fragt sich ein neuer Sammelband aus dem Pahl-Rugenstein-Verlag, versucht also die »Aufklärung linker Mißverständnisse« und liegt doch ganz im Trend. Als Alternative zu Arendt wird hier nämlich die Rückkehr zu Antonio Gramsci anvisiert und in alter DDR-DKP-SEW-Tradition ein taktischer Umgang mit Arendt empfohlen: »Gegen den Neoliberalismus und dessen Ideologie der Politik-Verweigerung hat Hannah Arendt allemal noch gute Argumente zu bieten.« Gegenüber der Begrifflichkeit Gramscis, die zur Frage der Konstitution von bürgerlicher Gesellschaft und Staat wenig beizutragen hat und darum offenbar vom Herausgeber des Sammelbands (Michael Weingarten) bevorzugt wird, bietet Arendt jedoch allemal einen klaren Begriff von den Voraussetzungen der Freiheit unter den Bedingungen von Staat und Kapital: nämlich Unfreiheit. Während Weingarten als Alternative zur Revolution Habermas ins Vokabular Gramscis übersetzt und formuliert, daß »durch sozialistische Intellektuelle, Organisationen und massenmediale Einrichtungen die (bürgerliche) Öffentlichkeit und deren Debattenkultur strategisch besetzt werden müsse, um durch das Hegemonial-Werden demokratisch-rechtsstaatlichen und sozialistischen Gedankengutes in der Öffentlichkeit die Besetzung und Transformation staatlicher Instanzen ermöglichen zu können«, vermag Arendt der Erkenntnis letztlich nicht auszuweichen, daß die Transformation staatlicher Instanzen Grenzen hat (auch wenn noch so heftig debattiert wird) – weil diese Instanzen eben staatliche sind. Im Unterschied zu ihren frühen politischen Texten macht sie sich kaum noch Illusionen über die Notwendigkeit der Ausgrenzung als der Grundlage jedes Staatswesens: »Das Gesetz ist der von einem Menschen erstellte und hergestellte Grenzwall, innerhalb dessen nun der Raum des eigentlich Politischen ersteht, in dem die Vielen sich frei bewegen ... Das Entscheidende dieser politischen Freiheit ist, daß sie räumlich gebunden ist. Wer seine Polis verläßt oder aus ihr verbannt wird, verliert nicht nur seine Heimat oder sein Vaterland, sondern er verliert den Raum, in welchem allein er frei sein könnte; er verliert die Gesellschaft derer, die seinesgleichen sind« (aus: *Was ist Politik?*).

Es gibt etwas in Arendts Theorie – im positiven Begriff der Politik wie im negativen der totalen Herrschaft – , das es verwehrt, die Frage des Gewaltmonopols mit Gramsci oder Habermas auf einen Debattierclub des Allgemeinmenschlichen herunterzubringen und so zu tun, als ginge es hier nicht um eine Frage auf Leben und Tod. Auf diesen inneren Widerstand gegen das Schönreden der Demokratie, das von den Konsequenzen des Gewaltmonopols, von manifester Ausgrenzung und strukturellem Rassismus, nichts wissen will, verweist im genannten Band immerhin der Beitrag von Michael Schöngarth. Als einziger rekurriert er auf den Marxschen Begriff vom Kapital und erkennt folgerichtig, was sich in Hannah Arendts *Elementen und Ursprüngen totaler Herrschaft* verbirgt, ohne daß es – wie in den vulgären Fassungen der Totalitarismustheorie – wirklich zum Verschwinden gebracht wird: das totale Kapital. Arendt habe »das noch immer mögliche Handeln der Subjekte vor Augen. Da dieses Handeln im politischen Raum geschieht, erscheint das totale Kapital nur als implizite Bedingung einer totalen Politik, welche die Bedingungen des Politischen beseitigt ... Im Zeitalter des totalen Kapitals ist die Sphäre des Politischen total kolonisiert.«

Hier liegt tatsächlich der Grund, warum Arendt die Chance auf Politik, auf der sie doch beharrt, konsequent pessimistisch beurteilt und sich stets gezwungen sieht, deren Aporien offenzulegen, ja, darin so etwas wie eine theoretische Form für jene Tragik findet, die sie im Fall Palästinas zunächst bestritten hatte. Politik gilt ihr mit Kant als die Möglichkeit von Freiheit, aber die Bedingungen der Möglichkeit von Freiheit bestimmt das Kapital. Diese Bedingtheit wird allerdings nur negativ sichtbar: überall dort, wo Arendt die Unmöglichkeit von Politik auf den Punkt bringt.

Menschenrechte im Kriegseinsatz

Auf den »tragischen« Konflikt im Politischen stoßen alle, die sich wirklich auf Hannah Arendts Theorie einlassen und ihre Begriffe nicht als Duftmarken zur Abgrenzung akademischer Reviere setzen. So vor allem in der Frage der Menschenrechte. Arendt hat – wie kürzlich auf einer Gegenveranstaltung zum akademischen Arendt-Kult betont worden ist – mit jenem kriegstauglichen Idealismus nichts zu tun, der sich immer wieder auf sie beruft. Gegen die eifernde Predigt universal gültiger Menschenrechte stellt sie die klare Erkenntnis: »Wer im Staat kein Recht hat, hat es nirgends.« Daraus folgt für Klaus Thörner – vor dem Hintergrund der Situation in Jugoslawien – , daß »eine Auflösung der Staatlichkeit ... wenn sie nicht am Ende einer Weltrevolution steht, die weit und breit nicht in Sicht ist, zu Terror, Willkürherrschaft oder einem Volksgruppenrecht« führt, »in dem niemand sich mehr auf Individualrechte berufen kann«. Angesichts dieser Verhältnisse erweist sich, wie Cordula Behrens-Naddaf schreibt, »die Analyse Arendts über die Aporien der Menschenrechte als treffender und zeitgemäßer als die dezisionistischen, scheinbar idealistischen Darstellungen Brunkhorsts, Habermas', Wellmers und anderer Menschenrechtsdiskursler«.

Tatsächlich besaß Arendt im Gegensatz zu dieser universitären Eingreiftruppe nicht nur den theoretischen Scharfsinn, sondern auch den intellektuellen Mut, die Aporien der Menschenrechte offenzulegen und deren innere Konsequenzen herauszuarbeiten: »Die Paradoxie, die von Anfang an in dem Begriff der unveräußerlichen Menschenrechte lag, war, daß

dieses Recht mit einem Menschen überhaupt rechnete, den es nirgends gab«, da »der Begriff des Menschen, wenn er politisch brauchbar gefaßt sein soll, die Pluralität der Menschen stets in sich einschließen muß. Diese Pluralität konnte nur wieder aufgeholt werden ... indem man den ›Menschen überhaupt‹ mit dem Glied eines Volkes identifizierte« (*Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft*). So wie das Kapital im Begriff des Menschen die »Pluralität« ausschließt, indem es jedem seine formelle Gleichheit aufzwingt, so sorgt der Staat dafür, daß dieser abstrakte Mensch seine »Konkretheit« eben nicht in konkreter »Pluralität«, sondern in Volk und Nation erhält – und mit den Menschenrechten daher, wie im Kosovo-Krieg, völkische »Politik« gemacht werden kann.

Zu dieser Konkretheit bedarf es im Falle des Äußersten, wie ihn die Krise herbeiführt, auch der Wahnvorstellung eines »Gegen-Volks«, einer »jüdischen Rasse«, und schließlich der volksgemeinschaftlichen Anstrengung, die solchermaßen Stigmatisierten zu verfolgen und zu vernichten. Die Verfolgten selbst haben aber nur eine Chance, dem verfolgenden Wahnsinn, der in allen Staaten droht, zu entgehen: Wollen sie nicht zum Mond fliegen, müssen sie selbst einen Staat gründen, denn »wer im Staat kein Recht hat, hat es nirgends«. Darin liegt tatsächlich ein tragischer Konflikt im präzisen Sinn – ein Konflikt, der so lange existieren wird, wie es Staaten gibt.

Literatur:

Hannah Arendt: *Vor Antisemitismus ist man nur noch auf dem Monde sicher. Beiträge für die deutsch-jüdische Emigrantenzeitung ›Aufbau‹ 1941-1945*. Hrsg. v. Marie Luise Knott. Piper Verlag, München, Zürich 2000, 244 S., 39,80 Mark

Warum Hannah Arendt? Aufklärungsversuche linker Mißverständnisse. Hrsg. v. Michael Weingarten. Pahl-Rugenstein, Bonn 2000, 192 S., 29,90 Mark

Im Hause des Henkers vom Strick geredet. Mit Beiträgen von Cordula Behrens-Naddaf, Lars Rensmann, Gerhard Scheit, Alfred Schobert, Klaus Thörner. Hg. vom AStA der Uni Oldenburg. (5 Mark; erhältlich bei: HGAS im AstA der Uni Oldenburg, Uhlhornsweg 49-55, D-26129)

Gerhard Scheit schrieb in KONKRET 12/2000 über Peter Weiss im Kalten Krieg

Konkret 01/01, S. 50

Ulrich Holbein

Wiederg□ nger im Doppelpack

Pl□ do□ er f□ r eine Liaison □ □ ischen Walter Moers und Achim Greser

Nach dem Return of the Bisons, Zauberer, Nationalstaaten und ähnlichen Seuchen und Dinos, steht nun auch (wer, wenn nicht der!) Stehaufmann Hitler, mit und ohne NPD-Verbot, samt Guido Knopp, immer öfter wieder auf: mal als Möchtegerninkarnation, die jede serbische Bohnensuppe vergällt und jedes Märchen-Bagdad entsüßt, meist aber als Tyrannosaurus rex aus Weichplastik, als *Adolf* mit Brüllblase: *Äch bin wieder da!!* Gleichwie neulich im Haffmans Verlag Kanzler Kohl in 500 Jahre Kunstgeschichte apokryph zurücksickerte, so expandiert Walter Moers jetzt noch weiter entarteter *Adolf* in jede frühere und spätere Zeit hinein, allwo er – zwischen erneuter Hiroshima-Zerdepperung und Mutter-Theresa-Schwängerung – nicht nur nachvollziehbar bis semi-plausibel sowohl den 1. wie den 3. Weltkrieg auslöst, en passant exakt bei der Clinton-Fellatio aufkreuzt (wobei Dr. Mengele die Gummimaske von Monica Lewinsky aufhat), sowie beider Kreuzigung Christi, anläßlich derer Gott Blitze auf Adolf schleudert, die die Batterien von Adolfs abgesoffnem Zeitreisehelm neu aufladen – neben all diesen hirnrissig welthistorischen Umdeutungen nimmt Adolf sogar Einfluß auf den Karbon-Fisch, der als Lurch an Land kroch! Wenn nicht alles so lieblos in Huschhusch-Trash hingewixt wäre, könnte das eine schöne Mytho-Story sein – immerhin sind Elton John (»like a candle in the wind«), Albert Einstein, Sigmund Freud, Nietzsche, Picasso und Jean Paul Sartre trotz ihrer Einheits-Riechkolben und bei aller schockierenden Abwesenheit von Zeichentalent durchaus erkennbar, und bei Adolf kann man ja als Zeichner dank Hitlerbärtchen und Stirnhaar sowieso selten viel falschmachen. Seltsam, daß die grenzenlos häßlichen Bilder ihrem Erfolg nicht im Weg standen.

Bei Achim Greser hingegen, der die dritte Dimension hinzutreten läßt, weht vergleichsweise ein Hauch von Wohlausgeführtheit, Bildkomposition, Kunstgeschmack. Vielleicht kann hier sogar Nostalgie wachwerden, nach Zeiten, in denen Protest gegen Autobahnbau zwar auch schon nichts half, aber Karikatur noch nach was aussah. Der Schritt von *Adolf* zum *Führer privat* ist der von WC-Graffiti zur Mona Lisa. Selbst anachronistische Szenen, wie der im Führerbunker auftauchende Pizzabringedienst oder die selbsthäkelnde Nicaraguagruppe der NSDAP, sind in ein fahl vergilbtes, faulbraunes Geisterlicht getaucht, wie es ewigen Revenants gebührt. Hitler ohne gültigen Fahrausweis, errötend, angebrüllt in Hanau vom großmächtigen Kontrolleur: »... und ich bin der Kaisa von Schina. Schwarzfahren kost sechzich Mark, fertisch!« – das beleuchtet, innerhalb nicht gänzlich verharmlosenden, relativ ungesprengten Antiquariums, sehr schön die psychologischen Dimensionen von Autoritätskonstellationen. Hitler mit Schneeschaufel ein wenig Neuschnee als persönliche Attacke von Stalin verbuchend – das wäre alles zehnmal närrischer und mythischer und nicht so monothematisch, wenn nicht zugleich der *Kleine-Arschloch-Adolf* noch zehnmal aspektreicher rumblödeln würde, via besagte invasive Übergriffe in Nachbarthemata. Dafür läßt sich *Der Führer privat* als Hausbuch für die ganze Familie immer wieder anschauen, bis hin zum privaten Türklingelknopf »Hitler A./Braun E.«, während die partielle Doppelbödigkeit von *Adolf* (z. B. daß hinter der Maske von Prof. Furunkel Lady Di steckt) den Unwillen des Lesers, so einen Unter-alle-Sau-*Adolf* mehr als einmal zu konsumieren, nicht verkleinert.

Da hilft vielleicht nur eins: Plädiert sei hier für eine Liaison zwischen Walter Moers und Achim Greser, gleichwie die zwischen Adolf und dem geschlechtsumgewandelten Göring (»Vom Führer gefickt ... Die einzige Scheiße, daß ich das Goebbels nicht mehr unter die Nase reiben kann«) – der eine darf nur noch Plots, Blasphemien, Sprechblasengebabbel entwerfen, aber dafür nicht mehr auf Karton gedrucktes WC-Papier beschmieren und bemalen, und der andere liefert zur Auslösung des 5. Weltkriegs angenehm talentierte, herzerhebend kolorierte Bildbeigaben. Und schon wäre eine hegelianische Synthese erreicht, ein Gesamtkunstwerk, eine Anti-Bibel für künftige Welteroberer und deren geklonte Opfer. So oder so: Beide zusammen widerlegen Tucholskys These, daß Buddha zu hoch und Nazis zu niedrig hingen für die Aufgaben der Satire. Und beide kommen bestens in Frage als vorauseilendes Gegenmittel gegen the return of new Puritanismus, Viktorianismus und ähnliche Prüderie-Tendenzen.

Achim Greser: *Der Führer privat.* 44 Zeichnungen. Edition Tiamat, Berlin 2000, 29,80 Mark

Walter Moers: *Adolf. Äch bin wieder da*. Eichborn, Frankfurt a. M. 1998, 24,80 Mark; ders.: *Adolf, Teil 2. Äch bin schon wieder da.* Eichborn, Frankfurt a. M. 1999, 29,80 Mark

---

Von Ulrich Holbein ist im Elfenbein-Verlag gerade der Roman »Isis entschleiert« erschienen

Konkret 01/01, S. 51

Armin Schreiber

What about Oelze?

Aus Anlaß seines 100. Geburtstags würdigt eine Ausstellung der Bremer Kunsthalle das Lebenswerk des romantischen Surrealisten Richard Oelze

Mit 500 Reichsmark, für die er im März 1933 eine Zeichnung an Philipp Reemtsma verkauft hat, nimmt Richard Oelze den – laut Biographie-Legende – letzten Zug über die noch offene Grenze nach Frankreich und erreicht am 1. April Paris. Dort lebt er – Willi Baumeister hatte ihn ausdrücklich davor gewarnt, »mit so wenig loszufahren« – von Baguetteresten, die er in Lokalen sammelt, im Schrank verwahrt und bei Bedarf in Wasser aufweicht, experimentiert zudem wie andere in Paris lebende Künstler mit Drogen und muß – schwarzer Anzug, weißes Hemd, grauer Teint – oft gespenstisch gewirkt haben: wie ein »Sargträger« (André Breton), der den Surrealismus auch als Person überzeugend repräsentierte. Gespenstisch sind auch seine Bilder. Der Maler Fritz Koch (Jahrgang 1951): »Eine Hausstaublandschaft unterm Elektronenmikroskop.« Wer ist dieser Oelze?

In Stichworten: Am 29. Juni 1900 in Magdeburg geboren, Arbeiter- bzw. Handwerkermilieu, »sehr gut« im Zeichenunterricht der Bürgerschule, Lehre an der lithographischen Anstalt, Abendkurse im Aktzeichnen, Gesellenprüfung, Besuch einer sogenannten Rumpfakademie, der Kunstgewerbeschule: Bis dahin – abgesehen von einem kurzen Intermezzo als Geldfälscher unmittelbar nach dem Krieg in Berlin – die damals übliche Karriere für zeichnerisch Begabte aus einfachen Verhältnissen. Meist endet sie in der Entwurfsabteilung einer Firma für Kartonagen oder Tapeten.

Nicht so bei Oelze: Mit 21 erhält er Stipendium und Ausbildung am Weimarer Bauhaus bei Paul Klee, Oskar Schlemmer und Johannes Itten, der vielen Studierenden – wie Beuys 50 Jahre später in Düsseldorf – als eine Art Guru gilt und dessen Vorkurs bereits Grundelemente des Surrealismus antizipiert. Während der sogenannten Dresdner Jahre (1926-29) zeichnet und malt Oelze und beschäftigt sich intensiv mit Fotografie, wobei Otto Dix, mehr aber der u. a. wegen seines »perfiden Naturalismus« allgemein diskreditierte, von ihm jedoch bewunderte Richard Müller spürbaren Einfluß ausüben.

Zwischendurch reist er in die Hochburgen künstlerischer Aktivität der Weimarer Republik – Hamburg, Leipzig, Köln, Düsseldorf – und pilgert dann – andere Bauhäusler, die Frauen in alternativen »Reformkleidern«, sind schon da – nach Ascona, in *das* Künstlerparadies der 20er Jahre. In der fremden Umgebung verflüchtigen sich die neusachlichen Bildvorstellungen der Dresdner Zeit, und es entstehen atmosphärisch dichte Zeichnungen südlicher Bergregionen: Die vegetativen Kleinformen scheinen darauf zu brennen, in andere, fremde Bildwelten zu wechseln. 1930, zurück in Berlin, sieht er hinter Schaufensterscheiben die Reproduktion eines surrealistischen Gemäldes, was ihn – so seine spätere Lebensgefährtin Ellida Schargo von Alten – stark beeindruckt, quasi »erleuchtet«. Der Sprung in den Surrealismus steht unmittelbar bevor. Zeichnungen schließlich aus dem Jahr 1931 wie »Phantastische Komposition« oder »Grotte« signalisieren: Oelze ist gelandet.

In Paris ergeben sich schnell Kontakte u. a. zu Max Ernst, Yves Tanguy und Salvador Dalí, dessen extravagante Frau Gala den pseudo-scheuen Oelze anläßlich seiner Ausstellungsbeteiligung beim »Salon des Sur-Indépendants« auf besondere Weise belobigt: »... die kam auf mich zu und gab mir ‘nen Kuß, das war für die ganzen Surrealisten bestimmend ... und ein ganz großer Erfolg.« Mit der Arbeit »Erwartung«, die zur »Inkunabel des 20. Jahrhunderts« und echten Herausforderung für Exegeten wurde, und Bildern wie »Fernen (eine Landschaft)«, deren anthropomorphe Büsche und Bäume den Betrachter aus tausend Gesichtern in den Blick nehmen und in ihrer bedrohlichen Seelenhaftigkeit eine gestaltgewordene Gegenrealität suggerieren, kommt erstmals das Spezifische seines Werks unverwechselbar zum Ausdruck und er selbst zu erster, bald auch internationaler Anerkennung. So sind Oelzes Arbeiten 1936 u. a. in London (»International Surrealist Exhibition«) und New York (»Fantastic Art, Dada, Surrealism«) zu sehen. Alfred H. Barr jr., Organisator jener »biggest surrealist show on earth« im New Yorker Museum of Modern Art später: »Wochenlang waren wir in surrealistische Kunst vertieft, doch wir sahen nichts, das annähernd so beunruhigend war wie Oelzes Bilder.« Den Krieg überlebt er – 1940 einberufen – als Kartenzeichner.

»What about Oelze?« Anfragen aus dem Ausland führen, nachdem er von 1945 bis Ende der 50er Jahre unerkannt und ohne Resonanz in Worpswede zugebracht hat, zu seiner Wiederentdeckung: Durch die Teilnahme an der Documenta II (1959) und darauf folgende Ausstellungen, die auch Teile des Frühwerks einbeziehen, etabliert er sich im Bewußtsein der kunstinteressierten Öffentlichkeit als einer der großen europäischen Surrealisten. Populär wie Dalí oder Max Ernst allerdings wird Richard Oelze nicht, zumal er weiterhin (ab 1962 in Posteholz bei Bremen) zurückgezogen lebt: bis zu seinem Tod 1980.

Wie steht es um Oelze heute, nachdem der Surrealismus als Bewegung inzwischen auch in den Annalen der Kunstgeschichte eingelagert ist? Bei Sichtung dessen, was im Umfeld der Veranstaltungen zum 100. Geburtstag rezitiert und geschrieben wurde, ergibt sich ein ambivalentes Bild: Oelze-Bewunderer trifft man insbesondere unter Künstlern und Schriftstellern, wobei zunehmend auch Leute vor seinen Gemälden stehen, deren Erstkontakt mit derartigen Sujets via

Fantasy-Film oder Comic à la Moebius, Caza, Cadelo etc. gelaufen ist. Andererseits wird er in *Meyers großem Taschenlexikon*, Taschenbuch des Jahres 2000, skandalöserweise nicht erwähnt. Eine Rolle spielt sicherlich die fehlende Präsenz des Werkes außerhalb von Deutschland. Wichtig auch der Umstand, daß Oelze keine theoretischen Texte hinterlassen hat und seine »spärlichen Äußerungen in Interviews« – so die Kunsthistorikerin Renate Wiehager – »spät und an entlegener Stelle publiziert« sind. Stärker ins Gewicht indessen fällt ein anderer Aspekt: Sein ausdrückliches Bekenntnis zur Figuration, die Mißachtung des Credos der Moderne – »Plus ç´est plat, plus ç´est de l´art« – , jenes Diktums also, demzufolge bildhafte Räumlichkeit obsolet geworden sei usw., aber auch seine »literarisierenden« Bildtitel in einer Zeit, die Bezeichnungen wie »Schichtung 10« oder »Farbwege 67/9« für das Nonplusultra hält, machen Oelze – die Öffentlichkeit meidet er ohnehin – zum definitiven Außenseiter: ein Phänotyp, hochgeschätzt, verehrt, sobald er tot und in der Kunst*geschichte* angelangt ist; diskreditiert, nur von wenigen gestützt, solange er lebt und sich auf seinem, nicht dem allgemeinen, Parcours bewegt. Die kunstkritische Reaktion z. B. auf Oelzes Auftritt im Deutschen Pavillon der Biennale von Venedig (1968) kommt wie aus einem Mund: »Museal«, »anachronistisch«, »unzeitgemäß« und scheint – erinnert sei an die »Jahrhundertausstellung« der Nationalgalerie Berlin, wo er fehlte – bis heute nachzuwirken.

So reichte offensichtlich Oelzes kunsthistorische Aura nicht, aus Anlaß seines 100. Geburtstags eine große Schau am großen Ort mit entsprechender Medienresonanz zu evozieren. Dafür gab es Mitte des Jahres in Hamburg – in der Galerie Brockstedt und der Kunsthalle – zwei kleinere, erstaunlich kompakte Ausstellungen, mehrfach als kontemplatives Highlight bezeichnet angesichts einer vom »vielschichtig« gemalten Bild eher wegdriftenden Ausstellungspraxis. Und es gibt – Schlußakkord und sicherlich dann doch auch für Oelze-Fans ein zufriedenstellender Höhepunkt des Jubiläums – eine Ausstellung der Bremer Kunsthalle (bis 21. Januar), die anschließend (8.2.-22.4. 2001) im Museum der Bildenden Künste Leipzig gezeigt wird: über 100 Exponate des Jubilars, erweitert um einige Arbeiten u. a. von Ernst, Dalí, Tanguy, Dix und Müller. Die Ausstellung ist als »begehbarer Essay« konzipiert, und bei aller Skepsis gegenüber dieser zur Zeit modischen Präsentationsform – hier ist sie sinnvoll, zumal die Kuratorin ihr Vorhaben diskret umsetzt in einer Weise, die den Bildern hilft und sie nicht degradiert zu Trittsteinen eines Beweisganges.

Zu einer interessanten Verdichtung kommt es im »Kapitel« über Oelzes Selbstbildnisse. In der Regel sind solche Porträts im Œuvre eines Künstlers integrierter Bestandteil seiner Kunst-Welt wie Bäume, Steine oder andere Personen auch. Bei Ivan Albright z. B., amerikanischer Maler, Zeitgenosse Oelzes und Surrealist im weiteren Sinne des Wortes, zerfallen Holztür, Möbel, Fische, »Dorian Gray« *und* die Körperlandschaften der eigenen Person unter formal gleichen Bedingungen. Bei Oelze bleiben die Selbstbildnisse im Zustand der »Neuen Sachlichkeit«, während Naturdinge und Artefakte, auch »Frieda«, »Judith«, »Gipsi« über plastisch-vegetative Formen die Bildwelt des Surrealismus konstituieren: verbunden einzig durch »stechende Augen«, mit denen sowohl »Oelze« als auch die anthropomorphen Landschaftsphänomene seines »Naturtheaters« den Betrachter fixieren. Erst mit »Ichmirnoff« (1967/69), dem Quasi-Selbstporträt in romantischem Outfit und ersten Bild einer virtuellen Ahnengalerie, fügt er sich ein in die vom ihm visualisierte phantastische Innenwelt.

In der Gegenüberstellung seiner Arbeiten mit Werken von Dalí, Tanguy, Ernst etc. tritt die – man könnte sagen: deutsch-romantische Dimension als eine besondere Spielart des Surrealismus greifbar zutage. Keine Modifikationen also jener vielzitierten »Begegnung eines Regenschirms mit einer Nähmaschine auf einem Seziertisch«, wie sie Dalí, gestützt auf seine von Freud inspirierte »paranoische Methode«, in Szene setzt, und die dabei oft zum begriffsträchtigen Porno-Rebus mutieren. Sondern – in dem grandiosen Gemälde »An einer Kirche« (1954) z. B. – Zwitter zwischen hypertrophen Mikroorganismen und hocherregten Kobolden in Ruinen bei Mondenschein: eine vertraut unheimliche Gespensterwelt; ein kollabiertes Gen-Tech-Labor.

Auch Yves Tanguy – einig mit Oelze in der Ablehnung jedweder Gedankenakrobatik – entfaltet über die Darstellung extrem farbiger, extrem plastischer Gebilde, die – so scheint es – seit Ewigkeiten in gleißendem Licht auf weiten, unbestimmbaren Flächen stehen, eine ganz und gar andere Welt: im Gegensatz zu Oelzes Traumlandschaften, denen die Tümpel, Teiche, Wiesengründe und Waldeinsamkeiten der norddeutschen Tiefebene zugrunde liegen, erwachsen seine halluzinierten Regionen südlichen Meeresküsten, Steppen und Steinwüsten.

Die Affinität zu Max Ernst indessen ist unübersehbar. Nicht zu den dadaistischen Arbeiten und den Collagen etwa aus »La Femme 100 Têtes«. Wohl aber zu den großen Landschaften aus den 30er und 40er Jahren (»Lust am Leben«, »Totem und Tabu«), in denen Fauna und Flora zu phantastischen Konglomerationen verschmelzen. Ähnlich in Details, aber doch weit entfernt von Oelzes Worpsweder Waldstücken, erinnern sie an wuchernde Vegetationen exotischer Gewächshäuser.

»Ich bin Surrealist«, gibt Oelze 1968 zu Papier. Angesichts seiner Arbeiten kann man ergänzen: und zugleich Romantiker. Mit Blick auf Achim von Arnims »Contes bizarres«, in denen erstmals eine »écriture automatique« riskiert wurde, verweist bereits André Breton, Wortführer der Pariser Surrealisten, auf Beziehungen zwischen beiden Systemen. Daß die Verbindung *hier* über Caspar David Friedrich bis hin zum »romantischen Seitenzweig« der deutschen Renaissance (»Hommage à Altdorfer«, 1955), zu Bosch und Hans Baldung Grien weiter reicht, stellt das Werk Oelzes (wie den Surrealismus generell) in einen größeren und interessanten kunsthistorischen Zusammenhang. Wenn Carl Einstein (*Die*

Kunst des 20. Jahrhunderts, 1926) im Surrealismus eine »Gegenströmung oder Abwehr gegen die technische Zivilisation« sieht, eine Reaktion auf den »Rationalismus des Bürgertums«, der eine Vielzahl von grundlegenden Erfahrungsmöglichkeiten ausschließt, dann beschreibt er genau das, was unter anderen historischen, aber der Struktur nach gleichen Bedingungen schon H. B. Griens Hexen im frühen 16. Jahrhundert via Körpersprache artikulieren.

Im frühen 21. Jahrhundert obliegt die Apologie des Phantastischen u. a. Oelzes »Chimären«, »Todpuppen«, »Gestörten« und »Gehörnten«. Und spätestens seit der Entschlüsselung des menschlichen Genoms haben sie – Vorfreude auf potentiellen Zuwachs? – etwas Heimtückisches im Blick.

Die Ausstellung »Die Söhne des Junggesellen. Richard Oelze – Einzelgänger des Surrealismus« läuft noch bis zum 21. Januar in der Bremer Kunsthalle (Dienstag 10-21 Uhr, Mittwoch-Sonntag 10-17 Uhr). Vom 8.2. bis 22.4. zeigt sie das Museum der Bildenden Künste Leipzig.

Armin Schreiber schrieb in KONKRET 12/2000 über einen Band zu Picassos Lithographien

Konkret 01/01, S. 54

Waltraud Brodersen

Schatz gehoben

Eine Ausstellung im Kunsthaus Hamburg bringt Licht in den Mythos des Künstlers Wols

Peter Schulze und Alfred Otto Wolfgang Schulze werden bei den täglichen Appellen auf dem Hof des Lagers Les Milles nebeneinandergestanden haben. Nach den Aufzeichnungen von Alfred Kantorowicz über sein Exil in Frankreich führte Peter Schulze eine Hafenkneipe in der Altstadt von Marseille und war verheiratet mit einer dunkelhäutigen Frau aus der französischen Kolonie Senegal. Das Ehepaar bot vielen Flüchtlingen und NS-Verfolgten Unterschlupf. Mit dem Einmarsch der deutschen Wehrmacht in Frankreich im Mai 1940 wurde Peter Schulze, wie alle in der Republik befindlichen Deutschen, als unerwünschter Ausländer eingestuft und interniert. In die Ziegelei des südfranzösischen Dorfs Les Milles bei Aix-en-Provence verbracht, gehörte er zu den über 2.000 Inhaftierten, die mit dem berüchtigten »Train fantôme« Ende Juni 1940 aufbrachen, um in einer Fahrt quer durch Frankreich entlang den Pyrenäen die Atlantikküste und den noch unbesetzten Ausreisehafen Bordeaux zu erreichen. Kurz vor dem Ziel stoppte der »Geisterzug« aufgrund einer unbestimmten Order – »Die Deutschen sind in Bayonne. Rette sich, wer kann« – und kehrte um. Die Internierten mußten in Nîmes ihre Waggons verlassen und während des Sommers im Zeltlager Saint-Nicolas auf freiem Feld hinter Stacheldraht campieren. Peter Schulze verließ den Zug schon in Bayonne, um sich allein nach Marseille durchzuschlagen. Über sein weiteres Schicksal erhielt Kantorowicz nur die Information, Schulze sei später in die Hände der Gestapo gefallen und umgekommen.

In dem Geisterzug befanden sich neben Kantorowicz prominente Schriftsteller, Musiker und bildende Künstler wie Lion Feuchtwanger, Max Ernst, Heinrich Maria Davringhausen, Anton Räderscheidt, Max Lingner, der Fotograf Willy Maywald, der Kunsthistoriker Max Raphael und auch Alfred Otto Wolfgang Schulze. Er hatte bereits eine Odyssee durch ganz Frankreich hinter sich, als beide Schulzes in Les Milles zusammentrafen. 20jährig war er, angewidert durch Unkultur und Terror der Nazis, 1933 endgültig nach Paris gezogen, ausgestattet mit Empfehlungen des Bauhauslehrers Lászlo Moholy-Nagy. Durch Verweigerung des Reichsarbeitsdienstes und als Deutscher ohne Papiere erhält Schulze keine Arbeitserlaubnis und gerät ständig in Legitimationsschwierigkeiten gegenüber französischen – zwischenzeitlich auch spanischen – Behörden. Von seiner Freundin Gréty Dabija in die Pariser Surrealistenszene eingeführt, avanciert er dennoch als Porträtfotograf und bekommt die Chance, exklusiv auf der Weltausstellung 1937 den Modepavillon fotografisch zu dokumentieren. In dieser Zeit erreicht ihn ein Telegramm mit seinem zu »Wols« verstümmelten Namen, den Schulze seither als Nationalität verbergendes Künstlerpseudonym nutzt.

Nach dem deutschen Überfall auf Polen und der anschließenden Kriegserklärung der Franzosen ans »Dritte Reich« muß Wols sich Anfang September 1939 im Pariser Stade de Colombes einfinden. Alle Deutschen und Österreicher, die sich im Land aufhalten, werden interniert, gleich, welchen Standes, Geschlechts, welcher Herkunft und Gesinnung. Sie werden mit Zügen auf verschiedene Lager verteilt – Wols landet zunächst in der Ziegelei von Neuvy-sur-Barangeon, dann geht es in eine Glasfabrik nach Montargis, von dort in den Süden nach Les Milles und Saint-Nicolas. Durch die Heirat mit Gréty im August 1940 genießt er den Schutz ihrer französischen Staatsbürgerschaft, wird entlassen, muß sich aber bis Kriegsende vor dem Zugriff der Nazis und ihrer Vichy-Schergen in Cassis und dann in Dieulefit bei Montélimar verstecken.

Aus der Illegalität 1945 nach Paris zurückgekehrt, findet sein in Südfrankreich entstandenes Werk von Zeichnungen, Aquarellen und ersten Ölbildern Anerkennung bei Sammlern und Künstlerfreunden wie Henri-Pierre Roché. In ständiger Geldnot und prekärer gesundheitlicher Verfassung wird Wols materiell und finanziell unterstützt von einflußreichen Pariser Persönlichkeiten wie dem Galeristen René Drouin und dem Schriftsteller Jean-Paul Sartre. Trotz schwerer Alkoholabhängigkeit als Folge seiner Lageraufenthalte schafft Wols in wenigen Jahren ein großartiges malerisches Œuvre, mit dem er den Tachismus in Europa begründet (tache = Fleck). Der junge Maler Georges Mathieu erinnert sich an die nachhaltige Wirkung eines Besuchs der ersten Ausstellung von Wols-Bildern bei Drouin am 23. Mai 1947: »Vierzig Gemälde: vierzig Meisterwerke! Jedes zerschmetternder, aufwühlender, blutiger als das andere: ein Ereignis, ohne Zweifel das wichtigste seit den Werken van Goghs. Der selbstverständlichste und scharfsinnigste Schrei, das pathetischste Drama eines Menschen, der Menschheit. Ich kam aus dieser Ausstellung ganz erschüttert heraus. Wols hatte alles vernichtet.« Tragisch das Ende: Nach einer Entziehungskur und während eines Erholungsaufenthalts in der Provinz zieht Wols sich durch den Verzehr von verdorbenem Fleisch eine Vergiftung zu und stirbt am 1. September 1951 in Paris.

Eine bemerkenswerte Ausstellung im Kunsthaus Hamburg zeigt nun – parallel zum grafischen Werk in der Hamburger Kunsthalle und zu originalen und autorisierten Fotoabzügen in den Räumen der Griffelkunst-Vereinigung – anläßlich des 50. Todesjahrs des Künstlers ein repräsentatives Ensemble von Aquarellen, Zeichnungen und Notizblättern aus der Zeit der Lageraufenthalte und Illegalität. Die bisher nur vereinzelt und seit den späten sechziger Jahren nicht mehr öffentlich zugänglichen Arbeiten bieten angesichts ihrer Vielzahl und Homogenität in erstaunlich künstlerischer Dichte ein einmaliges Spektrum zwischen persönlichem Erleben und historischer Information.

Ein Schatz kommt hier zu Tage, der lange im Verborgenen ruhte, während sich der Mythos Wols, des »peintre maudit«, des »genialen Alkoholikers«, des »phantastisch gegenstandslosen« Malers bildete – passend zu den politischen Verdrängungsstrategien der fünfzifer Jahre, in denen Ungegenständlichkeit und Abstraktion in der Kunst dafür herhalten mußten, die politische Vergangenheit zu negieren, neuen unbelasteten Aufbruch in die Freiheit zu suggerieren und den Anschluß Europas an die offene westliche Weltkunst zu ermöglichen. Unter solchen Vorzeichen wurden Bilder, die mit dem Präfix informell, tachistisch, gestisch oder abstrakt-expressionistisch versehen waren, zu Unrecht falsch interpretiert. In diesem Klima konnte die erste, durch Hinweise auf Lager und Fluchtschicksal geprägte Phase der Papierarbeiten von Wols kaum mit Interesse rechnen.

Es ist seiner Witwe Gréty zu verdanken, daß gerade diese subtilen, historisch bedeutenden Aquarelle zusammengehalten wurden. Diesen Nachlaß betreut in seinem wesentlichen Bestand seit Grétys Tod 1984 ihr dritter Ehemann Marc Johannès. In einem längeren Annäherungsprozeß und mit Unterstützung vieler Kontaktpersonen ist es dem Leiter des Kunsthauses, Claus Mewes, und dem Geschäftsführer der Griffelkunst, Harald Rüggeberg, gelungen, den bei Paris zurückgezogen lebenden Besitzer zu bewegen, einen Teil des Nachlasses zur Verfügung zu stellen.

In der sachlichen White-cube-Atmosphäre des Hamburger Kunsthauses entfalten die kleinen Exponate ihre Brisanz: Keine surrealen Traumwelten, sondern markante Orte, Architekturen aus Les Milles und Marseille, Hinweise auf konkrete Ereignisse und identifizierbare Personen treten vor Augen. Im Hafenbecken und auf Bergrücken festliegende Schiffe vermitteln das aussichtslose Warten auf eine rettende Schiffspassage nach Übersee, im Sandhügel endende Gleise, ein Galgen als Stopzeichen und ein Viehwaggon ohne Räder erinnern an den »Train fantôme«; rote Backsteine, Mauern und Schlote sind Wahrzeichen der als Lager dienenden Ziegeleien Neuvy und Les Milles. Flugmaschinen aller Art, ebenso bedrohlich wie skurril, deuten auf den nahegelegenen Flugplatz und auf Bombardements des Lagers aus der Luft. Marseiller Ambiente am alten Hafen mit den eisernen Trägern der Schwebefähre »Pont Transbordeur«, mit der Einfahrt zwischen dem Fort St. Jean und dem Château d'If, mit der Kirche Saint-Vincent de Paul am Ende der Canebière rufen Beschreibungen wach, die aus der Exilliteratur bekannt sind.

Eine echte Sensation ist die im Katalog zur Ausstellung nachzulesende namentliche Entschlüsselung von Personen aus dem Kreis der Lagerbekanntschaften des Künstlers anhand der Aquarelle. »Le petit bar au camp« (1940) zeigt vorwiegend Flaschen wie Gläser und gibt eine Situation wieder, die der Fotograf Maywald beschrieben hat: »Wir Untauglichen kamen nochmals in ein anderes Lager. Es war eine alte Glasfabrik in der Nähe von Montargis ... Weil die Glasfabrik wertvolle Flakons für Parfüm angefertigt hatte, standen in den dunklen Gängen noch große Kisten mit den schönsten Flaschen herum. Wir benutzten sie für Wein und Wasser. Diese kostbaren Flakons in der armseligen Umgebung erinnerten an surrealistische Bilder ... In diesem Lager traf ich auch Wolfgang Schulz, der später unter dem Namen Wolz als Maler lebte. Er zeigte mir seine Zeichnungen, die ganz anders waren als alles was ich bis dahin gesehen hatte, und die mich deshalb interessierten.«

Neben einem Aquarell mit schwebenden Notenlinien, Musikinstrumenten und schwankenden Architekturen, das auf den Pianisten Ernst Engel verweist, gilt eine weitere Entdeckung dem Radiopionier und Schriftsteller Karl Wilczynski. Wie Wols hatte er eine Tour von Berlin über Paris und das Stade de Colombes bis nach Les Milles hinter sich, als er Freundschaft mit dem Künstler schloß und von ihm in einer szenischen Federzeichnung festgehalten wurde. Auf der Flucht aus dem Lager besuchte er Wols und Gréty in Cassis und beschreibt in dem 1946 mit verschlüsselten Namen erschienenen Roman *Abenteurer wider Willen* eindrucksvoll die katastrophale Lebenssituation im Versteck der beiden.

Von Peter Schulze ist bis jetzt kein Zeugnis unter den Bildern von Wols gesichtet worden. Allerdings gibt eines der schönsten Aquarelle einen Anhaltspunkt. »La danseuse noire / La négresse« (1940) steht vielbeinig im Zentrum einer mehrdeutigen Szenerie mit Bar-Ambiente, Lagerarchitektur und drei gestikulierenden Figuren. Im Kostüm der Schwarzen erkennt man die Skyline der Lagerhäuser am Marseiller Hafen. Es ist naheliegend, in dem von Anna Seghers in ihrem Roman *Transit* porträtierten Paar, Binnet nebst farbiger Freundin, die Personen wiederzuerkennen, die Kantorowicz als das anfangs erwähnte Ehepaar Schulze entschlüsselte. Er schildert, wie die Senegalesin regelmäßig an der Mauer der Ziegelei Les Milles erschien und darauf wartete, daß ihr Mann sie bemerke. »Dann hatten Kameraden im Hof ihn auf ihre Schultern gehoben, so daß er über die Mauer hinwegsehen und seiner Frau und seinem Kind zuwinken konnte.«

Ausstellung und Katalog nehmen die Diskussion um Wols mit Blick auf die neuen Spuren auf, die in Zusammenarbeit mit der versierten Historikerin Doris Obschernitzki offengelegt wurden. Sie hat als Spezialistin für die Internierungslager in Frankreich einen Beitrag zum Schicksal von Künstlern und Intellektuellen in Les Milles nebst einem lexikalischen Anhang ihrer Biographien verfaßt. So thematisiert das Kunsthaus-Projekt einen Zusammenhang von Kunst und Geschichte, der mit Blick auf die Verschränkung von surrealistischer und informeller Phase im Werk von Wols nun weiter untersucht werden kann.

Wols. Aquarelle, Zeichnungen und Notizblätter aus dem Besitz von Marc Johannès. Kunsthaus Hamburg, noch bis 21.1. 2001, Klosterwall 15, 20095 Hamburg, Di-So 11-18 Uhr, Do 11-21 Uhr. Katalog Christians Verlag, Hamburg 2000, 45

Mark

Literatur zum Thema:

Doris Obschernitzki: *Letzte Hoffnung – Ausreise. Die Ziegelei von Les Milles. Aix-en-Provence 1939-1942. Vom Lager für unerwünschte Ausländer zum Deportationszentrum*. Verlag Hentrich & Hentrich, Teetz 1999

Lion Feuchtwanger: *Der Teufel in Frankreich. Tagebuch 1940. Briefe*. Aufbau Taschenbuch Verlag, Berlin 2000

Alfred Kantorowicz: *Exil in Frankreich. Merkwürdigkeiten und Denkwürdigkeiten*. Christians Verlag, Hamburg 1983

Anna Seghers: *Transit*. Roman. Aufbau Taschenbuch Verlag, Berlin 2000 (überarb. Neuauflage Frühjahr 2001)

Willy Maywald: *Die Splitter des Spiegels. Eine illustrierte Autobiographie*. Verlag Schirmer/Mosel, München 1985

Waltraud Brodersen ist Kunsthistorikerin, freie Kuratorin und Mitarbeiterin des Museumsdienstes in Hamburg

Konkret 01/01, S. 56

Jürgen Roth

Der Löwenentwerter bei der Adlerkritik

Über die Tier-, Pflanzen- und Menschenbiotope des Zeichners und Dichters F. W.Bernstein

»Ich liebe die Amseln, den Dompfaff, den

Specht ...«

Giacomo Puccini

»... am Nebbich mitzumachen, nicht die Verführung durchs Lukrative, nicht der Schritt zum Erfolg ... Offnen Auges tun, was für die Katz ist.«

F. W. Bernstein

Wenige Sätze vor dem Ende sinniert der letzte Trotta in Joseph Roths Roman *Die Kapuzinergruft*: »Es schien mir mein Lebtag, daß die Menschen, die Tiere lieben, einen Teil der Liebe den Menschen entziehen, und besonders gerechtfertigt erschien mir meine Anschauung, als ich zufällig erfuhr, daß die Deutschen aus dem Dritten Reich Wolfshunde lieben, die Deutschen Schäferhunde. ›Arme Schafe!‹ sagte ich mir da.«

So richtig Roth lag, das absonderliche Regiment der Köter und Katzen über den Alltag selbst kluger Menschen eine emotionale Schwerverdummung zu nennen, wenn das gewöhnliche Leben mal ruht, darf man sich auch den Wieseln, Weberknechten und Warzenschweinen zuwenden, aus der Distanz der Kunst und mit deren Instrumenten.

F. W. Bernstein, der nicht nur mir, sondern auch anderen intelligenten Zeitgenossen als der größte Zeichner des zwanzigsten Jahrhunderts gilt – während die in ihrem zähen Sputum jede Aufmerksamkeit und jeden Gedanken erstickenden Feuilletonfickrer den emeritierten Berliner Karikaturprofessor und Poeten von mindestens Europarang derart inständig ignorieren, wie's ihre Brummschädeligkeit ihnen einflüstert – : Bernstein-Weigle, der Linienartist, weiß natürlich, daß man der Kreatur gefälligst nichts antut, außer Gutes. Und da zu 98,9 Prozent gut ist, was Bernstein tut, warnt er, in dessen lyrischem Alter ego der gefährliche Zuckerstreuer schlummert, der das Tier in uns weckt, warmherzig: »Zeichne nie ein Tier zum Spaß / tust Du's trotzdem, merk Dir das: ... / Streng geschützt vor Deinem Strich / sind der Kauz, das Huhn und ich.«

Weit reicht Bernsteins Güte, eine miniaturistische theologische Respekthaltung gegenüber dem Schwachen. Nicht aber darf der zarte Fiederling, der vor dem Parkbankhocker herumflötet, -flirtet und -flattert, »singen / von Wollust und wildem Weh«. »Kleiner Vogel – ach, / mach mich nicht schwach«, bittet der Tiertenor, womöglich Adornos Amsel gedenkend, die, hohe Lieder schmetternd und schnatternd, jenen schauderlich schreckte; um, wir schlagen Seite 81 des bescheiden prächtigen Bandes *Elche, Molche, ich und du – Tierreime* eiskalt um, die Anarchistensau rausreiten zu lassen: »Und mein Tier ward Wort: / SCHRONDLPFARZ«.

Ein Schwein unterbreitet dem schwarzen Schnitter, wohl vergeblich die Fesseln des Erdenschicksals lösend, die Offerte: »Zwanzig Stückchen Käsebrot, / einunddreißig Veilchen / biet' ich Dir, Gevatter Tod, / verschon mich noch ein Weilchen.« Dem Weilchen die Ewigkeit abzutrotzen, dazu taugte ein maritimes Käsebrot nie. Deshalb ficht Bernstein mit sämtlichem Recht des Verwuselungsbehaglichkeitsherstellers die Meeresfauna und die dort waltenden Biestig- und Borstigkeiten an: »Unter Fischen, da geht's zu! / Buh!«

Während sich maulspreizende Karpfen und dolle Hechte nahrungsverkettet verschlingen, hüpfen die Harmlosen zu Gottes und Bernsteins Pläsier. »Im Gedicht und in der schönen Rede«, bescheinigt er den artikulationslosen, krächzenden, pfeifenden und sirrenden, den legasthenisch drolligen Kumpanen via Vorwort, »sind sie alle vorhanden und zugange auf allen Versfüßen im Reigen seliger Elche«, welche waren früher selber welche. Sie sind samt und sonders nicht von Gottes, sie sind, viel strahlender und runder und chaotisch krabumbelnder, von Bernsteins Wort – erschaffen, nicht zu raffen: nein, zu gaffen, zu laffen, zu ertragen und herauszufordern des liebevollen Lästerers lachenden Reim.

Bernstein steht mit dem Vers auf grundgutem und schillernd elegantem Fuß, so himmlisch und souverän, daß die Zeilen hüpfen quick- und quieklebendig, der Trauer meist abhold, sich schmiegen und anschmiegen, ausscheren, rumpeln, poltern und surren, wie sie Lust haben und lustig sind. Der Adler jedoch ziehe sein warmes Federkleid an! Der Adler, der muß Obacht geben, sonst frißt ihn des Schöpfers Bernstein Realsymbolkritik. »Immer schön den Sinn flach halten. Kuckuck!« lehrt Weigle einleitend, und das Gedicht »Der Bedeutungsträger« extemporiert zu den Defiziten des Wappenwesens: »Der

Adler ist sowohl / real als auch Symbol! / Als letzteres bedeutet er / Gewalt und Geilheit, Macht und Ehr, / Durst, Hoffnung, Staat und Gnade. / Was? Geilheit nicht? Wie schade.«

Schade ist, daß Bernsteins Balladen, die, wo geboten, distinguiert die Grenzen der Erkenntnis des Animalischen zur Sprache bringen (»Der Fisch streicht durch die Wellen / Im nassen Element. / Kein Dichter kann erhellen, / Was ihm im Herzen brennt«), daß diese unerhört maßvollen, lichten, diese komprimiert generös komischen und schweifenden Poeme nicht zu Leitmotiven oder »Leitbildern« (Adorno) der feisten »Berliner Republik« heranwachsen. Not täte er, der »Kurssturz«: »Reden wir vom Vogel Specht. / Sein Symbolwert: ziemlich schlecht. / Das ist gut so; Specht bleibt Tier. / Wie wir! // Löwe muß entwertet werden; / viel zu hoher Sinnverbrauch. / Auf der Meise ruht der Segen! / Und auf Bilch und Zeisig auch.«

Immerhin: Mit Bernstein wirkt – für Fortschrittliche und Bedeutungsverweigerer – ein Sänger, der die Ideologie- zur Petzkritik (»Der Bär ist ordinär«), die Ethik des dekonstruktivistischen Tiersymbolismus zur Kritik der Wachtel, die deren Friedsamkeit preist, und zur »Molchkritik« weitet. Sein gedichtliches Lob des Kollegen Volker Kriegel spenden wir ihm und der ganzen, von Dichterhand gefügten Schar: »Adorno hätt es Spaß gemacht, / vielleicht hätt er auch aufgelacht, / wär er nicht schon sturztrunken / dir um den Hals gesunken.«

Gesunken und versunken ist nicht lediglich die »Titanic«, dito Weigles Göttinger Jahre als Kunsterzieher (1972-1984), nachdem er die Frankfurter »WimS«-/«Pardon«-Freunde Robert Gernhardt und F. K. Waechter zugunsten der Didaktik hatte leider hockenlassen (müssen), sind passé – und endlich dem kleinen, edlen Satzwerk Verlag den durch Peter Köhler herausgeberisch betreuten Band *Der Untergang Göttingens und andere Kunststücke in Wrt & Bld* wert. Der multipelproduktiv zeichen- und schriftaktive, »inkalkulabel, ja inkommensurabel« (Köhler) fuhrwerkende und filigrierende Beobachter und Flaneur, Milieustudierer, Versebauer und Nonsensreimer fertigt hier gelegentlich einer Ode an die semiberühmte Galerienkneipe Apex eine Adorno i. S. der geheimen Programmatik der Neuen Frankfurter Schule ins Wahre verdrehende und auf die Füße stellende Wendung (die ich jahrelang Hermann Gremliza zuschrieb; Bernsteins Text entstand 1991; die Philologen sollen klären, wer's war!): »Sie proben den aufrechten Sitz. Der Zapfer, sagt man, sei tapfer, / flinker der Trinker – doch halt: gab's nicht das Bier nur aus Flaschen? // Wir unterbrechen das Epos, um die angetrunkene Frage / zu klären. / Bitte, Herr Prof. Adorno: / ›Es gibt kein richtiges Leben in Flaschen.‹ / Danke! Wir kommen nun zum Untergang Göttingens.«

Die permanente Havarie der geduckten Kommune des Wissens und der Forschung bot Bernstein Anlässe reichlich: Anlässe, ja Anstöße zur Niederwerfung und Niederzwingung und eigentlichen hochschönen Niedermachung der provinziell-institutionellen »Theorie-Praxis-Bezüge« etc. »Großer Vogel Wissenschaft / Dich find ich so fabelhaft«, beplaudert der plietsche Spatz die plunzige Henne, die doofe, und der Hund, der dumme Hund? »Auf Hundescheiß kann man verzichten! / Ich werde Göttingen vernichten«; und doch heben die Zumutungen des Lehrer- und (freien) Zeichnerlebens Momente stillen Glücks bei der Betrachtung von Straßen, Häusern, Kirchen auf. Den Realismus gegen den (realsymbolischen) Realstuß sacht zu inthronisieren und der bürokratischen, der kapitalistischen Betriebswurstelei die »Würde des Zwecklosen«, der Kunst, vor die Nase zu setzen, gilt Bernstein, der durch Gebäudelandschaften, Fauna und Flur räubert, unendlich mehr denn's Muckertum der Mäzen- und Medienpinsler. Interessiert und fahrig, nonchalant und punktgenau, strichfulminant und detaildetailliert inspiziert er den Kosmos, und er vermeldet Dinge, die »die schnelle, glatte Pointe« (Köhler) nicht brauchen: »Auf dem Mittelberg werden, was Ihnen auch auffallen wird, wenn Sie zum Bismarckturm oder zum Kehr wollen, viele Kiefern gefällt. Eigentlich schade um die schönen Bäume, aber ehrlich gesagt, es gibt noch genug Kiefern auf dem Mittelberg, und darum meine ich eigentlich: Es gibt genug!«

»Hieße F. W. Bernstein Robert Gernhardt, wäre er berühmt«, lobt Peter Köhler, implizit wider die hiesige kulturgenetische Taub- und Blindheit und Weltvergessenheit protestierend, den Schöpfer wunderbar sinnfrei-freizügiger Tier-, Pflanzen- und Menschenbiotope. Beneiden muß ihn, besitzen muß sein göttlich', sein gefiedert' Werk ein jeder.

F. W. Bernstein: *Elche, Molche, ich und du – Tierreime*. Verlag Antje Kunstmann, München 2000, 129 Seiten, 19,80 Mark

Ders.: *Der Untergang Göttingens und andere Kunststücke in Wrt & Bld*. Satzwerk Verlag, Göttingen 2000, 190 Seiten, 29 Mark

---

Jürgen Roth schrieb in KONKRET 11/2000 über Albrecht Fabris gesammlte Schriften

Konkret 01/01, S. 58

Werner Jung

Buch & deckel

Alexander Osang: Die Nachrichten. S. Fischer, Frankfurt a. M. 2000, 446 Seiten, 39,90 Mark

Wäre er doch nur bei dem geblieben, was er kann, wofür er mehrfach ausgezeichnet worden ist und seine Brötchengeber ihn schließlich auch bezahlen: bei der Reportage. Nun aber hat sich der heutige »Spiegel«-Redakteur Alexander Osang aufs schwierige Feld des Romanschreibens begeben – und hat sich dabei mächtig verhoben. Eitelkeit? Neugier? Befindlichkeitserkundung?

Freundlich, wie Klappentexte aus der Verlagsbranche zu sein pflegen, heißt es: »Ein Buch über die Medienwelt und das schillernde Wesen der Wahrheit: ein ebenso scharfsinniger wie scharfzüngiger Gesellschaftsroman über das Deutschland der 90er Jahre.« Oha. Was man dagegen wirklich liest, ist eine Scharteke, die vor allem ungehörig dick ist und gehörig langweilig obendrein. Wobei die Story kurz erzählt ist: Der aus dem Osten stammende Jan Landers steigt kometenhaft nach der Wende auf, wird Nachrichtensprecher und hat noch eine glänzende Zukunft vor sich, als das Gerücht über seine frühere Stasi-Tätigkeit aufkommt, genährt aus trüber Quelle, aber mit tatkräftiger Unterstützung durch die entsprechende, um die eigene weitere Legitimation bemühte Behörde sowie eine karrieregeile Journalistin eines bekannten Hamburger Organs und einem nicht minder vom Erfolg delirierenden Ost-Journalisten. Es kommt, nein, schlimmer noch, nicht, wie es tragischerweise hätte kommen können, sondern das Gerücht entpuppt sich am Ende als Ente; der good boy und Strahlemann darf wieder auf die Mattscheibe, die Bösen bleiben derweil auf der Strecke, und Kollege Landers geht samt Millionärstöchterlein in eine noch weit glänzendere Zukunft – Blende ab. Ende gut, alles gut. Wen stört's, daß er zwischendurch einige Blessuren davongetragen hat. Die Leser gewiß nicht.

Wohlmeinendere Rezensenten haben davon gesprochen, daß es Osang gelungen sei, die Szene – übrigens mit hohem Wiedererkennungseffekt – , wie man so sagt, treffend zu beschreiben. Aber, dieser Erzähler riskiert dabei nichts: Seine Story dümpelt so dahin, versackt endlich im Bodenlosen des mit Aufwand inszenierten Gerüchts – einer muß sogar dafür ins Gras beißen (Gottesgericht!); zu viele konturenlose Personen sind ins Spiel hineingemischt, hölzern und stereotyp rattert und knattert die Dialogmaschine. Es fehlt die ordnende Hand des Erzählers und Kommentators, die den zäh und stockend sich dahinwindenden Erzählfluß aufbereitete und den sich im Schlummer wiegenden Leser wieder mit Überraschungen aufschreckte.

Das Schlimmste noch: Lieschen Müller und Peter Schmitz werden sich einmal mehr bestätigt fühlen, denn es ist alles genauso, wie sie es sich – kritisch gegenüber den Medien und der Politik eingestellt – immer schon vorgestellt haben, jetzt hat man es erneut wieder aus berufener Journalisten-Feder erfahren. Von wegen Klischees! Journalisten sind tatsächlich Geier, Politiker schlimmstenfalls kriminell, Gerüchte wahrer als die Wirklichkeit bzw. wirklicher als die Wahrheit; zudem können (und wollen) sie sich einfach nicht verstehen, Ossis und Wessis. Never ending story. Alles schon tausendmal gehört und gelesen. »Ostgeruch« bleibt halt Ostgeruch, forever stinking. Dann die endgültige erzählerische Kapitulation, nächtens in Landers Bett: »Landers redete und begriff, daß er nicht beschreiben konnte. Es war eine Kindheit ... Irgendwann schlief sie ein.« Sic! Dixit!

Konkret 01/01, S. 58

Michael Rudolf

Buch & deckel

Stephan Maus: Alles Mafia. Eine Gangsta Rhapsodie. Rowohlt Berlin, Berlin 2000, 144 Seiten, 29,90 Mark
Marko Martin: Der Prinz von Berlin. Quadriga-Verlag, Berlin 2000, 560 Seiten, 39,90 Mark

Stadtpläne sind neuerdings Literatur. Seit Schröder und die Seinen in ihr herumstreunen, zieht die dümmste Stadt der Welt wie ein Magnet alle »witzigen und respektlosen« Leute an, die in sie hineinpassen (wollen). Die lesen dann zur Einführung Berlin-Bücher mit ganz viel Berliner Straßen- und Clubnamen drin, zu derem coolen Habitus es gehört, sich trotzdem nicht gern als Berlin-Bücher bezeichnen lassen zu wollen.

Stephan Mausens Rhapsodie ist von solchem Kaliber. Zwei Sätze: ein erster und ein letzter, dazwischen ein Monolog mit weit aufgerissenem Maul. Eine Dr(ei)ecksgeschichte mit Zigarettenmafia und ganz viel Paffen. Man merkt es gleich: Der Mann ist ein metaphernstalinistischer Tonnenideologe. Insofern stimmt der Untertitel: Das Eingeklammerte rast durch eine hasenwilde Assoziationskette aus Pennälerwitzchen, Phrasenkompost und -komposita und nerviger Originalitätssucht. Leider zuviel Sätze ohne Verben. Der Rest ist Ingo Appelt. Man sieht die zugereisten Schwäbinnen gackernd schon ihre Schenkel patschen: »Huch, Großstadt, schlimm. Und wie böse.« Det is Baalin. Man verlangt ja nicht, daß einer all das, was er beschreibt, auch erlebt haben soll, aber dann möge er bitte seine Sache wenigstens gut machen. *Alles Mafia* tönt sehr nach Krafftmeyerei und ist am Ende wirklich nicht mehr als die Summe seiner Wörter. So schreibt einer, auch auf die Gefahr hin, sich gewiß keine Feinde zu machen, weil die Feuilletons nur darauf warten, so was »Worttornados« und »Aber hui!« und »Schräg!« zu nennen. Diese, jaja, auf Riots heißen Großklappen um die 30 – unter Gangsta machen sie es nicht. »Aber bei zwei Lungenzügen hintereinander die Hosen zubinden müssen! Solche Bürscheln haben wir früher an der Uhrkette getragen«, würde meine Omi sagen. Zwei Trostpflaster gibt es. Schönstes Wort im Buch: Aallaichintarsie, schönstes Wortspiel: Behemotherfucker.

Zwotes Beispiel: ein knallharter Unterhaltungsroman, wie die Ulknull Maxim Biller ihn nennt, ist Marko Martins *Prinz von Berlin* gewißlich kaum. Dafür ist er erstens entschiedene zweihundert Seiten zu lang und ermüdet, zweitens, mit der allzu herausgekehrten Parole, Schwule seien irgendwie bessere Menschen und könnten sich ja sowieso viel besser amüsieren. Ausgerechnet das blinde Suchen nach mondäner Zerstreuung lahmt erzählerisch über weite Strecken. Die dazwischengepackten Sottisen auf Knallchargen wie Gysi, Hildebrandt oder die *Tristesse-Royal*-Buben wirken dito disparat. Auch wenn Marko Martin komisch sein will, geht das daneben. So was kann schnell dazu führen, daß man nicht weiterlesen möchte. Man ertappt sich sogar dabei, Martins Homepage unter www.bloedmann.de zu suchen. Doch genau das Gegenteil sollte man tun: Spätestens, wenn dem blasierten Ton die Luft ausgeht, gelingen ihm im letzten Drittel rührend famose Beschreibungen des geworfenen Daseins seines schwulen Libanesenprinzen mit der befristeten Aufenthaltsgenehmigung und auch akkurate Beobachtungen scheinheiliger Westberliner Alternativen-Milieus, denen man noch vor Monaten sogar political incorrectness attestiert hätte. Dafür verzeiht man Marko Martin gerne die vielen kleinen Fehler (»Graffitis«, »Surviver«, »Shacky Stevens«, »Michel Friedmann« ...). Huhu, Lektorat? Ist da jemand? Schade nur, daß er gleich via Klappentext auf die Mitleidsklingel drücken muß. Durfte aus politischen Gründen in der DDR nicht studieren, blablabla. Hoppla! Und das nach zehn Jahren.

Konkret 01/01, S. 58

Oliver Maria Schmitt

buch & deckel

Marcel Beyer: Spione. DuMont, Köln 2000, 306 Seiten, 39,80 Mark

Ein Roman aus der Dunkelkammer: Vier Kinder finden ein zerfleddertes Fotoalbum ihrer Familie und betreiben Ahnenforschung. Spannend ist das. Nur wenig kommt ans Licht, das meiste bleibt unklar, verschwommen, im Schummer: das Schicksal der Großmutter mit ihren »Italieneraugen«, der Geheimauftrag des Großvaters als Mitglied der neugegründeten Luftwaffe, die Zerstörungswut seiner zweiten Frau, das Schweigen der Eltern. Sie kommen mit sich selbst und mit ihrer Vergangenheit nicht zurecht. Allesamt Zwangscharaktere, allenthalben Spione: in der Familie, in der Reichswehr, in der Türe.

Ein vielschichtiger, aufwendiger Plot mit zahlreichen historischen Auskragungen, den Beyer da in pedantischer Puzzlearbeit zerlegt und mit schneller Schnittechnik souverän wieder zusammengefügt hat. Schöne Einzelteilchen sind darunter, perfekt gescannt, analysiert und in Worte gesetzt. Die historische Grundierung verrät den notorisch deutschen Erzähler, Terroristenanschläge, WK II, Legion Condor und Guernica, der Führer in Bayreuth – alles drin, alles dran, doch keiner weiß Genaues.

»Geheimnisse« stehen in Rede, »verblaßte Erinnerungen«, »Verdrängtes« und »Verschwiegenes«, Verdachtsmomente kommen und gehen und enden in »Ketten von Vermutungen«. Bilder und Blicke werden getauscht, verblaßte und konspirative. Des Autors erzählerische Energie ist bewundernswert, mit stoischer Kraft und kärglicher Anteilnahme zerrt er seine Protagonisten durch den Nebel seines monodischen, seines elegisch daherraunenden Stiefels. Wohl dem, der in dieser Düsternis ohne ein Fünkchen Humor auskommt.

In der Welt der Dunkelmänner und Diversanten ist das normal. Da heißen die Leute nicht Beyer oder Leverkusen oder Hoeneß oder Daum, sondern »die Alte«, »die Opernsängerin« oder »der Taubenmann«. Freilich funktioniert dergleichen – man denke an Helge Schneiders »Nasenmann« – heute allenfalls noch als Parodie. So stellt sich im Gefüge dieser so verbissen bierernst raunenden Obskurantenprosa vor allem eines ein: Trübsinn.

Konkret 01/01, S.59

Renate G□ llner

Buch & Deckel

Roswitha Scholz: Das Geschlecht des Kapitalismus. Feministische Theorien und die postmoderne Metamorphose des Patriarchats. Horlemann, edition krisis, 2000, 190 Seiten, 24 Mark

Seit nahezu zehn Jahren beschäftigt sich Roswitha Scholz von der Krisis-Gruppe mit feministischer Gesellschaftstheorie. Das Geschlecht des Kapitalismus bietet eine Ausarbeitung ihrer wichtigen Aufsätze »Der Wert ist der Mann« (1992), »Die Maske des Roten Todes« (1995) oder »Die Verwilderung des Patriarchats« (1998), in deren Zentrum die Theorie der Wert-Abspaltung steht.

Scholz stellt in ihrem Buch, das leider nicht so spannend geschrieben ist wie ihre Aufsätze, die seit den achtziger Jahren erschienenen unterschiedlichsten feministischen Theorieansätze vor, um sie sodann kritisch zu befragen. Vor dem Hintergrund fundamentaler Wertkritik diskutiert Scholz die Defizite dieser Ansätze (u.a. die Theorie des asymetrischen Geschlechterverhältnisses und Frigga Haugs »Arbeitsmetaphysik«) und entwickelt einige Modifikationen ihrer ursprünglichen Versuche, statt marxistischer Arbeitsvergottung eine grundsätzliche Kritik der modernen Arbeitsgesellschaft zu formulieren.

Weil sich Hausarbeit, Kinderaufzucht, emotionale Zuwendung, Empathie, also Tätigkeiten und Eigenschaften, die gemeinhin Frauen zugeordnet werden, nicht in »meßbare Arbeitsquanten« verwandeln lassen, weil sich, so Scholz, »der gesellschaftliche Zusammenhang ... nicht allein aus dem Selbstzweckcharakter der abstrakten Arbeit im Kapitalismus« bestimmen lasse, finde »eine geschlechtsspezifische ›Abspaltung‹ statt, die mit dem Wert dialektisch vermittelt« ist. Es handle sich dabei »um das gleichsam Verschwiegene der Theorie der Wertform«, das deshalb auch nicht mit deren Instrumentarium, etwa mit der Kategorie des Gebrauchswertes, erfaßt werden könne. Da verwundert es nicht, daß Scholz trotz aller dialektischen Anstrengung das Abgespaltene (ein Begriff, der der Psychoanalyse entlehnt ist), beispielsweise den sinnlichen Genuß, weil der »über die warenförmigen Binnenkategorien hinausgreift«, jenseits der abstrakten Wertform ansiedelt. Wäre es nicht sinnvoller, davon auszugehen, daß einerseits die »Gespaltenheit« der Warenstruktur allumfassend ist und andrerseits das Individuum mit »Abspaltungen« reagiert, um sich durch eine eigene Identität damit abzufinden?

Konkret 01/01, S. 59

Samuel Salzborn

Buch & Deckel

Ulrike Winkler (Hg.): Stiften gehen. NS-Zwangsarbeit und Entsch□ digungsdebatte. PapyRossa Verlag, K□ ln 2000, 272 Seiten, 29,80 Mark

Daß die Zahlungen an die ehemaligen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter nicht ein Akt gutmenschlicher Solidarität, sondern Rückzahlung vorenthaltener Löhne sind, wie Thomas Kuczynski in dem von Ulrike Winkler herausgegebenen Sammelband hervorhebt, interessierte bei der Debatte um die Entschädigungszahlungen nicht. Denn Deutschland wollte die Verbrechen an seinen Opfern »wiedergutmachen« und dabei nicht gar zu sehr mit der historischen Realität konfrontiert werden. Das mindeste, was durch die Zahlungen für die Zukunft eingespielt werden sollte, war ein reines deutsches Gewissen, verbunden mit der Gewißheit, die lästige Vergangenheit endlich auf der Habenseite verbuchen zu können. Es sollte, formuliert Rolf Surmann in seinem Beitrag über die deutsche Entschädigungsverweigerung gegenüber den NS-Opfern, die »Ablösung der historischen Schuld« quittiert werden.

Für eine solche Ablö-sung ist, neben dem evidenten Geschichtsrevisionismus, gesellschaftliche Unwissenheit freilich sehr nützlich. Doch derer bedurfte es im Fall der Entschädigungsdebatte in Deutschland nicht einmal, da Einigkeit in Abwehr von Schuld und Verantwortlichkeit herrschte: »Es handelt sich um eine psychologische Abwehr, die sich der Erkenntnis verdankt, daß fast die ganze Nation in die Verbrechen verstrickt war, u.a. durch Inanspruchnahme der NS-Volkswohlfahrt und Nationalsozialstaatlichkeit, die sich aus kriegerischem Raub und der Vernichtung von Millionen Menschenleben finanzierten« (Gruppe 3 FFM).

Daß die aktive wie passive Partizipation des deutschen Volkes an der Ausbeutung der Zwangsarbeiter während des Nationalsozialismus aber auch ganz anders gesehen werden kann, führt Manfred Weißbecker in seinem Porträt des Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz, Fritz Sauckel, vor. Denn Weißbecker glaubt, daß sich durch das unermeßliche Leiden der Opfer der Zwangsarbeit Sauckels »Schuldkonto gegenüber den Deutschen, in deren Namen zu handeln er vorgab«, erhöht habe – auf der einen Seite die Nazigrößen und das Kapital, auf der anderen das deutsche Volk, beide fein säuberlich voneinander getrennt. Diese Fiktion ist nicht nur wissenschaftlich betrachtet Unfug, sondern politisch fatal. Und ihre Aufnahme in einen ansonsten recht lesenswerten Band ärgerlich.

Konkret 01/01, S. 60

Rayk Wieland

Motive bei A.S. II

Wie sie sich vom Auftrag befreite und warum sie den Nobelpreis nicht erhielt und wo die Partei blieb. Zum 100. Geburtstag von Anna Seghers.
Zweiter Teil

»Wenn man kämpft und fällt und ein anderer nimmt die Fahne und kämpft und fällt auch, und der nächste nimmt sie und muß dann auch fallen, das ist ein natürlicher Ablauf, denn geschenkt wird uns gar nichts. Wenn aber niemand die Fahne mehr nehmen will, weil er ihre Bedeutung gar nicht mehr kennt?«

Anna Seghers: *Das siebte Kreuz*

4In einem launigen Interview mit »Super Illu« (48/00) hat Gregor Gysi jetzt zu verstehen gegeben, sich vorerst bloß als PDS-Ruheständler betätigen zu wollen und demnächst eventuell eine Karriere als Fernsehkasper anzupeilen. Es ist leicht zu sehen, warum eine Figur wie er bei Seghers nicht vorkommt. Die Figuren in ihrem Werk wollen etwas. Sie wollen ausbrechen aus Not und Elend, sie wollen sich nicht aufgeben, sie wollen einen Auftrag ausführen, sie wollen kämpfen, lernen, füreinander da sein, etwas tun – sie wollen überleben. Fernsehtalkmaster werden will keine von ihnen.

Das macht, daß Anna Seghers Werke zur Popliteratur nicht gehören, wenn sie auch, in den fünfziger, sechziger und siebziger Jahren, populärer sind, als jene je sein könnte. Das erzählerische Programm, mit dem sie 1947 im Osten Deutschlands eintrifft, entbehrt des unternehmerischen Narzißmus und der Erörterungen, welche Platte zu welchem Fick passen möchte, komplett. Im Gepäck hat sie den fast fertigen Roman *Die Toten bleiben jung*, der 1949, begleitet von großen Erwartungen, erscheint. Der Roman ist noch kein Buch über die »neue Wirklichkeit«, sondern versucht die deutsche Entwicklung nach 1933 aus der deutschen Geschichte seit 1871 zu erklären. Anders als *Die Gefährten* stellt *Die Toten bleiben jung* keine Märtyrerchronik der weltweiten proletarischen Revolution vor, Thema ist der nationale Amok.

Das Buch kann vor allem deshalb als großartig gelten, weil es mißlungen ist. Sein Figuren- und Episodenreichtum, die Spontaneität des Erzählens und des Atmosphärischen überschreiten die plane Konzeption des Werks, die sämtliche relevanten historischen Daten zwischen 1918 und 1945 versammeln und konsequent aus der Perspektive der Protagonisten mitteilen will. Die politische Geschichte ist ganz unmittelbar Strukturprinzip des Romans. Kapitel von jeweils 30 bis 40 Seiten Länge, jeweils unterteilt in vier bis fünf Abschnitte, transportieren die Handlung. Jeder einzelne Abschnitt ist genau einem Repräsentanten seiner Klasse und seinem bestimmten sozialen Umfeld zugeordnet. Dieses historisch-materialistische Baukastenschema, das alles Individuelle nach Maßgabe seiner sozialgeschichtlichen Determination eingliedert und verrechnet, hat sich nicht zu Unrecht den Verdacht zugezogen, vorgegebenes historisches Wissen lediglich zu bebildern, ohne neue Erkenntnisse oder Erfahrungen zu ermöglichen.

Die SED-Führung hat, als der Roman erscheint, ganz andere Dinge einzuwenden. Sie findet die Proletarier-Figuren im Gegensatz zum bürgerlichen und altpreußischen Ensemble zu schwach dargestellt – ein Vorwurf, der in den kommenden ästhetischen Diskussionen in der DDR noch öfters wiederholt wurde. Der Wunsch der SED, Arbeiterklasse und Kommunistische Partei in der deutschen Geschichte etwas besser aussehen zu lassen, ist insofern verständlich, als eine Bekräftigung ihrer historischen Legitimität dem Umstand, daß sie, die SED, ihre Macht in der DDR nur der Roten Armee verdankte, den Anschein des Prekären nahm. Dabei folgt selbst dieser Einwand, die Rolle der Partei ungebührlich zu schmälern, dem sowjetischen Vorbild, wie sich Jürgen Kuczynski in *Ich bin der Meinung. Bemerkungen zur Kritik* (1982) erinnert: »Als Fadejew 1945 seinen Roman *Die junge Garde* geschrieben hatte, wurde das Buch begeistert begrüßt – bis auf eine Bemerkung von Stalin hin die Kritik ins Gegenteil umschlug und die Kritiker die Äußerung Stalins ›Wo bleibt die Partei?‹ (deren Rolle seiner Meinung nach nicht genügend hervorgehoben wurde) in den verschiedensten Variationen wiederholten ... Als aber Walter Ulbricht, dem Beispiel Stalins folgend, die gleiche Frage betreffend *Die Toten bleiben jung* von Anna Seghers stellte und schon Kritik in dieser Richtung veröffentlicht wurde, sagte ihm Ilja Ehrenburg, als er in dessen Gegenwart die Frage wiederholte: ›Ja, Genosse Ulbricht, diese Frage haben wir uns während des Krieges gestellt‹, und damit war die Kritik in dieser Richtung an dem Buch von Anna Seghers zu unserem Glück zu Ende.«

Thema und Sujet der beiden folgenden und letzten ihrer Romane, *Die Entscheidung* (1959) und *Das Vertrauen* (1968), ist nicht mehr die deutsche Geschichte, sondern die Gegenwart der DDR. Die geschichtsphilosophische Schematik ist auch hier omnipräsent. Die veränderte Funktion der Literatur, die nun »sozialistische Literatur« sein, beim Aufbau der Gesellschaft und der Kreierung des neuen Menschen in Dienst genommen werden will, verlangt, Schönfärberei zum ästhetischen Programm zu erheben. *Manche im Westen*, *auch in Westdeutschland geschriebene Bücher*, erklärt Anna Seghers 1956 vor Schriftstellern der DDR, *sind den unseren an Fabeln und Konflikten überlegen. Nehmen wir zum Beispiel den amerikanischen Roman* Die Nackten und die Toten. *Der Leser folgt ihm gespannt. Wenn er aber das Buch zumacht, hat*

er soviel oder sowenig Perspektive wie vorher. Er drang tief in den Teil der Wirklichkeit ein, den der Autor ihm schonungslos gezeigt hat. Er erfuhr aber nur eine Bestätigung seines eigenen Unbehagens, in einer so düsteren, unvollkommenen Welt zu leben. Wir bauen in unserem Staat ein helles, friedliches Leben auf. Hindernisse gibt es genug. Aber wir überwinden sie. Wir sehen die Richtung vor uns.

Das Problem von Schönfärberei ist aber nicht, wie manche meinen, ein moralisches, sondern der Umstand, daß die Tünche nicht hält. Es ist dies Problem somit ein nicht zu unterschätzender Vorzug. Nach einer gewissen Zeit wird, wenn die Farbe runter ist, vieles klarer.

Die Romane werden von der zeitgenössischen westdeutschen Kritik so einhellig verrissen, wie sie im Osten gepriesen werden. Der Kalte Krieg läuft prima, und Anna Seghers wird, als Präsidentin des DDR-Schriftstellerverbands und literarische Gallionsfigur ihres Landes, Zielscheibe blöder Häme. Reich-Ranicki hält *Die Entscheidung* für ein »erschütterndes Dokument der Kapitulation des Intellekts, des Zusammenbruchs eines Talents, der Zerstörung einer Persönlichkeit« – und ahnt wahrscheinlich bis heute nicht, daß er den Stehplatz in der Literaturgeschichte bloß seinen grandiosen Fehlurteilen verdankt. Den Bau der Mauer 1961 nahm Günter Grass zum Anlaß, ein selten kompromittierendes Dokument in die Welt zu setzen und als offenen Brief an Anna Seghers zu richten: »Verehrte Frau Anna Seghers ... Sie waren es, die meine Generation und jeden, der ein Ohr hatte, nach jenem nicht zu vergessenden Krieg unterrichtete, Recht und Unrecht zu unterscheiden; Ihr Buch, *Das siebte Kreuz*, hat mich geformt, hat meinen Blick geschärft und läßt mich heute die Globke und Schröder in jeder Verkleidung erkennen, sie mögen Humanisten, Christen oder Aktivisten heißen. Die Angst ihres Georg Heisler hat sich mir unverkäuflich (sic!) mitgeteilt; nur heißt der Kommandeur des Konzentrationslagers heute nicht mehr Fahrenberg, er heißt Walter Ulbricht und steht Ihrem Staat vor.« Man weiß jetzt, warum Anna Seghers den Nobelpreis nicht bekommen hat.

5Neben den Romanen, Erzählungen und historischen Novellen verschreibt sich Anna Seghers zeit ihres Lebens noch einer ganz anderen Textsorte. Gemeint sind hier nicht die zahllosen Ansprachen, die sie in ihrer Eigenschaft als Verbandsvorsitzende und Präsidiumsmitglied des Weltfriedensrats ununterbrochen hält, nicht die Aufsätze und Essays, die im Vergleich mit dem literarischen Werk deutlich abfallen und, von zwei, drei Ausnahmen abgesehen, in großen Teilen unbefriedigende, volkstümelnde Veranstaltungen sind – gemeint sind ihre mythologischen, legenden- und märchenhaften Stoffe, ihre Sagen. In der ersten Jahrhunderthälfte war die teilweise ironische »Berichtigung« und Modernisierung alter Mythen eine durchaus verbreitete Art Sport, in dem u.a. Kafka, Brecht und Benjamin persönliche Bestleistungen erreichten. Anna Seghers aber konstruiert ganz eigene Mythen, rätselhafte, vieldeutige, irritierende Texte, deren Sprache noch knapper, noch direkter ausfällt, als die des übrigen Werks schon ist. Vor allem in der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre, also im französischen Exil entstanden, behandeln sie heikle Fragen und Problemkreise, die in den Romanen und Erzählungen umgangen werden, verarbeiten extreme existentielle Erfahrungen, die die Autorin auf der Flucht und in tödlicher Bedrohung gewonnen hatte. Die Titel, in chronologischer Reihenfolge, sind: »Die schönsten Sagen vom Räuber Woynok« (1938), »Sagen von Artemis« (1938), »Reisen ins elfte Reich« (1939) sowie »Die drei Bäume« (1940).

In der Woynok-Sage ist der Titelheld ein Rebell, der, ein anarchistischer Einzelgänger, sich allein gegen die bestehenden Verhältnisse auflehnt. Sein Widerpart Gruschek vertritt das Prinzip des organisierten gemeinschaftlichen Kampfes. Beide kennen sich und tauschen sich aus, ohne aber zusammenarbeiten zu können. Klar wird, daß Gruscheks Programm das erfolgversprechendere ist, doch die Sympathie der Erzählerin gehört – anders als es die Parteidisziplin geboten hätte, die den Ausschluß von solchen Elementen vorsah – ganz dem schließlich unterlegenen, von schier übermenschlicher Anstrengung aufgezehrten Individualisten. Er erscheint als starker, faszinierender Typ, der im Einklang mit der Natur lebt und daher seine Aufrichtigkeit bezieht. Dies, und nicht seine politische Überzeugung, zeichnet ihn vor allen anderen aus. Die Frage, die Seghers hier, wenn sie sie auch nicht ausspricht, aufwirft, ist: Entfremdet die organisierte politische Arbeit den Menschen, entfernt sie ihn von seinen ursprünglichen Ambitionen? Und ist dies ein sozusagen parteiinternes, hausgemachtes und nicht unbedingt dem Kapitalismus innewohnendes Entfremdungsphänomen? Vorbild für die Woynokfigur war, wie heute bekannt ist, Georg K. Glaser, Arbeiterschriftsteller und Vagabund, kurzzeitig Mitglied des BPRS und der KPD, der sich noch vor dem Exil von beiden Organisationen trennte.

Liegt der politische Hintergrund beim »Räuber Woynok« ohne weiteres auf der Hand, so sind die »Sagen von Artemis« hermetischer, vager und kaum zu deuten. Der Text berichtet vom Zusammentreffen einiger Jäger und ihrem unbedingten Verlangen, ihre Göttin Artemis zu erblicken, der sie wohl hier und da zufällig begegnen, die sich aber immer wieder ihren Blicken entzieht. Nur wenigen gelingt es, sie tatsächlich einmal mit eigenen Augen zu sehen, und deren Leben ist fortan von Grund auf verändert. Einer, der ihr mit Heiratsabsichten nachstellt, geht am Ende daran zugrunde. Die Entstehungszeit des Textes hat manche Interpreten dazu verleitet, Artemis als Symbol der Revolution, des Revolutionären schlechthin aufzufassen, doch Anna Seghers scheint hier eher die sozusagen allgemein-menschlichen Konsequenzen zu beleuchten, die das leidenschaftliche Streben nach einer Idee oder einem Ideal mit sich bringt, und die Gefährdungen von Menschen zu zeigen, die alles, sogar das eigene Leben, daransetzen, einer Utopie zu folgen.

Die drei kurzen rätselhaften Texte »Die drei Bäume« sind 1940, in einem der gefährlichsten Jahre im Leben der Autorin, entstanden. Die Deutschen waren im Sommer in Paris einmarschiert, Anna Seghers wird von der Gestapo gesucht. Wochen und Monate, in denen sie und ihre Familie sich verstecken müssen, folgen. In den ersten beiden Geschichten wird von einer Flucht aus tödlicher Gefahr und von der Rettung durch Unterschlupf in einem Baum berichtet. In beiden Fällen geht es übel aus. Der Ritter in »Der Baum des Ritters« bleibt in einem Spalt des Baumes, seines Zufluchtsorts, hängen, und wird erst Jahrhunderte später von Holzfällern entdeckt. Der Prophet Jesaias flüchtet in »Der Baum des Jesaias« ebenfalls vor Verfolgern in einen hohlen Baum. Er, der bisher unerhörten Mut in allen nur denkbaren Gefahren gezeigt hatte, wagt sich dann aber, als die Gefahr vorüber ist, aus Furcht nicht mehr hinaus. »Der Baum des Odysseus« erzählt schließlich von der Entfremdung zwischen Mann und Frau, wie sie nach langer Trennung eintritt. Odysseus und Penelope erkennen sich nicht wieder. *Was sagt mir denn mein Herz?* fragt sich Penelope und antwortet: *Gar nichts.* Allein die Erinnerung an das aus einem Baum geschnittene Bett, von dem nur Odysseus wissen kann, bringt Gewißheit. Fluchtsituation und Angst vor tödlicher Bedrohung, so muß man diese Geschichten wohl auslegen, verändern das Verhältnis des Menschen zur Natur, die trotz seiner Not vollkommen gleichgültig bleibt; zu sich selbst, indem ihm jegliche Handlungsmöglichkeiten abhanden kommen; und zu seinen engsten Vertrauten, denen er sich entfremdet.

Ende der dreißiger Jahre erscheinen diese verschlüsselten Poesien in »Das Wort« und in der »Internationalen Literatur« in Moskau. Ein Verehrer der Seghersschen Erzählkunst, der sie dort liest, Bertolt Brecht, ist von den Woynok-Sagen sehr angetan. Sie ließen, teilt er Walter Benjamin mit, »die Befreiung der Seghers vom Auftrag erkennen«. Was sie aber auch erkennen lassen, ist die Befreiung von jeglicher Hoffnung, daß der Mensch je einmal Zuflucht finden könnte, sei es in der Natur, in der Gesellschaft, in der Nähe eines anderen oder bei sich selbst.

6Die Rede von der dogmatischen, parteihörigen und künstlerisch verbrauchten Schriftstellerin, die Anna Seghers in der DDR gewesen sein soll, kann die Lektüre des Spätwerks kaum inspiriert haben. In der letzten Phase ihres Lebens wird man bei Seghers die Bestätigung eines vorgegebenen Wegs oder die Überzeugung, die proletarischen Revolutionen des Jahrhunderts seien ein Eintritt ins Reich der Freiheit gewesen, vergeblich suchen. Das gilt besonders für die letzte Veröffentlichung, *Drei Frauen aus Haiti*, ein schmales Bändchen, das drei knappe, spröde, äußerst geraffte Texte versammelt und 1980, drei Jahre vor ihrem Tod, erscheint. Thematisch knüpfen sie an die *Karibischen Geschichten* der letzten Jahrzehnte an, in denen das Scheitern der Revolution und der Tod der Revolutionäre noch als Bedingung und notwendige Etappe einer allgemeinen Fortschrittskulmination vermerkt wurden. Der markanteste Unterschied in den neuen Texten ist nun: Nicht Männer, sondern Frauen bzw. Mädchen verkörpern hier die *Auferstehung aller Sklaven der Welt* – deren Ergebnis jedoch niederschmetternd ausfällt.

Toaliina, die Heldin der ersten Erzählung »Das Versteck« flüchtet vor den spanischen Eroberern in eine schwer zugängliche Höhle, die Natur selbst, so hat es den Anschein, nimmt die Flüchtende auf und bewahrt sie vor Gefangennahme. Die vollständige Isolierung und Vereinsamung führt zu einem Identitätsverlust, einer Vertierung, und nach Jahrzehnten endet Toaliina, deren Legende inzwischen vom Volk verehrt wird, als Opfer eines Unwetters. Schluß. Die Hauptgestalt der zweiten, zur Zeit der Französischen Revolution in Haiti angesiedelten Erzählung, Claudine, schließt sich in Gefangenschaft, fasziniert vom Triumphzug der revoltierenden Schwarzen, den Rebellen an. Bei der Befreiung wird sie zunächst in einem *Wandgefängnis* übersehen, schließlich aber vom Führer der Aufständischen doch noch befreit, dem sie in *Dankbarkeit* und *unauslöschlicher Liebe* lebenslang verbunden bleibt. Nivellierung der Individualität sowie die naive Bindung an eine Führergestalt machen den Kern dessen aus, was hier über revolutionäres Denken und Handeln ausgesagt wird. Die abschließende Erzählung des Zyklus heißt »Die Trennung«. Luisa, die gar keine Verfechterin revolutionärer Ideen ist und die lediglich ihre Liebe zu Juan an die Seite der Revolution geführt hat, ist nach ihrer Befreiung aus dem Gefängnis nur mehr ein *zerschundenes, zerquetschtes Geschöpf*, fast zu Tode gefoltert. *Ihr ehemals zartes Gesicht war entstellt, zertreten.* Luisa scheint nichts anderes übrigzubleiben, als zuzustimmen, daß Juan sich einer anderen Frau zuwendet. Indem sie somit ihr eigenes Glücksverlangen kassiert, verleiht sie weder ihrem Leben einen Sinn, noch dient ihr Opfer der »Sache, dem allgemeinen Streben nach Freiheit und Gerechtigkeit«.

Nicht mit der vormals vielgerühmten »Staffettenübergabe« des revolutionären Gedankenguts von einer Generation an die nächste beschließt Anna Seghers ihr Werk, sondern mit erheblichen Zweifeln, ob die Befreiung der Menschheit jemals verwirklicht werden kann. Daß ihre Sorge, die Bedingungen der Revolution könnten zu einer prekären Entfremdung und Isolation der Revolutionäre führen, heute kaum mehr aktuell scheint, spricht nicht für diese Gegenwart. Die kommunistische Weltbewegung mag inzwischen Geschichte sein, wir sind Prähistorie. Wir können weder lesen noch schreiben, geschweige denn wie Anna Seghers.

Der Autor dankt dem Bildungs- und Solidaritätswerk Anna Seghers e.V. in Wiesbaden für wertvolle Hinweise

Die angeführten Werke von Anna Seghers sind im Aufbau Verlag Berlin erschienen und auch als Taschenbuch verfügbar. In den nächsten fünf Jahren ediert der Verlag eine neue 21bändige Werkausgabe.

Christiane Zehl Romero: *Anna Seghers. Eine Biographie.* Aufbau, Berlin 2000, 600 Seiten, 68 Mark

---

Rayk Wieland schrieb in KONKRET 11/2000 über Mehrheiten

Konkret 01/01, S. 62

Rayk Wieland

Tod als Chance

Den »sensationellen Fund einer Meistererzählung« preist der Verlag den Text Jans muß sterben, dessen Typoskript Pierre Radvanyi, der Sohn von Anna Seghers, vor kurzem unter den Papieren seiner Mutter entdeckte. Mit Bescheidenheit fängt man sich keine Leser ein. Es handelt sich um eine sehr frühe Arbeit der Autorin, die vermutlich um 1925 entstanden ist, kurz nach dem Ende ihres Studiums.

Präsent sind hier bereits das proletarische Vorstadtmilieu und der intensive, wenn nicht intime Blick auf die Protagonisten, auch die später ausgebreitete Märtyer-Motivik ist schon da. Martin und Marie Jansen, die in einem beengten Hinterhofzimmer leben und lieben, kochen und schlafen, können als Prototyp vieler nachfolgender Seghers-Paare firmieren: Er hat den ruhigen, kräftigen und eher verschlossenen Part, sie die leidenschaftliche, lebhafte, sinnliche Rolle übernommen. Die Schematik einer solchen Konstellation, die Seghers immer wieder verwendet, ist weniger borniert, als man vielleicht denken möchte. Die Holzschnittartigkeit der Charaktere eröffnet klar strukturierte, sehr einfache dramatische Spielräume, in denen die Anfangsskizzen der Figuren eine unerhörte Verfeinerung erfahren.

In Jans muß sterben *lebt das Paar routiniert und in stummer Ratlosigkeit vor sich hin, als es erfährt, daß ihr Sohn, Jans, unheilbar erkrankt ist und sterben wird. Im Schmerz darüber entfernen sich die Eltern noch weiter voneinander, das sterbende Kind wird ihr Fluchtpunkt, und wenn sie am Ende der Erzählung doch wieder zusammenfinden, haben sie anscheinend ihren Sohn vergessen. Der Tod des geliebten Jungen, so könnte man das lesen, ist Bedingung für die Erneuerung des Lebens. An klingt hier ein Grundmotiv des folgenden Seghersschen Schaffens, dem seine religiöse und existentialistische Herkunft noch deutlich eingeschrieben ist. Und auf tritt hier eine Erzählerin, von deren Sprache und Erzählweise Hans Henny Jahnn, als er ihr 1928 den Kleistpreis zuerkennt, zu Recht sagt: »Bei großer Klarheit der Satz- und Wortprägung findet sich ... ein mitschwingender Unterton der Vieldeutigkeit, der den Ablauf des Geschehens zu einer spannenden Handlung macht.«*

Anna Seghers: *Jans muß sterben.* Erzählung. Aufbau Verlag, Berlin 2000, 89 Seiten, 29 Mark

Konkret 01/01, S. 63

Marit Hofmann

Buch des Monats

Brigitte Kronauer: Teufelsbrück. Klett-Cotta, Stuttgart 2000, 505 Seiten, 44 Mark

Ob Sie's glauben oder nicht: Am Anfang schien alles ganz einfach, beinahe banal. Eine Frau, ihr Name ist Maria Fraulob, hat sich Hals über Kopf verliebt. Daß das ausgerechnet im EEZ, dem deprimierenden Elbe Einkaufszentrum in Hamburg-Osdorf passieren mußte, als Frau Fraulob, gerade in die Betrachtung eines ausgestellten Männerslips versunken, in die Arme ihres Liebhabers in spe stolperte, mag Sie amüsieren. Aber für Maria Fraulob war es alles andere als komisch; sie hatte, das bemerkte sie gleich nach ihrem Sturz, eine Nebenbuhlerin, die mysteriöse Zara, die durch höhnisches Gelächter sogleich Besitzansprüche auf den Traummann anmeldete. Wenn wir Maria glauben dürfen, dann hat Zara das ganze nun folgende unheilvolle Spiel von ihrem Sitz im Alten Land aus eingefädelt. Hierhin lädt sie die Konkurrentin mehrfach ein und bestimmt auch noch den Anfahrtsweg: Maria soll von der Anlegestation Teufelsbrück aus (dieser Name gewinnt mit dem Fortgang des Geschehens immer mehr an Symbolkraft) mit der Fähre übersetzen und niemals einen anderen Weg nehmen.

Aber, was meinen Sie, darf man Maria Fraulob diese märchenhaft anmutenden Begebenheiten tatsächlich abnehmen? Sie selbst ist es schließlich, die in Brigitte Kronauers Roman ihre Geschichte an neun langen Abenden einer geduldigen Zuhörerin erzählt. Und im Verlauf ihrer Erzählung merkt man plötzlich, daß das allzu verständliche Interesse, den Zuhörer bei der Stange zu halten – was auch bedeuten kann, einen Satz möglichst lange in der Schwebe zu halten – , bei Maria Fraulob geradezu existenziell ist. Daß Kronauer das Erzählen als Lebensrettungsstrategie vorführt, hat z. B. Volker Hage übersehen, als er sich drei »Spiegel«-Seiten lang abmühte, die erzählerischen (und zweifellos bezaubernden) Verstiegenheiten Fraulobs bei der Rekapitulation ihres Liebestaumels und der einsetzenden Verzweiflung etwaigen schriftstellerischen Schwächen der Autorin zuzuschreiben.

Wenn Sie Kronauers Kurzgeschichten und Romane kennen, dann wissen Sie ja, daß ihre Figuren stets viel monologisieren, sie beklagen im Wartezimmer wortreich ihr Schicksal, rühmen die eigene Schlauheit, und meist ist ihre Rede unfreiwillig selbstentlarvend. Schon in Aufsätzen aus den siebziger Jahren hat Kronauer auf den Zusammenhang von Leben und Literatur hingewiesen: die Selbstinszenierungen im Alltag, das Erfinden von gelungenen Geschichten mit Anfang, Höhepunkt und Ende, wie es sie in der Wirklichkeit eben nicht gibt, wie man sie sich aber zurechtkonstruieren muß, um mit den ungeordnet auf einen einstürmenden Eindrücken fertig zu werden.

Aber Vorsicht, in *Teufelsbrück* haben wir es mit einer gewitzteren Erzählerin als *Schnurrer* oder der *Frau in den Kissen* zu tun. Hier weiß das Ich um seinen Selbstbetrug, rückblickend durchschaut Fraulob ihren vernebelten Blick auf das begehrte Objekt – und läßt den Zustand der Vernarrtheit gleichzeitig wiederaufleben: »Ich hielt sie für einen Charakterzug, die Herrlichkeit dieser vergänglichen Geste, für eine Tugend, für das überwältigend unwiderstehlich Wahre und Schöne auf einen Schlag. Und für das Gute obendrein. Ich war so schrecklich gerne außer mir. Alles, was ich verlangte, ließ sich auf ihm nieder.«

Fraulob weiß, wie die unglückliche Geschichte ausgeht – und weiß es doch nicht, denn der Akt des Erzählens ist, wie sich am Ende herausstellt, noch Bestandteil der Geschichte. Dafür aber präsentiert die Schmuckdesignerin Maria Fraulob sogar ihre persönliche Poetologie: »Wie man selbst die Welt, wenigstens gelegentlich, als Abbild mit komprimierter, ja schon dröhnender Wichtigkeit erlebt, aus der Zeit tiefster kindlicher Einstempelungen gespeist – und nun Achtung, das geht auch Sie an! – , so müßte man, hören Sie, hören Sie umgekehrt mit der Welt verfahren, sich in Freiheit und Frechheit über den banalsten Dreck hermachen und gerade den stolz präsentieren wie ein Baby, ein Kleinkind, wie das appetitliche, stinkende Dummerchen wohlweislich seine Exkremente. Das nenne ich Poesie!«

Haben Sie übrigens neulich das »Literarische Quartett« gesehen? Ich sehe es eigentlich nicht mehr, seit ich mich über Reich-Ranickis ignoranten Kronauer-Verriß schon vor Jahren über Gebühr geärgert habe. Diesmal mußte ich (ein Hang zum Masochismus?) wieder einschalten und, wie erwartet, den Gockel *Teufelsbrück* ein »mißratenes Buch« krähen hören, zumindest aber doch viel zu lang, zu kompliziert. »FR«- und »Zeit«-Kritikerin Ursula März stand ihm zur Seite und verstieg sich zur Behauptung, alles spiele sich »unter blauem Himmel« ab, es fehle, so wörtlich, an »Negativität«. Klarer Fall: Die hat das Buch nicht zu Ende gelesen. Denn, warten Sie mal, da hätten wir zwei Tote, oder genaugenommen vier, darunter ein Mord, ein Selbstmord und ein mißglückter Selbstmordversuch dazu, der in der Heilanstalt endet. Und Fraulob selbst? Ist am Ende auch nicht gerade bei Sinnen. Und wenn Frau März schon eine Naturmetapher bemüht, dann sollte sie auch bemerkt haben, daß Kronauer sich an den Spätromantikern orientiert. Die Naturschilderungen spiegeln das Innenleben der Person (»so sehe ich mich und zwar in Konzentration und Übertreibung, nach außen gewendet in der Landschaft an«). Selbst diese Wirklichkeitskonstruktion macht die Erzählerin transparent, z. B. beim Betrachten einer Schloßruine: »Wenn ich nur drei Schritte vorwärts ging, änderte sich mein Standort so sehr, daß der sanfte Schein erlosch,

alles verdüsterte sich, eine Schauerballade, katastrophale Botschaften waren über eine heitere Feier gekommen, rückgängig zu machen von mir durch drei Schritte nach hinten.«

Amüsant dann allerdings Hellmuth Karaseks Argumente für die Angeklagte: »Dies ist ein Roman über Schuhfetischismus«, begann er. Immerhin, es stimmt, in einem Kapitel ist, wie an anderen Stellen von exotischen Vögeln, Schmuck und Kunstgegenständen, auch von einer Schuhsammlung die Rede, aber ist es in diesem Zusammenhang tatsächlich bemerkenswert, daß die Figuren im Roman Schuhe tragen oder aber (noch symbolischer!) auch manchmal keine? Oder hat die Literaturwissenschaft vielleicht ein ganzes Genre, das der Schuhromane, unter den Tisch fallenlassen? Trugen nicht schon Faust und Wilhelm Meister Schuhe, und natürlich: der gestiefelte Kater – ein Schuhfetischist ... Nun aber, wie spätestens an dieser Stelle Zara rufen würde: »Schluß jetzt!«

Also, bitte bleiben Sie Maria Fraulob und mir »gewogen trotz der Abschweifung«. Nur schnell das noch: Gemeinsam haben Kronauer und ihre Erzählerin unzweifelhaft eine Vorliebe für wunderbare Klangwelten. Was meinen Sie, ob es die Autorin selbst gewundert hat, daß nach der Veröffentlichung ihres Buches die düstere Konnotation des Ortsnamens Kaprun mit dem Seilbahnunglück an Überzeugungskraft gewonnen hat (»Kennen Sie das Wort ›Kaprun‹? ... Man muß es in die Länge ziehen. Kapruuun! Dann erschauert man wie vor dem Schicksal selbst«)?

Überhaupt entläßt einen dieses Buch nicht so einfach in die Wirklichkeit. Wiederholt ertappte ich mich in Teufelsbrück dabei, nach der großen mysteriösen Zara Ausschau zu halten. Ach, Sie würden es verstehen, hätten Sie *Teufelsbrück* schon gelesen. Auch hätte ich dann in meiner Schwärmerei Zaras Befehl schon früher gehorcht. Schluß jetzt!

Konkret 01/01, S. 64

Jens Hoffmann

FilmTheater

Kindertransport □ In eine fremde Welt.

Regie und Buch: Mark Jonathan Harris; USA 2000 (Warner Bros.); 122 Minten; seit 23. November im Kino

Betreten Sie die Welt der auf perfekte Unanstößigkeit reduzierten Erinnerungen. Machen Sie es sich bequem, und erleben Sie gleich zu Beginn den von unerschütterlichen Streichinstrumenten erfochtenen Triumph der Menschlichkeit. Nehmen Sie ruhig ein Häppchen Schmerz und dazu vielleicht auch ein Schlückchen Traurigkeit – aber versuchen Sie hinterher unbedingt noch die kleinen Glückskanapees. Hier wird kein Schrei die friedlich-wohlige Zusammenarbeit von Tränendrüsen und Nasenschleimhäuten sabotieren. Kein böser Blick wird Ihnen den Tod bringen. Lassen Sie sich anrühren von weitgereisten Teddybären, krakeligen Kinderzeichnungen und verlassenen Bahnsteigen. Stehen Sie zu Ihren Gefühlen! Beachten Sie in diesem Zusammenhang auch die Angebote des Sound- und Setdesigns. Fürchten Sie sich nicht – das Filmteam hat dafür gesorgt, daß komplizierte Brüche und irritierende Leerstellen keine Chance auf Leinwand oder Tonspur bekommen. Ihr Abend ist nicht in Gefahr.

Die Zeitzeugen sind von Regisseur Harris nach branchenüblichem Muster als fragmentierte Körper ins Bild gesetzt worden. Ohne Hände und mit waagerecht halbiertem Oberkörper erzählen sie vom Ende ihrer Kindheit in Nazideutschland oder in von den Deutschen besetzten Ländern. Mit in Großaufnahmen festgehaltenen Gesichtern berichten sie von alltäglichem Antisemitismus, von ermordeten Angehörigen, von den gehetzten Vorbereitungen zu einer Reise mit ungewissem Ziel und von den Jahren, die sie bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs in englischen Gastfamilien oder Flüchtlingsheimen gelebt haben. Sie erinnern sich an gräßliche Mahlzeiten oder an das freudige Staunen über einen nichtjüdischen Knirps aus der neuen Nachbarschaft, der sich mit »See you tomorrow!« von ihnen verabschiedete. Die Kleidung, die sie während der Interviews tragen, ist farblich an die Hintergrundkulisse angepaßt worden. Doch nicht nur aus Gründen bildlicher Farbkongruenz bleibt von den Zeitzeugen schließlich wenig übrig. Vielmehr scheint es für das Filmteam selbstverständlich gewesen zu sein, die vor der Kamera gesprochenen Erinnerungen zusammen mit »unverbrauchtem« (Harris) Bildmaterial aus Archiven, nachgestellten Schwarzweiß-Sequenzen und allerlei dramatischen Tonspurverbrechen zu präsentieren. Und gegen diese Konkurrenz haben lebende Menschen einfach keine Chance.

Konkret 01/01, S. 64

J□ rgen Kiontke

FilmTheater

Ernst Karpf/Doron Kiesel/Karsten Visarius (Hg.): Nicht kleinzukriegen? Die R□ ckkehr des Sozialen im Film. Arnoldshainer Filmgespr□ che Bd. 16. Sch□ ren Verlag. Marburg 2000, 169 Seiten, 29 Mark

Das Soziale ist politisch – das ist die These, die die meisten Autoren vertreten. Einfache Schlußfolgerung: Wenn explizit soziale Fragestellungen im Film auftauchen, handelt es sich um eine Repolitisierung des Kinos. So weit, so gut, jetzt kann man sich dranmachen, die eigenen Überlegungen zu zerpflücken. An ausgesuchten Beispielen der letzten Jahre, als so etwas wie eine kleine Welle von Filmen über geschlossene Minen, gegen den Suff kämpfende Kindergärtner oder Mädchen in Fischfabriken anrollte, werden Kennzeichen und Praktiken eines wie auch immer gearteten »sozialen« Filmens herausgearbeitet. Fazit: Eine Rückkehr des Sozialen im Film müßte wohl eine Zärtlichkeit gegenüber den Lebensräumen bedeuten, die Neoliberalismus und Globalisierung schufen und gleichzeitig negierten (Georg Seeßlen).

Mit diesen Inhalten ging es in den neunziger Jahren, als hätten sich Filmschaffende aus ganz Europa abgesprochen, um kleine Filme zum großen Thema zu drehen. Frankreich und England können hier auf eine lange Tradition verweisen. Nur in Deutschland schien das soziale Kino nicht beheimatet zu sein. Uli Jung nennt in seinem Beitrag einen möglichen Grund: Schon in den dreißiger Jahren habe selbst die Linke unpolitische Kulturfilme präferiert. Für das bürgerliche Kino weist Jung dem Sozialen eine Festanstellung im Kanon zu. Das Interesse an den Unterschichten sei nicht primär politisch, sondern pittoresk: als Schwenkfutter eines fremden Alltags für ein bürgerliches Publikum. Was zunächst als Plädoyer wirkte, erfährt nun seine Revision. Yvonne Spielmann sieht im sozialen Film der Neunziger nur eine Reetablierung bestimmter Patterns, die ihre film-, aber auch sozialgeschichtliche Wirksamkeit eingebüßt hätten. Sighard Neckel stellt gar eine Rückkehr des Sozialen, wie sie das Buch im Titel suggeriert, selbst in Frage: Ob denn das Soziale je verschwunden gewesen sei, bitte schön. Die Frage stiftet Verwirrung. Die allesamt hervorragend geschriebenen und differenzierten Beiträge lassen das Publikum daher in einer gewissen Ratlosigkeit zurück.

Es kann einem nichts Besseres passieren. Vor Jahren lobte der Filmkritiker Dietrich Kuhlbrodt David Cronenbergs Autodrama »Crash« über den Klee. Leute, die den Text kannten, zogen mit wehenden Schnapsfahnen ins Kino, verließen voller Wut über »den Scheißfilm« den Saal und stellten den Rezensenten zur Rede. Dessen Antwort: »Ist doch super, daß über einen Film diskutiert wird.« Ja, und da das der Filmkritik ebenfalls zu wünschen ist, hofft man auf eine breite Rezeption des Buches.

Konkret 01/01, S. 64

Dietrich Kuhlbrodt

FilmTheater

Ratcatcher

Regie: Lynne Ramsay; mit William Eadie, Tommy Flanagan, Mandy Matthews; GB 1999 (Kairos); 94 Minuten; ab 11.1. im Kino

An einem der Kanäle im Glasgow der siebziger Jahre sitzen die Kids und schnappen Ratten. Es könnte auch sein, daß sie die Ratten sind, die man schnappt. Bilder haben es an sich, daß sie mehrdeutig sind. Der Film hat starke Bilder; es wird darüber weniger wichtig, wie der Plot geht. Also lassen wir das. Nehmen wir lieber die Totale. Hinter dem Kanal stehen die Sozialbauten mit ihren viel zu kleinen Wohnungen. James, 12 Jahre alt, hält es da nicht aus. Außerdem setzt sich am Ufer Margaret Anna neben ihn; sie nimmt seine Hand und legt sie auf ihren bloßen Oberschenkel. Sie ist einen Kopf größer und zwei Jahre älter. – Die Szene ist erotisch unbestimmt, aber bestimmt intensiv. Jedenfalls ist das wieder eins dieser Bilder zum bittersüßen Herzklopfen.

Nun ist es wahr, daß das, was wir sehen, emotional aufgeladen wird, weil wir als Zuschauer gleich als erstes Zeugen eines schrecklichen Geheimnisses werden. Klar, daß der minderjährige Geheimnisträger sich der Familie wie auch sonst der sozialen Kontrolle entzieht und sich ein eigenes Bild von der Welt macht. Das andere Geheimnis, warum das im Kino so richtig schön mitnimmt, habe ich nicht ergründen können. Vielleicht liegt es daran, daß man dort mit James und Margaret Anna allein ist. Kein akzeptierender Jugendarbeiter, kein wohlmeinender Pädagoge, keine Elterngeneration dazwischen. Wir sind allein. Jetzt kommt's: Wir sind weit weg von Betroffenheits- oder sonstiger Leidkultur. »Ratcatcher« braucht weder Bemitleidung noch Aufdieschultergeklopfe. Auf dem Arsenals Film Forum in Riga waren wir in der Jury der internationalen Filmkritik beeindruckt und hingerissen. Die Bildsprache ist international. Drum verständigten wir uns auf Anhieb, welcher Film den Wettbewerbspreis bekommen sollte. Geheime Abstimmung: Jeder hat für »Ratcatcher« votiert, egal, ob aus Armenien, aus Italien oder aus Lettland. Wir waren glücklich. Unbehaglich war uns nur, dies große Gefühl in Worte zu fassen. Die Begründung für den Wettbewerbspreis gebe ich lieber nur im Originalenglisch der Jury wieder: »for a fresh and truthful debut showing how a young boy's soul matures in harsh world« (www.

fipreci.org).

»Ratcatcher« ist der erste Spielfilm von Lynne Ramsay, zur Drehzeit 29 Jahre alt, geboren in Glasgow. Der Spielfilm ist dokumentarisch gebettet. Lynne Ramsay ist auch Kamerafrau. Sie hat diesen Blick, und sie weiß, wann man zuschnappt.

Konkret 01/01, S. 65

Horst Tomayer

Tomayers ehrliches Tagebuch

Tenerife (die junge Insel, wo der klassenlose Dauerbrenner dem Europroletarier den Blick auf die vom Machmalpausekapital in den diversen Kultursprachen verfaßte, einheitlich Nahrungsersatz offerierende Speisekarte erhellt), am 2. Advent 2000

Sehr geehrter Herr Professor Fülberth, lieber Genosse Schorsch, theurer Hobbesbobbes! Wie singt Trubadur Buchner, der Frontman der niederbayerischen Klangmanufaktur »Haindling« so intravenöstristös schön: I hob de lang scho nimmer gsehn / Wo bist du bloß / Wo bleibst du denn // – – – Ja, leider, lieber Schorsch, gelang es mir nicht einmal bei einem Bingo I. Klasse, als welches die Abwicklung des Sechzigsten von Hermann L. ei gewiß durchzugehn vermag, Dich herzlich zu behandschlagen. Ach, lieber Freund, es war ein Abend! Ein Abend? Nein, ein Feiertag der nicht enden wollenden linksradikalen Umarmungen wars, und ich haue nicht aufs Plastikblech, wenn ich Dir versichere, daß auch die hedonistischen Fetzen, und zwar ganz schön, floogen. Wieder einmal mir das falsche Beispiel an Gevatter Lachs nehmend, der in Alachsa ja bekanntlich, obwohl er den Termin vorher kennt, auf die allerletzte Minute eiert, soo saß ich in meiner Stammkneipe KöPi in der Rapp 1a noch zwei Stunden vor Eventbeginn dumm rum, bis dann endlich vier, fünf GläsChen blondschäumenden Thees den writers block in mir zum Schmelzen gebracht hatten und eine erdbebensichere Schmeicheladresse an den Jubilar, der sich mir als personale Union aus unerbitterlichem Mehrheitsaktionär des Blattes wie dem Fünfe ruhich auch einmal ungerade sein lassenden Lesereisegefährten meiner Wenichkeit darstellt, in kühnen auf beers block hingeschmissenen Zügen – dastand.

Je nun, Schorsch, es war gegen halber Neune Aahmz, und draußen auf der Reeperbahn wartete wieder einmal das falsche Leben ressless vergeebens auf das mit ihm verabredete richtige Tooben, da entnahm ich innen drinnen im Cuneo meinem geliebten adidas-Reiserucksack das von der IGM geborgte Megaphon (Leihgebühr: 1 Exemplar des Dezemberheftes), warf das Gerät an und führte in Richtung des Rausgebers folgendes aus:

Lieber Hörmi! Wir sind beide Novemberige und haben auch sonst einiges gemein, zum Beispiel die Freude an einem gelungenen Seitenhieb gegen den sich auf der qualifiziertesten Stufe der Treppe der menschlichen Gemeinheit breitbeinenden Imperialismus, sowie unsere nicht nachlassende Skepsis gegenüber seinen unseres Erachtens grauenhaft falsch tickenden Handlangern namentlich in der freien Presse. Desgleichen machen wir nach einem guten Essen oder einer schlechten Nachricht gerne einen schönen Ausflug im Sattel entweder eines zum 34erSchnitt zugelassenen Renners oder mehr auf die Bedürfnisse des sogenannten wandering by bike abgestellten Touringgerätes, welchletzteres mehr meine Sache ist. Aber in einem unterscheiden wir uns aufs diametralste, nämlich in der Begehung des Sechzigsten. Weißtu noch wie wir am 1. November 1998, ees war mein Sechzigster, uns getroffen haben in einer Boazn in der Grindelallee, auf ein Minibier, wo ich dir erzählte, wie ich frühmorgens unterwegs mim Radl Richtung Außenalster zwischen Rotherbaum und Mittelweg pl!ötz!!lich von einem beiseiterollenden Auto gestoppt wurde, und da saß mein Junge drin mit Schwiegertochter und Sweetenkelin, und sie trachteten (Opaüberraschung!) in meinen Sechzigsten, diesen Tag, der mich noch jederer dünkte als jeder, ja wie der allerjedeste, einzudringen und denselben mit mir zu verbringen, den ganzen lieben langen Tag, und ich mußte ihnen aber bekunden, dürren bitteren Mundes: Kinder, Vati will auch heute allein sein, und sie mußten, nachdem ich sie im Café Grindel/Schlump kurz kostenlos verimbißt hatte, wieder heimfahrn nach Westberlin, opageburtstagsfeierunverrichteterweise. Ach, wie ees mich dauerte, aber ees mußte so sein, denn in mir haust der grausam unbehauste Mönch. Nun, lieber Hörmi, feierst du heute hier im höchstrenommierten Essundtrinktreff unseres lieben Freundes Franco Cuneo im Kreise einer, ich muß schon sagen: feinen Gesellschaft, und wie ich mich da so umschaue und wie das so auf mich wirkt, reißts mich schon zu sagen: Zu soo einer Glückwunschklicke beziehungsweise Claque hätt ich zu meinem Sechzigsten auch nicht gleich Nein gesagt. Weißgott, man lernt auch als 62jähriger derzu. Doch kommen wir zu dir, dem Zentrum, und der in diesem Zusammenhang klaffenden respektive sich türmenden Geschenkfrage. Was, lieber Hörmi, sollte ich dir schenken zu diesem deinen Hik und Nunk? Irgendein schlechter als von dir geschriebenes Buch? Ein antiquarisches Internet? Oder was vom Sentimentausstatter Flööropp? Sorry, Hörmi, hierfür bist du mir zu schade. W i e doll ich dich liebhab, das siehst du allein schon an diesem mir von der Agitpropsektion der IGM extra für meine Ansprache geborgten, kaum gebrauchten Megaphon. Ich glaube nicht, daß ich ein Verbrechen am Intim begehe, wenn ich sage, daß deine Frau, die von mir spezifisch verehrte Katrin, dich sometimes »Katze« nennt. Wies nun der Zufall, der Milchbruder der Gesetzmäßigkeit, will, hat der Miau-Verköstiger »Effem« aus Verden an der Aller unter seinem Luxuslabel »Sheba« ein demokratisches Preisausschreiben aufgelegt. Unter dem Namen deiner Gattin habe ich mit der Menschenmuschi vom Shebalaufband über die nicht Hüh-, sondern Hottlein 01805300351 folgenden Gotteskinderdialog geführt, welchen ich dir hiermit inklusive womöglichem Goldfederfüllhalter zu deinem heutigen Anlasse dedizieren möchte

Nun, lieber Schorsch, kontaktiere ich den Pearlcoder, auf welchen das am heimischen Telefon mitgeschnittne Hörspiel daungeloudid war, ans Mikro vom Mega und es erscholl im Raume

Guten Tag und herzlich willkommen bei Sheba. Schön, daß Sie bei unserem Weihnachtsgewinnspiel teilnehmen. Zwanzig wertvolle Montblancfüller liegen bereit, und mit etwas Glück und der richtigen Lösung könnte ein Meisterstück Classique schon bald Ihnen gehören. Unsere Gewinnfrage lautet: Aus welchen edlen Geflügelsorten setzt sich das Shebafesttagsragout zusammen: a) Wachtel, Truthahn und Ente, b) Truthahn, Ente und Gans, oder c) Truthahn, Gans und Fasan?

Hotte: b!

Sheba: Dankeschön. Das Shebateam drückt Ihnen die Daumen und wünscht Ihnen und Ihrer Katze ein frohes Weihnachtsfest.

Schorsch, ich hoffe, ganz im Stil des Hoffers Bloch, daß du mir glaubst, wenn ich dir sag: Ich erntete fröhliches, von unüberhörbarer Nachdenklichkeit untergründetes Gelächter für diesen ganz im Geist des postbahnblinddatedoublebindnewthinkrevolutionären Holterismus/Polterismus gestalteten Vortrags zu Ehren Hermanns, der übrigens am gleichen Tag an gleichem Ort anno 2010 seinen Siebzigsten geben wird, und da sollten wir uns dann aber schon mal, sagen wir mal: sehen. Herzlichst Dein Hotte T.

PS: Lese grad in der »Kanarischen Inselzeitung«: »Kaugummi-Krieg kostet Milliarden«: »Unsummen muß die Stadt Santa Cruz für die Entfernung der häßlichen schwarzen Flecken auf dem Straßenpflaster ausgeben – Überreste der von Passanten einfach ausgespuckten Kaugummis ...« Auf 3,5 Mrd. Peseten werde das Cleaning veranschlagt. Mal die Tellermine, mal der Babblgam. Da muß man ja trinken, um zu vergessen!

Konkret 01/01, S. 66

Hermann L. Gremliza

Gremlizas Express

Arme NS-Zwangsarbeiter. Bis heute hat keiner was gekriegt. Das heißt bis heute abend:

Der FDP-Politiker Otto Graf Lambsdorff erhält heute abend wegen seiner Verdienste um die Einigung in den Entschädigungsverhandlungen zwischen NS-Opfern mit Wirtschaft und Bundesregierung den höchsten Orden Deutschlands: das Großkreuz. Bundespräsident Rau und Kanzler Schröder werden die Lobreden halten.

In letzter Minute. Das hohe Alter des Betroffenen verlangte schnelles, unbürokratisches Handeln. Nicht auszudenken, wenn er gestorben wäre, bevor man ihn für seine schwere Arbeit entschädigt hätte, den Lambsdorff.

Ausländer raus! Der Kreuzzug des schwedischen Möbelhauses Ikea, das mit seinem Regal Björn, dem Bettgestell Mökedal und dem Wäschesack Rigga schon so viele Volksgenossen ihrem Heim entfremdet hat, mußte zum Halten gebracht werden. Ein wackrer Niedersachse forcht sich nit, er schlug dem Kreuz des Nordens ein paar Haken ein:

Die Werbung mit Namen, die in der NS-Zeit Bedeutung hatten, wird für einen Hildesheimer Möbelhändler keine strafrechtlichen Folgen haben. Das Möbelhaus hatte in Zeitungsanzeigen für eine Polstergarnitur mit Hitlers Vornamen Adolf geworben. Eine Anbauwand trug den Nachnamen des vom Afrika-Feldzug bekannten Generalfeldmarschalls Erwin Rommel. Eine Kommode wurde nach dem Befehlshaber in Stalingrad, Generalfeldmarschall Friedrich Paulus, benannt, und eine Eckbank hieß »National«.

Der zuständige Staatsanwalt hatte nichts dagegen, und auch ich finde, daß die Tat des vaterländischen Möbelhökers nicht ver-, sondern geboten gehört. Schrankwände aus deutscher Eiche, beispielsweise, sollten nur noch unter der Bezeichnung »Gruppenführer« angeboten werden dürfen, und für Couchgarnituren ist der Name »Riefenstahl« schon fast göttliche Vorsehung. My home is my KZle.

Die größte Zeitung der Welt, westlicher Abschnitt, entschuldigt sich:

Entschuldigung, James Jaques

»Bild« ist gestern ein furchtbarer Fehler unterlaufen. Wir berichteten, daß »Mr. Valentino's«, James Jaques, tot sei. Das ist falsch. James Jaques lebt. Ihm geht es sehr schlecht, gestern wurde er im AK St. Georg operiert. Und wir hoffen, daß er sich wieder ganz erholen wird. Wie konnte uns dieser Fehler unterlaufen?

Wir sind einer – im Nachhinein wissen wir das – perfiden Fehlinformation aufgesessen. Ein sehr enger Freund und ein ehemaliger Geschäftspartner bestätigten den Hinweis eines glaubwürdig klingenden Informanten. Ein Hinweis, der sich als unwahr herausstellte. James Jaques, »Bild« entschuldigt sich von ganzem Herzen.

»Bild« hat ein ganzes Herz. Das tags zuvor eine kleine sechsspaltige Rhythmusstörung gehabt haben muß:

Aids! Mr. Valentino's tot – James Jaques starb mit 43 Jahren im AK St. Georg – Er war ein Urgestein der Hamburger Szene: James Jaques (43). Der israelisch-marokkanische Anzugträger mit der markanten Brille. Vergangene Woche starb der Kontakte-König von Hamburg im AK St. Georg, er war HIV-infiziert. Nur die engsten Freunde wußten: Seit sechs Jahren trug er den tödlichen Virus in sich. Dennoch lebte er Vollgas. Im vergangenen Dezember der erste Schwächeanfall. Sein langjähriger Freund Mike Novak (40): »Er bekam die erste Lungenentzündung, mußte ins Krankenhaus. Im Sommer dann ein Schlaganfall.« James rappelte sich immer wieder auf … Eine große Trauerfeier wird es nicht geben. James Jaques, der Mann mit den tausend Kontakten, wollte anonym bestattet werden.

Die größte Zeitung der westlichen Welt hat den Aufmacher ihres Lokalteils nach allen Regeln der journalistischen Kunst recherchiert: Alter (43), Aggregatzustand (Urgestein), Rasse (israelisch-marokkanisch), Freundeszahl und -art (tausend Kontakte, engste Freunde), Lebensstil (Vollgas), Outfit (Anzug, markante Brille), sexuelle Neigung (HIV), Krankheit (Aids), Krankheitsdauer (sechs Jahre), Krankheitsverlauf (Schwächeanfall, Lungenentzündung, Schlaganfall, Krankenhaus,

Rekonvaleszenz), Testament (keine Trauerfeier, anonyme Bestattung). Ein Mensch, ausgeforscht bis in die hinterste Fuge. Andere Redaktionen hätten Tage dazu gebraucht, »Bild« schaffte es über Nacht. Und was tut dieser James Jaques, anstatt, »Bild« von ganzem Herzen dankbar, zu sterben? Stört die segensreiche Arbeit der größten Zeitung der westlichen Welt durch sein egoistisches, borniertes, blödes Weiterleben. So kann – wir wußten es im Vorhinein – aus dem Journalismus nie was werden.

Wenn der Lutz Rathenow beim »Deutschland-Magazin« seines Förderers, des alten Nazi Kurt Ziesel, mal keinen Platz findet, geht er, um es voll zu machen, ein Haus weiter, zu Joscha Schmierers »Kommune«:

Man will nun keine weiteren Analysen, sondern rasche Maßnahmen, um Ausländer, ausländisch wirkende Deutsche oder Obdachlose zu schützen. Um die Normalität zu beeinflussen, bedarf es jedoch noch genauer Analysen. Und einer Bildungsarbeit, die zu alternativen Erlebnismöglichkeiten führt.

Was wäre eine dem Mord an einem Obdachlosen oder dem Totschlagen eines Ausländers alternative Erlebnismöglichkeit? Rathenow, Feind weiterer Analysen und Freund genauer Analysen, hat eine herausanalysiert, jedenfalls für sich: Er läßt überall, wo die Ungebildeten rasiert sind, die Haare wachsen und sich von alten Nazis dafür belohnen, daß er der Sprache den Hals umdreht.

Wenn Bärbel Höhn, die grüne Umweltministerin von Nordrhein-Westfalen, schon fragt:

Was nutzt es dem Verbraucher, wenn zwar frisches Rindfleisch, aber nicht das Würstchen in der Dose gekennzeichnet wird?

soll sie auch eine Antwort kriegen: Es ist so nutzlos wie eine grüne Umweltministerin. Erst wenn auf dem Deutschländer-Würstchen *Made in Great Britain* steht, weiß man, woher der Wahnsinn wieder einmal kommt. Und hätten alle grünen Würstchen vor der Wahl ihre Herkunft aus einer maoistischen Sekte angeben müssen, hätte der Verbraucher gewußt, daß er Krieg, Rentenkürzung und viele andere Schweinereien wählt, die zu begehen eine Koalition der SPD mit der FDP oder der CDU sich nicht getraut hätte.

Nomina atque omina, und wenn also ein Herbert Gröger aus Buxheim bei Memmingen an die Herausgeber seiner »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« über die »geplatzte Reemtsma-Wehrmachtsausstellung« schreibt, ist der Inhalt nur noch Formsache:

Noch ein Wort zum soldatischen Verhalten: Ich habe Überläu- fer, Gefangene und russische Verwundete erlebt. Sie waren al- le sehr beeindruckt von der Behandlung, die sie durch uns Frontsoldaten erfuhren. Was später in der Etappe mit ihnen geschah, weiß ich nicht. Die deutsche Militärgerichtsbarkeit war streng.

Aber gerecht. Die Wehrmacht erhielt Dankschreiben aus aller Welt. Beispielsweise haben Millionen Russen sich für den freundlichen Überfall immer wieder herzlich bedankt. Leider haben drei Millionen russischer Kriegsgefangener nicht lange genug durchgehalten, um Herrn Herbert Gröger aus Buxheim bei Memmingen wissen zu lassen, wie sehr sie von ihrer Behandlung in der Etappe beeindruckt waren. Gröger ist auf Vermutungen angewiesen. Er hält eine gewisse militärrichterliche Strenge für möglich. Herbert Gröger aus Buxheim bei Memmingen hat's erlebt. Herbert Gröger aus Buxheim bei Memmingen hat's überlebt. Herbert Gröger aus Buxheim bei Memmingen schreibt Leserbriefe an die »Frankfurter Allgemeine«. Es gibt keinen Gott.

Wochenlang erzählte jede halbe Stunde ein deutscher Nachrichtensprecher etwas vom

Rennen um das Weiße Haus.

Keiner kam auf den Gedanken, das Wort beim Wort zu nehmen und also vorzuschlagen, die Bewerber Bush und Gore so lange um den Amtssitz laufen zu lassen, bis einen der beiden der Schlag trifft. Der Sieger wäre als Präsident eine so gute Wahl gewesen wie jede andere. Einfallsloser als deutsche Journalisten aber ist noch der Slobodan Milosevic, der nicht auf die Idee kam, am Tag danach den Kandidaten Bush oder Gore als Wahlsieger anzuerkennen, den Gegenkandidaten Gore oder Bush der versuchten Fälschung des Ergebnisses zu bezichtigen und von den Vereinten Nationen die Entsendung einer Beobachterkommission zu verlangen, bestehend aus Experten der von Washington unabhängigen Staaten Weißrußland,

Simbabwe und Nordkorea. Es gibt auch keinen Teufel.